Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/63

63. Sitzung

Mittwoch, den 21. Januar 2004

Mainz, Deutschhaus

Gemäß § 130 der Geschäftsordnung des Landtags wird folgende Abweichung beschlossen:

- a) Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung (Drucksachen 14/2803/2805) sowie über die Anträge (Drucksachen 14/2788/2804) erfolgen in der 65. Plenarsitzung nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2004. Die Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung in erster Beratung (Drucksache 14/2748) erfolgt zum Abschluss der Beratung der Einzelpläne 04, 12 und 20.
- b) Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2004 erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt.

Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2520 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/2820 -

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 14/2821 –

Änderungsanträge	dor	Eraktion	dor	CDII
Anderungsantrage	uer	Fraktion	uer	CDU

Drucksachen 14/2823/2858 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2827 –

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/2822 und 14/2824 bis 14/2826 -

Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2828 bis 14/2846, 14/2851 bis 14/2857, 14/2859/2860 -

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2847/2861 -

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und FDP

- Drucksachen 14/2848 bis 14/2850 -

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2003 bis 2007 Unterrichtung durch die Landesregierung

Einzelplan 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung –4124

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -4194

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Erhard Lelle, Christine Schneider, Anne Spurzem.

Rednerverzeichnis:

Abg. Bauckhage, FDP:	4188
Abg. Billen, CDU:	4217
Abg. Bischel, CDU:	4156
Abg. Böhr, CDU:	4124
Abg. Bracht, CDU:	4175, 4182
Abg. Burgard, SPD:	4193
Abg. Creutzmann, FDP:	4201, 4223
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4184, 4199
Abg. Dr. Geisen, FDP:42	24, 4225, 4226
Abg. Frau Ebli, SPD:	4220
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	.08, 4221, 4223
Abg. Frau Mohr, SPD:	4196, 4199
Abg. Frau Schmitt, SPD:	
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:4147, 4157, 41	82, 4190, 4192
Abg. Kuhn, FDP:	4158
Abg. Mertes, SPD:	4138
Abg. Nink, SPD:	4207
Abg. Ramsauer, SPD:	4177, 4183
Abg. Schmitt, CDU:	4218
Abg. Schwarz, SPD:	4206
Abg. Weiner, CDU:	4205
Abg. Wirz, CDU:	4194, 4199
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	4211, 4217
Beck, Ministerpräsident:	4164
Mittler, Minister der Finanzen:	4191
Präsident Grimm:	24, 4138, 4147
Vizepräsident Creutzmann:	
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:4199, 4201, 4205, 4206, 4208, 4211, 4217, 42	18, 4220, 4221
4223, 4224, 42	
Vizepräsidentin Frau Hammer:4175, 4177, 4182, 4183, 4188, 4190, 4191, 41	92, 4193, 4194
	4196

63. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 21. Januar 2004

Die Sitzung wird um 9:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 63. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Manfred Nink und Matthias Lammert. Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Anne Spurzem, Erhard Lelle und Christine Schneider.

Am 18. Januar konnte ein Kollege einen runden Geburtstag feiern. Herr Kollege Frisch, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zum 60. Geburtstag.

(Beifall im Hause)

Zur Tagesordnung darf ich einige Feststellungen vorweg treffen: Zu den **Punkten 4** und **5** der Tagesordnung – es handelt sich dabei um die Änderungen des Abgeordnetengesetzes und die Änderungen des Fraktionsgesetzes – ist mit der Feststellung der Tagesordnung gleichzeitig die Frist zwischen der ersten und zweiten Beratung der beiden Gesetzentwürfe abzukürzen.

Ebenfalls mit der Feststellung der Tagesordnung sollte gemäß § 130 der Geschäftsordnung folgende Abweichung von der Geschäftsordnung beschlossen werden: Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung, **Punkte 4** und **5** der Tagesordnung, sowie über den Antrag, **Punkt 6** der Tagesordnung – Privatisierung der naomi technologies AG –, erfolgen am Freitag nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2004.

Die Ausschussüberweisung zu **Punkt 3** der Tagesordnung – Landesreferenzzinsgesetz – erfolgt zum Abschluss der Beratung der Einzelpläne 04, 12 und 20.

Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2004 erfolgt nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt.

Über die Entschließungsanträge wird erst nach Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt, und zwar auch in diesem Fall in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs. Ihnen wird aufgefallen sein, dass es sich bei diesem Verfahren um ein bewährtes Verfahren handelt.

Gibt es Bemerkungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich diese Tagesordnung so feststellen.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Wahl eines Mitglieds des Landtags in den Verwaltungsrat der Wiederaufbaukasse Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

- Drucksache 14/2799 -

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004) Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2520 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/2820 -

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/2821 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksachen 14/2823/2858 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/2827 -

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

 Drucksachen 14/2822 und 14/2824 bis 14/2826 –

Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 14/2828 bis 14/2846,14/2851 bis 14/2857, 14/2859/2860 –

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2847/2861 -

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und FDP

Drucksachen 14/2848 bis 14/2850 –

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2003 bis 2007 Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 14/2521; Vorlage 14/2625 -

Ich erteile zunächst zur Berichterstattung der Frau Abgeordneten Schmitt, der Vorsitzenden des Haushaltsund Finanzausschusses, das Wort.

Abg. Frau Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung und der schriftliche Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses liegen Ihnen vor. Gestatten Sie mir zum Verlauf und zu den Ergebnissen der Beratungen deshalb nur folgende Anmerkungen: Weil die Entwicklung der Steuereinnahmen bei der Haushaltsaufstellung noch nicht absehbar war, wird der Landtag am Ende dieser Woche, also am Freitag, entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten statt einem Doppelhaushalt einen Haushalt nur für ein Jahr, für eben dieses Jahr 2004, verabschieden.

Das hat allerdings den Vorteil, dass wir damit anschließend wieder die Möglichkeit zu einem Doppelhaushalt 2005/2006 hätten und damit den im Jahr 2006 neu zu wählenden Landtag nicht über das Jahr seiner Wahl hinaus binden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landtag hat auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Verabschiedung im Haushalts- und Finanzausschuss verschoben, und zwar vom ursprünglich geplanten Dezembertermin 2003 auf den Januar 2004. Zwar ist es nach unserer Verfassung vorgesehen, dass der Haushalt regelmäßig vor Beginn der entsprechenden Haushaltsperiode verabschiedet wird, aber ich denke, die einvernehmliche Verschiebung war sinnvoll, weil wir so vor allem die Steuerreform vom Dezember 2003 berücksichtigen konnten.

Damit außerdem allen Fraktionen die Informationen des Finanzministers nach Abschluss der Gespräche im Vermittlungsausschuss zu den entsprechenden Auswirkungen auf den Haushalt in Rheinland-Pfalz zugänglich gemacht und berücksichtigt werden konnten, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, die Frist zur Abgabe der Änderungsanträge, also der so genannten Deckblätter, für die abschließenden Beratungen im Ausschuss zu verlängern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Sache ermöglichten die Ergebnisse der vereinbarten Steuerreform es jetzt dem Ausschuss, dem Parlament einen Haushalt vorzuschlagen, in dem die Neuverschuldung, und zwar entgegen dem ursprünglichen Entwurf, nun doch unter den veranschlagten Investitionen liegt.

Die Landesregierung hatte in ihrem Haushaltsentwurf das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform znachst einmal voll veranschlagt. Mehreinnahmen aus Gegenfinanzierungsmaßnahmen wurden nicht angesetzt, auch um Risiken eines niedrigeren Wirtschaftswachstums abzudecken.

Der Regierungsentwurf musste deshalb davon ausgehen, dass die Neuverschuldung die veranschlagten Investitionen überschreiten würde. Dies – das wissen Sie – lässt die Verfassung nur ausnahmsweise zu, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren.

Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss sind nun geringere Steuerausfälle zu erwarten, und die Berufung auf diese Ausnahmevorschrift ist in Rheinland-Pfalz im

Unterschied zu manchen anderen Ländern, beispielsweise Hessen, nicht mehr erforderlich.

Der Haushalts- und Finanzausschuss ist sich durchaus bewusst, dass die Verschuldung nach wie vor sehr hoch ist. Gerade aber deshalb ist die Senkung der Neuverschuldung unter die Verfassungsgrenze das wohl wichtigste Ergebnis der Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Darüber hinaus vermindern sich die Ausgaben des Landes aufgrund der Beschlüsse des Ausschusses um ungefähr 5 Millionen Euro auf 16,285 Milliarden Euro. Die bereinigten Gesamteinnahmen steigen gegenüber dem Nachtragshaushalt 2003 um 0,3 % und die bereinigten Gesamtausgaben um 0,8 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, allen im Haus ist bewusst, dass die gegenwärtige Haushaltslage zur Aufgaben- und Ausgabenkritik zwingt.

Bei den Personalausgaben, die über 40 % der Gesamtausgaben ausmachen, waren deshalb weitere Einschnitte unvermeidlich. Bereits im Vorfeld der Beratungen wurden deshalb, wie im Übrigen auch im Bund und in anderen Ländern, Leistungen für die Landesbeamten zurückgeführt.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde in den Ausschüssen und Fraktionen auch der rechtzeitig vorgelegte Finanzhilfebericht der Landesregierung mitberaten. Außerdem wurden im Regierungsentwurf Ansätze weitergeführt, mit denen die Leistungsorientierung und die Transparenz des Haushalts erhöht werden soll. So wird das Instrument des Leistungsauftrags im Haushaltsgesetz näher ausgestaltet.

Der Haushalt enthält wiederum vier Pilot-Leistungsaufträge, darunter einen Leistungsauftrag für das neue Landesamt für Geologie und Bergbau im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums. Die Einzelpläne und die einzelnen Kapitel werden jeweils durch Vorworte im Haushaltsplan erläutert.

Im Übrigen bleibt es dabei, dass der Landtag zweimal pro Jahr die so genannten Budgetierungsberichte erhält, in denen die Landesregierung über den Vollzug der flexibilisierten Haushalte und die Erfüllung der Leistungsaufträge berichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen haben sich am Rande der Haushaltsberatungen außerdem im Grundsatz darauf verständigt, wie die Transparenz und die Steuerungsmöglichkeiten des Haushalts in Zukunft weiterentwickelt werden sollen. Auf der Grundlage eines Antrags der SPD und FDP und eines Antrags der CDU-Fraktion wird der Haushalts- und Finanzausschuss dem Plenum nach Abschluss dieser Haushaltsberatungen dazu eine Empfehlung vorlegen, die im nächsten Haushalt ihre Berücksichtigung finden soll.

Ein Ziel der neuen Haushaltsinstrumente ist es, Fachund Finanzverantwortung in der Exekutive miteinander zu verbinden. Das gilt auch für das Parlament selbst. Klärungsbedürftig ist aus unserer Sicht allerdings noch der Weg, um bei den Haushaltsberatungen Fach- und Haushaltspolitik noch optimaler als bisher zu verbinden. Ich hatte bereits in meinem Bericht zum Nachtragshaushalt 2003 dieses Thema angesprochen. Nach der Geschäftsordnung wird der Haushaltsentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung unter Beteiligung der Fachausschüsse überwiesen. Das wissen Sie. Ich denke aber, offen ist, ob dies auch weiterhin wie in den letzten Jahren in der Form geschehen sollte, dass die Fachausschüsse allein die einzelnen Haushaltspläne beraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in seiner abschließenden Beratung lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss neben zwei gemeinsamen Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und FDP sowie Änderungsanträgen der Fraktionen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vor, der die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Hinzert betraf. Außerdem reichten SPD, CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag zum Einzelplan 01 ein. Insgesamt stimmte der Haushalts- und Finanzausschuss über 206 einzelne Änderungsvorschläge ab.

Angenommen wurden die Anträge der beiden Koalitionsfraktionen von SPD und FDP, einige von ihnen mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen. Diese Anträge zielten insbesondere auf die Umsetzung der Ergebnisse der Steuerreform und die Absenkung der Nettoneuverschuldung unter die Regelgrenze der Verfassung ab. Schwerpunkte waren außerdem unter anderem ein Sofortprogramm über 3 Millionen Euro zur Stärkung der Hochschulen, die finanzielle Absicherung des Rheinland-Pfalz-Taktes im öffentlichen Nahverkehr, von Veranstaltungen zu Kultur und Tourismus sowie die Versicherung von Schäden bei ehrenamtlicher oder freiwilliger Tätigkeit. Trotz Mehrausgaben an einzelnen Stellen beantragte die Koalition eine Einsparung von insgesamt 5 Millionen Euro.

Angenommen wurde auch der gemeinsame Antrag von SPD, CDU und FDP sowie der Antrag aller vier Fraktionen zum Bau einer Gedenkstätte im ehemaligen KZ Hinzert. Keine Mehrheit fanden – mit einer Ausnahme – die Anträge der beiden Oppositionsfraktionen. Die CDU-Fraktion zielte mit ihren 30 Einzelvorschlägen darauf ab, die Neuverschuldung insgesamt um 102 Millionen Euro zu senken. Sie beantragte insbesondere, insgesamt 450 Stellen zu streichen und die Ausgaben und Kredite der Landesbetriebe zu verringern. Die Umweltpolitik sowie die Förderung des Wohnungsbaus, des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft sollten sich nach den Vorschlägen der CDU auf die wesentlichen Maßnahmen konzentrieren.

Weitere Anträge betrafen zusätzliche 100 Polizeianwärter, die Verbesserung von Forschung und Lehre an den Hochschulen sowie im Gemeindefinanzausgleich die Verlagerung von Mitteln aus dem Bereich Wasser und Abwasser in den Schulbau.

Die 75 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren hauptsächlich darauf gerichtet, die Ausgaben für die Hochschulen, für die Berufsschule und die berufliche Ausbildung sowie für erneuerbare Energien zu erhöhen. Durch die Kürzung insbesondere von Subventionen sollten diese Mehrausgaben nicht nur

gegenfinanziert, sondern die Gesamtausgaben um etwa 35 Millionen Euro reduziert werden.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Regionalisierungsmitteln im Nahverkehr, der inhaltsgleich mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen war, wurde mit diesem zusammen angenommen. Die Änderungen der Haushaltsansätze ergeben sich im Einzelnen aus der Beschlussempfehlung, die Ihnen vorliegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich mich – ich denke, dies sage ich im Namen aller Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses – ganz herzlich bei all denen bedanken, die im Hintergrund auch dieses Jahr wieder zum reibungslosen Ablauf der Beratungen beigetragen haben. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, der Fraktionen und der Landtagsverwaltung, vor allen Dingen aber auch ausdrücklich beim Stenographischen Dienst. Ich denke, es war insbesondere dieses Mal keine Selbstverständlichkeit, dass wir das Protokoll der Haushaltsberatungen einschließlich des Wortprotokolls schon am vergangenen Freitag in unseren Fächern finden konnten, obschon die Beratung erst am Dienstag zuvor stattfand. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich dafür.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushaltsund Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes der Landesregierung sowie der Einzelpläne unter Berücksichtigung der Änderungen, die sich aus der Beschlussempfehlung ergeben.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich danke der Berichterstatterin und eröffne die Aussprache.

Ich rufe dazu auf:

Einzelplan 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung –

Ich erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Christoph Böhr, das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte heute Morgen mit einigen nüchternen und schnörkellosen Feststellungen, die diesen Landeshaushalt 2004 betreffen, beginnen. Die erste Feststellung, die ich machen möchte und von der sich eigentlich alles andere, was zu diesem Landeshaushalt 2004 zu sagen ist, ableitet, lautet: Wir haben inzwischen in uns erem Land Rheinland-Pfalz eine Verschuldung erreicht, die ein beängstigendes Ausmaß umfasst.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das betrifft die Geschwindigkeit, in der sich diese Verschuldung über viele Jahre aufgebaut hat; denn es ist nicht wahr, dass diese Verschuldung erst in den letzten zwei oder drei Jahren entstanden ist. In dieser Zeit hat sich die Geschwindigkeit beschleunigt, aber die Wurzeln dieser Verschuldung reichen weit in die 90er-Jahre zurück.

Das betrifft weiterhin den Stand unserer Verschuldung im Verhältnis zu anderen westlichen Flächenstaaten, zu denen man unsere Schuldenlast in ein Verhältnis setzen muss, um zu einigermaßen zutreffenden Beurteilungen zu kommen, und es betrifft des Weiteren natürlich den absoluten Stand uns erer Verschuldung.

Das Jahr 2003, also das gerade zu Ende gegangene Haushaltsjahr, war zumindest ein bisher einmaliges Jahr in der Geschichte unseres Landes, was zumindest die finanzpolitischen Angelegenheiten anbelangt. In diesem Jahr 2003 wächst die Verschuldung in Rheinland-Pfalz um einen Betrag, der über zwei Milliarden Euro liegt.

(Ministerpräsident Beck: Das ist unglaublich, so etwas zu behaupten! Und falsch!)

- Das ist eine stolze Zahl, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Das ist total falsch!)

 Es ist unglaublich, ich kann Ihren Zwischenruf nur unterstreichen. Natürlich ist es falsch, wenn ich mich auf Ihre Betrachtungsweise zurückziehe

(Ministerpräsident Beck: Nein! Nein!)

und sozusagen nur den Kernhaushalt für sich nehme und alle anderen Nebentöpfe ausblende.

(Ministerpräsident Beck: Nein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist genau der Punkt, an dem diese streitige Auseinandersetzung geführt werden muss. Wenn ich von allen Haushaltstricks und Haushaltskniffen absehe und das nehme, was dieses Land insgesamt an Schuldenlast zu tragen hat, dann ist diese Schuldenlast im vergangenen Jahr um einen Betrag erhöht worden, der über zwei Milliarden Euro liegt. Das ist unglaublich, Herr Ministerpräsident. Das ist in der Tat unglaublich.

(Beifall der CDU)

Dieser Betrag liegt um 500 Millionen Euro höher als das bisherige Negativrekordergebnis des Jahres 2002. Selbst wenn Sie Recht hätten und es ein wenig weniger wäre

> (Heiterkeit bei der SPD – Lewentz, SPD: Ja, ja! – Ministerpräsident Beck: Eine halbe Milliarde weniger, als Sie sagen!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben nicht Recht –, angesichts dieser Zahl, die man in Verbindung zur Steuerkraft und zur Wirtschaftskraft dieses Landes setzen muss, und angesichts der Gesamtverschuldung unseres Lan-

des muss einem mit Blick auf die finanzpolitische Zukunft unseres Landes Rheinland-Pfalz Angst und Bange werden.

(Beifall der CDU)

Deswegen ist die erste Frage, der ich heute nachgehen möchte – inzwischen kennen wir auch die Repliken, die im Laufe des Tages kommen werden –, wie es denn dazu gekommen ist. Waren es die widrigen Umstände? Wir werden zwei bis drei Stunden lang Ihre Rede hören, also die Rede des Regierungschefs, der die ganze Klaviatur dieser Erklärungen noch einmal zu Gehör bringen wird. Waren es die widrigen Umstände? Waren es besondere Aufgaben, die dieses Land in den letzten Jahren zu tragen hatte, unvorhergesehene Belastungen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Antwort auf diese Fragen ist klar. Da kann hier gesagt werden, was will. Die Wahrheit ist ganz eindeutig. Es gab in Rheinland-Pfalz nichts, was nicht auch andere Länder in den letzten zehn Jahren zu verkraften gehabt hätten. Nichts!

(Lewentz, SPD: Ach ja!)

Das betrifft die Einbrüche bei den Steuereinnahmen, die es auch in anderen Bundesländern gab. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das betrifft die Konversion. Rheinland-Pfalz ist nicht das einzige Land, das Konversionslasten zu tragen hatte. Das betrifft die Vereinigungslasten. Sie können nehmen, was Sie wollen. Alles, was uns Beschwer in der Haushaltspolitik unseres Landes gemacht hat, hat auch anderen Bundesländern genau die gleiche Beschwer gemacht. Es gab in Rheinland-Pfalz keine Ausreißer.

Jetzt kommt aber der Punkt, auf den man immer wieder die Aufmerksamkeit lenken muss. Gleichwohl hat sich unser Land Rheinland-Pfalz, obwohl es im Vergleich zu anderen Bundesländern keine Ausreißer gab, stärker als andere Bundesländer verschuldet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses "gleichwohl" findet seinen tieferen Sinn darin, dass wir parallel zu dieser Entwicklung eines stärkeren Aufgalopps in die Verschuldung bei den Einnahmen über viele Jahre hinweg durchaus günstiger als viele andere Bundesländer dastanden.

Wenn ich einmal die letzten zehn Jahre nehme, haben wir in Rheinland-Pfalz die Situation, dass wir im Vergleich zu allen anderen westlichen Flächenländern bei den Einnahmen eine sehr günstige Position haben, andererseits bei den Ausgaben einen sehr viel stärkeren Aufgalopp in die Verschuldung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies hat nichts mit irgendeinem blinden Schicksal zu tun, sondern das ist die originäre Verantwortung dieser Landesregierung für den Schuldenstand, den wir inzwischen insgesamt zu schleppen haben.

(Beifall der CDU)

Dieser Aufgalopp in die Verschuldung begann Mitte der 90er-Jahre. Wenn ich mir die Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung des Landes Rheinland-Pfalz im Ländervergleich zunächst einmal in der Zeitspanne von 1991

bis 2002 ansehe, dann liegen wir bei der Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung unseres Landes im Vergleich der westlichen Flächenländer mit 59 % über dem Durchschnitt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt auch nicht!)

– Das stimmt nicht, Herr Ministerpräsident? Soll ich jetzt hier noch die absoluten Zahlen vortragen und bitte dann irgendeinen, einen Taschenrechner hereinzubringen, damit jeder nachrechnen kann, ob die Prozentzahl stimmt oder nicht?

(Staatsminister Mittler: Das wird auch nötig sein!)

Wenn ich die Zeitspanne von 1995 – jeder weiß, dass das in der Geschichte unseres Landes eine Zäsur war – bis 2002 nehme, dann liegt unser Land Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den übrigen westlichen Flächenländern mit 71 % über dem Durchschnitt der Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 1991 hat das Land Rheinland-Pfalz die mit Abstand höchste Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer. Das zeigt eines: Es hat sich über die Jahre hinweg nicht irgendein Einnahmenproblem aufgestaut, sondern das, was uns in den letzten Jahren immer mehr Beschwer macht und zu dieser Negativrekordverschuldung geführt hat – das war auch ständig Thema der Haushaltsberatungen in diesem Landtag –, ist eine ungezügelte Ausgabenpolitik, die im Land Rheinland-Pfalz über Jahre hinweg betrieben wurde. Dafür ist die Regierung verantwortlich.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt sich bei der Zunahme der bereinigten Gesamtausgaben im Vergleich der westlichen Flächenländer. Wenn ich mir diese Zunahme der bereinigten Gesamtausgaben je Einwohner ansehe, dann liegen wir im Zeitschnitt von 1991 bis 2002 mit 11 % über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer.

Im Zeitschnitt von 1995 bis 2002 liegen wir mit 30 % über dem Durchschnitt des Zuwachses der bereinigten Gesamtausgaben aller westlichen Flächenländer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage deshalb noch einmal und werde nicht müde, es immer wieder zu sagen: Dieser Aufgalopp in die Verschuldung, den wir spätestens seit Mitte der 90er-Jahre im Land Rheinland-Pfalz erleben, war eben nicht die Antwort auf eine besonders schlechte Entwicklung bei den Einnahmen, was uns gelegentlich weisgemacht werden soll, dass wir nämlich als wirtschaftsschwaches und finanzschwaches Bundesland bei den Einnahmen besondere Einbrüche zu verkraften gehabt hätten und dies deswegen in besonderer Weise über Kredite hätten auffangen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Aufgalopp in die Verschuldung im Land Rheinland-Pfalz war nicht die Antwort auf eine besonders schlechte Entwicklung bei den Einnahmen – im Gegenteil. Die Einnahmens i-

tuation unseres Landes – nur dank Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen – war in all den Jahren überdurchschnittlich gut. Sie war nur im Vergleich zu den Ausgabenwünschen der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen überdurchschnittlich schlecht. Da liegt der Hase begraben. Das ist der Punkt.

(Beifall der CDU)

Man kam mit dem Geld, das man hatte, nicht aus, obwohl man mehr als viele andere westliche Flächenländer hatte.

Das Jahr 2001 ist in dieser Hinsicht ein geradezu beispielhaftes Jahr. In diesem Jahr hatten wir bei den Steuereinnahmen den letzten Platz im Gefolge der westlichen Flächenländer. Nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen hatten wir einen vorderen dritten Platz, lagen also bei den Einnahmen ganz oben. Man muss auch in diesen Fragen ganz ehrlich diskutieren und argumentieren.

(Staatsminister Mittler: Vor allen Dingen!)

– Herr Minister, deswegen sage ich es doch. Das kürzt vielleicht Ihre Rede ab, weil Sie diese Replik nicht mehr anbringen müssen. Ich gebe zu, dass es im Jahr 2002 anders war. Da geht ein herzliches Dankeschön auch der Landesregierung an die rotgrüne Steuergesetzgebung in Berlin. Im Jahr 2002 haben viele finanzstarken Länder Unsummen von Körperschaftssteuer mit dem Ergebnis zurückerstatten müssen, dass sich die Berechnungsgrundlage für den Länderfinanzausgleich völlig verändert hat, was wieder zur Folge hatte, dass wir nach Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich nicht so gut standen wie in all den Jahren zuvor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist jedoch ein Ausreißer. Ich möchte deshalb zunächst einmal festhalten, dass wir seit Anfang der 90er-Jahre nicht bei den Einnahmen irgendein Problem hatten, sondern dass unser Problem spätestens seit Mitte der 90er-Jahre ausschließlich darin begründet ist, dass das, was uns an Einnahmen, also Steuereinnahmen, Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleichsmittel zur Verfügung stand, nie ausgereicht hat, um das zu bezahlen, was diese Landesregierung für notwendig gehalten hat. Ich sage es jetzt ganz wertneutral und gar nicht vorwurfsvoll, sondern nur als eine Beschreibung dieses Sachverhalts. Man hat sich nie beguemt, sich in den Finanzrahmen einzupassen, der einem als Landesregierung vorgegeben ist. Wir sind noch nicht so weit, dass wir im Rahmen des Föderalismus maßgeblich über unsere Einnahmensituation mit entscheiden können.

Diese Kraft, sich in diesem Rahmen einzurichten, hat diese Landesregierung seit ihrem Regierungsantritt 1991 nie besessen. Nicht in einem einzigen Haushaltsjahr hat sie sich in diesem Rahmen orientiert.

(Beifall der CDU)

Die Folgen holen uns jetzt ein. Wir haben eine Verschuldung in einer Schwindel erregenden Höhe. Ich bin einmal gespannt, ob diese Zahl auch bestritten wird. Ich

sage gleich vorsorglich, es ist die Zahl, die die Landesregierung uns selbst an die Hand gegeben hat. Mit Stand 2003 haben wir eine Verschuldung in einer Größenordnung von 23,387 Milliarden Euro erreicht. Das sind 2,08 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2002. Wir werden nach Finanzplanung der Landesregierung – ich verzichte heute komplett auf die Betrachtung der Haushaltsrisiken, die es in diesem Jahr und in den nächsten Jahren gibt, sondern nehmen wir jetzt einfach einmal die Finanzplanung des Landes, wie sie uns seitens der Landesregierung an die Hand gegeben wurde – im Jahr 2005 einen Schuldenstand von 25,69 Milliarden Euro erreicht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerechnet auf 1991 ist das ein Zuwachs von 14,5 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs um 129 % in dann 14 Jahren bis 2005. Wenn ich das auf den Zuwachs pro Kopf unserer Einwohner umrechne, ist das ein Plus von 115 % und ein Zuwachs von 3.396 Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind gigantische Zahlen. Wer angesichts dieser Zahlen bezweifelt, dass diese Landesregierung Beweglichkeit vor allem in einem Punkt gezeigt hat, nämlich wenn es darum ging, einen Sprint in die Verschuldung zu veranstalten, der nimmt diese Zahlen nicht zur Kenntnis.

(Beifall der CDU)

Nun weiß ich auch, dass sich daraus öffentlich wenig machen lässt, weil wer interessiert sich schon abstrakt für die Verschuldung einer Gemeinde, einer Stadt oder eines Landes? Abstrakt interessiert sich dafür niemand. Das Problem ist nur, dass sich die Folgen nicht sozusagen irgendwann in Luft auflösen werden, sondern diese Folgen werden uns von Jahr zu Jahr einholen. Das ist das eine. Das Zweite ist, dass man dann schon einmal den Versuch unternehmen muss zu rechtfertigen, was diesen Sprint in die Verschuldung verursacht hat. Ich habe bis heute dazu keine mich überzeugende Rechtfertigung gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Gegenteil, diese Entwicklung unserer Verschuldung der letzten 14 Jahre zeigt, in all diesen Jahren wurde eine Haushaltspolitik nicht nach Maßgabe der Einnahmen, sondern mit einer geradezu hemmungslosen Verschuldung betrieben. Nicht die begrenzten Einnahmen haben sozusagen den Rahmen für das politische Programm der Landesregierung vorgegeben, sondern es war genau umgekehrt. Die politischen Entscheidungen, das, was man wollte – jetzt füge ich mit einem Anflug von Verständnis hinzu, das, was man vielleicht für notwendig gehalten hat –, hat den Rahmen gesetzt, der dann über Kredite aufgefüllt wurde, wenn die Einnahmen nicht zur Verfügung standen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sprengt man natürlich jede Haushaltspolitik, weil in dem Moment, wo das, was an Einnahmen verfügbar ist, nicht den Rahmen bestimmt, in dem ich mich haushalts- und fnanzpolitisch bewege, geht dieser Rahmen aus dem Leim. Das ist die Entwicklung, die uns jetzt auf eine schlimme Weise einholt. Das wird bis heute so weitergemacht. Es ist nicht so, dass angesichts der allgemei-

nen Diskussion, die wir in Deutschland über begrenzte Finanzen, Einnahmenrückgänge, Kreditfinanzierungsobergrenzen erleben, ein Einsehen bei der Landesregierung zu spüren wäre. Es wird so weitergemacht, als wenn sich die finanzpolitische Welt in den letzten drei, vier oder fünf Jahren nicht verändert hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat auch seinen politischen Sinn. Das macht man nicht, weil einem nichts anderes einfällt, sondern das hat seinen politischen Sinn. Diesen politischen Sinn erleben wir bei vielfältigen Gelegenheiten immer dann, wenn Mitglieder der Landesregierung öffentlich auftreten. Der tiefe politische Sinn dieser Operation liegt natürlich darin, nach wie vor in einer breiten Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als wenn man in Rheinland-Pfalz sozusagen auf einer Insel der Glückseligen leben würde. Die Landesregierung hat alles fest im Griff,

(Ministerpräsident Beck: Das ist wahr! Das ist wahr!)

und das, was in anderen Ländern dazu führt, dass die Wogen der Empörung hochgehen, 10.000, 15.000, 20.000 Demonstranten wegen dieser oder jener Sparmaßnahme,

(Ministerpräsident Beck: Wo?)

findet in Rheinland-Pfalz alles nicht statt, --

(Ministerpräsident Beck: Schade!)

- Nein, nicht schade, Herr Ministerpräsident; Herr Ministerpräsident, mit dem Einwurf habe ich natürlich gerechnet.
- weil eine Landesregierung, solange sie das vermeiden kann, natürlich glänzend dasteht in den Augen der Öffentlichkeit. Herr Ministerpräsident, ich habe eben die absolute Zahl genannt, die wir im Jahr 2005 erreicht haben werden. Ich würde mir wünschen, dass sie heute Mittag nicht sagen "Im Jahr 2007 haben wir den schuldenfreien Haushalt", sondern hier einmal sagen, wie Sie denn von diesen 25 Milliarden irgendwann im Leben noch einmal herunterkommen wollen.

(Starker Beifall der CDU)

Jetzt stellen Sie sich einmal vor, der liebe Gott meint es gut mit Ihnen, und Sie gewinnen 2006 die Landtagswahl – -

(Beifall der SPD – Mertes, SPD: So wird es sein!)

- Ja, so wird es sein, Herr Kollege; es spricht im Moment ja auch alles dafür, dass das so kommt.
- und Sie sitzen auf diesem Schuldenberg. Wissen Sie, das Problem ist, so sehr das im Moment bei Ihnen zu frohen Gefühlen führt und Sie genüsslich sagen "Was bin ich doch in einer tollen Lage, die Kollegen um mich herum, was haben die für einen Brass am Hals, und im Vergleich dazu geht es uns hier doch ganz glänzend",

(Kuhn, FDP: Richtig!)

so schön das im Moment ist, in zwei, drei Jahren ist das nicht mehr durchzuhalten. Nur dann liegt das Kind wirklich im Brunnen. Aufgabe einer verantwortungsvollen Finanzpolitik wäre es doch, dann, wenn man sieht, dass man in die Nadelkurve hineinfährt, schon einmal das Bremspedal zu suchen, damit man es dann irgendwann benutzen kann. Sie haben es aber aus Ihrem Auto wegmontiert. Sie haben überhaupt kein Bremspedal mehr, sondern Sie gehen mit vollem Karacho in diese Nadelkurve.

(Starker Beifall der CDU – Pörksen, SPD: Sie haben gar kein Auto!)

Das Ergebnis ist, wir sitzen fest in der Schuldenfalle. Wenn – was niemand ausschließen kann – in den nächsten Jahren die Zinsen nur geringfügig steigen –jetzt rede ich nur vom Land, die Städte und Gemeinden lasse ich einmal ganz beiseite, obwohl das für sie auch ein ganz wichtiges Thema ist –, dann wird die jährliche Zinslast in unserem Land Rheinland-Pfalz einschließlich der Nebenhaushalte auf über 2Milliarden Euro hochklettern. Aber die sind auch zu bezahlen. Den Nebenhaushalt kann ich nicht irgendwann in den Rhein werfen nach dem Motto "Das geht mich nichts mehr an, ich trenne mich von meinem Nebenhaushalt", sondern der bleibt erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann haben wir eine jährliche Zinslast von über 2 Milliarden Mark zu tragen.

(Zuruf von der FDP: Euro!)

Das ist dann ein Viertel unserer gesamten Einnahmen: Steuermittel, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen. – Ein Viertel geht dann nur für die jährliche Zinslast flöten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das nicht Anlass ist, sich endlich selbst zu fragen, ob es nicht Zeit wäre, mit dem Sparen zu beginnen, dann weiß ich wirklich nicht, was noch passieren muss, damit diese Landesregierung beginnt, das Wort "Sparen" schreiben zu lernen; denn schreiben kann sie es bis heute nicht.

(Beifall der CDU)

Dieser Landeshaushalt, der uns jetzt vorliegt, ist natürlich alles andere als ein Sparhaushalt. Ich habe manchmal ein bisschen den Eindruck – ich habe eben diese Frage gestellt in der Replik auf Ihren Zwischenruf, Herr Ministerpräsident: Was wäre wenn? –, Sie denken wirklich – – Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie sich mit den Fragen nicht beschäftigen.

(Zuruf aus dem Hause)

– Das sprengt wiederum meine Vorstellungskraft. Natürlich beschäftigen Sie sich mit den Fragen. Ich kann nur zwei Möglichkeiten entdecken, wie man als Politiker mit diesen Fragen sozusagen am Ende umgeht. Entweder, man hat viel Gottvertrauen – dagegen ist nichts zu sagen – und sagt "Irgendwann wird sich das Problem lösen, die Konjunktur springt an, die Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz verdoppeln sich" – ja gut, ich habe auch viel Gottvertrauen, aber so viel Gottvertrauen habe ich

nicht, um darauf zu bauen – oder liebe Kolleginnen und Kollegen, man kommt irgendwann zu dem Schluss und sagt "Sei es drum, ich möchte, dass dieses Gefühl in einer breiten Öffentlichkeit so bestehen bleibt, und wenn es dann halt nicht anders geht, nach uns die Sintflut."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist es: Nach uns die Sintflut; denn diejenigen, die das auszubaden haben, werden eine nicht gerade vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung unternehmen müssen.

Mir wurde das sehr klar, als ich die ersten Reaktionen der Landesregierung – dieses Aufatmen, dass man sozusagen dem Teufel noch einmal von der Schippe gesprungen ist – nach den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses erfahren, gelesen, gehört und gesehen habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will dies ausdrücklich sagen, weil kaum einer damit rechnet, dass ich diese Bemerkung mache: Nach dem, was ich über die Arbeit und die Gespräche des Vermittlungsausschusses höre, übrigens auch von meinen Parteifreunden, hat unser Finanzminister in diesen Gesprächen eine gute Rolle gespielt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es gab ein Aufatmen, als diese Ergebnisse auf dem Tisch lagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wahr ist infolgedessen macht es uns die Beratung dieses Landeshaushalts ein wenig einfacher, Frau Kollegin Berichterstatterin hat zu Recht darauf hingewiesen -, wir müssen in unserem Landeshaushalt des Jahres 2004 nur etwa die Hälfte der geplanten Einnahmenausfälle verkraften, allerdings nicht dank des Einsatzes der sozialdemokratischen Bundesländer, sondern dank des Einsatzes der CDU/CSU-regierten Bundesländer, die zu Recht gesagt haben, Einnahmenausfälle oder eine steuerliche Entlastung, die zu mehr als 25 % nicht gegenfinanziert ist, sind mit uns nicht zu machen. Ich finde, das ist eine richtige Einstellung. Den Nutzen hat diese Landesregierung. Ich gönne ihr diesen Nutzen von Herzen. Aber das zu nehmen und sozusagen eine Strategie der umfassenden Entwarnung daran zu knüpfen, ist blanke Fahrlässigkeit; denn für Entwarnung gibt es nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses überhaupt keinen Grund.

Als ich Ihre erste Reaktion gelesen habe, war mir völlig klar, das Ergebnis kostet uns weniger als zunächst befürchtet. Kaum war das Ergebnis unter Dach und Fach, hat man sich wieder die rosarote Brille aufgesetzt und die finanzpolitische Welt in den schönsten und hellsten Farben gesehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür gibt es aber wahrlich keinen Anlass;

(Beifall der CDU)

denn diese zeitweise Entspannung, die wir durch die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses erfahren, hat noch nicht einmal gereicht, um auf der Grundlage dieser Vermittlungsausschussergebnisse einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen.

Ich will nicht der Frage nachgehen, ob es nach diesem Ergebnis des Vermittlungsausschusses überhaupt noch zulässig ist, den finanzpolitischen Notstand auszurufen. Das ist eine sehr offene und möglicherweise sehr kontrovers zu diskutierende Frage.

Selbst auf der Grundlage dieser Vermittlungsausschussergebnisse haben Sie zu einem mehr als zweifelhaften Trick greifen müssen, um die Verschuldung uns eres Haushalts wenigstens formal unter die Verfassungsgrenze zu drücken. Spätestens diese Tatsache beweist, dass für eine allgemeine finanzpolitische Entwarnung überhaupt kein Anlass besteht.

Sie haben – dies hat uns in den letzten Wochen vielfach beschäftigt, und ich will es deshalb noch einmal erwähnen – eine Forderung des Landes gegenüber den Kommunen vor der Zeit – dies ist zulässig; das will ich überhaupt nicht bestreiten - in den Haushalt als Kredit eingebucht. Ich umschreibe den zweifelhaften Trick, dessen Sie sich bedienen mussten, um mit Ihrem Haushalt 2004 bei der Verschuldung wenigsten formal unter die Verfassungsobergrenze zu kommen. Sie haben in der gleichen Größe bei den Schlüsselzuweisungen einen Abzug vorgenommen und dies als Darlehen ausgewiesen, um dann allerdings - dies beschreibt ein bisschen die Zweifelhaftigkeit dieses Haushaltskniffs – in der Übersicht des Finanzausgleichs, die später im Einzelplan 20 erfolgt, diesen Betrag in der Gesamtsumme in den Schlüsselzuweisungen aufgehen zu lassen.

Sie haben da schon so ein bisschen einen doppelten Salto veranstaltet. Diese ganze Operation wird jetzt als Investition deklariert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Wahrheit ist das keine Investition, sondern schlicht eine Umbuchung, die Sie im Haushalt vorgenommen haben.

(Beifall der CDU)

Es macht Sie mächtig stolz, dass Sie auf diesen Trick verfallen sind. Sie glauben, die Welt ist wieder in Ordnung. Aber die Welt ist nicht in Ordnung.

Meine Damen und Herren, so einfach und schmerzlos kann offenbar eine Haushaltssanierung vonstatten gehen, indem man einen Betrag mehrfach ein- und ausbucht, und schon ist der Haushalt saniert. Wenn man dies weiterverfolgt und sich gedanklich damit beschäftigt, könnte man, einmal auf den Geschmack gekommen, sich glatt mehr solcher Buchungen wünschen.

Jetzt komme ich zu dem Traum, den Sie, die Landesregierung, und möglicherweise Teile der sie tragenden Fraktionen träumen. Sie träumen den Traum, irgendwann saniert sich dieser Haushalt von selbst, und keiner bemerkt es.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Traum ist genauso Schaum, wie alle Träume Schäume sind. So wird es nicht gelingen. Deswegen wird Ihnen irgendwann – in diesem Jahr offenbar nicht; dies beweist der Haushalt – in den nächsten Jahren all das nicht erspart bleiben, was andere tun müssen, um ihre Haushalte wieder ins Lot zu bekommen.

Im Übrigen bedienen Sie sich dieser Tricks seit Jahren. Ich will dies nur noch einmal sagen, damit uns dies in der Kontinuität der Haushaltspolitik der letzten Jahre am Ende dieser Haushaltsberatungen und vor der Verabschiedung des Haushalts klar wird: Seit Jahren versuchten Sie mit diesen Kniffen, durch Ausbuchung, durch die Eröffnung von Nebenhaushalten, Umbuchungen, das Entleihen des eigenen Geldes - ich denke an das Perpetuum mobile unseres Pensionsfonds, wie das Geld eingezahlt, wieder ausgezahlt und Zinsleistungen ausgezahlt und beliehen werden -, die zeitliche Streckung von Finanzhilfen – dies ist ein interessanter Trick, indem man die Finanzzusagen, die man gemacht hat, erst in fünf, sechs, sieben, acht Jahren auszahlt-, gewaltige Verschiebebahnhöfe, die Sie eröffnen, den Haushalt am Ende immer wieder so knapp über dem Wasser zu halten. Dieser zuletzt genannte Haushaltstrick ist ein gutes Beispiel dafür. Sie freuen sich wie ein Schneekönig, wenn Sie wieder einen Weg gefunden haben, um dies mit einem solchen Trick zu machen.

Millionen hineinzurechnen und anschließend die Millionen wieder herauszurechnen, hat nur einen Sinn. Diese ganzen Kniffe, diese Kunstgriffe und Tricks haben nur einen Sinn. Sie tun alles – in den letzten Jahren ist es meine Überzeugung geworden –, und Sie werden in den nächsten Jahren alles tun, um eines unter allen Unständen zu vermeiden, nämlich an irgendeiner Stelle irgendwo einmal mit dem Sparen zu beginnen und irgendjemandem nein zu sagen. Das Wort "nein" gibt es in Ihrem Sprachgebrauch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen machen Sie business as usual". Aber business as usual" wird nie dazu führen, dass dieses Land die politischen Handlungsspielräume zurückgewinnt, die es dringend braucht.

m Übrigen wird uns das in den nächsten Wochen weiter beschäftigen. Ob dieser Trick der Einbuchung eines Darlehens, von dem ich eben sprach, das anschließend wieder zu Schlüsselzuweisung umgebucht wird, rechtlich Bestand hat, wird sich zeigen. Das ist eine nicht ganz einfache Diskussion, die wir führen müssen. Sie berufen sich auf das Haushaltsgrundsätzegesetz. In der Tat, das Haushaltsgrundsätzegesetz legt nahe, dass so etwas machbar ist.

Das Haushaltsgrundsätzegesetz ist jedoch nicht das einzige Gesetz auf der Welt und steht nicht im luftleeren Raum. Ich erinnere daran, dass schon vor vielen Jahren das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage eine andere Meinung vertreten hat und die Rechnungshöfe unserer Bundesländer sich erst kürzlich, nämlich im Mai 2003, anders geäußert haben, als die Landesregierung jetzt ihre Argumentation geltend gemacht hat. Diese haben sich ähnlich geäußert wie das Bundesverfassungsgericht schon vor vielen Jahren, als die Rechnungshöfe sogar verneinten, dass Investitionsschlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden für die Ermittlung der verfassungsrechtlichen Kreditobergrenze herangezogen werden dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das die Rechnungshöfe sogar verneinen, dann habe ich starke Zweifel, ob eine solche Kreislaufluftumbuchungsnummer in der Tat am Ende als Investition in diesem Land herangezogen werden kann, damit Sie Ihren Haushalt über Wasser halten.

(Beifall der CDU)

Ich will darauf verweisen, es gibt in diesen Zusammenhang in den letzten Jahren eine Reihe von Äußerungen der Rechnungshöfe. Es ist schon etwas länger her. Ich nannte eben den Beschluss vom Mai 2003. Als die Rechnungshofpräsidenten im Mai 2001 zusammens aßen, haben sie einen Beschluss gefasst. Das Thema ist so alt

(Zuruf von der SPD: Was soll das denn?)

 Herr Kollege, ich kann Ihnen sagen, was das soll. Das zeigt nämlich, dass Sie einen Haushalt vorgelegt haben
 ich erspare mir jetzt eine etwas drastischere Formulierung
 , der, gelinde gesagt, auf Sand gebaut ist.

Das ist ein Kartenhaus, das beim leisesten Windhauch in sich zusammenstürzen wird. Sie müssen das dann ausbaden.

Deswegen wäre es gut, wenn Sie diese Argumentation ein bisschen mehr beherzigen würden.

(Beifall der CDU)

Die Rechnungshofspräsidenten haben im Jahr 2003 in ihrem Beschluss angemerkt: "Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Höhe der aufgenommenen Kredite durch die tatsächlich getätigten, nicht lediglich durch die veranschlagten Investitionen begrenzt werden." Meine Damen und Herren, eine "Luftkreislaufumbuchungsnummer" ist vieles, vielleicht eine Investition in Druckerschwärze, aber keine Investition, wie sie das Haushaltsrecht in unserem Land vorsieht. Das ist sie zweifelsfrei nicht.

(Beifall der CDU)

Tatsache ist, dass wir in der Haushaltsplanung für das Jahr 2004 bei einer Nettokreditaufnahme von rund 1,18 Milliarden DM liegen. Nach vielen Jahren in den 90er-Jahren, in denen wir den Haushalt mit einer Nettokreditaufnahme von 500 Millionen DM bis 700 Millionen DM aufgestockt haben, haben wir uns inzwischen an die Milliardenmarke gewöhnt, mit der wir die Nettokredite Jahr für Jahr aufstocken. Wir werden Ende des Jahres 2004 bei einem Schuldenstand von etwa 24,567 Milliarden Euro angekommen sein. Das heißt, in 13 Jahren wurde die Verschuldung dieses Landes von ca. 11 Milliarden Euro auf rund 24,567 Milliarden Euro gesteigert.

Meine Damen und Herren, wer in der Lage ist, eine solche Kletterpartie zu vollführen, der hat vielleicht das Zeug zum Bergsteiger, aber als Kassenwart taugt er so wenig wie der Hund, den Franz-Josef Strauß selig weiland immer beschrieben hat, dem man die Aufgabe zumisst, einen Wurstvorrat zu bewachen. Meine Damen

und Herren, die Gier im Zugriff auf das Geld übermannt Sie von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Lewentz, SPD)

– Der Hund hieß "Max". Vielen Dank, Herr Kollege Lewentz. Das zeigt eine intensive Beschäftigung der SPD-Fraktion mit diesem Hund, der ihr nämlich namentlich bekannt ist. Herr Kollege Lewentz kennt ihn persönlich. Er heißt "Max". Deswegen ist es umso weniger verwunderlich, dass Sie sich sozusagen inzwischen das Verhalten dieses Hundes antrainiert haben.

Scherz beiseite. Ich halte es zwar für recht lustig, dass wir das nicht alles so bierernst nehmen. Außerdem halte ich es für gut, dass die SPD-Fraktion das in humorvoller Gelassenheit trägt. Das Thema, über das wir reden, wird uns aber alle einholen. Es ist aber falsch zu glauben, man könnte mit ein paar lockeren Sprüchen darüber hinweg nach dem Motto "Übermorgen ist alles vergessen," – ich weiß, dass Sie so denken – "auch wenn morgen die Zeitungen noch einmal ein bisschen voll damit stehen, dass die Verschuldung des Landes weiter geklettert ist". Sie wissen genau wie wir, dass die meisten die Artikel gar nicht lesen, wenn die Überschrift schon so lautet. Übermorgen ist vielleicht alles vergessen, aber in zwei bis drei Jahren holt uns das alles ein.

Das, was ich vorhin gesagt habe, entspricht der Wahrheit: Wir sitzen fest in der Schuldenfalle. Mir muss einmal einer verraten, wie wir uns irgendwann einmal aus dieser Schuldenfalle befreien wollen. Deshalb wäre es doch die Aufgabe der Landesregierung zu sagen: Leute, die Welt hat sich verändert. – Herr Kollege Mertes hat in den vergangenen Jahren Haushaltsreden gehalten, die mich in Teilen durchaus beeindruckt haben, weil er auf all die Veränderungen immer wieder eingegangen ist. Wenn sich aber die Welt verändert, dann macht es doch keinen Sinn, dass sich ausgerechnet eines in der Welt nicht verändert, nämlich das Ausgabenverhalten der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Ich sprach davon, wie sich die Schuldenlast nach der von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsplanung aufbauen, gar im Jahr 2004 und im kommenden Jahr 2005 auftürmen wird. Im Übrigen fällt mir bei dieser Gelegenheit die Bemerkung ein, dass so Haushalte aussehen, die auf Kante genäht sind. Diese Haushalte landen dann bei 2,08 Milliarden Euro Neuverschuldung. Das sind die auf Kante genähten Haushalte der rheinland-pfälzischen SPD/FDP-geführten Landesregierung.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den die Landesregierung noch viel weniger gern hört, als wenn man über ihre Verschuldung spricht. Obwohl wir diese unglaubliche Kletterpartie hinsichtlich der Verschuldung hinter uns haben und diese Kletterpartie weitergeht: Trotz ständiger Verschuldung, trotz ständig steigender Verschuldung – das sind noch einmal zwei verschiedene Dinge; die Verschuldung ist nicht unser ständiger Begleiter, sondern die steigende Verschuldung ist unser ständiger Begleiter –, trotz all dieser besinnungslos

ausgabenfinanzierten Haushalte stehen wir im Land vor immer schwerwiegenderen Fehlentwicklungen.

Ich will zwei oder drei dieser Fehlentwicklungen aufzeigen, von denen mir in letzer Zeit erzählt worden ist. Ich weiß, dass man nicht alles eins zu eins in die Wirklichkeit übertragen kann, aber das, was ich nachgeprüft habe und vortrage, hat sich alles bewahrheitet.

Ich nenne zunächst die Lage der Sicherheit in unserem Land. Ich könnte jetzt schon aus der Replik der Landesregierung der vergangenen Jahre die Entgegnung herunterspulen, weshalb das alles nicht so sei, wie ich es vortrage. Ich fürchte aber, dass es so ist, wie ich es vortrage. Meine Damen und Herren, die Lage der Scherheit in unserem Land Rheinland-Pfalz ist inzwischen beschämend.

(Beifall der CDU)

Meine herzliche Bitte ist, dass nicht gleich schon wieder der Zwischenruf "Aufklärungsquote" in diesen Saal geplärrt wird. Ich kenne die Statistik der Aufklärungsquote auch. Meine Damen und Herren, im Blick auf die Entmythologisierung dieses Begriffs lohnt es sich, einmal gelegentlich mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu reden. Die Aufklärungsquote bei Tageseinbrüchen in Rheinland-Pfalz liegt zwischen 12 % und 18 %. Das ist doch eine tolle Aufklärungsquote. Bei der Polizeistärke liegt Rheinland-Pfalz inzwischen am Ende der Skala aller Bundesländer.

Mir wird ein Fall geschildert, dass zu nächtlicher Stunde – wie das häufig der Fall ist – im Norden unseres Landes in ein Ladenlokal eingebrochen wird. Die Betreiber bzw. die Besitzer dieses Ladenlokals wohnen im gleichen Haus, und zwar eine Etage über diesem Ladenlokal. Sie hören nachts den Lärm im Ladenlokal, vermuten, dass sich dort jemand zu schaffen macht, sie rufen den Notruf an, sie bleiben dann drei Minuten bis vier Minuten in der Warteschleife und werden mit beruhigender Musik getröstet, die sie zu hören bekommen. Dann dauert es 40 Minuten, bis die Polizei am Tatort erscheint.

Meine Damen und Herren, jemand, der gelernt hat, Geldschränke zu knacken, und es in 40 Minuten nicht schafft, den Safe auszuräumen, der hat den Titel "Krimineller" nicht verdient. Sie sind alle in der Lage, innerhalb von 40 Minuten das zu bewerkstelligen, was sie bewerkstelligen wollen.

Meine Damen und Herren, wenn das ein Einzelfall wäre, dann könnte man sagen, dass das eine unglückliche Fügung sei, weil mehrere schwierige Umstände zusammengekommen sind. Wenn Sie aber mit Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz reden, dann wissen Sie spätestens nach zehn Minuten, dass das kein Einzelfall ist. Das ist inzwischen leider mehr die Regel als die Ausnahme. Es ist beschämend, dass es mittlerweile so weit gekommen ist.

(Beifall der CDU)

Ein bewaffneter Täter überfällt eine Tankstelle. Der Tankwart flüchtet in einen Nebenraum und schließt sich

dort ein. Der Täter versucht, die Tür aufzubrechen, schießt dann auf das Schloss, um die Tür zu öffnen, während der Mann Todesängste aussteht. Es dauerte 35 Minuten, bis die Polizei da ist, nicht weil die Polizeibeamten dumm und faul sind – ganz im Gegenteil –, sondern weil mit immer weniger Polizei immer mehr Kriminalität erfolgreich nicht zu bekämpfen ist, meine Damen und Herren. Das ist eine ganz simple Rechnung.

(Beifall der CDU)

Mir erzählte ein hochrangiger Polizeibeamter, der es wirklich wissen muss, dass es bei Unfällen auf Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz inzwischen die Regel ist, dass der Rettungsdienst lange vor der Polizei eintrifft und notwendige Absperrungsmaßnahmen vom Rettungsdienst vorgenommen werden, von Leuten, die dazu weder befugt noch ausgebildet sind, weil die Polizei nicht anwesend ist.

Deswegen meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns diejenigen, die mit einem unglaublichen Einsatz ihren Job bei der Polizei machen, nicht ständig und über Jahre hinweg im Regen stehen.

Ich lese in der Zeitung, dass das Mainzer Innenministerium, angesprochen auf diese Missstände, gelassen reagiert habe. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Gelassenheit in diesem Fall ist eine absolute Fahrlässigkeit. Ich warne davor, diese Fragen auf die leichte Schulter zu nehmen, weil sich auch das in den nächsten Jahren bitter rächen wird.

Der zweite Punkt: Neben der Inneren Sicherheit und dem Notstand bei der Polizei – wir haben diesen Notstand; denn selbst traditionell sozialdemokratische Parteigänger, die über Generationen hinweg SPD gewählt haben, denken nicht im Traum daran, das zu bestreiten – haben wir inzwischen in Rheinland-Pfalz einen Notstand bei der Bildung.

(Unruhe bei der SPD)

Ich muss mich jetzt ein bisschen nach links wenden, um den Kolleginnen und Kollegen von der anderen Fraktion das verständlich vor Augen zu führen. In Rheinland-Pfalz ist das Thema "Bildung" inzwischen vorzugsweise ein Thema für die Beschäftigung in Sonntagsreden geworden.

(Unruhe bei der SPD)

Es fehlen in Rheinland-Pfalz 800 Lehrer-Vollzeitstellen.

(Ministerpräsident Beck: Mindestens!)

 Der Herr Ministerpräsident sagt mindestens. Ich weiß nicht, ob das ironisch oder ernst gemeint war. Vielleicht ernsthaft.

(Jullien, CDU: Zutreffend!)

Die 800 werden auf jeden Fall nicht bestritten.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe gedacht, Sie machen es unter Tausenden nicht!) Das gilt vor allem für die Sekundarstufe I und den Bereich der berufsbildenden Schulen. In einer Zeit mit hoher Jugendarbeitslosigkeit muss man darüber nachdenken, ob das so gut ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anstatt endlich Ihre Hausaufgaben zu machen, anstatt endlich das zu machen, was notwendig wäre – wie soll ich das sagen –, lassen Sie es zu – ich sage das jetzt einmal ganz zrückhaltend, da ich niemanden beleidigen will –, dass wir eine blödsinnige Scheindiskussion über Elite-Universitäten führen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Universitäten brechen unter der Grundlast zusammen.

(Starker Beifall der CDU)

Wir diskutieren aber über Elite-Universitäten. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Man muss sich einmal vor Augen führen, was Sie der Öffentlichkeit zumuten

Ihr Generalsekretär erklärt dazu, der Begriff stünde gar nicht im Papier. Der Bundeskanzler habe das unter diesem Begriff verkauft. Meine herzliche und dringende Bitte lautet: Machen Sie Ihre Hausaufgaben!

(Hartloff, SPD: Sie scheinen zu selten in Rheinland-Pfalz zu sein!)

- Ach ja, Herr Kollege Hartloff.

Ich habe gelesen, dass wir jetzt Kinder-Universitäten in Rheinland-Pfalz machen. Ich bin nicht gegen Kinder-Universitäten. Wenn das ein Beitrag zur Bekämpfung der PISA-Folgen ist, soll mir das Recht sein. Die normalen Jugend-Universitäten gehen aber am Krückstock, und Sie eröffnen eine neue Scheindebatte über Kinder-Universitäten. Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Es ist wirklich an der Zeit.

(Starker Beifall der CDU)

Man tut sich damit wirklich schwer. Man wird zu all diesen Diskussionen auch gefragt. Man weiß doch schon am Anfang, dass das eine Scheindiskussion mit einer Halbwertzeit von maximal vier Tagen ist. Eliteuniversität, Kinderuniversität, die sind alle nach vier Tagen Schall und Rauch und vergessen.

Unterdessen bewältigen unsere Universitäten im Land die Grundlast nicht mehr. Ich muss übrigens den Vorwurf, dass nicht gespart wird, ein bisschen relativieren. Bei den Universitäten ist wirklich gespart worden. Ich habe mir einmal die Zahlen der Universität Mainz angesehen. Der Haushalt der Universität Mainz im Ansatz 2004 entspricht exakt dem Betrag der Ist-Ausgaben des Jahres 1997.

Da kommt erstens ein Kaufkraftverlust des Etats von 1997 hinzu. Ganz vorsichtig berechnet sind das 11 %.

Zweitens muss man den Block für die Personalkosten herausrechnen, weil dieser Block unabänderlich vorgegeben ist.

(Hartloff, SPD: Ei der Daus!)

 Ja gut, das ist so, Herr Kollege Hartloff. Sie und ich, wir sind keine Beamten, aber wenn man einmal Beamter ist und nach A 14 bezahlt wird, ist es in der Regel so, dass man bis zum Ende seines Lebens weiß, was man monatlich bekommt.

(Mertes, SPD: Das wird in Ihren Anträgen so deutlich!)

- Vielen Dank, Herr Kollege Mertes.

(Mertes, SPD: Gerade bei den 250 Kollegen, die Sie rausschmeißen wollen!)

- Ach Gott, du meine Güte, Herr Kollege Mertes.

(Mertes, SPD: So ist es!)

– Jetzt kann man natürlich Haushaltspolitik auf diesem Niveau diskutieren. Dann machen wir gleich das Buch zu. Dann haben wir die wunderbare Welt, die Sie gern hätten. Herr Kollege Mertes, wir sind uns aber einig, dass der Universitätspräsident nicht darüber verfügen kann? Er kann nicht sagen, du bist jetzt A14 und in Zukunft bist du nur noch A9. Da sind wir uns einig.

(Mertes, SPD: Aber in der Staatskanzlei geht das!)

– Dann haben wir schon einmal einen wesentlichen Konsens erreicht. Also ist der Personalkostenfaktor für den Universitätspräsidenten ein vorgegebener und unabänderlicher Block. Das sind im Jahr 2004 Personalkosten in Höhe von 158,6 Millionen Euro. Ich rede nur von der Universität Mainz. Das sind 14,3 Millionen Euro mehr gegenüber 1997.

Wenn ich diese beiden Faktoren zusammenrechne, die Personalmehrkosten, die die Universität Mainz innerhalb ihres Budget zu verkraften hat, und den Kaufkraftverlust seit 1997, den ich einmal mit 11 % sehr zurückhaltend veranschlage, und vor dem Hintergrund der Tatsache, die ich eben nannte, dass der Gesamtetat der Universität Mainz im Ansatz 2004 exakt dem Betrag der Ist-Ausgaben des Jahres 1997 entspricht, ist der Sachetat der Universität – immer unter Bezugnahme auf das Jahr 1997 – um 36 % zu niedrig angesetzt, um wenigstens den Stand von 1997 halten zu können. In absoluten Zahlen fehlen der Universität Mainz, um nur den Stand 1997 halten zu können, im Jahr 2004 22 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer Zeit, in der kein Politiker, gleich welcher Fraktion, müde wird, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass Wissenschaft, Forschung, Ausbildung, Bildung und Lehre das Pfund ist, mit dem wir in Deutschland in den nächsten Jahren alles entscheidend wuchern müssen, kürzen Sie faktisch den Sachetat der Universität Mainz um 22 Millionen Euro. Ich finde, das ist unverantwortlich.

(Beifall der CDU)

Das trägt in keiner Weise dem Rechnung, was geboten wäre. Das ist so ähnlich wie bei der Polizei. Sie legen inzwischen die Axt an diese Struktur.

Bei der Universität Kaiserslautern ist es übrigens ähnlich. Im Vergleich zum Bezugsjahr 1997 ist dort ein faktischer Verlust von 11,2 Millionen Euro zu verzeichnen. Ich gebe zu, bei den beiden anderen Universitäten ist das nicht so schlimm, Herr Kollege Mertes. Sowohl die Universität Koblenz-Landau als auch die Universität Trier kommen etwas besser weg als die beiden Beispiele, die ich genannt habe.

Die Folgen sind bekannt. Die Folgen können Sie jeden Tag in der Zeitung lesen. Vier Hauptseminare für 800 Studenten, eine Professoren-Studenten-Relation von 1 zu 75 bzw. 1 zu 80. Nach Nordrhein-Westfalen ist das die zweitschlechteste Betreuungsrelation aller Bundesländer. Die Präsidenten unserer Hochschulen sind nicht mehr in der Lage, Berufungsverhandlungen erfolgreich zu führen, weil sie denen, die wegberufen werden sollen, nichts mehr anbieten können. Sie müssen die weiße Flagge hissen.

Es werden durch präsidentiellen Erlass Aufzüge in den Universitäten stillgelegt, damit man Strom spart. Die Studenten werden gebeten, den Nebeneingang und den dortigen Aufzug zu benutzen, weil der andere Aufzug abgestellt ist. Es werden Bibliotheken geschlossen, weil man das Licht und die Heizung aus dem Budget der Universität nicht mehr zahlen kann. Es wird – ich habe lange überlegt, ob ich das sagen soll – das Toilettenpapier rationiert.

(Heiterkeit bei der SPD)

 Ja, da lachen Sie. Sehen Sie, das ist Ihre Politik. Folge Ihrer Politik ist, dass die Aufzüge abgestellt werden und das Toilettenpapier rationiert wird.

(Starker Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb sage ich, wir brauchen keine blödsinnige Diskussion zum x-ten Mal über eine Elite-Universität, sondern wir brauchen abeitsfähige Universitäten in der Grundlast. Ich möchte in fünf Jahren nicht nur Nobelpreisträger von rheinlandpfälzischen Hochschulen haben. Ich möchte, dass in zehn Jahren die Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker und Ingenieure so solide ausgebildet werden, wie wir das in Deutschland gewöhnt sind. Die Voraussetzungen dafür müssen Sie allerdings heute mit diesem Haushalt schaffen.

(Starker Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben der Sicherheit und der Bildung sind die Städte und Gemeinden in unserem Land seit vielen Jahren das dritte Stiefkind. Die kommunale Selbstverwaltung ist am Ende. Was hier in den vergangenen Jahren geschehen ist, ist wirklich schwer in Worte zu fassen.

In diesem Zusammenhang will ich nur eine Bemerkung machen. Das Thema beschäftigt uns zu Recht immer wieder. Sie machen gelegentlich den Versuch, den Schwarzen Peter den Städten und Gemeinden zuzuspielen. Ich habe in den vergangenen Tagen noch einmal den Gemeindefinanzbericht gelesen, der erst wenige Wochen alt ist. So eindrucksvoll, wie der Gemeinde-

finanzbericht, der im Auftrag des Ministeriums des hnern und für Sport erstellt wurde, den Nachweis führt, dass die Städte und Gemeinden in den vergangenen fünf Jahre eine ganz andere Ausgabenpolitik gemacht haben als das Land, zeigt das ganz unmissverständlich, dass der schwarze Peter nicht den Städten und Gemeinden zugespielt werden kann.

Die Gemeindefinanzen saufen ab. Das ist übrigens keine Formulierung von mir, sondern die eines hochdekorierten sozialdemokratischen Kommunalpolitikers. Baufällige Schulen müssen weiterbetrieben werden. Die Kommunen verschulden sich über beide Ohren. Die Kommunalaufsicht drückt beide Augen zu, wenn es um die Genehmigung des Haushalts geht, obwohl die Verschuldung ein Ausmaß erreicht hat, das nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kern des Problems ist – auch hier ist der Gemeindefinanzbericht eine dankbare Quelle –, dass die allgemeinen Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz an die Städte und Gemeinden um ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt liegen.

Herr Kollege Mertes, da wir bei der Wahrheit bleiben wollen, gibt es dazu eine Ergänzung, die Ihnen ein ganz kleines bisschen Luft verschafft,

(Mertes, SPD: Gute Gründe!)

aber das Problem nicht löst und Sie nicht aus der Verantwortung entlässt. Dies wird zwar durch sonstige Erstattungsleistungen des Landes etwas kompensiert, aber es bleibt im Vergleich zu anderen Bundesländern ein Rückstand von mehr als 10 %. Diese 10 % können unsere Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz nicht wegstecken. Es geht nicht, dass sie einfach zur Tagesordnung übergehen und das verkraften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Lage in unserem Land, und zwar jenseits aller Feierlaune bei Festivals und Festspielen, wie sie jetzt für unser Land als neue große Festspiele geplant sind. Ich will mich nicht dagegen aussprechen.

Die Feierlaune, die wir alle bei Festivals und Festspielen erleben, spiegelt nicht die wirkliche Stimmung in uns erem Land jenseits der gemeinsamen Auftritte von Spitzenpolitikern mit Starköchen und Spitzensportlern – das ist alles schön und gut –, der höflichen Begrüßungsworte, die jeder Landrat und jeder Oberbürgermeister, gleich welcher Partei er angehört, spricht, wenn ihn ein Mitglied der Landesregierung vor Ort besucht, der eindringlichen regierungsamtlichen Beschwichtigungen und der präsidenziellen Ermahnungen zu Zuversicht und Frohsinn wider.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinter dieser schönen Fassade gibt es immer mehr Menschen, die im alltäglichen Kampf mit immer größer werdenden Schwierigkeiten den Mut verlieren.

Ich traf am vergangenen Freitag einen Handwerksmester, der 79 Jahre alt ist. Er ist heute noch gemeinsam mit seinen beiden Söhnen in seinem Betrieb. Dieser

Mann erzählte mir, dass er in fünf Jahrzehnten 400 junge Leute ausgebildet hat. So sehr das Beifall verdient, müsste nachdenklich machen, was er mir am Ende eines langen Gesprächs sagte. Er sagte mit seinen beiden Söhnen zusammen: Ich fürchte, wir schaffen es nicht mehr. Wir kommen in diesem Jahr nicht mehr über die Runden.

Der Lehrer fühlt, dass er seinen Elan verliert, weil seine Arbeit keine Anerkennung findet. Ein Polizeibeamter hat mir kürzlich erzählt, dass der Altersdurchschnitt in seiner Schicht 54 Jahre beträgt. Vor fünf oder sechs Jahren haben wir diese noch mit 52 Jahren in den Ruhestand geschickt. Er hat mir auch gesagt, dass weder er noch seine Kollegen weniger als 200 Überstunden vor sich herschieben und er keine Lust mehr an seinem Beruf hat. Ein Gewerkschafter ist nach einem harmlosen Leserbrief allen beruflichen und disziplinarischen Schikanen dieser Landesregierung ausgesetzt. Ein Professor, der gern in Rheinland-Pfalz bleiben möchte, ist unter den gegebenen Bedingungen von Forschung und Lehre gezwungen, einen Ruf an einer anderen Universität anzunehmen, weil er gar nicht anders kann.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Sie sagen "Oh". Das sind alles Menschen, die nicht die Schlagzeilen bestimmen. Es sind aber Menschen, die sich von dieser Landesregierung allein gelassen fühlen und Missstände beklagen, die nicht in Europa, nicht weltweit und nicht im Bund zu suchen sind. Die Missstände, die diese Menschen, die ich genannt habe, beklagen, sind alles Missstände, die Sie in Ihrer landespolitischen Verantwortung abstellen könnten. Das ist der Punkt.

(Beifall der CDU)

Das letzte Mal sprach ich von dem Unternehmer der Spielwarenhandels GmbH ROFU Kinderland, der die Nase voll hat. Sie kennen die Geschichte mit den zwei Hasen und dem geistreichen Einwurf von der Regierungsbank zu diesem Thema. Er hat ein bisschen die Schlagzeilen bestimmt, und zwar anders als die Menschen, die ich bereits nannte. Er schreibt mir und vielen anderen auch: Ich habe die Nase voll von den Schikanen und den schwachsinnigen Bürokratieentscheidungen. – Es geht immer noch um die Hasen und weitere inzwischen 26 vergleichbare Fälle. Es geht um die Frage, ob es ein Frühlingshase oder ein Osterhase ist.

(Ministerpräsident Beck: Ei, ei, ei, ei, ei!)

 Der Ministerpräsident sagt "ei, ei, ei, ei, ei, ei". Das ist klar.

Verehrter Herr Ministerpräsident, die Folge ist, dass Sie in Ihrer Arbeitsmarktstatistik in wenigen Monaten 70 bis 80 Vollzeitarbeitsplätze ausbuchen können; denn dieser Mann hat entschieden, dass er sich nicht weiter schikanieren lassen möchte. Er will sich mehr um seinen Betrieb, weniger um Bürokratieblödsinn kümmern und für mehr Wachstum in seinem Betrieb sorgen. Deswegen hat er die Entscheidung getroffen – er schreibt: Ich sehe hierin für mich den einzig noch verbleibenden Weg, mich wieder um meinen Betrieb kümmern zu können –, die

Importabteilung seines Unternehmens komplett auszulagern und von einem Fremdbetrieb in den Niederlanden abwickeln zu lassen.

Das ist nicht der Bund. Das ist nicht irgendeine Verordnung aus Brüssel. Das ist nicht irgendeine Problematik, die man auf den Irak-Konflikt und weltweite Probleme zurückführen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist rheinland-pfälzische Landespolitik pur.

(Beifall der CDU)

Ich weiß, dass sich die Landesregierung um die Probleme gekümmert hat. Darüber hat der Mann fair berichtet. Dieses Kümmern hat aber nicht dazu geführt, dass der Mann mit seinen Schwierigkeiten zurechtkam. So gern diese Landesregierung von sich behauptet, dass die Kümmernisse der Menschen in solchen Fällen bei ihr in guten Händen liegen, schaut sie dann betreten zur Seite.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, was jetzt kommen wird. Wir alle hören das bei vielfältigen Gelegenheiten. Es wird gleich gesagt werden: Es ist alles halb so schlimm. Die Probleme sind groß, aber lösbar. – Ich füge hinzu: Auch nach meiner Ansicht sind die Probleme groß, aber lösbar. Dann wird gesagt werden: Wir brauchen mehr Zuversicht und Optimismus. – Auch ich sage, wir brauchen mehr Zuversicht und mehr Optimismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zuversicht kann man nur haben, wenn man darauf vertrauen kann, dass man es mit einer Regierung zu tun hat, die sich irgendwann endlich einmal aufrafft, eine einzige Entscheidung zu treffen und nicht den Gang der Dinge sich selbst überlässt.

(Beifall der CDU)

Dieses Vertrauen schmilzt. Ich denke, es schmilzt auch in Rheinland-Pfalz.

Unsere Verschuldung hat eine Schwindel erregende Höhe erreicht. Das waren nur staatliche Kernaufgaben, von denen ich sprach. Ich will das noch einmal ausdrücklich festhalten. Dazu gehören die Sicherheit, die Polizei, die Bildung, die Ausbildung, die Hochschulen und die Kommunen. Man kann und muss es immer wieder sagen: Es gibt einen Verfassungsauftrag an die Landesregierung, für die Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Das ist kein Werk der Barmherzigkeit. – Diese staatlichen Kernaufgaben werden auf eine sträfliche Weise vernachlässigt. Deswegen hätte die Landesregierung vor allem diese eine Aufgabe, durch Strukturveränderungen mittelfristig wieder Handlungsspielräume zurückzugewinnen.

Ich weiß, dass Sie diese Aufgabe nicht annehmen und nicht als die Ihre erkennen, geschweige denn gewillt sind, diese Aufgabe anzugehen. Stattdessen wird wieder eine Scheindebatte vom Zaun gebrochen. Wir reden über die Gebietsreform.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz offen meine Meinung. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden wir in zwei, drei oder vier Jahren – ich bin kein Hellseher – auch eine Gebietsreform im Land Rheinland-Pfalz diskutieren und auch entscheiden müssen, aber doch nicht, indem wir den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Wer jetzt sagt, wir müssen eine Gebietsreform diskutieren, weiß, dass er eine Scheindebatte lostritt.

(Beifall der CDU)

Das kann übrigens nur jemand tun, der in der Breite kommunalpolitisch verankert ist, wie andere Parteien auch, und der den Rücken völlig frei hat, darüber zu diskutieren, ob wir vielleicht in Zukunft Verbandsgemeinden mit 40.000 oder 400.000 Einwohner bilden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann das alles tun, aber doch bitte nicht, ohne den ersten Schritt getan zu haben. Der erste Schritt muss doch sein, dass wir endlich dazu kommen, eine Neubestimmung des Aufgabenzuschnitts vorzunehmen.

Ich weiß doch nicht, ob die Verbandsgemeinde in zehn Jahren eine sinnvolle oder eine sinnlose Einrichtung ist. Ich weiß es doch erst, wenn ich vorher festgelegt habe, ob und gegebenenfalls welche Aufgaben die Verbandsgemeinde erledigt.

(Beifall der CDU)

Wenn ich sage, wir machen alles oben auf der Ebene des Landes, und dann gibt es im Übrigen noch die Kreise und die Städte, und das war es, dann brauchen wir auch aus kosmetischen Gründen keine Verbandsgemeinden mehr.

Wenn ich aber andersherum sage, wir machen oben auf Landesebene weniger, und die Städte, die Gemeinden und eben auch die Verbandsgemeinden und vielleicht sogar die Ortsgemeinden machen in Zukunft mehr als heute, dann muss ich doch mit dem Klammerbeutel gepudert sein, im gleichen Atemzug zu sagen, aber die Verbandsgemeinden lösen wir dann auf.

Also muss ich den ersten Schritt vor dem zweiten Schritt machen. Deswegen ist der erste Schritt und kann der erste Schritt nur sein, die Frage zu beantworten, wer in Zukunft für was zuständig sein soll, welche Aufgaben verlagert werden können, welche Ebene abschließend entscheiden soll. Diese Fragen müssen geklärt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur habe ich nicht mehr die Hoffnung, dass die Landesregierung einen maßgeblichen Beitrag dazu leistet, diese Fragen zu klären. Wissen Sie, wer beim Standardanpassungsgesetz so kläglich scheitert wie diese Landesregierung, der erweckt nicht den Eindruck, dass er bei anderen anstehenden Fragen irgendeine maßgebliche Entscheidung trifft.

(Beifall der CDU)

Das war für mich wirklich eine Lehre, dieser Eiertanz, der vollführt wurde, nach dem Motto: Mehr können wir

nicht, alles andere geht sozusagen in eine unkalkulierbare Situation. – Es wird uns dann weiße Salbe angeboten, lassen Sie das mit dem Gesetz, wenn Sie es so am Ende nicht wollen, so wie Sie es jetzt vorhaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der tiefere Grund ist natürlich, dass viele, die in dieser Regierung Verantwortung tragen, zutiefst davon beseelt sind, dass niemand in den Städten und Gemeinden es annähernd genauso gut machen kann, wie es in Mainz gemacht wird. Das ist ein Irrtum, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Gegenteil ist wahr.

(Beifall der CDU)

Ich will nicht noch einmal über Baden-Württemberg reden, nur wenn ich aus Reihen der Landesregierung höre, also eine Replik auf mich, Baden-Württemberg mit der Vorgabe, bis zum Jahre 2011 20 % der Verwaltungskosten zu senken, wenn ich dann als Kritik der Landesregierung an diesem Vorschlag höre, dieser gehe zulasten der Polizei, da lachen aber die Hühner in Rheinland-Pfalz, bei der Lage der Polizei, von der ich vorhin gesprochen habe, ausgerechnet mit diesem Agument jetzt die Verwaltungsmodernisierung in Baden-Württemberg zu kritisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die haben Sie doch gar nicht gebraucht, um die Polizei in Rheinland-Pfalz gegen die Wand zu fahren. Das haben Sie ohne Verwaltungsmodernisierung geschafft.

(Beifall der CDU)

Deswegen lassen Sie sich bitte etwas anderes einfallen.

Wenn ich als kleines Kind zu meiner Oma kam und über Bauchschmerzen klagte, habe ich einen Satz zu hören bekommen, der lautete: "Es kam von allein, und es geht von allein". Medizinisch ist das nicht der Weisheit letzter Schluss, ehrlich gesagt. Die arme Frau ist auch relativ früh gestorben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser Hoffnung hat sich diese Landesregierung eingerichtet. Es kam von allein, und es geht von allein. Die Verschuldung ist über uns hineingebrochen, und irgendwann kommt die gute Fee, dann haben wir drei Wünsche frei und dann ist die weg. Aber so wird das nicht funktionieren.

Es kam nicht von allein, und es geht nicht von allein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen ganz am Ende vier Punkte, von denen ich glaube – das ist sehr bescheiden für eine Opposition, wenn sie sich auf vier Punkte konzentriert –, dass sie wirklich das Unverzichtbarste vom Unverzichtbaren für die landespolitische Auseinandersetzung sind:

1. Wir müssen sparen. Wir müssen beginnen mit dem Sparen. Wir haben einen Vorschlag gemacht – das sage ich jetzt einmal etwas ungeschützt –, eine weitere Sparanstrengung von 102 Millionen Euro.

Ich behaupte, dass dieser Vorschlag durchaus ein bisschen auch auf der Linie der Landesregierung liegt; denn

diese 102 Millionen Euro, die wir zu sparen vorschlagen, führen auch nicht zu Empörungswellen in Rheinland-Pfalz.

Aber es ist der Beweis dafür, dass noch Luft in diesem Haushalt ist und die Aussage, wir seien am Ende mit all unseren Möglichkeiten, nicht zutrifft. Wenn man will, kann man auch aus diesem Haushalt noch Luft heraus lassen, aber man muss es wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sparen hat eine kurzfristige und eine mittelfristige Dimension. Kurzfristig: Wo können Sie sparen? – Herr Kollege Mertes hat vorhin darauf hingewiesen, natürlich beim Personal. Wo denn sonst?

Wir haben viele Gespräche hinter uns, bei denen wir uns sozusagen über die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Landespolitik verständigt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich beim Personal, und auch – weil uns das gleich um die Ohren geschlagen wird, ich bin mir da ganz sicher – bei der Inanspruchnahme von Förderprogrammen.

Wenn ich irgendein Projekt habe, für das mir die Europäische Union oder irgendein Topf 50 % gibt, aber die Kehrseite der Medaille ist, dass ich zu jedem Euro, der mir aus Brüssel gegeben wird, aus eigener Kraft einen Euro beisteuern muss und ich diesen Euro zwingend nur über Pump beisteuern kann, dann muss ich auch die Konsequenz ziehen und sagen, dann nehme ich diese Programme nicht zu 100 % in Anspruch; denn ich muss meine Verschuldung irgendwie begrenzen.

Da gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, nicht leichten Herzens. Die Landesregierung sagt immer, die Opposition mache es sich ganz einfach, schlage 200 und 250 Stellen zum Sparen vor, keine Ahnung, wie das gehen solle. Als wenn wir das leichten Herzens mit einem Federstrich machen würden. Nicht leichten Herzens, aber Ihre Alternative zu diesen Vorschlägen ist, gar nichts zu machen, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Ja, klar!)

Angesichts dieser Alternative, gar nichts zu machen, schlage ich vor, wenn auch schweren Herzens, die Einsparmöglichkeiten, die dieser Landeshaushalt bis zur Stunde immer noch bietet, dann auch wirklich auszuschöpfen und wahrzunehmen. Das ist dann immer noch der bessere Weg.

(Beifall der CDU – Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mittelfristig natürlich durch Strukturreform. Wir leisten uns zu viel öffentliche Verwaltung. Dafür steht mein Beispiel mit dem grünen Pfeil für Rechtsabbieger, das ich schon mehrfach gebracht habe. Ändern Sie es doch bitte, dass in jedem einzelnen Fall die oberste Landesstraßenverwaltung aufgrund der Aktenlage entscheiden muss, ob es denn einen solchen grünen Pfeil für Rechtsabbieger geben darf oder nicht.

Es sind tausend Kleinigkeiten. Aber diese tausend Kleinigkeiten fallen den Menschen zur Last bis hin zu den großen Fragen – ich habe jetzt von den kleinen landespolitischen gesprochen –, 7.000 neue zusätzliche Stellen für die Bekämpfung der Schwarzarbeit in den Privathaushalten, meine sehr verehrten Damen und Herren. So entsteht eine neue Mammutbehörde, die jetzt überprüfen soll, ob die Putzfrauen schwarz oder weiß beschäftigt sind.

Diese Politik hat uns an den Abgrund geführt. Deswegen warne ich dringend davor, diesen Weg der weiteren Verbürokratisierung unserer Gesellschaft voranzuschreiten. Gehen Sie in die andere Richtung und beschneiden Sie den bürokratischen Wust, der sich in unserer Gesellschaft breit gemacht hat.

2. Ein zweiter Punkt betrifft Ihre wichtige Rolle im Bundesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung. Ich glaube, dass wir heute alle vor einer alles entscheidenden Frage stehen, nämlich der Frage, ob wir im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit punkten können.

Ich weiß auch und werde das der Landesregierung deshalb nie zum Vorwurf machen, dass das mit landespolitischen Mitteln ausgesprochen schwierig ist. Aber im Bundesrat gibt es eine ganze Reihe von Diskussionsvorschlägen, die uns auf diesem Weg weiterbringen könnten.

Wir schaffen es nicht mit den Mitteln des zweiten Abeitsmarkts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schaffen es auch nicht durch eine andere Verteilung von Arbeit. Wir schaffen es weder mit Hartz I noch schaffen wir es mit Hartz II, sondern wir schaffen es nur, wenn es uns gelingt, im Niedriglohnbereich wieder eine Verlebendigung vorzunehmen. Da liegt genau unser Hauptproblem.

(Franzmann, SPD: Was heißt denn das?)

– Herr Kollege, ich bin gerade dabei. Dann muss man allerdings zuhören, Herr Franzmann. Das ist furchtbar schwer. Sie plappern und plappern und plappern, sperren sich die Ohren zu, und wenn man etwas erklärt hat, schreien Sie: "Erklären Sie es einmal". Ich erkläre es nur einmal; denn für die meisten reicht es auch einmal.

> (Vereinzelt Beifall bei der CDU – Schweitzer, SPD: Machen Sie es doch einmal!)

Das geht nur, wenn ein Arbeitsverhältnis im unteren Einkommensbereich ein Leben in eigener Verantwortung und in eigener Selbstbestimmung wieder ermöglicht. Dafür brauchen wir ein ganz anderes Steuerrecht im Eingangsbereich.

(Zurufe von der SPD: Ah, jetzt kommt es!)

Wir brauchen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Das hat nichts mit dem Abbau von Schutzrechten zu tun, sondern es ist die Voraussetzung für den Zuwachs von Beschäftigung in unserer Gesellschaft.

(Hartloff, SPD: Das war es schon?)

– Ach du meine Güte. Herr Kollege, wissen Sie, ich setze eigentlich voraus, dass jemand, der dafür bezahlt wird, dass er in der Politik tätig ist, sich im Jahr 2004 mit der Frage auch schon einmal ein bisschen intensiver beschäftigt hat, als es offenbar bei Ihrem Zwischenruf zum Ausdruck gekommen ist. Das Thema "Arbeitslosigkeit" taugt nicht besonders dafür, dilatorisch von links vom Tisch gewischt zu werden, finde ich.

> (Beifall der CDU – Zuruf der Abg. Frau Pepper, SPD)

3. Ich nenne einen dritten Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Machen Sie mehr für die Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Entschließen Sie sich wenigstens zur Aufstockung auf die 300 Polizeianwärter.

Das geht übrigens durch Umschichtung. Das ist wirklich kein großes Problem, das durch Umschichtung zu finanzieren. Der Altersdurchschnitt der rheinland-pfälzischen Polizei entwickelt sich nicht gut. Sie selbst haben in Ihrem eigenen Koalitionsvertrag diese 300 festgeschrieben.

Handeln Sie in dem Punkt nicht nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. – Das Gleiche gilt für die Situation der Kommunen.

4. Das ist der vierte Punkt, den ich nenne, liebe Kolleginnen und Kollegen: Geben Sie der kommunalen Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz eine Überlebenschance. Es wäre doch ein Zeichen des guten Willens, wenn Sie sich beispielsweise vornehmen würden, in zwei Haushaltsjahren den Rückstau, der sich bei den Schulbaumitteln gebildet hat, aufzulösen. Das ist eine überschaubare Größenordnung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht im Ernst die Kommunen als Ihre Sparkasse missbrauchen, bei der Sie sich Ihre nicht ausgewiesenen Kredite beschaffen. Das mit dem Verstetigungsdarlehen ist schön und gut, aber es ist doch nicht mehr als eine Galgenfrist für die Kommunen.

Keine Kommune hat davon etwas auf Dauer. Natürlich haben Sie ein bisschen Aufschub. Aber die Probleme holen die Kommunen doch genauso ein, wie sie das Land einholen. Diese Entwicklung kann so nicht weitergehen.

Wenn Sie sich die Kurve bei den Kassenkrediten der kommunalen Gebietskörperschaften ansehen: 100 Millionen stark im Jahr 1993. Wir liegen jetzt bei 1,7 Milliarden Euro Kassenkrediten der Kommunen. Das Ende ist absehbar.

5. Der letzte Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Geben Sie der Bildung eine Zukunft. Die Universitäten sind wirklich am Ende. Sie fühlen sich im Stich gelassen. Es ist auch wohl so, dass sie sich an der Grenze der Unterfinanzierung bewegen.

Ich habe meinen Augen und meinen Ohren nicht getraut, als ich gestern Nachmittag zur Kenntnis nahm, dass der

Vorsitzende der FDP-Fraktion einen Tag vor dieser Debatte die Feststellung getroffen hat,

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat uns auch gewundert! Das stimmt, da haben Sie Recht!)

das Land sei an der Grenze der Unterfinanzierung bei den Universitäten und Fachhochschulen. Ich bin aus allen Wolken gefallen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Jetzt muss der eine oder andere aus der Koalitionsfraktion seine Rede umschreiben; denn das ist bisher zutiefst bestritten worden.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja! –

ODU Alle Jing II

Frau Kohnle-Gros, CDU: Allerdings!)

Jetzt wird 24 Stunden vor dieser Debatte heute aus den Reihen der Koalition ein zusätzliches 100-Millionen-Euro-Programm für die Hochschulen gefordert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Ja, wo leben wir denn?

Lieber Herr Kuhn, eines ist natürlich richtig. Deswegen will ich das gar nicht kritisieren. Der Zeitpunkt ist vielleicht nicht der beste. Übrigens fordern Sie es vorsorglich für den nächsten Haushalt 2005/2006, ein ganz neuer Stil bei Haushaltsberatungen. Das nächste Mal werden wir unsere Haushaltsanträge dann auch gleich für den übemächsten Haushalt formulieren.

(Jullien, CDU: Wo sind denn die Anträge?)

Dann ist sozusagen die Weitsicht gegeben, die Weitsicht besser zur Sprache zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalition selbst sagt, das Land sei an der Grenze der Unterfinanzierung bei den Universitäten und den Fachhochschulen. So ist es. Die Universitäten und Fachhochschulen brauchen nicht Geld zur Ausbildung künftiger Nobelpreisträger, sondern sie brauchen Geld, um ihre ganz normale Grundlast wieder fahren zu können.

(Schmitt, CDU: So ist es!)

Das ist die Aufgabe, die sich in den nächsten Jahren stellt. Deswegen meine herzliche Bitte, lassen Sie diese Struktur nicht kaputtgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen am Ende der Haushaltsberatungen. Das, was uns in diesem Landeshaushalt für das Jahr 2004 vorgelegt wird, ist nicht dazu angetan, unsere Erwartungen zufrieden zu stellen.

Das, was notwendig wäre und was getan werden müsste, was wir auf das Schmerzlichste in diesem Haushalt vermissen, setzt allerdings einen politischen Willen zur Gestaltung voraus. Ich fürchte, dieser Wille zur politischen Gestaltung ist ermattet. Jedenfalls lässt der Landeshaushalt 2004 keinen anderen Schluss zu.

Wir werden diesem Landeshaushalt wegen gravierender, schwerwiegender Fehler, sowohl was die Planung bei den Schulden anbelangt als auch die schwerwiegenden politischen Fehler, von denen ich sprach, nicht zustimmen können. Wir lehnen ihn ab.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Ediger-Eller. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Abgeordneter Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Böhr hat gemeint, er wüsste schon, wie die Antworten ausfallen.

Nun, Demokratie lebt vom Streit. Sie braucht ihn, sie braucht die Auseinandersetzung, und sie braucht auch einen Streit, bei dem Sie, lieber Herr Kollege Böhr, etwa 50 Minuten gebraucht haben, um zu beschreiben, wie verschuldet das Land ist, und 30 Minuten, um zu beschreiben, welche Forderungen Sie für neue Ausgaben für dieses Land stellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist wirklich interessant. Wir wiederholen uns, wahrscheinlich ich auch. Es ist immer wieder das Gleiche: Wir erwarten den künftigen Mann, der politisch beschreibt, wohin sich Rheinland-Pfalz entwickelt und was kommt. Es kommt der Kassenführer des Landes, der beschreibt, dass wir Schulden haben. Wir haben Schulden, andere haben Schulden, und die Dämonisierung von Schulden ist nicht korrekt.

(Zuruf von der CDU: Doch, sie ist korrekt!)

Sie zeigt nur an, dass Sie Ihre Aufgaben in diesem Land nicht erfüllen wollen. Wir sehen dies ganz anders, und deshalb regieren wir!

(Beifall der SPD und der FDP)

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn Sie darauf verzichtet hätten, wieder einmal mit der Glocke der Angst durch Rheinland-Pfalz zu laufen.

Zunächst stellt sich die Frage der Verschuldung. Unter Milliarden kann sich jeder etwas vorstellen. Die Leute haben vielleicht 150.000 Euro auf ihrem Haus. Also, es ist zu viel.

Dann kommt die Frage der Inneren Sicherheit. Ganz klar, man muss Angst haben in Rheinland-Pfalz. Die Polizei kommt nicht mehr. Sie braucht 40 Minuten. In einem Einzelfall wird dies geschehen sein, auch vielleicht sogar einmal beim Einsatz des Rettungsdienstes. Danach kommt die Frage nach der Bildung.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

Zuerst sagen Sie, wir hätten zu viele Ausgaben und damit zu viele Schulden, und dann sagen Sie, wir stellten zu wenig Leute ein. Aber warum kommen 96.000 Studierende – ich sage einmal, davon zu viele – aus dem freundlichen Ausland zu uns? – Wahrscheinlich, weil unsere Universitäten zu wenig attraktiv sind. Diese Vorstellung ist fast irreal, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich bestreite gar nicht, dass wir eine Überlast haben. Aber die Attraktivität der Universitäten zu bestreiten, wenn sehr viele Studierende aus benachbarten Ländern zu uns kommen, ist wirklich schon verrückt. Die Verunsicherung in diesem Land allein auf die Landespolitik zu beziehen, zeigt eindeutig Ihren eindimensionalen Blick, Herr Kollege Böhr.

Entschuldigung! – Mich wundert, dass wir nicht zur Kenntnis nehmen wollen: Milliarden sind im neuen Markt verbrannt worden. Glauben Sie, die Menschen würden das einfach so wegstecken? – Unsere Sportidole zahlen ihre Steuern lieber in Belgien oder Monaco.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

 Entschuldigung! Das ist doch für den normalen Bürger der Hinweis darauf, es lohnt sich, es anders zu machen.
 Es gibt gar keinen Grund, in dieser Republik staatstreu zu sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Da schreien Sie immer auf! Es muss doch auch in Ihrem Interesse sein zu sagen, dieses Land muss doch in der Lage sein, diejenigen, die ausbüchsen, ihre Pflichten nicht erfüllen, aber in Deutschland ihr Geld verdienen, dazu zu verpflichten, es auch in Deutschland zu versteuern. Wo sind wir denn geblieben?

(Beifall der SPD und der FDP)

Da sagt uns ein Herr Müller, er zieht in die Schweiz, nachdem er den Verkauf seines Imperiums in Bayern in Deutschland organisiert hat, weil er die Erbschaftssteuer nicht bezahlen will!

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Aber jeder Bäckermeister, der im Hunsrück seinen Betrieb vererbt, wird sie zahlen müssen, weil er nicht in die Schweiz oder nach Luxemburg gehen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

 Herr Dr. Gölter, gehen Sie in die Schweiz, um Ihre Erbschaftssteuer zu zahlen? Das ist genau der Punkt!

> (Zurufe von der CDU – Beifall der SPD und der FDP)

Ich bin nicht mehr bereit, im Konsens darüber zu reden, dass sich die einen entlasten, und die anderen bereit sind, für dieses Land ihre Steuern zu zahlen, damit die Infrastruktur, die Universitäten und die Polizei finanziert werden können. So ist das!

(Zurufe der Abg. Bracht und Dr. Gölter, CDU – Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die einen verkaufen ihre Redakteure wie Teilherden von Rindern in Kanada, um später billigere Redakteure einstellen zu können, damit sie ihre Zeitung billiger herausgeben können. Das soll ich gutheißen? Dazu soll ich schweigen, nur weil Sie schweigen? – Sie schweigen immer dann, wenn es um solche Fragen geht, weil es Ihnen unangenehm ist, darüber zu reden. Mir ist es auch unangenehm, aber es wird angesprochen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Falls Sie glauben, ich hätte die falsche Zeitung gelesen, muss ich Ihnen sagen, gestern las ich im "Publik Forum", einer Zeitung, die man durchaus lesen sollte, es gibt zur gleichen Zeit mehr Reichtum und mehr Armut in der Bundesrepublik. Dies sind die Fragen zur großen Verunsicherung unserer Bevölkerung, einschließlich der Frage der Verschuldung.

Meine Damen und Herren, in solchen Zeiten, in denen Expertenkommissionen uns noch zusätzliche Probleme beschreiben, von der Frage der demographischen Entwicklung bis hin zur Rente, in der viele Reformschritte nebeneinander erfolgen und komplizierte Entscheidungsprozesse im Deutschen Bundesrat anstehen, besteht eine Situation, in der sich die Menschen davor fürchten, was ihnen die Zukunft bringt. Die Aufgabe dieser Landesregierung und dieser Koalition ist es, Verlässlichkeit, Kontinuität und beharrliche Geduld zu zeigen und nicht in das Lied einzustimmen, das Ihnen so am Herzen liegt, meine Damen und Herren, nämlich die Verunsicherung nach vorn zu treiben wie Herr Böhr.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zur Verlässlichkeit: Wir setzen unsere Wahlaussage von 2001 um und bauen unser Land zum modernsten Bildungsland um. Zur Kontinuität: Wir halten fest an uns erem erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs und schaffen damit Wohlstand und Beschäftigung. Zur beharrlichen Geduld: Wir sind bereit, Bildung, Wissenschaft und Forschung zu stärken. Damit wird für etwas gesorgt, was die Menschen brauchen: Sie brauchen öffentliche und wirtschaftliche Sicherheit. Das ist unsere Aufgabe. Dies kann nur der Staat leisten und nicht der Markt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das Bild, das Sie von Rheinland-Pfalz gemalt haben, ist nicht neu. Immer, wenn Sie auf Rheinland-Pfalz blicken, sehen Sie es negativ. Wenn andere aus einem neutralen Blickwinkel auf Rheinland-Pfalz blicken, ergeben sich ganz andere Bilder. Die Bertelsmann-Stiftung hat uns für 2003 in der Länderanalyse eine sehr positive Gesamtentwicklung bescheinigt. Sie bescheinigt uns einen guten Erfolg im Standortwettbewerb der Bundesländer, trotz der Sondereinflüsse und trotz der Frage des Truppenabzugs.

Ich komme nun auf einige Punkte des Kollegen Böhr zu sprechen. Natürlich haben auch andere Länder Steuermindereinnahmen und vergleichbare Probleme. Aber erzählen Sie mir bitte einmal, in welchem Land beispielsweise die Konversionsfragen derart durchgeschlagen haben wie in unseren strukturschwachen Gebieten. Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz – nach Bernhard Vogel der Flugzeugträger der Nato – hatte am meisten unter diesen Fragen zu leiden. Was haben wir daraus gemacht? – Meine Damen und Herren, wir haben "Hahn", wir haben "Zweibrücken", wir haben "Birkenfeld", und wir haben "Remagen" daraus gemacht. Dies sind durchaus nur Erfolgsgeschichten für Rheinland-Pfalz.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Dazu brauchen wir von Ihnen keinen Ratschlag, weil Sie uns nicht geholfen haben!

(Beifall der SPD und der FDP)

Dieses ewige "Rheinland-Pfalz: Schlusslicht"!

(Kuhn, FDP: Ja!)

Nach der Bertelsmann-Stiftung sind wir eines von drei Bundesländern in der ganzen Bundesrepublik, die in der Periode von 1999 bis 2001 ihr Wachstum erhöhen konnten. Wir haben 2002 das höchste Wachstum nach der Wiedervereinigung erreicht. Wir haben die drittniedrigste Arbeitslosenquote nach Bayern und Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, ich kenne Ihre Zwischenrufe. Ja, ich kenne sie. Dies komme nur von den Auspendlern nach Luxemburg, nach Frankfurt und nach Heidelberg. Das ist ganz klar. Es hat nichts mit den Rahmenbedingungen dieser Landesregierung oder der Mittelstandspolitik zu tun. Das ist ganz klar. Diese Entwicklung kommt nur durch die Pendler. Meine Damen und Herren, für wie verrückt halten Sie eigentlich die Rheinland-Pfälzer? – Für viel zu verrückt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Bertelsmänner sagen, dies habe mit den beschäftigungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung und mit dem Erfolg der Konversionspolitik zu tun. Dies sagen nicht wir selbst. Wir würden gar nicht so eitel sein. Sie sagen, es habe mit der Integration von Arbeitslosen und jungen Menschen und – jetzt kommt es – mit der Frage des Kinderbetreuungsangebots zu tun, das stabilisierend auf die Frauenbeschäftigung wirke. Dies sagen uns andere. Meine Damen und Herren, darauf sind wir nun erst einmal zehn Sekunden lang stolz.

(Beifall der SPD und der FDP)

"Wenn man sich die Wirklichkeit anschaut", sagte jemand an der nordrhein-westfälischen Grenze auf einem Bezirksparteitag der CDU. Der rennt nicht jede Woche mit sozialistischen Parolen durch Rheinland-Pfalz. Packen Sie den einmal! Was glauben Sie, wer das gewesen ist?

(Zurufe von der SPD: Na?)

 Das war ein Gütezeichen von Herrn Böhr für unseren Ministerpräsidenten.

(Bracht, CDU: Packen Sie den einmal!)

Meine Damen und Herren, ich denke, dies zeigt die Hilflosigkeit in der Sache: Packen Sie den einmal! Sie packen eben nichts an, Sie lösen keine Aufgaben. Sie beschreiben immer nur die Aufgaben. Das ist der große Unterschied

(Beifall der SPD und der FDP)

Man kann natürlich kaum sozialistische Parolen daraus machen, wenn man vernünftige Mittelstandspolitik betreibt und Kinderbetreuung und Ganztagsschulen organisiert. Daraus kann man nichts Negatives ziehen. Das ist schade, das sehe ich ein. Dennoch können Sie sich im Moment noch in der bundespolitischen Stimmungslage in den Umfragen ein wenig sonnen. Aber diese geliehene Popularität wird natürlich nicht ewig halten. Irgendwann wird auch die Frage gestellt werden: Wer wird es denn? – Auch das gehört in eine Generaldebatte über den Haushalt.

Gestern hat man sozusagen – es tut mir für diejenigen furchtbar leid, die jetzt am Fernseher sitzen – bei einer Pressekonferenz die Sau herausgelassen, und heute sagt der Fraktionsvorsitzende kein Wort. Er streift höchstens das Wort "Schneekönig". Also, bei allem Respekt! Als Könige haben wir uns noch nicht gefühlt. Es geht um die Frage, ob die Luft raus ist. Das ist nicht wie Politik, sondern wie Fußball. Nur Fußball!

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD – Kuhn, FDP: Da ist auch die Luft raus! – Beifall der SPD und der FDP)

Fußball ist ein Teamspiel mit Fairplay. Das spielt man sicherlich in der CDU. Man muss sich schon fragen, ob Sie dann, wenn Sie sagen, den kann man gar nicht packen, und wenn diejenigen, die mit Ihrem Namen verbunden sind, Wahlen in der Partei verlieren, überhaupt die elf Freunde zusammenbekommen. Ich glaube, inzwischen ist es so, dass die SPD-Fraktion schon fast geschlossen für Ihre Spitzenkandidatur in 2006 ist, sogar darüber hinaus.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie müssen sich doch heute fragen, wer eigentlich unter der Toga noch etwas außer der Tunika trägt, wenn Sie sich bewegen. Das ist doch Ihr Problem.

> (Heiterkeit bei der SPD – Jullien, CDU: Sagen Sie etwas zum Haushalt! – Frau Schmitt, CDU: Sagen Sie doch etwas zum Haushalt! – Frau Schneider-Forst, CDU: Zum Haushalt!)

Diese Unsicherheit hat man eben bei Ihrer Rede gemerkt. Sie fühlen sich doch in Ihrer Partei angezählt. Man wird dann immer aggressiver, weil man sich unsicher fühlt. Das ist keine Art, dieser Debatte einen Stempel aufzudrücken.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Es ist natürlich schwer, in dieser Frage mit einem Angezählten zu boxen.

(Frau Schmitt, CDU: Nun hören Sie doch auf mit dem Quatsch! – Frau Schneider-Forst, CDU: Zum Haushalt!)

– Entschuldigung. Wir haben doch gestern keine Pressekonferenz gemacht, in der wir mit Mitteln der Fraktion deutlich machen wollten, welche Meinung wir haben. Wir haben auch als Fraktion nicht das Problem, dass wir im letzten Jahr 140.000 Euro Unterdeckung hatten. Aber Sie geben hier Ratschläge, wie man vernünftig wirtschaften soll. Das haben wir alles nicht!

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich meine, es ist schon gut, dass diejenigen, die einen so klitzekleinen Laden wie eine Fraktion haben – ich bin da auch beteiligt und kenne mich aus – und diesen nicht einmal finanziell vernünftig sanieren können, der Landesregierung und der Koalition Ratschläge geben, wie man vernünftige Wirtschaftspolitik macht. Das ist glaubwürdig! Natürlich ist das glaubwürdig! Man wird doch jedem glauben, der selbst nicht mit Geld umgehen kann, dass er gute Ratschläge für andere hat. Was ist denn da anders?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Gehen wir einmal in die Debatte hinein, was noch alles passiert ist in der Frage der Entlastungsstufe der Steuerreform. Ich habe es schon beim letzten Mal gesagt. Solange Sie sich sicher sein konnten, dass wir unsicher waren, ob wir es machen sollten, solange waren Sie dafür. Das war so um die Zeit des 24. Juni 2003. Damals hat Christoph Böhr entschlossen gesagt, dass das vorzuziehen ist, sogar am 24. Juni 2003 im "Newsletter", dass eine begrenzt höhere Neuverschuldung möglich sei. Das hat er hier auch heute gesagt.

Als dann aber deutlich wurde, dass wir darauf eingehen würden, nämlich im Dezember, hat er davor gewarnt, nicht allzu hohe Erwartungen in das Vorziehen der Steuerreform hineinzuinterpretieren.

Dann war ein halbes Jahr lang der Dauerbrenner der Entfernungspauschale zu hören. Keine Steuererhöhungen für die Rheinland-Pfälzer! Herr Jullien, Sie sind doch in den letzten sechs Monaten viel stiller im Parlament geworden.

(Jullien, CDU: Warten Sie einmal ab!)

– Ja, wir warten es in der Tat ab. Sie haben das doch als Thema gemacht. Jetzt, wo Herr Merz die Bierdeckelsteuerreform einbringt, ist plötzlich die Frage der Entfernungspauschale alles kein Thema mehr. Meine Damen und Herren, jetzt plötzlich schweigt unser Lautsprecher aus Bullay.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD – Jullien, CDU: Wer stellt denn die Frage der Finanzierung?)

So kann man natürlich auch Glaubwürdigkeit untergraben. Wir haben für die Entfernungspauschale gekämpft, weil wir unseren Fernpendlern das Leben nicht schwerer machen wollten. Sie haben es nur als taktischen Spielball benutzt. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied, der jetzt bei Merz herauskommt.

(Beifall bei SPD und FDP – Jullien, CDU: Das ist doch Quatsch! Das ist Unsinn! Sie haben doch den Eiertanz hingelegt!)

Es ist im Übrigen zu fragen, ob das Merz-Konzept wirklich das leistet, was es vorgibt, und ob das Gemeinwesen die Auswirkungen verkraftet.

Lieber Werner Kuhn, liebe Minister der FDP, ich weiß, dass der Koalitionspartner, die FDP, eine andere Meinung als wir Sozialdemokraten vertritt. Wir sind der Meinung, dass eine Reform des Steuerrechts nur Sinn macht, wenn es zur Vereinfachung beiträgt und eine gute Balance zwischen den finanziellen Freiheiten des Einzelnen und dem Finanzbedarf für wichtige Gemeinschaftsaufgaben gefunden wird.

(Beifall bei der FDP – Creutzmann, FDP: Das haben wir doch auch gewollt, Herr Mertes!)

 Aha. Dann ist es doch umso schöner, das miteinander zu machen.

Meine Damen und Herren, ich habe mit unserer Finanzpolitik folgendes Problem: Es wird um Kopf und Kragen geredet, wenn es um die Frage von Steuerreform und die Frage, wie viel Geld es zurückgibt, geht. Wir haben im Jahr 2005 einen Teil der Steuerreform. Da gibt es noch einmal eine Möglichkeit. Aber wann fangen wir als verantwortliche Politiker an, noch einmal zu beschreiben, was denn die Aufgaben des Staates sind oder was sie nicht sind? Ich weiß von denen, die wir kennen, dass wir denkbar klar ein Einnahmenproblem selbst organisiert haben. Wir müssen uns fragen, wann wir bereit sind, die Einnahmen für den Staat wieder so zu machen, dass dieser Staat und die Gemeinschaft funktionieren.

(Beifall der SPD – Jullien, CDU: Dann fangen Sie doch bitte einmal an, Herr Mertes!)

Ich habe dieses Thema bei mehreren Gelegenheiten mit Kommunalpolitikern vor Ort besprochen. Die Not an Finanzen hat nicht nur mit der Unfähigkeit der jeweiligen Ebene zu tun, mit Geld umzugehen. Nein, die Not hat damit zu tun, dass wir ganz strikt zurückfahren. Hier

spricht ein Dorfbürgermeister. Herr Schmitt, Sie sind auch einer. Vielleicht wollen Sie lieber Ortsbürgermeister heißen, wie auch immer.

(Schmitt, CDU: Nein, ich komme mit dem zurecht!)

Ich sage Ihnen, ich sehe, wie die Einkommensteuer in meinem Dorf zurückgeht. Glauben Sie mir, die Realsteuern, also Grundsteuern A und B, sind nicht diejenigen, die ein Dorf reich machen. Es ist die Einkommensteuer. Wir sind permanent Schlüsselzuweisungsem pfänger, weil wir unter der Steuerkraft liegen.

Meine Damen und Herren, wir bekommen nicht mehr das Geld für wichtige Aufgaben. In einem Dorf lässt sich noch zehn Jahre lang ein bestimmter Renovierungsbedarf aufschieben. Wenn ich aber lesen muss, dass die Stadt Mainz Probleme hat, für ihre Kinder Grundschulen zu renovieren, und wenn wir all das, was Herr Kollege Böhr eben beschrieben hat, ernst nehmen, dann können wir nicht nur über die Frage von Verschuldung reden. Dann müssen wir auch über die Frage reden, welche Staatseinnahmen wir für welche Zukunft erwarten. Genau diese Frage wird populistisch von Merz nicht beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Friedrich Merz schreibt uns auf Seite 22 seines Konzepts etwas, was in dieser Gesellschaft keinen aufregt. Er schreibt wörtlich – ich zitiere –: "Auf den Arbeitnehmer im Zuge einer Sozialreform übertragene Arbeitgeberbeiträge zu Sozialversicherungen werden ebenfalls steuerpflichtiges Einkommen." Oho! Meine Damen und Herren, wissen Sie, was das bedeutet? Das heißt, der ganze Reiz des Merz'schen Steuerkonzepts, also Einfachheit und einfache Stufen, wird dadurch einkassiert, dass diejenigen, die am 30. jeden Monats Lohn oder Gehalt bekommen, plötzlich ihre Sozialbeiträge des Arbeitgebers mit versteuern müssen.

Die Stille in diesem Parlament kann ich nicht verstehen; denn es wird doch dauernd davon geredet, dieses Konzept wäre so überzeugend, hätte so viel Strahlkraft, dass es überhaupt keine Diskussion gebe, das müsse man machen.

Meine Damen und Herren, wer dieses Konzept möchte, muss sagen: Wir werden künftig die Sozialbeiträge der Arbeitgeber beim Arbeitnehmer versteuern. Lieber Freund, liebe Freundin, Pech gehabt! Richtiges Pech!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Böhr sagt das viel schöner. Er ist ein Mensch, der wirklich mit der deutschen Sprache umgehen kann. Er sagt zuletzt beim Neujahrsempfang der CDU in Koblenz, dass die sozialen Sicherungssysteme von den Lohnkosten abzukoppeln sind. Das ist eine verbrämte Formulierung, die genau das Gleiche macht.

Damit das klar ist: Wer die Sozialbeiträge der Arbeitgeber beim Arbeitnehmer versteuert, schreibt den ganzen Nutzen der Steuerreform für diese Leute im Grunde in den Wind. Das macht er im Übrigen auch deshalb, weil

die Nacht- und Feiertagszuschläge auf Kosten dieser Reform auch wegfallen würden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dass die Nachtzuschläge für Fußballer wegfallen, dafür habe ich volles Verständnis, aber nicht für Krankenschwestern und Leute, die dafür sorgen, dass wir nachts in Sicherheit leben können.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu den Niedriglohngruppen. Ich habe gestern noch Herrn Rogowski auf ntv gesehen.

(Licht, CDU: Wer so argumentiert, wird sich nie ändern! Dann fangen wir überhaupt nicht an zu diskutieren!)

– Ich würde gern einmal von Ihnen ein Argument hören, das dafür spricht, dass man dem Arbeitnehmer die Sozialbeiträge des Arbeitgebers überträgt, um sie dann zu versteuern. Worin liegt da ein Vorteil für den Arbeitnehmer? Das werden Sie einmal erklären müssen!

(Beifall der SPD)

Bei der Diskussion nehmen wir uns einmal die Niedriglohngruppen vor. Liebes Parlament, sitzt hier einer, der überhaupt weiß, wovon gesprochen wird, der es schon einmal gemacht hat, der es machen musste, um Frau und Kinder durchzubringen? Niedriglohngruppen! Das habe ich gern. Ausgerechnet wir und diejenigen, denen es besser geht, gehen hin und schreiben den andern vor, sie sollen doch einmal mit 1.200 Euro im Monat zufrieden sein.

(Bracht, CDU: Wollen Sie nicht einmal etwas zum Haushalt sagen?)

Dann tun wir ihnen noch etwas als Transfer vom Staat dazu. Meine Damen und Herren, das ist keine Sozialpolitik, sondern das ist Leute in die Armut und ins Verderben zu schicken. Genau das ist es.

(Beifall der SPD – Jullien, CDU: Das ist doch Unsinn!)

Herr Esser muss heute vor Gericht beschreiben, warum er 30 Millionen Abfindung bekommt. In dieser Republik wird das künftig alles wieder ausgesprochen werden, damit das klar ist.

(Beifall der SPD – Licht, CDU: Wer regiert denn? – Dr. Weiland, CDU: Wer regiert in dem Land eigentlich? Wer macht den Murks eigentlich?)

Wir werden denen empfehlen, die in diesem Land die Tarifverträge machen: Macht keine Niedriglohngruppen. Damit habt ihr folgendes Problem: Ihr habt immer künftig den Neuen, der in den Betrieb kommt, in der Niedriglohngruppe. Das wollen wir nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es sind zu wenig Leute in diesem Parlament, die das Leben eines Gesellen kennen, um zu wissen, wovon gesprochen wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Also zurück zum ---

(Bracht, CDU: Kommen Sie jetzt zum Haushalt!)

Ja. Das ist auch Haushalt. Wissen Sie auch, warum?
 Das wusste ich. Irgendwann würde er dann an der Tür kratzen.

Meine Damen und Herren, Herr Merz bedeutet nach CSU-Vorstellung 24 Milliarden Euro weniger Einnahmen. Herr Merz glaubt, es wären nur 15 Milliarden Euro. Aber warum sollte Edmund Stoiber nicht einmal Recht haben?

Meine Damen und Herren, nehmen wir also 24 Milliarden Euro. 24 Milliarden Euro mal 50 % heißt 12 Milliarden Euro. Das heißt, Rheinland-Pfalz wird 600 Millionen Euro bei einer Merz'schen Steuerreform weniger haben. Jetzt noch 600 Millionen Euro weniger von dem, was wir haben!

Meine Damen und Herren, das ist eine irreale Vorstellung, wie dann noch ein Haushalt einigermaßen verfassungsgemäß sein kann. Unsere Vorstellung ist es nicht.

(Beifall der SPD)

Man muss nicht immer nur "Die Zeit" oder vielleicht die "Süddeutsche Zeitung" gelesen haben. Meine Heimatzeitung hat am 19. Januar zu Merz geschrieben: "Das Bierdeckelmodell von Merz nimmt seine Einfachheit vor allem daraus, dass es die Möglichkeiten eines Arbeitnehmers, seine Aufwendungen geltend zu machen, weitgehend streicht, während sich für Freiberufler und Selbs tständige nicht viel ändert."

Meine Damen und Herren, da hat die "Rhein-Zeitung" vollkommen Recht. Das muss einfach in diesem Parlament angesprochen werden. Wenn man es öffentlich machen kann, muss auch angesprochen werden, dass die CDU in Leipzig beschlossen hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen und einen Aufschlag auf die Einkommensteuer zu erheben. Zuerst zahlen wir mehr für die Abeitgeberbeiträge, die wir für die Sozialversicherung bekommen, und dann zahlen wir noch mehr auf die Einkommensteuer, weil es keine Gewerbesteuer mehr gibt. Das alles ist eine Entlastung. Aber selbstverständlich! Null und null gibt dann 1, oder so ähnlich muss die Rechnung sein.

Meine Damen und Herren, das weiß keiner in dieser Republik. Es wird nicht diskutiert. Wenn über die Not der Kommunen gesprochen wird, dann schauen wir einmal zurück in den Dezember. Was war denn im Deutschen Bundesrat, als es um die Frage der entscheidenden Kürzung von Subventionen ging, um den Kommunen mehr Luft zu verschaffen? Wo waren denn all die wortgewaltigen rheinland-pfälzischen Landespolitiker? Wenn

Sie den Finanzminister gelobt haben, meine Damen und Herren.

(Bischel, CDU: Ein Versehen!)

haben sie ihn zu Recht gelobt. Aber wenn Sie seinen Bericht aus dem Vermittlungsausschuss hören würden, dann würden Ihnen die Haare – soweit sie vorhanden sind – zu Berge stehen, weil natürlich vieles von dem, was an Wortgeklingel gewesen ist, am Ende nicht eingelöst worden ist. Wir haben zwar Verbesserungen – darauf werde ich kommen –, aber ich sage Ihnen voraus, diese 600 Millionen Euro aus dem Merz'schen Konzept sind für dieses Land nicht tragbar, es sei denn, um den Preis, dass wir endlich sagen, was wir nicht mehr machen wollen.

Lieber Herr Innenminister, Polizei werden wir machen müssen, weil es eindeutig hoheitlich ist. Universitäten wollen wir auch machen, weil wir der Meinung sind, dass wir ein Bildungsangebot machen müssen. Aber dann fangen wir schon an zu diskutieren: 600 Millionen weniger!

Meine Damen und Herren, damit das Erschrecken bei Ihnen auch wirklich durchgreifend einsetzt, das ist nur der Anfang. Wenn wir das Konzept von Herrn Herzog umsetzen, müssen wir noch einmal 25 bis 27 Milliarden Euro aus der Staatskasse finanzieren. Das wird dann Bundeskasse sein. Aber wenn die Bundeskasse um diesen Betrag entsprechend belastet wird, wird sie wohl kaum in der Lage sein, andere Aufgaben entsprechend zu finanzieren. Das heißt, Sie sehen – – Ach, da hätte ich fast die Kindergeldzuschläge der CDU vom Bundesparteitag von 17 Milliarden Euro vergessen.

Meine Damen und Herren, das ist ein großes Versehen. Wer trägt das alles? – Die normale Frau und der normale Mann auf der Straße. Das ist das Konzept, das dahintersteht. Zwischen diesen Mühlsteinen sitzt dieses Land Rheinland-Pfalz mit Mindereinnahmen und mit den Schwierigkeiten, dann die Aufgaben des Landes zu verändern.

Aber oh das, in der letzten Woche plötzlich eine neue Meldung. Herr März versucht, die Kurve zu kriegen und sagt, das würde ganz anders gemacht werden. Es käme zum jetzigen Zeitpunkt ohnehin nicht infrage, noch eine schnelle Nettoentlastung zu machen. Frau Merkel macht es wie immer. Zuerst ist sie ganz nachdenklich, dann etwas zurückhaltend, dann denkt sie noch einmal nach, und dann hat sie diese Meinung und jene Meinung. Zurzeit ist Frau Merkel der Meinung, dass sowohl eine Vereinfachung als auch eine Nettoentlastung kommen wird. Wir können aber sicher sein, dass das nächste Woche wieder anders ist.

Einer hält Kurs: Herr Böhr. – Herr Böhr hält Kurs und sagt, es gibt keinen Grund, von den Einsichten über die Notwendigkeit einer großen Steuerreform, die noch vor Weihnachten vorhanden waren, abzurücken.

(Böhr, CDU: Ja!)

Wieder meine Heimatzeitung am 19. Januar.

Meine Damen und Herren, das hat mit dem Landeshaushalt zu tun. Das heißt erstens, die 600 Millionen Euro von eben werden dann eintreffen. Zweitens werden die "Herzog"-Milliarden eintreffen. Drittens werden Eure Kindergeldzuschläge in Milliardenhöhe eintreffen. Das soll nichts mit Rheinland-Pfalz und seinen Finanzen zu tun haben?

Meine Damen und Herren, da haben Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, eines geht nie mehr zusammen. Wir können nicht weniger Steuern einnehmen und vergleichbare oder gleiche oder mehr Staatsleistungen finanzieren. Wer das erzählt, macht den Leuten etwas vor. Deshalb ist der Zusammenhang zwischen staatlichen Leistungen und ihrer Finanzierung auf die Dauer nicht mehr aus der Diskussion herauszubringen. Es muss klar sein, wer ehrlich ist, kann nur hingehen und Nettoentlastungen versprechen, wenn er zur gleichen Zeit sagt, wo der Staat künftig welche Aufgaben nicht mehr wahrnimmt.

(Beifall der SPD)

Wenn ich die Diskussion in der Bundesrepublik und in diesem Land betrachte, dann heißt es, Forschung und Innovation sollen gestärkt werden, und es muss mehr getan werden. Aber mit welchem Geld? Werner Kuhn, mit welchem Geld?

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Sprachen, Bahnen, ÖPNV sollen ausgebaut werden. Mit welchem Geld? Wer muss etwas abgeben? Schulen sollen gebaut werden. Krankenhäuser sollen saniert werden. Mit welchem Geld? Ihr spart das also, indem Ihr Nettoentlastung zurückgebt.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nur eines: Es wird so nicht weitergehen können. Wir brauchen dafür konkrete Vorschläge. - Herr Böhr sieht das übrigens sehr prinzipiell. Der Staat muss dem Bürger Geld zurückgeben und seine eigenen Aufgaben beschränken. Eben hat er uns als diejenigen beschrieben, die ganz unverantwortungsbereit sind in Fragen von Verschuldung und zur gleichen Zeit für Bildung und Universitäten nichts tun. Nur, damit das klar ist, der Satz heißt: Der Staat muss den Bürgern Geld zurückgeben und seine eigenen Aufgaben beschränken. - Nun wollen wir einmal schauen, wo der Kollege Böhr konkrete Vorschläge macht? Okay, in der Rede von eben haben Sie keine konkreten Vorschläge gemacht, nun wirklich gar keinen. Das war auch nicht überraschend. Das ist auch viel schwieriger, als hier etwas anderes zu erzählen.

Aber wir machen gern auch einmal ein Späßchen, meine Damen und Herren. Wir haben einmal die Internetseiten der CDU überprüft. Da gibt es so praktische Suchmaschinen. Wir haben dort das Wort "fordert" eingegeben. Da finden Sie seit dem 25. März 2003 213 Artikel mit dem Begriff "fordert". Aber wir sind fair. Wir haben auch das Wort "sparen" eingegeben. Aber sicher, meine Damen und Herren. Da haben sie auch 34 Artikel. Das

zeigt ganz eindeutig die eindeutige Balance in ihren politischen Äußerungen zwischen Fordern und Sparen. Das kann nur eindeutig sein.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP – Jullien CDU: Geben Sie einmal "umschichten" ein!)

 Ich finde, eigentlich sind Sie ziemlich cool angesichts dieser Vorwürfe; denn das ist fast das Zehnfache, wo Sie etwas fordern und wo Sie etwas vom Sparen sagen. Eigentlich ist das ziemlich cool.

> (Beifall bei der SPD – Jullien, CDU: Sagen Sie einmal etwas zu den Beträgen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Ansprüche an den Staat steigen, und die Bereitschaft der Gesellschaft, hierfür die erforderlichen Mittel bereitzustellen, nimmt ab.

Meine Damen und Herren, zwischen 1995 und 2000 sind die Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt von 5,8 % auf 5,3 % zurückgegangen. Für dieses Egebnis hat uns die Gesellschaft zu Recht verhauen. Die Frage ist, ob wir begreifen. Je höher das Einkommen und die gesellschaftliche Stellung eines Menschen, desto weniger braucht er wohl die Gemeinschaft zur Durchsetzung und Gewährleistung seiner eigenen individuellen Freiheitsrechte, sagt Professor Voigt von der Universität der Bundeswehr in München.

Meine Damen und Herren, auf Deutsch und so, wie es die Damen und Herren am besten verstehen: Nur der Starke kann sich einen schwachen Staat leisten, und nur der Reiche einen armen Staat. – Wenn wir dafür sorgen wollen, dass künftig staatliche Leistungen auch angeboten werden, dann müssen wir kritisch prüfen, wo wir etwas ändern müssen, aber wir müssen zur gleichen Zeit sagen, wie wir es finanzieren wollen.

Lassen Sie mich deutlicher zu Themen des Haushalts kommen. Es ist – da sind wir sicher – Aufgabe des Haushalts, die Güter zu schaffen, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht privat geschaffen werden können: Innere und äußere Sicherheit, ökonomische und soziale Sicherheit, technologische und ökologische Sicherheit.

Meine Damen und Herren, zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist Bildung die zentrale Voraussetzung und, dass Menschen ihr Leben in eigener Verantwortung wahrnehmen können. Es liegt an uns, diese Talente tatsächlich zur Geltung bringen zu lassen.

Deshalb ist Bildung und Wissenschaft ein zentrales Aufgabenfeld der Landespolitik und nicht des Markts.

Wir bejahen den Gedanken von mehr Wettbewerb in diesem Bereich. Ich persönlich bejahe dies sogar sehr.

Ich bin der Meinung, je mehr sie Verantwortung an Schulen und Universitäten lassen und diese selbst machen lassen, desto besser wird es werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, den Satz habe ich erst vor kurzem gehört, aber er ist so gut, dass man ihn wiederholen muss: Die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten beginnt nicht in Fabrikhallen und Forschungslaboren, sie beginnt im Klassenzimmer.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dies hat ein Unternehmer gesagt. Ford hat sonst durchaus Sachen geschrieben, die wir nicht unbedingt wiederholen wollen. Aber Henry Ford war der festen Überzeugung, dass er seinen Arbeitern so viel zahlen muss, dass sie sich ein Auto von Ford leisten können.

Meine Damen und Herren, in Niedriglohngruppen hätten sich diese Leute ihr Auto nie leisten können. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn denn die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes im Klassenzimmer beginnt, gehen wir zur Bildungspolitik. Da merken und behaupten wir, zuverlässiger wie bei dieser Landesregierung wird es kaum sein. Wir haben ein Wahlversprechen gegeben.

Meine Damen und Herren, dieser Begriff ist schon denunziert. Er ist mit allem belegt, was es an Schlechtem gibt. Wir halten ein Wahlversprechen. Wir haben gesagt, wir wollen 300 Ganztagsschulen. Wir haben jetzt sozusagen 238 im Rohr, und die 300 machen wir in diesem Jahr voll.

Meine Damen und Herren, das ist Zuverlässigkeit.

(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Das gilt auch für die Finanzierung. Da können Sie uns tausendmal Schulden vorwerfen und über Subventionen reden. Ich sage Ihnen eines: Ich habe überall zu diesem Neuen Ja gesagt, es ist eine Subvention, 150 Millionen Euro für Kindertagesstätten auszugeben, und ich will, solange ich politisch die Mehrheit dafür habe, dass wir dieses Geld genau dafür ausgeben werden. Wir werden keinen Millimeter kürzen, und kein Standardöffnungsgesetz wird das ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Ihnen irgendeiner erzählt, der Träger, die Träger von Kindergärten wären nicht in der Lage, mit veränderten Situationen zurechtzukommen, dem kann ich nachher meine E-Mail-Anschrift als Ortsbürgermeister geben. Wir sind Träger eines Kindergartens. Wir kommen mit den Problemen zurecht, und zwar, indem wir diesen Standard halten, den wir heute bei Kindern brauchen, die schwieriger sind als vor 20 Jahren. Wir sind

nicht bereit, in dieser Frage nur einen Millimeter Veränderung zuzulassen, was auch gar nicht geht.

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Meine Damen und Herren, wenn richtig ist, dass wir 30 Millionen Euro für den Ausbau von Kindertagesstätten ausgeben und eine höhere Bedeutung dem vorschulischen Lernen beimessen, wie sollen wir dann zur gleichen Zeit in der Lage sein, das Personal zu reduzieren? Wo gibt das einen Sinn?

Alle, die mir raten, sagen, alles, was du nicht vor dem sechsten Lebensjahr sozusagen angelegt hast, kannst du im achten, neunten und zehnten Lebensjahr nicht mehr produzieren. Also werden wir das in unseren Kindertagesstätten machen.

Ich weiß, die CDU hatte einen Parteitag, und der Vorsitzende musste sich ganz schön anstrengen, seine Partei zu überzeugen. Der Mund wird gespitzt. Aber wir haben die CDU-Basis in der Kommunalpolitik. Die Bürgermeister der CDU laufen uns die Türen ein, damit wir ihnen Ganztagsschulen organisieren.

Meine Damen und Herren draußen im Land, wir danken Ihnen für diesen Vertrauensbeweis.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Nach der Bildung gehen wir direkt den nächsten Schritt zu Forschung und Wissenschaft. Wir sind in keiner einfachen und rosigen Lage. Zum Teil stimmen die Beschreibungen des Kollegen Böhr, was die Größe von Seminaren, den Andrang und die Finanzierungsmöglichkeiten anbelangt. Aber als Bild ist mir das berühmte "Butter bei die Fische" zu simpel.

Wenn wir tatsächlich 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Innovation investieren wollen, dann müssen wir auch sagen, wie wir von den 2,5 % auf die 3 % kommen. Es kann nicht nach dem Motto gehen, "das ist gut, und das wäre wünschenswert". Wenn wir Staatsaufgaben haben, von denen wir überzeugt sind, dass sie die Priorität sind und die Zukunft beschreiben, dann müssen wir auch bereit sein zu sagen, wo das herkommt.

Lieber Werner Kuhn, das bedeutet für unser Land, dass die Forschungshaushalte ab 2005 zwischen 8% und 10% steigenmüssen.

(Kuhn, FDP: Ja!)

Diese Entente cordiale zwischen uns kann ich auch in Bildungsfragen deutlich machen. Meine Damen und Herren, das ist doch ganz deutlich.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die 10 % werden wir nicht nur aus Ackerrandstreifen streichen. Das hätten wir beim Umweltministerium oder

beim Sozialministerium machen können, indem wir die Fragen des zweiten Arbeitsmarkts streichen.

(Bracht, CDU: Aber eben auch!)

- Aber eben auch: Natürlich, darüber kann man reden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie haben alle so ein furchtbar kurzes Gedächtnis. Ich verstehe das eigentlich gar nicht, weil man normalerweise sagen müsste, eben hatten wir noch 600 Millionen Euro, die das Land betreffen werden, wenn das Merz-Konzept 1 zu 1 durchgeführt wird.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Eben hatten wir noch 27 Milliarden Euro, die wir weniger haben, wenn das Herzog-Konzept kommt. Eben hatten wir noch 17 Milliarden Euro bei den Kindergartenzuschlägen. Dann ruft jemand aus der CDU-Fraktion solche Dinge nach vorn. Ich weiß nicht, haben Sie in der Schule beim Rechnen nicht mitgemacht?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Fragen, wie wir uns eren Staat finanzieren, denen sind wir weniger, aber Sie ganz eindeutig bislang ausgewichen. Diese Debatte wird, wenn dieser Haushalt verabschiedet wird, zu führen sein

(Dr. Rosenbauer, CDU: Sie wollen doch gar keine Debatte!)

Was ist die Aufgabe des Staates, und was sind die Aufgaben, die wir finanzieren wollen? Es muss genau markiert werden, das wollen wir nicht und das wollen wir nicht. Da können wir mit so Sachen wie ROFU Kinderland – dies war das Beispiel – hier vorn einen schönen Gag landen. Den wünsche ich Ihnen, und ich glaube auch, dass Sie ihn verdient haben.

Meine Damen und Herren, wir haben uns darum gekümmert und mit Kontakten über das Bundesfinanzministerium dafür gesorgt, dass das berühmte Corpus Delicti am Ende so eingestuft worden ist, wie es aus Sicht des Unternehmers einzustufen sein sollte.

Diesen Brief mit den 70 Leuten aus der Importabteilung habe ich auch bekommen. Diesmal war ich allerdings nicht bereit, mich zu engagieren.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Schmerzgrenze. Wenn jemand darum bittet, wenn er glaubt, es gäbe ein Fehlverhalten einer Behörde, dann helfen wir ihm. Aber es kann nicht so sein, dass die ökonomischen Bedingungen für einen Unternehmer bei der Einfuhr bestimmter Stoffe, die nicht in Deutschland hergestellt worden sind und wo wir ein Recht darauf haben, dass untersucht wird, was da drin ist, anders gestaltet werden als für andere. Können das Kinder in den Mund nehmen? Darf man damit spielen? Auch das gehört zur Realität. Dann wird uns vorgeworfen, wir wären Bürokraten.

Wenn morgen bei irgendeinem Gummispielzeug herauskommt, dass Kinder zu Schaden gekommen sind, dann werden Sie diese Landesregierung an das Kreuz schlagen und sagen, ihr macht nichts, ihr kontrolliert nichts, ihr arbeitet nichts, ihr gebt nur Geld aus, ihr macht nur Schulden. Genau das wird kommen. Deshalb meine ich, es ist zum Teil heuchlerisch, was vorgetragen worden ist.

(Beifall der SPD, der FDP und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich springe jetzt ein bisschen, weil ich feststelle, dass mir die Zeit davonläuft.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Geld und zum Haushalt. Natürlich ist wortreich bewiesen worden, warum wir angeblich nicht in der Lage wären, mit uns erem Geld zurechtzukommen. Wir haben 2003 rund 350 Millionen Euro weniger gehabt. Wir haben 2004 470 Millionen Euro weniger.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Böhr hat uns im Oktober aufgefordert, ein Programm für Ausgabeneinsparungen vorzulegen. Wir haben diese Einsparungen vorgenommen. Wenn ich höre, wir würden eine Politik nach dem Motto "Allen wohl und niemand weh" machen, ist anzumerken, natürlich ist es wahr, dass bei uns nicht tausende auf der Wiese drüben standen. Aber wir haben doch hier, und zwar allein — —

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil Sie es so wollten!)

 Ich muss sagen, wenn das ein Angebot ist, in Zukunft gemeinsam zu sparen, dann komme ich darauf zurück.

Das können Sie glauben.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die große Partei gesagt hat, ist nun wirklich nicht hilfreich. Sie hat gesagt, sie sei vielleicht bereit, darüber zu reden, aber nicht in diesem Jahr. Damit hatte sie ein wunderbares Türchen. Sie hat bewiesen, dass sie bereit wäre, aber nicht in diesem Jahr. Damit standen wir wieder allein.

Bei der Polizei, bei der Feuerwehr und zahlreichen Einzelreformen haben wir den Leuten gesagt, dass sie einen neuen Standort wählen müssen. Das ist zum Teil lächerlich. Als ich vorhin von dem 54-jährigen Polizeibeamten hörte, dachte ich: Ui, du bist doch auch 54.

(Itzek, SPD: Nichts mehr wert!)

Du bist ein altes Eisen, eine leere Hülse und rostig. – Ich weiß nicht, ob mein Vater, der bis zu seinem 65. Lebensjahr als Schriftsetzer gearbeitet hat, schon mit 54 gesagt hat: Eigentlich hast du deinen Job gemacht. Du musstest sogar in den Krieg ziehen. – Ich weiß nicht, ob der Arbeiter in Rüsselsheim mit 54 sagen kann: Das war's Leute. Tschüss. Ihr findet mich demnächst auf Teneriffa – zumindest im Winter.

Diese Vorstellung vorzutragen, ist eine echte Wertevermittlung, meine Damen und Herren. Das kann man nicht anders sagen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Einleitung einer gründlichen Verwaltungsreform mit effizienteren Verwaltungsstrukturen. Dann die 250 Stellen in den Ministerien und in der Staatskanzlei. Meine Damen und Herren, wenn uns die CDU die Hand zu einem neuen öffentlichen Dienstrecht reichen würde, das uns die Beweglichkeit geben würde, die Voraussetzung zur Umsetzung der Einsparung in Höhe von 17 Millionen Euro ist, wer würde dann nein sagen?

(Ministerpräsident Beck: Herr Bischel würde das nicht überleben! – Beifall bei SPD und FDP)

- Genau das habe ich mir auch aufgeschrieben. Herr Bischel hat zum Beamtenrecht schon sehr viele qualitativ aute Beiträge aus Interessensicht der Beamten abgeliefert. Das ist keine Frage, wenn es auch nicht unsere Meinung ist. Wenn der Versuch unternommen wird, den Leuten Sand in die Augen zu streuen, dann mit diesem Antrag. Ich verstehe, dass eine allgemeine Sparauflage angestrebt wird, aber 250 Stellen bei den Ministerien und der Staatskanzlei und 200 Stellen bei den nachgeordneten Behörden einzusparen, bedeutet, den Beamten zu sagen - sie werden das wohl kaum am Fernsehen mitverfolgen können; denn sie arbeiten zurzeit -: Liebe Beamte, die CDU will 250 von euch rauswerfen natürlich nach Recht und Ordnung. - Dann werden diese Beamten sagen: Okay, aber ich bin doch schon Berufsbeamter, und zwar schon seit meinem 27. Lebensjahr. - Dann sagen wir: Dann werfen wir die raus, die noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben, weil das sehr vernünftig ist und sozialpolitisch Sinn macht. -Bei den 200 Stellen bei den nachgeordneten Behörden wird dann das gleiche Verfahren angewandt: Wer noch kein Berufsbeamter ist, der wird auch keiner. Das entspricht dem Vorschlag der CDU.

(Beifall der SPD)

Wenn es konkret wird, wenn gesagt werden muss "Du bist es, den wir nicht mehr brauchen können", dann schweigen Sie.

Das will ich Ihnen an einem Beispiel von Herrn Kollegen Böhr aufzeigen. Am 3. April 2003 hat er uns vorgeschlagen: "Wir werden dazu als CDU unseren Beitrag leisten, indem wir uns in den Sommermonaten dieses Jahres mit diesen Fragen im rheinland-pfälzischen Landtag etwas intensiver auseinander setzen." Dabei ging es um die Frage einer deutlichen Veränderung unserer Behördenstruktur und der Personalkosten. In der Plenarsitzung am 9. Oktober 2003 hat er gesagt: "Wir werden ein Konzept vorlegen."

Meine Damen und Herren, ich gebe zu, dass meine Brille zurzeit in Reparatur ist und ich eine neue bekomme. Also bereiten Sie sich schon einmal darauf vor. Sie reicht aber immer noch zum Lesen aus. Ich habe kein Konzept gesehen. Sonst jemand? Schaut doch vielleicht jemand einmal unter den Stuhl, um zu schauen, ob es

runtergefallen ist. Das könnte doch sein. Auch nicht? Dann haben wir wohl kein Konzept, aber die mehrfache Ankündigung eines konkreten Konzepts.

(Beifall der SPD und der FDP)

So geht es nicht. Sie sagen: 250 Beamte hier, 200 Beamte dort, konkretes Konzept. – Dann sagen Sie: Nun spart einmal schön. Macht einmal etwas. – Selbst leisten Sie aber keinen Beitrag dazu. Das ist kein Stil des Umgangs miteinander.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Aber der Ihrige!)

 Wir sind immer noch ganz leise selbstkritisch. Wenn ich behaupten würde, dass Sie leise selbstkritisch seien, dann wäre das der falsche Begriff. Der passt nicht zu Ihnen. Ganz bestimmt nicht.

Meine Damen und Herren, mit den in Angriff genommenen Maßnahmen haben wir an die Kommunen rund 86 Euro pro Einwohner und Jahr weitergegeben. Wir haben ihnen einen Beistandspakt gewährt, der vorhin als Vertagung bezeichnet worden ist. Natürlich ist der Beistandspakt von 1,6 Milliarden Euro die Vertagung einer Lösung. Wenn wir aber das gemacht hätten, was alle anderen Länder gemacht haben, nämlich die sofortige Abrechnung der Mindereinnahmen, dann würden wir bei einer Verteilsumme von 1,3 Milliarden Euro landen.

Meine Damen und Herren, ist das eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der kommunalen Finanzierung? Jetzt schweigt der große Finanzexperte. Das ist nämlich die Konsequenz Ihres Handelns. Wenn der Beitragspakt schlecht ist, dann sollten Sie beantragen, ihn nicht durchzuführen. Dann rechnen wir sofort ab. Wenn dies eine Verbesserung für die Kommunen ist, dann habe ich die schönen schwarzen Haare von Herrn Jullien.

(Beifall der SPD und der FDP – Jullien, CDU: Die hätten Sie wohl gern!)

Meine Damen und Herren, ich will gar nicht bestreiten, dass das eine Vertagung ist. Wer das aber jetzt nicht macht, bereitet den Kommunen noch mehr Schwierigkeiten. Der Vorschlag, künftige Überschüsse in einem Fonds für die Kommunen zu halten, ist das einzige bundesweite Konzept zur Konsolidierung kommunaler Finanzen, das es überhaupt gibt.

(Beifall bei SPD und FDP – Jullien, CDU: Das ist eine Notlösung!)

Reformfähigkeit und Sicherheit, Modernisierung und Gerechtigkeit, Leistungsbereitschaft und Vertrauen sind die Ziele, die wir mit diesem Haushalt verfolgen. Rheinland-Pfalz sicher in seine Zukunft zu führen, treibt diese Koalition an. Mit dieser Koalition erreichen wir die Zukunft. Das ist unser Anspruch.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP – Jullien, CDU: Sie sind am Ende!)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, wir beraten heute den Entwurf eines Landeshaushalts. Deswegen beginne ich meine Rede mit der Frage, was ein Haushalt, der eine Politikplanung für das nächste Jahr darstellen soll, zu Beginn dieses Jahres leisten soll. Es ist ein Jahr, das geprägt ist von einer noch nicht optimistischen wirtschaftlichen Situation, aber einer, bei der man ein paar glimmende Lichter sieht, das immer noch im Schatten einer drohenden und bedrängenden und für den einzelnen Betroffenen bedrückenden Arbeitslosigkeit steht, das nach Entscheidungen im Bund beginnt, die zum Teil gemeinsam von Bundestag und Bundesrat auf den Weg gebracht worden sind, wie zum Beispiel grundlegende Reformen am Arbeitsmarkt, von denen wir uns Impulse erhoffen, grundlegende Veränderungen in der Steuerpoalso einer deutlichen Entlastung 15 Milliarden Euro in diesem Jahr von geplanten insgesamt 60 Milliarden Euro, und das von Entscheidungen geprägt ist, die Entbürokratisierungen, aber auch Subventionsabbau bringen sollen, und von Entscheidungen, die einen Beginn - ich betone es ausdrücklich - der Reform der Sozialversicherungssysteme einleiten.

Was soll also ein Landeshaushalt leisten, und was muss er leisten? Ich bin der Meinung, er darf diese Bemühungen durch die Entscheidungen, die ich eben beschrieben habe, nicht konterkarieren. Er muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wecken. Herr Böhr – er ist jetzt nicht anwesend –, ich finde, auch ein Haushalt und ein Politikplan für das nächste Jahr muss Mut machen, Veränderungen anzugehen und auch an Veränderungen mitzuwirken. Ein Haushaltsplan muss auch Zukunftsaufgaben angehen, er muss also die Potenziale der Menschen, die wir in Rheinland-Pfalz haben, heben, er muss Innovationen anregen, und er muss nachhaltig gestrickt sein. Das sind die Anforderungen an einen Landeshaushalt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran werden wir das, was vorgelegt wurde, messen.

Ich habe noch einen Punkt vergessen. Den vergisst man schnell, wenn man in die Haushaltspläne dieser Landesregierung schaut. Es muss nämlich das Ziel der Konsolidierung des Haushalts weiterverfolgt werden. Man muss das Ziel verfolgen, eine generationengerechte Haushaltspolitik zu machen. Man darf den Nachfolgenden also nicht nur Schulden hinterlassen, sondern man muss ihnen auch Werte und Grundlagen hinterlassen, mit denen sie leben können.

Meine Damen und Herren, schauen wir einmal, womit dieses Jahr begann. Ich habe darüber nachgedacht, und beinahe hätte ich gesagt, es begann alles mit einer Lüge. Ganz so hart will ich das dann doch nicht sagen. Ich sage, es begann seitens der Landesregierung mit einem faulen Zauber. Das war nämlich das, was Sie uns vorgelegt haben, als Sie Ihre Änderungsvorschläge zum

Haushalt in Anpassung an die Bundesergebnisse vorgelegt haben.

Meine Damen und Herren, das war ein fauler Zauber, weil Sie verkünden wollten, wir haben ein uns selbst gestecktes Ziel, nämlich die Verfassungsgrenze mit diesem Haushalt einzuhalten, erreicht, indem Sie über die Darlehen, die Sie für die Kommunen mit einem Buchungstrick eingestellt haben, allein dieses Ziel und mit nichts anderem erreicht haben. Damit haben Sie sich selbst keinen Gefallen getan. Damit haben Sie die letzte Glaubwürdigkeit verspielt, nachdem Sie sich in Ihrem ersten Entwurf im Oktober schlechtgerechnet haben.

(Jullien, CDU: Wirtschaftliches Ungleichgewicht!)

Ich weiß noch, wie die Landesregierung damit geworben hat und gesagt hat: Wir haben den "worst case" dargestellt, nämlich das vollständige Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform und keine Gegenkompensation. Dies kann im schlimmsten Fall dabei herauskommen. – Da haben Sie das Ergebnis schlechtgeredet. In dem, was Sie jetzt für dieses Jahr vorgelegt haben, haben Sie sich aber schöngerechnet. Das gilt sowohl für die Verfassungsgrenze als auch für die Einnahmen und Ausgaben.

Meine Damen und Herren, es liegt nicht an den Entscheidungen in Berlin, dass Sie die Kreditaufnahme, die Sie eingeplant haben, nicht nur für Investitionen, sondern auch für so genannte konsumtive Ausgaben ausgeben. Sie können also die Verfassungsgrenze nicht einhalten. Das liegt an der Grundstruktur Ihres Haushalts und an Ihrer Politik, die Sie umsetzen wollen. Genau das wollten Sie mit diesem faulen Zauber vertuschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mittler, Herr Beck, Sie haben vorhin, als Herr Böhr Prognosen zum Schuldenstand im Jahr 2003 und zur Neuverschuldung vorgetragen hat, mehr oder weniger laut protestiert. Ich bin der Meinung, zu einer ehrlichen Haushaltsdebatte hätte es gehört, dass Sie uns zu Beginn dieser Debatte eine Haushaltsbilanz für 2003 vorgelegt hätten und wir auf der Grundlage dessen, wie Sie 2003 gewirtschaftet haben, und auf der Grundlage der Pläne für 2004 gemeinsam in diese Debatte gestartet wären, Herr Mittler. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie diese Zahlen nachreichen und Sie all das in Euro und Cent beziffern, was Sie mit Ihren Argumentationen oder durch Zwischenrufe einbringen. Diese Haushaltsbilanz ist notwendig. Nur so wird man Ihre Politik und auch Ihre Verschuldenspolitik bewerten können.

Meine Damen und Herren, Sie haben in diesem Haushaltsplan Ihre Ausgaben wieder heruntergerechnet, und Sie haben die Einnahmen hochgerechnet. Das ist nichts Neues. Im Umfang, so wie Sie uns das vorlegen, ist das allerdings schon etwas Neues. Wir haben nach wie vor die Nebenhaushalte, Buchungstricks usw.

Zu den Luftbuchungen, die Sie so oft vorgenommen haben, kommen jetzt aber Luftspiegelungen. Ich kann auch Fata Morgana sagen. Stellen Sie sich vor, Anfang Januar lässt der Finanzminister im regnerischen Rheinland-Pfalz eine Fata Morgana aufgehen. Er sieht Geld, wo keines ist, oder er sieht vielmehr Investitionen, wo keine sind. Das ist genau der faule Zauber, mit dem Sie sich Ihren Haushalt schöngerechnet haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben Ihre letzte finanzpolitische Glaubwürdigkeit verspielt. Ich finde, man kann über solche Entwicklungen nicht einfach hopplahopp herübergehen, so wie Herr Mertes das versucht hat, indem er gesagt hat: Wir machen Schulden, die anderen machen Schulden. – Verteufeln darf man Sie aber auch nicht; denn das, was Sie für dieses Jahr planen, nämlich dass Sie mit der Nettokreditaufnahme über der verfassungsmäßigen Grenze landen werden, geschieht nicht zum ersten Mal.

Wenn ich den Zwischenruf von Herrn Beck und Sie richtig verstanden habe, rechnen Sie für 2003 mit einer Neuverschuldung von 1,5 Milliarden Euro. Damit liegen Sie deutlich über dem, was Sie sich als Grenze gesetzt haben. Sie liegen damit auch deutlich über dem, was Sie an Gesamtinvestitionen - da rechne ich alle Landesbetriebe hinzu - getätigt haben. Sie lagen 2002 mit 1,5 Milliarden Euro Neuverschuldung deutlich über dem gesamten Investitionsprogramm. Sie lagen 2001 letztlich auch darüber. Sie haben eine Rücklagenbildung betrieben und damit versucht, die Nettokreditaufnahme herunterzurechnen. Nach jüngsten Entscheidungen von Verfassungsgerichtshöfen wissen wir aber, dass das so nicht zulässig war. Sie liegen also in diesem Jahr, wenn wir es abschließen werden - da werden Sie mir nicht widersprechen können -, zum vierten Mal über der verfassungsmäßig gesetzten Grenze.

Ich sage Ihnen: Natürlich ist ein Teil dieser Probleme und dieser Entwicklungen auf die Steuerpolitik und auf die Steuerentscheidung, die alle hier wollten, nämlich die Absenkung der Steuertarife und der Steuersätze, zurückzuführen. Das ist aber nur ein Teil davon. Ein Großteil ist ausgabenbedingt hausgemacht. Diese Entwicklung betreiben Sie in diesem Jahr ungeschminkt und ungebremst weiter. Damit starten Sie dieses Jahr mit einem falschen Signal, mit einem falschen Zauber, mit einer falschen Richtungsgebung. Sie haben nicht den Mut, sich dazu zu bekennen, sondern Sie versuchen, das schönzurechnen und zu übertünchen, Herr Mittler. Damit täuschen Sie nicht nur dieses Parlament oder die, die sich täuschen lassen wollen, sondern Sie täuschen auch die Öffentlichkeit über die Brisanz und über die Problematik Ihrer Haushaltsführung. Das lassen wir Ihnen in diesen Haushaltsberatungen so nicht durchgehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die rotgrüne Bundesregierung hat mit Beginn dieses Jahres ein Jahr der Innovation ausgerufen. Von vielen Seiten, von vielen Vertretern der Bundesregierung kam der Appell, im Jahr 2004 ein Innovationsjahr zu starten und die Zukunftsfelder Bildung, Forschung und Innovation, aber auch nachhaltige Modernisierung als die Aufgaben in diesem Jahr und in den Folgejahren zu betrachten und dieses Land darauf vorzubereiten und eine entsprechende Richtung in der

Politik, aber auch im Handeln und in den Verantwortlichkeiten der Wirtschaft vorzugeben.

Ich habe in einem neuen Artikel von Professor Bullinger, dem Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, gelesen, und zwar gezielt auf die Unternehmen – ich glaube, man kann es auf die Politik mit übertragen –: Kostensenkung allein macht nicht wettbewerbsfähig.

Wenn wir Innovation haben und erzielen wollen, um nicht nur die Chancen des Einzelnen, sondern die Chancen in diesem Land zu erhöhen und an einem nationalen und einem internationalen Wettbewerb mitwirken zu können, dürfen wir nicht nur in diesen Bereichen an Kostensenkungen denken, sondern müssen auch ein klares Signal setzen und diese Bereiche stärker ausbauen. Ich rede nicht von Effizienzgewinnen, sondern tatsächlichen Kostensenkungen.

Herr Mertes hat die Zielmarge der Bundesregierung genannt, nämlich 3 % des Bruttoinlandsprodukts in den Bereich Forschung zu investieren. Er hat auch zu Recht gesagt, dass man überlegen muss, woher diese Mittel kommen und woraus man es finanzieren kann.

Ich sage Ihnen eines: Wir können mit einer Innovationsoffensive nicht warten, bis sich vielleicht auf der Bundesebene die CDU entschieden hat, was sie in der
Steuerpolitik will, und man dann über eine weitergehende Steuerreform beraten kann. Wir können auch mit
einer Innovationsoffensive und einem Start in das Innovationsjahr nicht warten, bis wir eine aus meiner Sicht
notwendige Erbschaftsteuerreform durchgeführt haben,
um aus diesen Einnahmen noch einmal zusätzliche
Ausgaben in diesem Bereich investieren zu können. Wir
müssen mit dieser Innovationsoffensive sofort beginnen.
Wir müssen damit beginnen, die Ausgaben, die wir haben und innerhalb des Haushalts platzieren, genau auf
die Felder zu konzentrieren, die uns Innovation versprechen.

Meine Damen und Herren, das waren für uns die Wegweisung und die Leitlinien für unsere Vorschläge in dem Haushalt und in den Haushaltsberatungen. Sie sind von keinem in dieser Form bisher aufgegriffen worden. Es gab erstaunlicherweise in allen Fraktionen ein Umschwenken. Je mehr wir auf diese Bereiche hingewiesen haben, insbesondere den Bereich der Universitäten und der Hochschulen, umso stiller wurde es auf einmal – Herr Kuhn, bis auf Ihren gestrigen Ausbruch – und umso mehr haben Sie geschaut, was wir noch in diesem Bereich tun können.

Wir wollen mit unseren Vorschlägen Investitionen in Bildung, Ausbildung und in der nachhaltigen Technologie statt in Beton – ich will es einmal unter diese Überschrift stellen – finanzieren, weil wir der Auffassung sind, dass dies unerlässlich ist, wenn wir den Innovationsstandort Rheinland-Pfalz aufbauen wollen. Wir brauchen einen qualifizierten Bildungsstandort und eine Bildungsstandortdebatte.

Meine Damen und Herren, diese kann nicht bei dem stehen bleiben, was wir an Projekten im Ganztagsschulbereich machen oder an Qualitätsicherung in Schulen versuchen. Diese muss weiter zurückgehen, und zwar in die Betreuung und Elementarförderung im jungen Alter, und im Alter weiter nach vorn gehen, wenn wir an den Bereich der Hochschulen und die Zukunftsaufgabe denken. Wir müssen jetzt, und zwar sofort, und nicht im nächsten oder übernächsten Doppelhaushalt Voraussetzungen dafür schaffen, dass die jungen Menschen an den Hochschulen gut ausgebildet werden und zukünftig kreativ mit Know-how, Interesse, Neugier, aber auch mit einer entsprechenden Anerkennung dem Arbeitsmarkt, dem Erfindermarkt und den Betrieben zur Verfügung stehen, damit dieses Land nach vorn kommt und innovativ sein kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Qualität unseres Bildungssystems und unserer Bildungsangebote ist Grundlage für die Innovationsfähigkeit. Es fängt bei der Elementarförderung und bei der Verbesserung der Kindertagesbetreuung sowie bei der Bildung und den Erziehungsaufgaben an. Es geht weiter über die Ganztagsschule. Sie wissen, wir streiten über die Ausgestaltung, aber nicht über das Ziel im Einzelnen. Es geht weiter im Bereich der Ausbildung. Natürlich müssen wir jungen Menschen gerade nach der Ausbildungsmisere, die wir in diesem Jahr erlebt haben, neue Perspektiven geben. Das sind für uns die Investitionsfelder für die Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein l'art pour l'art. Die OECD-Studie "Bildung auf einen Blick 2003" stellt ganz klar und unwidersprochen fest, dass sich ein höherer Bildungsstand positiv auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung auswirkt. Investitionen in die Bildung lohnen sich sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft.

Ich kann mich noch gut an Diskussionen im Oktober und November in diesem Parlament erinnern, als wir die schwierige und schwierigste Haushaltssituation der Hochschulen in diesem Land angesprochen und Beispiele angeführt haben. Wir wurden belacht. Ich kann mich noch gut an die Beiträge aus der FDP-Fraktion erinnern. Es wurde gesagt, das sind Hirngespinste von Frau Thomas,

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

wenn Sie sagt, dass Erstsemester nicht in Seminare einziehen können und herausgeschickt werden, Räume geschlossen werden und die Leute auf den Fluren versuchen, den Vorlesungen zu folgen.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Ich kann mich noch gut an den Beitrag der SPD-Fraktion erinnern, der hieß: Wir haben wunderbare Hochschulen. – Ich habe gar nicht bestritten, dass wir wunderbare und engagierte kluge Menschen an unseren Hochschulen haben. Wir haben aber bestritten, dass es wunderbare Zustände an diesen Hochschulen gibt und dort Grundlagen für Ausbildung, Forschung, Impulse und Innovation gelegt werden können, die wir aus diesen Hochschulen zur Entwicklung dieses Landes benötigen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Frau Kohnle-Gros ich kann mich noch gut an Ihren Beitrag erinnern, der von hinten durch die Brust ins Auge kam und verdeckt hat, dass Sie gesagt haben, am besten machen wir es wie in den anderen Bundesländern. Wir schließen ein paar Standorte. Dann haben wir mehr Geld, um es in andere Standorte fließen zu lassen. Das ist letztendlich Ihre Hochschulpolitik. Das ist nicht uns ere. Das will ich noch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Hochschulen, ob sie Universitäten oder Fachhochschulen sind, als Zukunftswerkstätten dieses Landes haben. Wir wissen, dass wir fast 96.000 Studierende in diesem Land haben. Das sind 5 % mehr als im letzten Studienjahr. Wir haben weniger Studienanfänger. Das wurde seitens der Landesregierung vorgestellt nach dem Motto: Der Druck ist nicht mehr so stark.

Natürlich ist der Druck noch genauso stark. Die Universitäten fangen nur an, ihre Notreaktionen vorzunehmen und verschließen sich gegenüber den Bewerbern und Bewerberinnen mit NC. Sie wissen doch, wie hoch die Anzahl der Fächer und der Studiengänge sind, die durch den NC zugeschnitten sind. Sie wissen auch, welcher Druck seitens der Landesregierung aus der anderen Richtung kommt, nämlich dass die jungen Menschen an den Hochschulen schneller studieren sollen, weil sie sonst von den Studienkonten oder den Studiengebühren eingeholt werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Sonderprogramm von 3 Millionen Euro kommen wir in diesem Land für die Hochschulen nicht weiter.

Herr Kuhn, das ist noch nicht einmal das, was Sie in Ihrem Haushaltsplan als globale Minderausgabe für die Universität in Mainz eingetragen haben. Das wird nicht ausreichen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden schon gar nicht weiterkommen, wenn wir Ihrem Plan folgen und sagen, wir machen zwar nichts in diesem Jahr, aber im nächsten Jahr, und wenn wir das noch einen Tag vor der Haushaltsberatung darstellen. Soll ich Ihnen sagen, was mir gestern durch den Kopf gegangen ist?

(Kuhn, FDP: Lieber nicht!)

Die FDP braucht wieder einmal ein Thema, damit sie wahrgenommen wird. Dann muss sie in eine Größenordnung greifen, die dem Bedarf entspricht. Ich bin aber einmal gespannt, was Sie in Ihrem nächsten Haushaltsentwurf bringt.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

Mit dem, was Sie gestern vorgestellt haben, haben Sie sich unglaubwürdig gemacht. Wenn Sie das, was Sie gestern vorgetragen haben, ernst meinen, will ich sehen, dass am Freitag bei unseren Änderungsvorschlägen, mit denen wir den Hochschulen, den Universitäten und den Fachhochschulen in diesem Land 15 Millionen Euro

mehr geben wollen, Ihre Finger nach oben gehen. Ansonsten sollten Sie sofort Ihre Pressekonferenz dementieren und sagen: Es war nicht so gemeint, aber wir wollten einmal einen Luftballon starten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie wirklich wollen, haben Sie deutlich gemacht. Eigentlich wollen Sie etwas, was Sie in Ihrer Koalition nicht durchsetzen können, nämlich Studiengebühren einführen. Von einem gebührenfreien Erstsemester ist bei der FDP auch nicht die Rede. Ihre Linie ist, dass die Studierenden für unsere verkorkste Hochschulpolitik der Vergangenheit in der Zukunft bezahlen sollen. Ich sage Ihnen: Das ist etwas, was mit uns in diesem Land nicht passieren wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen dagegen Investitionspotenzial der Hochschulen heben, indem wir ein Bildungsbündnis eingehen wollen. Wir wollen, dass die Landesregierung ein solches Bündnis eingeht mit den Hochschulen und nicht Luftballons steigen lässt, sondern verlässliche Finanzierungszusagen für die kommenden fünf Jahre macht. Das sind die fünf Jahre, in denen wir genau wissen, dass die Studierendenzahlen nach oben steigen werden und die Universitäten und die Fachhochschulen unter diesen zusätzlichen Studierenden nicht zu leiden haben werden. Ich glaube, letztendlich wollen sie sie lehren, letztendlich wollen sie sie unterrichten, und sie wollen mit ihnen auch kreativ arbeiten. Sie werden die Voraussetzungen dafür schaffen müssen. Das heißt, wir gehen ein Bündnis ein mit den Hochschulen des Landes. Sie brauchen eine klare Grundfinanzierung, die sich auch an den Mitteln, die sie pro Kopf für Studierende bekommen, orientieren. Auf der anderen Seite erfüllen die Hochschulen das, was wir an Forderungen an sie haben, nämlich dass sie sagen, wir verpflichten uns, Qualität von Forschung und Lehre zu verbessern. Wir gehen klare Zielvorgaben ein. Ich glaube, mit einem solchen Bildungsbündnis, wie wir es vorschlagen, kommen wir wesentlich weiter als mit einer gehetzten FDP, die glaubt, sie müsste noch schnell vor den Haushaltsberatungen einen finanzierungs- und einen bildungspolitischen Luftballon steigen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir von Innovationspotenzialen der Hochschulen sprechen, dann meinen wir nicht ein eingegrenztes und eingeschränktes Eliteverständnis. Wir meinen nicht, dass der Geldbeutel entscheidend sein darf, ob jemand an den Hochschulen bestimmte Studienangebote erreichen und wahrnehmen kann. Wir sind der Meinung, dass Bildung der entscheidende Rohstoff ist. Aber wenn die Bildungsdebatte sich auf den Begriff "Elite" verengt, dann liegen wir damit völlig falsch und daneben.

Wer bessere Universitäten will – das sage ich auch ganz klar –, der muss für eine ausreichende Finanzierung sorgen. Er muss sie vom Beamtenrecht befreien. Herr Bischel ist gerade abgelenkt, sonst hätte er schon wieder dazwischen gerufen. Er muss die Möglichkeiten für

Wettbewerb schaffen, für Eigenverantwortung schaffen, und er muss Leistungskontrolle zulassen. Wir werden nur Spitze werden und Elite haben, wenn wir eine breite Begabtenförderung machen. Das ist Leitlinie für uns in der Schulpolitik wie auch in der Hochschulpolitik. Wir lassen uns nicht auf die Diskussion ein, ob wir nun eine oder 16 Eliteuniversitäten im Land brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, im Gegensatz zu Ihnen, sagen wir auch, obwohl das immer mit Kritik versehen wird und obwohl das immer mit harten Eingriffen, aber auch mit sinnvollen Verschiebungen von Projekten zu tun hat, woher wir die Finanzierung nehmen, wenn wir 15 Millionen im Haushalt sagen. Sie wissen, dass wir es benennen. Das werden Sie nachher auch kritisieren, dass wir zurück auf die Bäume oder mit dem Pferdekarren durchs Land ziehen wollen. Wir wollen diese Investition in die Zukunft und die Innovationsfähigkeit der Hochschule haben, indem wir im Verkehrsbereich und vornehmlich im Straßenbau auch Kürzungen vornehmen.

Ich sage Ihnen, dass wir das in einem Volumen tun, das wir für vertretbar halten und das durchaus in einer politischen Linie steht.

Wir sind nicht der Meinung, dass wir als einziges Bundesland Bundesstraßen und Bundesfernstraßen mitfinanzieren müssen. Diesen Betrag nehmen wir aus dem Haushalt heraus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind nicht der Meinung, dass wir weitere Vorratsplanungen, ob das in der Straßenbauverwaltung alten Zuschnitts oder jetzt im LSV neuen Zuschnitts ist, brauchen, sondern dass wir auch in diesem Bereich die Zuweisungen bzw. das Geld, das aus dem Landeshaushalt in den LSV fließt, damit gegenfinanzieren.

Herr Kuhn, es ist uns klar – wir stellen uns auch dieser Debatte -, dass es dann Einschnitte und Ausfälle im Straßenausbau und -neubau gibt. Aber wir können uns dem stellen, weil für uns klar ist, dass wir eine klare Prioritätensetzung bei dem haben, was den Straßenunterhalt und den Straßenerhalt angeht. Ich sage Ihnen, ich bestehe jede Debatte draußen, wenn Hochschulfinanzierung, Bildungsfinanzierung gegen die Finanzierung von Ausbaumaßnahmen und der Mitfinanzierung von Bundesfernstraßen passiert. Wenn Sie genau die Menschen vor diese Wahl stellen, dann wissen Sie, was ihnen näher ist, nämlich, ob sie an einer Ampel stehen bleiben wollen - das nehmen sie in Kauf -, aber dass ihre Kinder und ihre jungen Erwachsenen nicht die entsprechende Ausbildung, nicht die entsprechende Bildungschance bekommen, das hat mittlerweile jeder in Rheinland-Pfalz erfahren, dass das vorzuziehen ist und das höherrangige Ziel ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die einfache Rechnung, die uns von der FDP vorrangig immer wieder vorgelegt wird, dass Straßenbau gleich Entwicklung, gleich Wirtschaftswachstum, gleich Arbeitsplätze ist, das stimmt für ein Land in unserem Ent-

wicklungsstand nicht mehr. Sie wissen, was wir an Aufgaben haben. Ich habe Ihnen vorhin nur ein Zitat vorgelesen. Ein Hochlohnland, das mit solchen Straßennetzen durchzogen ist, das mit solchen Möglichkeiten der Gewerbeansiedlung ausgestattet ist, usw., braucht nicht die Finanzierung im Straßenbau, im weiteren Ausbau der Straßen, sondern wir brauchen die Unterstützung und die Ausbildung von Innovation, von neuen Verfahren, von nachhaltiger Technologie und nicht das Durchtreten alter Pfade, so wie Sie es geplant haben, meine Damen und Herren.

(Hartloff, SPD: Es lebe das Klischee!)

Meine Damen und Herren, ich nehme die Wirklichkeit sehr wohl wahr. Lieber CDU-Kollege, ich nehme diese Wirklichkeit wahr. Ich bin viel im Land unterwegs. Ich führe diese Diskussionen auch. Aber wenn Sie die Menschen vor die Wahl stellen, wissen Sie, dass sie sich für die Zukunft und für die Bildung entscheiden und dann auch Einschnitte in anderen Bereichen ertragen. Es kann nicht sein, dass wenn von Einschnitten die Rede ist, nur davon die Rede ist, dass man keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mehr vornimmt, man Verbände und Initiativen um 10 % kürzt usw. usf., aber dies in solchen Ausbaumaßnahmen nicht tut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch innerhalb des Verkehrshaushalts Veränderungen vorgenommen. Das tun wir aus Überzeugung trotz eingeschränkter finanzieller Spielräume. Wir haben eine Verstärkung der Mittel für den ÖPNV auf der Schiene und der Straße vorgesehen und wollen quasi ein 5.000-Kilometer-Programm für die wichtigen Schienen- und Busangebote in diesem Land auflegen, um Regionalverbindungen auch zu verbessern, zum Beispiel die geplanten Regionalexpresszüge von Kaiserslautern nach Koblenz. Wir wollen bessere Bahnhofs- und Haltestellenanlagen insbesondere im Schienenverkehr daraus finanzieren, weil wir der Überzeugung sind, ohne Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr werden wir weder Rheinland-Pfalz-Takt noch andere Takte einhalten können. Wir schließen große Teile der Bevölkerung von der von Ihnen propagierten Mobilität aus. Vor allen Dingen werden wir kein Verkehrskonzept entwickeln, das den ökologischen Anforderungen der Zukunft entspricht. Deswegen sehen unsere Änderungsanträge zusätzliche Investitionen im Umweltverbund von knapp 20 Millionen Euro vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf gleich weitermachen und auch noch einmal in Richtung Herrn Kuhn sagen, weil ich weiß, dass Sie nach mir reden. Sie reden dann auch gern über mich und dann auch in schönen Klischees, die GRÜNEN sind die Technikfeindlichen usw. usf., sie streichen Technologieförderung.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das macht Ihnen zu schaffen!)

– Das macht mir gar nicht zu schaffen. Wenn Herr Kuhn sein Feindbild pflegt, damit er jemanden hat, auf den er hauen kann, dann ist das eher sein Problem. Wenn er Hilfe braucht, darf er sich gern einmal an mich wenden.

Ich will Ihnen nur sagen, dass die GRÜNEN und die Unterstützerinnen und Unterstützer diejenigen sind, die die modernen Kommunikationsmittel am meisten und am häufigsten benutzen. Sie wissen, dass es eine Menge Technologie gibt, die wir für unterstützenswert halten.

(Vizepräsident Creutzmann übernimmt den Vorsitz)

Sie wissen, dass wir Technologie grundsätzlich nicht ablehnen, aber wir Technologiefolgenabschätzungen haben wollen und wir weiß Gott auch nicht für die Einführung von grenzenlosen Technologien sind.

Ich will Ihnen aber deutlich machen, wo wir glauben, dass Rheinland-Pfalz Nachholbedarf hat. Das ist der ganze Bereich der Entwicklung in der Energieversorgung. Sie wissen, dass wir die Auswirkungen des Klimawandels heute schon spüren, nicht nur an der Freude über einen warmen Sommer und dem Ärger über einen verregneten Winter, sondern tatsächlich auch ökonomisch.

Die Zunahme von Wetterextremen, Dürren und Fluten haben natürlich Auswirkungen auf die Entwicklung der Ökonomien und natürlich auch auf die finanzielle Entwicklung. Sie bremsen auch heute schon unsere wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist das Thema "Energiewende" und auch die Förderung der entsprechenden Technologien ein so wichtiges Thema für jeden, der tatsächlich einen Innovationsstandort in Deutschland haben will.

Herr Kuhn, zukünftiger Wohlstand wird im Wesentlichen davon abhängen, wie wir es in der Zukunft schaffen, die Struktur unserer Energieversorgung zu regeln, und ob wir es schaffen, tatsächlich Ziele einzuhalten, die sich die rotgrüne Bundesregierung gesetzt hat, nämlich bis zum Jahr 2020 einen sehr viel höheren Prozentsatz der gesamten Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu schaffen.

Das sind für uns Zukunftsfelder. Die wollen wir im Gegensatz zu Ihnen auch ausbauen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für uns ein klares Feld der Technologieförderung. Ob es die Markteinführung der erneuerbaren Energien ist, von der Photovoltaik über die Biomasse, ob die Efforschung – wir brauchen eine stärkere Umschichtung innerhalb der Forschungshaushalte zugunsten der Efforschung von zukunftsfähigen Energietechnologien – oder ob es der gesamte Bereich der Energieeffizienz ist, bei dem wir der festen Überzeugung sind, dass das Land sich mehr in den eigenen Liegenschaften engagie-

ren muss, in der Unterstützung der Kommunen, bei ihren Liegenschaften vorbildhaft, aber natürlich auch bei der Unterstützung der einzelnen, die ihren Wohnraum entsprechend ausgestalten wollen.

Dafür wollen wir Technologieförderung einsetzen. Das ist für uns ein wichtiger Schwerpunkt, ein wichtiges Element in einem Technologiemix, den wir im Land entwickeln wollen vom Forschungsbereich über die Markteinführung bis hin zur Unterstützung der Landwirte, die natürlich mit dezentralen Anlagen von Biomasse bis zu anderen Nutzungsmöglichkeiten weitere Standbeine haben.

Rheinland-Pfalz bietet beste Voraussetzungen dafür. Wir wollen sie anpacken. Deswegen setzen wir in diesem Bereich auch deutlich mehr Mittel ein, 5 Millionen Euro, die wir zusätzlich dort einsetzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Raum für Innovation schaffen heißt auch, Finanzierbarkeit für Innovation schaffen. Ich bin damit bei unserem dritten Schwerpunkt in unseren Vorschlägen für diesen Haushalt, nämlich dass wir einen konsequenten Subventionsabbau in diesem Land betreiben müssen.

Wir müssen ihn entschieden voranbringen. Frau Kohnle-Gros, wenn Sie es bis heute nicht verstanden haben, obwohl es x-mal gefasst worden ist, die Windenergie bekommt keine Subventionen aus dem Landeshaushalt. Sie bekommt keine Subventionen aus dem Bundeshaushalt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Es gibt einen Ausgleich der Einspeisungsvergütungen. Das wird von den Stromzahlern gezahlt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das hat mit Subventionen an dieser Stelle überhaupt nichts zu tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es Ihnen bei dem nächsten Zuruf gern noch einmal, der in dieser Folge kommt.

(Bischel, CDU: Bürgerausbeutung!)

Mit unseren Vorschlägen wollen wir zusätzlich 35 Millionen Euro Subventionen abbauen. Auch damit machen wir uns nicht nur Freunde.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Wir sind der Meinung, wenn es um einen Sparhaushalt geht, dann darf an diesen Einschnitten nicht vorbeigegangen werden, dann müssen wir auch dahin kommen, strukturelle Veränderungen in der Gesamtausstattung der Finanzhilfen zu machen.

Herr Mertes, ich widerspreche Ihnen mit keinem Ton, wenn Sie sagen, an den so genannten Subventionen für

die Kindertagesstätten wollen wir keine Abstriche machen. Das tut unsere Fraktion auch nicht.

Sie sollten dann nur der Ehrlichkeit halber in Ihrem Finanzhilfebericht, in Ihrem Tableau, wie Sie es auflegen, sagen, warum das Subventionen sind, dass es nämlich komplett Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich sind, nämlich Mittel, die den Kommunen zur Verfügung stehen und die nur für die Kommunen zur Verfügung stehen. Es sind keine Gelder, die Sie aus Ihrem Landesgeld herausnehmen.

(Mertes, SPD: Kinderbetreuung ist eine kommunale Aufgabe!)

- Kinderbetreuung ist eine kommunale Aufgabe.

Ich finde es auch unterstützenswert, dass Sie sagen, wir machen eine Umschichtung innerhalb der Mittel im kommunalen Finanzausgleich zugunsten der Kinderbetreuung. Aber Sie sollten dann bitte schön dazu sagen, es sind Mittel der Kommunen, und wir sagen den Kommunen, wie sie die verwenden sollen. Das ist redlich und ehrlich an dieser Stelle.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe in den ganzen Diskussionen um den Subventionsabbau natürlich wieder gemerkt, die FDP-Vertreter fürchten diese Diskussion wie der Teufel das Weihwasser, zumindest wenn sie in der Regierungsverantwortung stehen.

Herr Kuhn, ich will Ihnen zwei kurze Passagen vorlesen. Vielleicht raten Sie, wo sie stehen. Da heißt es: "Gestaltung von Subventionen: Subventionen sind zu befristen. Der Subventionsbetrag muss insgesamt und beim einzelnen Empfänger im Zeitablauf abnehmen." Meine Rede, degressive Gestaltung.

Dann heißt es: "Transparenz und Information, Höhe und Empfänger einer Subvention, deren Zulässigkeit, Befristung und Degressivität unverzüglich vor Gewährung genau zu benennen und – soweit es sich nicht um ein Gesetzgebungsverfahren handelt–, im "so und so" zu veröffentlichen sind." Ich sage "so und so", weil Sie noch die Chance haben sollen zu raten, wo es steht.

Das ist nicht der Entschließungsantrag der GRÜNEN parallel zum Landeshaushalt, den wir verabschieden.

(Pörksen, SPD: Das habe ich mir fast gedacht!)

Ich sage Ihnen, wo es steht. Vor allen Dingen darunter steht: Herr Rexrodt, Herr Brüderle, Herr Pinkwart und viele andere. – Es ist nämlich ein Gesetzentwurf der FDP, den die FDP-Fraktion im September des letzten Jahres im Bundestag eingebracht hat.

Ich will nur einmal sagen, wie glaubwürdig Sie sind, wenn es um Subventionsabbau geht. Sie sitzen in der Opposition und mahnen es an.

(Kuhn, FDP: Unterstützen Sie den?)

Sie sitzen in der Regierung und weisen es zurück. So geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kuhn, FDP: Jawohl!)

Sie haben diese Kritiker nicht nur in grünen Reihen, Sie haben sie auch in den eigenen Reihen. Ich darf Sie noch einmal an das erinnern, was Martin Lindner gesagt hat – eigentlich hat er die FDP für ihre Klientelpolitik gegeißelt –: "Öffnung der Flächentarife, aber nicht für die Beamtenschaft. Freier Handel, aber nicht bei den Arzneimitteln, mehr Selbstständigkeit, aber bloß nicht bei den Handwerkern, und Subventionsabbau nur konsequent bei Stahl und Kohle."

Es stammt nicht aus meiner Feder. Es stammt aus der Feder Ihres Kollegen aus Berlin. Er kennt sie gut von innen und außen. Ich meine die FDP, nicht Sie. Deswegen glaube ich, sollten Sie sich genau diese Widersprüche einmal vor Augen führen. So geht es jedenfalls nicht, dass Sie jedes Mal, wenn Ihr Ressort oder Ihre Ressorts davon betroffen sind, "Halt" schreien, an Ihren alten Töpfen festhalten und dort nicht weiter vorangehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen machen wir dort auch sehr konkrete Vorschläge. Ich habe nicht das Problem der CDU, dass wir nicht benennen können, wo wir konkret sparen wollen. Wir stellen uns auch der Auseinandersetzung.

Konkrete Vorschläge: Neun Millionen bei der Wirtschaftsförderung, davon fünf Millionen bei der Investitionsförderung der gewerblichen Wirtschaft. Herr Kuhn, ich sage Ihnen, bevor Sie sich aufregen, schauen Sie einmal in die Haushaltsrechnung der vergangenen Jahre. Das waren Mittel, zumindest die fünf Millionen, die immer in Ihren Plänen standen und mit denen Sie durch das ganze Land gezogen sind und die sie nicht ausgegeben haben.

Die halten Sie hoch auf Ihrer Investitionsquote, und Sie setzen sie noch nicht einmal um, weil sie nicht die entsprechende Finanzierung hinbekommen.

Wir sagen klar und deutlich, das nehmen wir heraus.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Wir können in der Wirtschaftsförderung effektiver fördern. Wir müssen auch genauer hinschauen, wo wir fördern, gerade im Gegenzug zu den Veränderungen in der Steuerpolitik. Deswegen benennen wir auch klar 9 Millionen.

Wir wollen auch die Landwirtschaft nicht aussparen und dort 3,5 Millionen Euro – nicht bei der einzelbetrieblichen Förderung, aber bei anderen Fördertatbeständen – einsparen. Wir wollen 15 Millionen Euro aus dem Bereich der Wohnungsdarlehen herausnehmen, indem wir ein Zinsgarantieprogramm anstatt die Darlehen aus dem eigenen Haushalt finanzieren.

Meine Damen und Herren, diese Vorschläge sind unerlässlich, um Ausgaben zu mindern, um Voraussetzungen für eine Konsolidierung zu schaffen und auch um im Bereich der Wirtschaftsförderung Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Dabei müsste eigentlich jedem FDPIer das Herz brennen, aber manchmal steht Ihnen Ihr Ministerium dann doch näher als Ihr eigenes Herzblut, meine Damen und Herren.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben Sie überhaupt welches? – Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen im Bereich der Subventionen nicht stehen bleiben. Auch in der Zukunft müssen wir dort entschlossen anpacken. Grundlage dafür ist, dass wir die Wirksamkeit und Effektivität, aber auch die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Geschlechter genauer prüfen. Diese drei Bereiche unterbleiben im Wirtschaftsministerium völlig. Weder Wirksamkeit und Effektivität noch so etwas wie ein Gender-Effekt werden überprüft. Ich glaube, wir wären ein großes Stück weiter, wenn wir die Grundlagen dazu hätten, weil wir dann an die konkrete Umgestaltung herangehen könnten.

Meine Damen und Herren, Innovation im Land heißt, auch Verwaltung neu zu denken. Darunter verstehe ich nicht die Beispiele aus Baden-Württemberg, wo Herr Teufel viele CDU-Großlandräte einrichten will. Aber dies heißt für mich ganz konkret, an einzelnen Dingen weiter zu arbeiten.

Ich frage Sie: Weshalb nutzt man einen Präsidentenwechsel im Statistischen Landesamt nicht, um eine solche Struktur komplett zu überdenken? – Einige Bundesländer im Norden haben uns dies vorgemacht. Schleswig-Holstein und Hamburg haben ihre Statistischen Landesämter zusammengelegt.

(Zuruf des Staatsministers Zuber)

Sie haben fusioniert und setzen dabei auf Kostenersparnis und Effizienzgewinne. Warum können wir mit uns eren Nachbarländern dies nicht auch nach vorn bringen? Warum können wir nicht – auch dies wieder ein Zuständigkeitsbereich der FDP – in der Bergamtsverwaltung endlich vorankommen? Warum setzen wir nicht auf mehr Tempo und andere Schwerpunktsetzungen bei der Agrarverwaltungsreform?

Ich will Ihnen sagen, weshalb wir dies alles nicht tun: weil die FDP lieber Posten besetzt. – Die Präsidenten sind ihr am liebsten. Sie nutzen nicht den Abgang eines Präsidenten als Chance für eine Neustrukturierung. Sie toben sich lieber mit Verwaltungsreformvorschlägen aus, in die Sie keine tiefen Einblicke haben. Ihr Vorschlag einer Gebietsreform und Ihr Vorschlag zur Abschaffung von Verbandsgemeinden erinnert mich doch sehr stark an den Vorschlag, den Sie damals zur Abschaffung der Bezirksregierungen unterbreitet haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!) Abschaffen und Auflösen tun Sie sehr gern, aber was dabei herauskommt, sind viel festere Agglomerationen als vorher, an denen man schlicht gar nichts mehr ändern kann.

Ich habe bereits bei der Einbringungsrede gesagt: Ich warte immer noch auf einen Nachweis, was aus Ihrer großen Reform der Mittelinstanz tatsächlich geworden ist. Wir haben während der Haushaltsberatungen nachgefragt. Wir wollten wissen, was aus den versprochenen hunderten von Stellen, die eingespart werden sollten, herausgekommen ist. Ich will Ihnen sagen, was uns das Innenministerium dazu gesagt hat: 84 Stellen, wobei gleich angemerkt wurde, dass dies nicht die Stellen seien, die tatsächlich eingespart wurden. Mittlerweile gab es neue Aufgaben. Es gab keine Auskunft darüber, wie viele Stellen tatsächlich eingespart wurden. Es war Ihr Projekt, und Sie wollten es günstiger und schlanker machen.

Es gab keine Auskunft darüber, und ich vermute, dass die Einsparung weit unter diesen 84 Stellen liegt und noch weiter von Ihren Zielvorgaben entfernt ist.

Ich sage Ihnen, wenn wir eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen wollen, müssen wir konsequent mit einer Aufgabenkritik, mit Entbürokratisierung und mit einer tatsächlichen Verschlankung beginnen und nicht mit solchen Pseudoreformen, die Sie vorschlagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen auch Reformen des öffentlichen Dienstes auf den Weg bringen. Dies hat Herr Mertes vorhin bereits angesprochen, aber so nach dem Motto, die CDU würde ihn davon abhalten. Eine Dienstrechtsreform, die uns dazu bringt, ein einheitliches Dienstrecht einzuführen, im Beamten- wie auch im Angestelltenbereich leistungsbezogen zu vergüten, ein neues Beschäftigungsrecht mit einem einfachen und transparenten Entgelts ystem einzuführen, das uns die Möglichkeit eröffnet, diesen Bereich in die Sozialversicherungssysteme mit einzubeziehen, wäre ein lohnendes Ziel.

Herr Beck, ich weiß, an dieser Stelle lächeln Sie immer und sagen: Daran versuche ich mich schon seit Jahren.

(Ministerpräsident Beck: Jahrzehnten!)

– Seit Jahrzehnten! Aber Sie haben nun andere Grundlagen dafür. Der Druck ist stärker, die Mitstreiter sind stärker, und Sie dürfen bei der Ausnutzung von Öffnungsklauseln und möglichst auch noch der Übertragung dieser Regelungen auf den Angestelltenbereich nicht stehen bleiben.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Wenn Sie diese Entscheidungen jetzt festzurren, werden Sie weiter von einer Dienstrechtsreform entfernt sein, als Sie es jemals waren.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sie stehen doch als Erste auf! Sie stehen doch als Erste draußen! – Ministerpräsident Beck: Sie stehen doch als Erste bei der GEW dabei!) – Wir stehen nicht als Erste auf. Herr Dr. Schiffmann und Herr Ministerpräsident, als es um die Ausgestaltung der Öffnungsklauseln ging, waren wir die Ersten, die sich in der Nachtragshaushaltsberatung für eine Öffnungsklausel ausgesprochen haben. Wir sagten, wir müssten Gestaltungsmöglichkeiten haben, um auch Sonderzahlungen absenken zu können. Das gebietet die Finanzsituation der Länder und der Gemeinden. Damals waren Sie noch diejenigen, die gesagt haben, dies sei nicht möglich. Sie von der CDU waren völlig dagegen.

Sie haben mich bei keiner Demonstration in der letzten Zeit erlebt. Ich habe das mit den Beamten auch durchdiskutiert. Aber wenn wir Spreizungen in den Einkommen von Beamten und Angestellten, zumindest im gehobenen und höheren Dienst, haben, sehe ich nicht ein, dass wir die Nachteile der Beamten 1 zu 1 für die Angestellten umsetzen. Das ist mit uns nicht zu machen. Ich sage Ihnen, dann werden Sie alles, was Dienstrechtsreform angeht, in den Wind schreiben können, weil Sie dafür keine Partner mehr finden werden. Mir ist diese strukturelle Änderung an diesem Punkt wichtiger als eine kurzfristige Einsparung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch wenige Sätze zu der Finanzsituation der Kommunen sagen. Als ich heute den Fraktionsvorsitzenden der CDU gehört habe, dachte ich, ich verstehe die Welt nicht mehr. Sie ziehen nun vermutlich mit Ihren Änderungsanträgen durch die Lande und sagen, die CDU wolle den Kommunen für den Bereich des Schulbaus 6 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen. Ich überlege mir, wo die CDU eigentlich im Dezember war, als es darum ging, eine Gemeindefinanzreform im Bund durchzusetzen, die eine deutliche Besserstellung der Kommunen gebracht hätte. Das haben Sie doch mit Ihrem Gegenkonzept

(Itzek, SPD: Verhindert!)

verhindert. Sie haben, übrigens mit Ihrem Partner FDP auf Bundesebene, mit dafür gesorgt, dass es eine tatsächliche Revitalisierung der Gewerbesteuer in Richtung einer Gemeindewirtschaftssteuer gegeben hat. Sie waren diejenigen, die es verhindert haben. Von einer solch strukturellen und tief greifenden Änderung hätten auch die rheinland-pfälzischen Kommunen wesentlich mehr gehabt als von einem gescheiterten CDU-Antrag in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie damit durch das Land ziehen, muss ich sagen, wenn Lügen kurze Beine hätten, müssten Sie alle in der CDU-Fraktion auf das Format Ihres Ludwigshafener Kollegen schrumpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat in diesem Punkt keine entscheidende Rolle gespielt und bei dieser Reform ebenfalls nicht mitgewirkt. Aber Sie bestreiten nach wie vor, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen schlechter dastehen als die anderen Kommunen. Herr Böhr hat einen Bereich aus dem Gemeindefinanzbericht zitiert. Ich möchte ein weiteres Zitat daraus bringen.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

– Machen Sie nicht "Ah"! Ich will Ihnen sagen, Ihr hnenminister hat dieses Gutachten in Auftrag gegeben. Nachdem ich es gelesen habe, weiß ich auch, weshalb es so lange gedauert hat, bis es auf den Tisch gelegt wurde. Es steht nichts darin, was die Aussagen, für die die Landesregierung seit Jahren wirbt, sie sei die kommunalfreundlichste Landesregierung, den rheinlandpfälzischen Kommunen gehe es besser als anderen, sie bekämen mehr Zuweisungen als andere, bestätigen würde.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

All das wird in diesem Gemeindefinanzbericht im Auftrag des Innenministers zerpflückt. Das Gutachten hätte ich wahrscheinlich an seiner Stelle auch noch eine längere Zeit zurückgehalten.

Ich möchte Ihnen sagen, was dort festgehalten wird. dass nämlich die rheinland-pfälzischen Kommunen bei einem Bevölkerungsanteil von 5 % ein Viertel, also 25 % der Gesamtdefizite der Kommunen in den westdeutschen Flächenländern aufweisen, das heißt natürlich, dass es der einzelnen Kommune und auch den Einzelnen – nicht allen gleich – in der Mehrzahl sehr viel schlechter geht als in anderen Bundesländern, was die Defizitentwicklung angeht. Sie bekommen nicht nur geringere allgemeine Zuweisungen. Auch das, was seitens der Landesregierung immer wieder propagiert wird, dass es nämlich höhere Zweckzuweisungen gibt und keine Kommune so gut gestellt ist wie die rheinlandpfälzischen Kommunen, wird in diesem Bericht konterkariert. Dort heißt es nämlich, dass die Investitionszuweisungen trotz des hohen Anteils der Zweckzuweisungen nicht geringer, aber auch nicht höher als in anderen Bundesländern liegen.

Bleiben Sie mir dann mit diesen Vorträgen zu Hause, die Sie uns alljährlich halten, dass Sie die Kommunalfreundlichsten und diejenigen sind, die die Kommunen in Rheinland-Pfalz retten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Das hat noch nie jemand gesagt!)

Ich sage damit nichts gegen den Beistandspakt. Zu Ihrer Praxis, mit dem Beistandspakt umzugehen und es für Ihre Zwecke zu nutzen, habe ich zu Beginn etwas ausgeführt. Ich sage nichts gegen den Beistandspakt, weil ich glaube, dass die Kommunen damit wirklich über längere Zeit eine Planungssicherheit haben.

Das Merkwürdige ist aber, als wir 1997, als wir eine ähnliche Situation hatten, den Vorschlag gemacht haben, man solle jetzt nicht den Verbundsatz herauf- oder heruntersetzen und man solle nicht mit einem Nachtragshaushalt eine sofortige Anpassung machen, weil die Kommunen dann entsprechende Einnahmenausfälle hätten, sondern wir sollten auf eine Darlehensform für

die Kommunen bei den Zuweisungen zurückgreifen, da war dieser Vorschlag noch Teufelszeug. Das will ich Ihnen sagen. Das wurde zurückgewiesen.

Herr Zuber, ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie damals gesagt haben: Sie wollen doch nicht den kommunalen Finanzausgleich aushebeln. – Natürlich wollten wir das nicht. Wir wollten schon 1997 eine bessere Planungsgrundlage für die Kommunen. Sie sind erst sehr viel später auf den Trichter gekommen, vermutlich, weil Sie gemerkt haben, wie Sie den Beistandspakt innerhalb Ihres eigenen Haushalts auch zu Ihrem eigenen Nutzen gebrauchen können.

Ich möchte Ihnen sagen, dass die Kommunen in dieser Situation ziemlich allein gelassen werden. Im gesamten kommunalen Finanzausgleich haben wir keine großen Veränderungen vorgenommen. Wir haben aber mit unseren Änderungsanträgen an vielen Punkten dafür gesorgt, dass Leistungen, die von Verbänden, vom Land und aus anderen Institutionen kommen und in den Kommunen ankommen, nicht gekürzt und nicht verändert werden.

Meine Damen und Herren, für uns ist Ihr Haushaltsentwurf auch mit Ihren Änderungsanträgen kein Zukunftsentwurf. Uns fehlen die wichtigen Impulse für einen Innovationsstandort in Rheinland-Pfalz. Wir haben keine jährliche Haushaltsbilanz als Grundlage. Sie führen eine Rekordverschuldung der letzten Jahre fort. Ich glaube, auch bei dieser Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr kann man sagen: Andere machen auch Schulden, aber sie machen sie nicht in diesem Umfang. Rechnen Sie das einmal auf den einzelnen Kopf herunter.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gehen den Subventionsabbau nicht entschlossen an. Wir dagegen wollen mit unseren Vorschlägen und Änderungen Innovationspotenzial im Land heben, dies in den Hochschulen, bei den jungen Menschen auch durch Verbesserungen in den berufsbildenden Schulen und im dualen Ausbildungssystem. Wir wollen Innovationspotenziale und das ökonomische Potenzial von nachhaltiger Technologie, von erneuerbaren Energien und anderen Energieträgern nutzen. Das sind unsere Vorschläge. Wenn Sie darauf eingehen, können wir noch über eine Zustimmung nachdenken.

In der vorgelegten Form werden wir Ihren Haushalt aber ablehnen.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Bevor ich Herrn Kollegen Bischel das Wort zu einer Kurzintervention erteile, begrüße ich als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag Berufsschülerinnen und Berufsschüler der Diakonie Bad Kreuznach sowie Schülerinnen und Schüler der Höheren Berufsfachschule Wissen mit dem Schwerpunkt "Betriebswirtschaft". Seien Sie herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Bischel zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die unqualifizierte Bemerkung von Frau Thomas gegenüber meinem Ludwigshafener Kollegen veranlasst mich, meine Kurzintervention jetzt etwas anders als ursprünglich beabsichtigt einzuleiten.

Verehrte Frau Thomas, ich habe Sie immer für eine intelligente Frau gehalten. Ihre Argumentation in Bezug auf das öffentliche Dienstrecht und auch Ihr Antrag, den Sie in dieser Richtung vorgelegt haben, beweisen, dass Sie die Diskussion seit einigen Jahren überhaupt nicht beurteilen können

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh je, jetzt kommt der Beamte wieder!)

Sie fordern in dem ersten Spiegelstrich wieder das einheitliche Dienstrecht für den öffentlichen Dienst. Im dritten Spiegelstrich Ihres Antrags reden Sie davon, dass das Berufsbeamtentum auf die konkreten Kernaufgaben des Staates beschränkt werden muss. Also brauchen Sie doch auch weiterhin bei Ihrer Intention die zwei Dienstrechte, einmal ein einheitliches und dann das Dienstrecht für Beamte.

(Itzek, SPD: Das widerspricht sich!)

 Das ist schon ein Widerspruch in sich, den Sie hier von sich geben.

Ich möchte aber zur Sache selbst etwas sagen. Meine verehrten Damen und Herren, das Thema ist so wichtig, dass es nach meiner Auffassung nicht ständig unter den ideologischen Vorstellungen der GRÜNEN leiden soll, die aus ihrer Gründungszeit hervorgehen, als Sie ständig demonstriert haben und von der Startbahn West weggetragen worden sind und einen Hass gegen das Berufsbeamtentum entwickelt haben. Das muss immer wieder Grundlage für Diskussionen bei uns sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ganz viele Lehrerinnen und Lehrer sind bei den GRÜNEN!)

Meine Damen und Herren, wenden Sie sich endlich einmal den Realitäten zu, und betrachten Sie auch die verfassungsrechtliche Situation. Vor wenigen Tagen haben wir eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zu diesem großen Thema gerichtet.

(Mertes, SPD: Ach! Jetzt wird alles klar!)

Dankenswerterweise hat die Landesregierung mir eine wunderbare Antwort gegeben.

(Mertes, SPD: Natürlich!)

Sie hat sich persönlich und dezidiert selbst nicht festgelegt, Sie hat aber auf die Besprechungen in der Innen-

ministerkonferenz verwiesen. Es ist ein großes Exposé über die Weiterentwicklung des Beamtentums bzw. des öffentlichen Dienstrechts in Deutschland beigefügt.

In nächster Zeit werden Sie diese Stellungnahme erhalten. Ich empfehle Ihnen, das einmal zu lesen.

Herr Kollege Mertes, das ist genau das, was wir als CDU seit Jahren sagen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kurzintervention! Man darf nur auf den Vorredner eingehen!)

Selbstverständlich muss das im Rahmen der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten fortentwickelt werden. Die Verfassung werden Sie mit uns nicht ändern. Wenn Sie darangehen wollen, dann gibt es viele Dinge, die man vielleicht doch ändern will, kann oder sollte. Es gibt aber auch Dinge, die im Interesse des Staates nicht verändert werden sollen.

Das deutsche Berufsbeamtentum ist eine so tolle Entwicklung in unserem Land, dass es völlig sinnlos, ungerecht und dann auch noch staatsschädlich wäre, wollte man es abschaffen.

(Mertes, SPD: Da sind Sie aber ganz allein!)

Nein, es steht genau dort drin, Herr Kollege Mertes.

(Glocke des Präsidenten)

Ich empfehle Ihnen deswegen, unterlassen Sie die Aufforderung an die CDU, wir würden da nicht mitmachen. Wir sind an der Fortentwicklung in den Intentionen interessiert, wie es dort steht, was offensichtlich auch Allgemeingut der Landesregierung ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas zur Erwiderung das Wort.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Bischel, Sie kennen doch die Geschäftsordnung! Sie dürfen sich in einer Kurzintervention
nur auf den Vorredner beziehen! –
Bischel, CDU: Das habe ich doch!
Sie haben nicht zugehört! –
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben nur Herrn Mertes angesprochen!)

 Ich wäre den beiden Kollegen dankbar, wenn Sie Ihren Dialog abbrechen.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Bischel, darf ich jetzt bitte einmal erwidern?

Lieber Herr Kollege Bischel, ich finde es schon putzig, wie Sie sich bemühen, Begründungen in der Person

oder in der Sozialisation der GRÜNEN zu finden, warum wir mit dem Beamtentum nicht mehr so viel am Hut haben. Das ist wirklich putzig. Ich kann Ihnen zusichern, nicht alle GRÜNEN laufen aufgrund von Begegnungen – mehr oder weniger gewaltfrei – zwischen Demonstrierenden und Polizeibeamten mit irgendwelchen persönlichen Traumata herum. Das ist mitnichten so.

Aber Sie haben mir an keiner Stelle in den Diskussionen, die ich seit sieben Jahren, zum Teil auch mit Ihnen, darüber führe, wirklich überzeugend darlegen können, warum zum Beispiel Professorinnen und Professoren Beamte sein müssen.

(Mertes, SPD: Oder Lehrer!)

Sagen Sie doch einmal, warum das so sein muss. Sagen Sie es mir.

(Bischel, CDU: Dann geben Sie mir Zeit, ich sage es Ihnen sofort!)

 Wir haben doch schon in Ausschüssen diskutiert, da hatten wir alle Zeit der Welt, da haben Sie mich nicht überzeugen können.

(Bischel, CDU: Ist nicht wahr!)

Sagen Sie mir, warum Lehrer und Lehrerinnen diesen Status haben müssen.

(Bischel, CDU: Ja natürlich, ich sage Ihnen das!)

Sagen Sie es mir. Sagen Sie mir, warum verschiedene Menschen in der Ministerialbürokratie Beamte sein müssen, und die anderen, die nebendran sitzen, Angestellte sind.

(Bischel, CDU: Ich gebe es Ihnen schriftlich!)

Sagen Sie es mir. Ich habe noch kein überzeugendes Argument gehört.

(Bischel, CDU: Weil Sie es nicht verstehen!)

Deswegen sagen wir, man kann innerhalb eines Dienstrechts auch noch einmal besondere Klauseln für die finden, die in dieser ganz engen Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem Land sind. Darin kann man einen Wderspruch sehen, aber man kann es auch innerhalb eines solchen Dienstrechts noch einmal mit Sonderregelungen, die sie nicht sofort wieder als Privilegien oder Privilegienschelte oder sonst etwas auslegen sollten, so formulieren, dass es dafür ist. Das ist kein Grund, sich auf diese Diskussion nicht einzulassen.

Ich glaube, dass mittlerweile die Kreise derjenigen, die eine Abkehr von dem Berufsbeamtentum genau für die Gruppen, die ich Ihnen eben aufgezählt habe, befürworten und der Personenkreis – die Akteure und die Entscheider in den Bundesländern – größer geworden ist, als Sie vielleicht denken. Fragen Sie einmal Ihre eigenen Ministerpräsidenten. Fragen Sie einmal, wie

dort die Diskussionen laufen. Dann treffen wir uns hier noch einmal zur Diskussion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die FDP-Fraktion hat ihr Vorsitzender, Werner Kuhn, das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach diesem Einschub, der Diskussion über das Berufsbeamtentum – das können wir an anderer Stelle einmal fortführen –, möchte ich den Blick zurück auf das lenken, was uns heute beschäftigt, die Verabschiedung des Haushalts 2004.

(Jullien, CDU: Das wäre einmal gut!)

Haushaltspläne sind Politikentwürfe, sind Konzepte, über die man streitet. Die Landesregierung hat ihr Konzept, ihren Politikentwurf, vorgelegt. Dass dieser Politikentwurf in der Diskussion mit den Oppositionsparteien ist, ist natürlich. Dass es eine differenzierte Bewertung gibt, davon kann man ausgehen. Das ist auch normal. Die Frage ist nun, wie wir die Gegenkonzepte als Landesregierung bewerten und wie wir auf Ihre Kritik eingehen, die Sie an unserem Konzept üben.

Zunächst einmal hatte ich es etwas schwer, eine Linie in dem Konzept der CDU-Landtagsfraktion zu entdecken. Die Rede erweckte für mich zunächst den Eindruck, dass es zum Teil eine Depressionsrede war.

(Frau Pepper, SPD: Das stimmt! Absolut!)

Wenn ich psychisch nicht so stabil wäre, wäre ich schon fast in Tränen ausgebrochen, aber das halte ich aus.

(Dr. Weiland, CDU: Rambo! – Jullien, CDU: Werner beinhart! – Dr. Weiland, CDU: Das muss kesseln!)

Ich habe mich schon wieder gefangen. Ich denke, ich bin schon der Überzeugung – wenn ich diesen Ratschlag einmal der CDU-Fraktion in aller Bescheidenheit geben darf –, politisch erfolgreich wird man nur dann sein, wenn man positive Konzepte in den Raum stellt und nicht die Menschen in Depression versetzt.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Dazu besteht hier in Rheinland-Pfalz überhaupt kein Anlass. Unsere politische Linie ist also klar. Der Kollege Mertes – lieber Joachim – hat Recht, zwei Begriffe würde auch ich hervorheben: Verlässlichkeit und Kontinuität sind Markenzeichen der Koalitionspolitik in Rheinland-Pfalz. Sie waren es, und sie sind es. Darauf begründet sich auch die enorme Zustimmung der Bevölkerung zur Politik dieser Landesregierung.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Diese Werte werden in keinem anderen Bundesland erreicht. Das muss einen Grund haben. Das liegt nicht darin begründet, dass die Rheinland-Pfälzer nicht in der Lage wären, die politische Situation zu erfassen. Sie sind dazu genauso in der Lage wie die Menschen in anderen Bundesländern auch. Ich denke schon, dass sie den richtigen Eindruck gewonnen haben. Wir werden diese Linie auch weiter verfolgen.

Meine Damen und Herren, was macht diese Politik so erfolgreich? Was bedeutet Kontinuität? Kontinuität heißt zum einen, wir halten fest an den Schwerpunkten, und wir bauen sie auch weiter aus. Darauf werde ich noch einmal kommen. Das ist ein Stück Verlässlichkeit.

Der zweite Punkt, der durchaus beeindruckend ist, ist eine äußerst erfolgreiche Finanzpolitik. Da bedanke ich mich außerordentlich zunächst einmal bei Finanzminister Mittler, der diese Politik in der Koalition verantwortlich trägt. Diese Finanzpolitik – ich werde es noch einmal erläutern – ist nach meiner Einschätzung vorbildlich in Deutschland und begründet den finanzpolitischen Erfolg, den wir in Rheinland-Pfalz haben.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben einen – da lasse ich mich auch nicht durch Mäkeleien beeinflussen – verfassungskonformen Haushalt.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Leistungen, die Rheinland-Pfalz erbringt, noch einmal in Gedanken von der Nettoneuverschuldung abziehen, wenn wir das, was das Land in Richtung Pensionsfonds, in Richtung Beistandspakt in die Kommunen leistet, wenn wir diese Beträge, die in anderen Bundesländern nicht geleistet werden, die dort nicht aufgebracht werden, noch einmal reduzieren, dann kommen wir zu einer Neuverschuldung, die beispiellos gering ist in Deutschland. Das ist der Erfolg einer soliden Finanzpolitik.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Finanzpolitik hat ihren Ursprung im November 2002. Herr Kollege Böhr hat davon gesprochen, wir müssten irgendwann einmal die Kurve kriegen, und uns würde das einholen, was andere Bundesländer im Moment erleben: Massenproteste usw. – Ich drehe das um. Wir waren die Ersten, die im Jahr 2002 die Kurve gekriegt haben. Wir sind diejenigen, die auf dem Weg der Konsolidierung enorme Erfolge erzielt haben. Wir sind diejenigen, die den Menschen sehr früh auch vieles zugemutet haben, aber wir haben jetzt langsam Boden unter den Füßen.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Dann schauen Sie sich einmal die Situation in anderen Bundesländern an, wo Sie mitregieren, wenn 10.000 auf die Straße gehen. In Nordrhein-Westfalen sind die GRÜNEN auch mit in der Verantwortung. Dann kann es auch daran liegen, dass man diese notwendige Sparpolitik nicht richtig umgesetzt hat. Wir haben das in Rheinland-Pfalz getan, und sehr, sehr früh.

(Billen, CDU: Wo habt Ihr denn gespart?)

Verfassungskonforme Haushalte gibt es nicht in Nordrhein-Westfalen und nicht in Hessen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben Sie doch auch nicht!)

– Da haben Sie eben nicht zugehört, wir könnten sogar beispiellose Zahlen auf den Tisch legen, wenn wir nicht diese zusätzlichen Leistungen mit dem Pensionsfonds und dem Beistandspakt erbringen würden, wie das in anderen Bundesländern nicht geschieht.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außer Bayern und Baden-Württemberg ist kein Bundesland in der Lage – das Saarland nehme ich mit seiner seltsamen Finanzpolitik einmal ein bisschen aus; darüber können wir noch einmal diskutieren, das lassen wir einmal beiseite –, einen verfassungskonformen Haushalt auf den Tisch zu legen. Wir machen das in Rheinland-Pfalz, und wir sind nicht mit sehr großen Einnahmen gesegnet. Da sind wir uns auch einig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fauler Zauber!)

Es gibt also eine solide Finanzpolitik in Rheinland-Pfalz. Das gehört auch zu Verlässlichkeit und Kontinuität mit dazu.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muss noch einmal etwas zur Rede von Herrn Kollegen Böhr sagen. Er ist im Moment leider draußen, aber Sie können ihm berichten. Diese Depressionsrede hat mir nicht so gut gefallen. Aber diese Rede – das ist das Eigenartige – hätte man überall halten können.

(Beifall der FDP und bei der SPD – Schweitzer, SPD: So ist es!)

Diese Rede hätte man in Baden-Württemberg, in Niedersachsen und in Mecklenburg-Vorpommern halten können. Überall! Diese Rede hätten Sie überall einsetzen können.

(Schweitzer, SPD: Das machen die auch!)

Jetzt wollte ich einmal den Philosophen Böhr ansprechen. Wenn Sie eine Aussage so verallgemeinern, dass sie überall Gültigkeit hat, dann ist, je größer und weiter die Aussage gestreut ist, umso geringer ihre Bedeutung.

(Beifall der FDP und bei der SPD – Jullien, CDU: Das hängt aber vom Wissensstand ab!) Den Rheinland-Pfalz-Bezug habe ich nicht erkannt. Den Rheinland-Pfalz-Bezug habe ich nicht oder kaum erkannt.

(Billen, CDU: Das muss aber nicht an der Rede liegen!)

 Das kann natürlich auch an mir liegen, aber ich könnte mir vorstellen – –

(Weitere Zurufe von der CDU)

Aber andere werden beurteilen, wer von uns Recht hat. Das überlassen wir denjenigen, die die Situation beobachten.

> (Beifall der FDP und des Abg. Mertes, SPD)

Meine Damen und Herren, zu dieser Stunde einige Bemerkungen zum Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz. Es ist nach allem, was wir gesagt haben, festzustellen, dass wir uns vielleicht in einem Punkt einig sind, einen gemeinsamen Nenner haben. Ich beziehe die Opposition mit ein. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir diesen Haushalt in seiner Dimension akzeptieren.

(Billen, CDU: Wie akzeptieren?)

Das heißt, wir sind uns einig, dass Ausweitungen nicht mehr vertretbar sind.

(Zurufe von der CDU)

– Lieber Herr Kollege, ich komme noch darauf zurück.

Wir sind uns mit Sicherheit einig, dass Sparkonzepte notwendig sind. Ich denke, dass wir uns über die Gesamtdimension des Haushalts einig sind.

(Dr. Weiland, CDU: Welche Dimension?)

Es gibt unterschiedliche Politikansätze. Die GRÜNEN haben einen anderen Ansatz. Sie wollen umschichten. Darauf komme ich noch einmal zu sprechen. Ich glaube, dass wir im Grunde doch die gemeinsame Position haben, dass wir die Gesamtdimension in großen Beträgen weder nach oben noch nach unten verändern können. Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Konzeptionen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich würde das nicht unterschreiben! Sprechen Sie für Ihre Fraktion und nicht für meine!)

 Ja, gut, dann lassen wir das sein. Da komme ich gleich zu Ihnen, und dann wollen wir einmal Ihre Politikkonzeption deutlich machen.

Das haben Sie schön gemacht. Ich weiß gar nicht, wie ich damit umgehen soll. Ich bin Ihr Feindbild. In dieses Feindbild haben Sie sich heute geradezu verbissen. Ich fühle mich geehrt, dass Sie mich ständig ansprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Da ist auch etwas dran.

Unsere Konzeptionen unterscheiden sich fast wie Feuer und Wasser. Das ist auch gut so, und da bleiben wir dabei. Sie bleiben bei Ihren alten Konzeptionen, die Sie immer wieder unverändert vortragen. Nach unserer Einschätzung sind Sie auch politisch nicht lernfähig.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie erkennen die politischen Notwendigkeiten nicht. Das kennen wir von Ihnen. Das enttäuscht mich zwar, aber es überrascht mich nicht.

(Beifall der FDP und des Abg. Mertes, SPD)

Ich bin gespannt, wann Sie sich einmal etwas weiterentwickeln, auch in diesen Bereichen. Das haben Sie mehrfach getan. Das muss man anerkennen. Sie wollten einmal den Verfassungsschutz abschaffen. Jetzt lassen Sie das. Sie haben gelernt. Vielleicht lernen Sie auch einmal im Bereich der Wirtschafts- und der Strukturpolitik. Irgendwann wird das auch kommen, vielleicht nicht von Ihnen selbst in persona, aber von anderen Personen.

Die Positionen sind in der Tat unüberbrückbar. Manchmal ist es gut, wenn man einen solchen Gegenentwurf sieht und deutlich machen kann, welche positiven Effekte der eigene Entwurf hat.

Meine Damen und Herren, die Politik der Landesregierung mit Augenmaß, Vernunft und Perspektive ist auch die Grundlage des Entwurfs 2004. Die finanzielle Situation ist kritisch. Umso wichtiger erscheint es der FDP-Fraktion, dass wir für Transparenz, Klarheit und Wahrheit in diesem Haushalt sorgen.

Mit Ihrer "Trickgeschichte", die Sie immer voranstellen, können Sie inzwischen nicht mehr landen. Alle, die sich Mühe gemacht haben, Ihrer Argumentation zu folgen, werden feststellen, wo der Hase im Pfeffer liegt. Sie bauen jetzt etwas auf, weil Sie die Struktur des Gesam thaushalts insgesamt wenig angreifen können. Da fangen Sie mit solch fadenscheinigen Unterstellungen an. Ich sage Ihnen, das, was an Klarheit und Wahrheit in diesem Haushalt auf dem Tisch liegt, ist in Ordnung und beispielhaft. Da wird nichts beschönigt. Das, was Wahrheit ist, ist auch nachvollziehbar, und das muss auch so sein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Finanzminister glaubt selbst nicht an die Einnahmen!)

 Was die Einnahmen anbelangt: Frau Thomas, das ist Ihre Doppelzüngigkeit.

Wenn wir in Teilbereichen den Angaben der Bundesregierung folgen, dann wollen Sie das an dieser Stelle wieder kritisieren. Ihre Rolle in Berlin und Ihre Rolle in Mainz, die verstehe ich nicht. Das ist klar. Das heißt, Sie widersprechen indirekt den Angaben, Vorgaben und Annahmen, die von Berlin kommen. Das wollen Sie doch nicht tun, oder?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie übernehmen das unreflektiert?)

 Wir denken immer nach. Wenn wir Zahlen und Annahmen übernehmen, dann dürfen Sie das bestimmt nicht kritisieren.

Meine Damen und Herren, die Situation in Deutschland – das ist klar – schlägt auch in diesem Jahr voll auf die Haushalte der Länder durch. Die Möglichkeiten der Einnahmenverbesserung sind sehr eng begrenzt. Bei den Gesamteinnahmen im Kernhaushalt ist eine geringe Steigerung von 0,3 % eingeplant. Dieser geringe Anstieg setzt sich zusammen aus positivem Saldo aus den gestiegenen Steuereinnahmen einerseits und den geringeren Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. Leider Gottes können wir an diesem Mechanismus nichts ändern. Wir sind diesen Zahlen ausgeliefert, und wir müssen uns an der Einnahmensituation so, wie sie ist, orientieren.

Bei den Ausgaben sind uns enge Grenzen gesetzt. Diese sind auch so akzeptiert worden.

Die Gesamtausgaben steigen relativ gering an, von 11,4 auf 11,5 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 0,8 %. Das ist äußerst wenig, und wir sind deutlich unter der 1%-Grenze.

Neben dem Einhalten der Verfassungsgrenze ist für uns wichtig, dass es gelungen ist, die Maastricht-Kriterien im Land Rheinland-Pfalz einzuhalten. Das sollte man bei dieser Gelegenheit auch noch einmal erwähnen.

(Beifall der FDP und bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Das ist ein Qualitätsmerkmal und Gütezeichen dieser Finanzpolitik.

Meine Damen und Herren, durch die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss kam es bekanntlich zu einer halben Steuerentlastung verbunden mit Kompensationsmaßnahmen. Sie kennen die Situation von Anfang Dezember. Wir waren in dieser Situation – wie alle anderen Bundesländer auch – in einer Unsicherheit, was das Gesamtkonzept des Haushalts anbelangt. Nach den Ergebnissen, die uns nun vorliegen, kann man es bedauern, dass es nur zu einer halben Entlastung gekommen ist. Es ist aber so.

Nach diesen Ergebnissen, was die Kompensationsmaßnahmen anbelangt, geht ein Dank an Minister Mittler, der mit dafür gesorgt hat, dass auch unsere Interessen mit berücksichtigt worden sind. Das, was wir im Bereich der Kompensation für richtig gehalten haben, hat eine erhebliche Rolle gespielt. Das ist auch dem Land Rheinland-Pfalz zugute gekommen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist es auch gelungen, diesen Haushalt verfassungskonform aufzustellen. Das wollen wir positiv erwähnen.

Meine Damen und Herren, der Beistandspakt der Kommunen hat heute schon mehrfach eine Rolle gespielt. Mir hat eine Bemerkung von Herrn Kollegen Mertes, lieber Joachim, äußerst gut gefallen, als Du gesagt hast,

dann muss man die Gretchenfragestellen, wollen wir es oder wollen wir es nicht. Da kann man doch nicht daran herummäkeln, dass logischerweise mit dieser Summe die Definition verbunden ist, dass es sich um eine Investition handelt. Das ist nicht die eigentliche Frage. Die Frage ist, wollen wir diesen Beistandspakt so haben oder nicht? Wenn diese Zahlungen nicht erfolgen würden, dann würden sie im Haushalt nicht als Investitionen, aber auch nicht als Ausgaben auftauchen. Es ist eine ganz simple Frage.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ich weiß schon.

Darüber jetzt einen Schleier zu legen und die Kernfrage zu verdecken, wird nach meiner Einschätzung misslingen. Das ist klar. Frau Thomas, es wurde auch von Ihnen deutlich gemacht, dieser Beistandspakt ist substanziell von Bedeutung und hilft den Kommunen in Richtung Planungssicherheit. Es ist ein hervorragendes Planungsinstrument.

Wenn Sie sagen, Sie hätten das in den 90er-Jahren schon einmal gesagt, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass wir das Schicksal der kleinen Parteien teilen. Wir sagen auch schon seit Jahrzehnten bestimmte Dinge. Man muss damit leben, dass manchmal Jahre oder Jahrzehnte später auch andere darauf kommen. Das ist in Ordnung.

Meine Damen und Herren, was zum Teil gelaufen ist, ist eher Effekthascherei und Theaterdonner. Die gestrige Pressemeldung der CDU hat mich tief beeindruckt. Als ich das gelesen habe, habe ich gedacht: Meine Güte.— Jetzt komme ich wieder zu der Geschichte mit den Depressionen. Wenn man sie liest, dann denkt man, es komme eine Wortlawine auf einen zu. Man fühlt sich phasenweise bedroht, macht die Augen zu, schützt sich, und dann ist es vorbei. Dann stellt man fest – das ist das Schöne –, dass sich überhaupt nichts verändert hat. Ich bitte, nicht in dieser Dimension verbal zu überziehen und draufzuschlagen. Das ist etwas, was uns Politiker in der Öffentlichkeit nicht besonders beliebt macht.

Je härter man mit solchen Formulierungen wird, umso eher schleicht sich der Verdacht bei den Menschen ein, dass etwas nicht stimmt. Es wäre nicht schlecht, dabei etwas maßvoller vorzugehen.

(Beifall bei FDP und SPD – Billen, CDU: Ich bin gespannt, was Ihnen zur Rede von Herrn Mertes einfällt!)

- Das werden Sie von mir nicht hören.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

 Das Urteil überlassen wir den Menschen im Land. Ich weise nur darauf hin.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Änderungsanträge hat sich in diesem Jahr in Grenzen gehalten. Das spricht für den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Das heißt, er ist solide und belastungsfähig. Die große Anzahl der Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezieht sich auf einen fundamental anders orientierten Politikansatz, den wir nicht teilen können. Deshalb werden sich auch die GRÜNEN nicht wundern, dass wir Ihre Anträge nicht akzeptieren können.

Frau Thomas, Sie haben einen interessanten Hinweis gegeben. Bei Ihrem Vorschlag in Bezug auf die Bildungsfinanzierung machen wir nicht mit. Eine Umverteilung im Haushalt 2004 von einem Kernbereich, den wir für politisch äußerst wertvoll halten, nämlich von Mobilität zu Bildung, also das eine auf Kosten des anderen, das kann nicht sein. Das ist nicht unser Politikansatz. Diesen fundamentalen Richtungswechsel, den Sie vorschlagen, machen wir nicht mit.

(Beifall bei FDP und SPD)

Noch ein Wort zu dem, was Sie zu den Subventionen gesagt haben. Sie kennen doch unsere mutigen Beschlüsse. Auch Sie und andere treffen mutige Beschlüsse. Ich erkenne diesen Widerspruch aber nicht. Wir schauen uns in diesem Land jede Finanzhilfe im Einzelnen an und bewerten politisch, ob Finanzhilfen in dem einen oder anderen Fall sinnvoll sind, ob sie Priorität haben oder ob sie keine Priorität haben. Diese Einzelentscheidung ist der beste Weg zu einer soliden Ausgabenpolitik und zur politischen Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass ich mir zu viel zu den GRÜNEN aufgeschrieben habe. Das kann man natürlich auch lassen; denn sonst wird der Eindruck erweckt, wir würden dieses politische Konzept ernster nehmen, als es in Wirklichkeit verdient hat.

Meine Damen und Herren, zurzeit stellt sich mir die Frage, wie wir mit Bildungsfinanzierung in diesem Land umgehen. Die Situation der Hochschulen in unserem Land ist meines Erachtens richtig beschrieben worden. Es gibt keine Unterschiede bei der Analyse. Wenn dies so ist, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir darauf reagieren. Wir alle – auch die Regierungskoalition – hätten gern im Jahr 2004 die Finanzierung der Hochschulen über die 3 Millionen Euro hinaus verbessert. Sie wissen aber alle um die Situation. Das ist auch der Grund, weshalb wir einen Einzelhaushalt beraten; denn es bestand Planungsunsicherheit bis Ende Dezember. Außerdem gibt es entsprechende Steuerschätzungen im November.

In dieser Phase, als ein nicht verfassungskonformer Haushalt sehr nah war, war auch die Regierungskoalition nicht in der Lage, einen größeren Betrag in diesen Bereich zu investieren. Das ist eine besondere Situation gewesen. Einer Umschichtung vom einen in den anderen Kernbereich stehen wir ablehnend gegenüber. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. Das wollten wir

im Jahr 2004 auch nicht. Aber die Situation ist klar. Dass etwas getan werden muss, ist unbestritten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr glaubwürdig!)

Die SPD-Offensive in Weimar hat mich sehr beeindruckt. Der Vorstoß hin zur Eliteuniversität war nicht besonders glücklich. Das haben wir alle gesehen und entsprechend darauf reagiert. Was bleibt, ist der politische Wille – dieses Ausmaß ist in den vergangenen Jahren bundesweit noch nicht geäußert worden –, eine Offensive im Bereich von Wissenschaft und Forschung, also Innovationen auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das ist in Ordnung.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ganze Diskussion dreht sich nun um ein Förderungskonzept von Eliteuniversitäten. Das ist eine neue Dimension in der Diskussion in Deutschland.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Glauben Sie mir das doch. Das freut doch den Bildungspolitiker. Das freut auch den Fraktionsvorsitzenden der FDP, aber nicht so sehr den Haushälter, weil es dabei Probleme und Schwierigkeiten gibt, die wir überwinden müssen.

Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir komplementär dazu Schwerpunkte setzen. Wir können nicht vom Bund fordern, in die Forschung zu investieren, während wir dann möglicherweise eine Hochschulstruktur haben, mit der wir nicht in der Lage sind, diese Forschungsanstrengungen angemessen zu begleiten.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wir müssen diesen Schub aufnehmen, um die durch Überlast und Investitionsstau bedingte Notsituation der Hochschulen zu überwinden. Wir nehmen das ernst. Lieber Joachim, ich bin sicher, dass wir einen Weg finden, diese Anstrengungen zu finanzieren.

Lieber Joachim, du hast zu Recht und sehr apodiktisch gesagt: Im Schulbereich werden wir keine Abstriche machen, komme was da wolle.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das war sehr apodiktisch. Die Entscheidung über die Wettbewerbsfähigkeit – Joachim, das hast du völlig zu Recht gesagt – fällt zunächst in den Klassenzimmern. Diese Entscheidung setzt sich fort; denn sie fällt auch in den Hörsälen. Auch dazu würde ich apodiktisch sagen: Da werden wir etwas tun, und wir werden das auch finanzieren. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will noch einige Sätze zum Haushalt sagen. Ich weiß, dass nach so vielen Stunden des Zuhörens die Aufmerksamkeit vielleicht ein bisschen geringer wird. Daher raffe ich das ein bisschen. Ich will noch einige Aspekte hervorheben, aber ich werde kürzer reden als Sie.

Zum einen sind wir dabei, über Haushaltspläne und ihre Gestaltung zu sprechen. Wir sind uns einig, dass Haushaltspläne der Zukunft moderner, transparenter und einfacher sein müssen und sich auch stärker an betriebswirtschaftlichen Erfordernissen orientieren sollten. Wir als Koalition haben einen Entwurf geliefert. An dieser Stelle bitte ich darum, dass wir die Konsensgespräche, die erfolgreich waren – andere waren es wohl nicht –, in Bezug auf die Haushaltsstruktur fortsetzen und alle Fraktionen gemeinsam diesen Antragsentwurf – möglicherweise mit Modifikationen – auf den Weg bringen, sodass wir in der Lage sind, sehr bald die Aufstellung der Haushaltspläne so zu modernisieren, dass die Parlamentarier eine verstärkte Möglichkeit haben, sich bei der Aufstellung von Haushaltsplänen einzubringen

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP, und des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

- Da ist auch jemand, der das so sieht wie ich.

(Licht, CDU: Wenige! – Dr. Schmitz, FDP: Es werden aber immer mehr!)

 Herr Licht, Sie können mir das glauben, das ist eine gute Sache.

Meine Damen und Herren, ich will meine Ausführungen zusammenfassen. Der Haushalt ist vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Situation solide, er ist verlässlich, und er setzt die richtigen Schwerpunkte bei Bildung, Mobilität, Infrastruktur und Innere Sicherheit.

Wir werden die Schwerpunkte weiter ausbauen. Das bedeutet, dass wir im Bereich Bildung noch etwas zulegen werden. Wir befinden uns bei der Inneren Sicherheit auf einem guten Weg. Das Horrorgemälde, das wir uns heute Morgen anhören mussten, entspricht nicht der Realität. Ich bin mir ganz sicher, dass wir uns auch über Zahlen unterhalten werden, wenn der Innenminister sein Konzept vorgelegt hat. Dann werden wir in der Lage sein – das gilt auch für die Altersstruktur bei Polizei –, angemessen zu reagieren.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich bin mir absolut sicher, dass wir im Bereich der Inneren Sicherheit alles tun werden, was sinnvoll ist. Rheinland-Pfalz ist auf jeden Fall ein sicheres Land.

(Zurufe von der CDU)

Wenn man Herrn Kollegen Böhr hört, traut man sich schon fast nicht mehr auf die Straße. Im Vergleich zu

anderen Bundesländern können wir uns meiner Meinung nach schon recht sicher fühlen.

(Zurufe von der CDU – Jullien, CDU: Was machen wir denn mit den Verbandsgemeinden?)

 Da haben Sie mich auf eine Idee gebracht. Sie sind aber schuld, wenn ich etwas länger rede.

(Schmitt, CDU: Auf dem falschen Fuß erwischt!)

Meine Damen und Herren, zunächst einmal bin ich froh darüber, dass es vor dem Hintergrund dessen, was in der Enquete-Kommission geschieht, eine öffentliche Diskussion gibt. Es wäre gut, wenn sich die Menschen einmal mit diesem Thema beschäftigten. Es ist überfällig, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Wir müssen uns mit unseren Verwaltungsstrukturen auseinander setzen

(Billen, CDU: Wer regiert denn hier? – Dr. Weiland, CDU: Dannmach doch mal! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Meine lieben Freunde von der CDU, jetzt haben wir Sie!

(Beifall der FDP und der SPD – Unruhe bei der CDU)

Herr Kollege Böhr hat heute Morgen gesagt, ja, das ist ja alles, man sollte mal und wer weiß wie. Ich habe den Eindruck, dass Sie nicht den Mut haben, in diese Diskussion einzusteigen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Sie haben diesen Mut aus guten Gründen nicht. Ich kann mir schon denken, weshalb Sie diesen Mut nicht aufbringen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Böhr hat gesagt, vielleicht in zwei Jahren. Ich meine aber, man sollte keine Zeit vergeuden und man sollte die Enquete-Kommission in die Lage versetzen – abgesehen von einigen Dingen wie dem Konnexitätsprinzip, über das wir uns freuen –, zu Konzeptionen zu kommen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Solange sich die große Oppositionspartei CDU

(Billen, CDU: Dann sagen Sie doch einfach einmal etwas!)

nicht konstruktiv in eine solche Diskussion einbringt, — —

(Billen, CDU: Das ist eine Unverschämtheit! – Jullien, CDU: Das gibt es doch nicht! – Schmitt, CDU: Was wollt Ihr denn?) Die Reaktionen, die ich von Ihnen gehörte habe, lauten iah, wir wissen nicht und wir wollen nicht. Wir ermuntern also die große Oppositionspartei, sich einzubringen.

(Zurufe von der CDU)

Jeder weiß, wenn wir an die Verwaltungsreform 1969/70 denken, dass das nur dann geht, wenn sich beide großen Volksparteien im Prinzip einig sind und dazu den politischen Willen aufbringen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Sie sind herzlich eingeladen, an dieser Diskussion teilzunehmen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich meine, dass wir diese Diskussion ohne Tabus führen sollten. Wenn es Vorschläge gibt, die bedenkenswert sind, lasst uns darüber reden. Dazu gehört auch die Diskussion in der Öffentlichkeit; denn sonst geht das gar nicht. Wenn bestimmte Vorschläge öffentlich diskutiert werden, wird letztlich auch der Boden bereitet für die politische Meinungs- und Willensbildung in den Parteien.

(Zuruf von der CDU)

Ohne die Bevölkerung können wir so etwas nicht durchsetzen. Es ergeht also eine Einladung an all diejenigen, die der festen Überzeugung sind – ich hoffe, Sie sind dieser Überzeugung –, dass wir auch unsere Verwaltungsstrukturen auf den Prüfstand stellen müssen und es zu Modifizierungen kommen muss. Dazu ergeht eine herzliche Einladung an alle.

Bitte diffamieren Sie nicht diejenigen, die konkrete Prüfungsaufträge erteilen.

(Beifall der FDP und der SPD – Jullien, CDU: Wann? Am 1. April?)

Sind Sie da etwas vorsichtig, weil dadurch das politische Klima nicht besser wird. Wir ertragen vieles, aber sind Sie ein bisschen vorsichtig bei der Kommentierung. Mancher hat den Eindruck, dass Sie aus bestimmten Interessen heraus bestimmte Vorschläge sofort ablehnen. Wir brauchen also eine konstruktive Diskussion.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Meinung, dass wir in Rheinland-Pfalz mit dieser Koalition zur Stabilität und zur positiven Entwicklung von Rheinland-Pfalz erheblich beigetragen haben und noch beitragen werden. Ich habe manchmal den positiven Eindruck, dass dieser Koalitionsmotor rund läuft, er auf hohen Touren läuft.

(Jullien, CDU: Aber alle vier Reifen sind platt!)

ein klasse Drehmoment hat, fein abgestimmt ist, er verlässlich funktioniert

(Beifall der FDP)

und dieser Motor "Koalition" Rheinland-Pfalz dauerhaft nach vorn bringt. Einen Beitrag dazu leisten wir auch mit diesem Haushalt, den wir in diesen Tagen noch diskutieren, den wir aber am Freitag verabschieden werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile nun dem Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Kurt Beck, das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein herzliches Wort des Dankes für die bisherige Beratung des Haushalts für das Jahr 2004 sagen. Es ist in der Tat so, Haushaltsberatungen sind immer der Versuch, einen Blick nach vorn zu wagen. Karl Valentin hat uns schon gelehrt, dass Prognosen deshalb so schwierig sind, weil sie in die Zukunft weisen. Insoweit sind immer Unwägbarkeiten mit Haushaltsberatungen verbunden. Das ist wohl wahr.

Es ist aber auch wahr, dass aufgrund einer Reihe von Entwicklungen und aufgrund von internationalen Entwicklungen die Vorausschau auf das Jahr 2004 im Verlauf des Jahres 2003 besonders schwierig war.

Deshalb haben wir uns dazu entschieden, Ihnen einen Einjahreshaushalt und nicht wie üblich einen Zweijahreshaushalt zuzuleiten. Dabei spielt eine Rolle, dass es am Ende der Legislaturperiode mit den zwei Jahren aufgeht, nämlich 2005 und 2006. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, dass wir in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 mitten in einer Reformdiskussion waren und es unmittelbar vor Weihnachten bis zu den letzten Sitzungen des Vermittlungsausschusses alles andere als klar war, wie die Entscheidungen fallen.

Wir hatten uns dann entschieden, Ihnen einen Haushaltsentwurf zuzuleiten, der das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 in vollem Umfang beinhaltete, weil wir dies nach sorgfältiger Abwägung der Interessenlage dieses Landes, seiner Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger für eine richtige Entscheidung und für den richtigen Impuls in dieser wirtschaftlich unklaren, sich orientierenden Situation gehalten haben.

Zum Zweiten ging es uns bei der Aufstellung dieses Haushalts darum, deutlich zu machen, dass wir in uns erem Land eine äußerst schwierige Situation haben, was den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche und die finanzpolitische Entwicklung angeht. In einer solchen Zeit muss ein Haushalt vorgelegt werden, der diesen Kriterien entspricht.

Vor diesem Hintergrund haben wir – unterstellt, es käme zu diesem vollen Vorziehen der Steuerreform – in Kauf genommen, die übliche Kreditobergrenze, die sich an den Investitionen misst, zu überschreiten, weil wir dies

im Interesse des Landes und der Gesamtentwicklung vor dem Hintergrund einer drohenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für richtig gehalten haben.

Sie wissen, dass die Beratungen anders gelaufen sind und nur ein Teil der Steuerreform vorgezogen worden ist. Es war für uns selbstverständlich, dass wir dann die Haushaltsvorgaben an diesen neuen Einnahmenerwartungen orientiert und auf dieser Grundlage eine Möglichkeit gesehen haben, unter der Grenze der Investitionsgrößen mit der Nettokreditaufnahme zu bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei wird ausdrücklich die Argumentation, die hinsichtlich des Gerechtwerdens der Herausforderung der gesamtwirtschaftlichen Situation den Gesamthaushalt trägt, nicht aufgegeben. Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie in einem Entschließungsantrag auf diese Zusammenhänge hinweisen. Wir geben nicht unsere frühere Argumentation auf, aber wir sagen, wir können aufgrund dieser Entscheidungen auf Bundesebene die Kreditaufnahmegrenzen entsprechend nach unten verändern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser Situation und einer Fragestellung, wie die wirtschaftliche Entwicklung in 2004 sein wird, war es natürlich wichtig, Fragen der Investitionsgrößenordnungen in diesem Haushalt sehr sorgfältig zu beachten und zu betrachten; denn bis zum heutigen Zeitpunkt sind die Prognosen der Wirtschaftswissenschaftler hinsichtlich des Anspringens der Konjunktur und der Intensität einer solchen Entwicklung auseinander laufend. Unstreitig ist, dass es eine positive Entwicklung gibt. Streitig ist noch, in welcher Größenordnung diese stattfindet. Zu welchem Datum sich diese Entwicklungen nachdrücklich verfestigen, ist ebenfalls streitig. Auch dies war und ist zu berücksichtigen, wenn man einen solchen Etat aufstellt, ohne dass wir behaupten, mit dem, was wir in Rheinland-Pfalz haushaltsmäßig tun, könnten wir die Gesamtentwicklungen entscheidend beeinflussen. Schließlich ist die Summe der öffentlichen Haushalte und ihrer Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch die Summe aller Länder, der kommunalen Haushalte und des Bundeshaushalts. Insoweit haben wir uns an dieser Überlegung sorgfältig orientiert.

Da diese grundlegenden Entscheidungen über die Reformfähigkeit unseres Gemeinwesens und die Impulse in die Wirtschaft anstehen, um entsprechende Ergebnisse am Arbeitsmarkt zu erzielen, war es für mich ein Gebot der Vernunft, nicht nur in den Reihen der Koalitionsparteien und -fraktionen Gespräche über diese Haushaltsentwicklung zu führen, sondern im Einvernehmen mit den Kollegen Bauckhage und Mittler, aber auch mit den Herren Fraktionsvorsitzenden Mertes und Kuhn, mit den Oppositionsparteien und -fraktionen ins Gespräch zu kommen.

Herr Kollege Böhr und Frau Kollegin Thomas, wir hatten eine Reihe von guten Gesprächen. Wir hatten, mehr als dies heute den Eindruck erweckt hat, in einer ganzen Reihe von Punkten ein recht nahe liegendes gemeins ames Grundverständnis dessen, was seitens dieses Lan-

des Rheinland-Pfalz in einer solchen Situation haushaltspolitisch getan werden kann.

Frau Thomas, man hat wahrgenommen, dass am Ende der Diskussionen die Verlockung für Sie groß war, als – das meine ich positiv – erfahrene Politfüchsin eine öffentliche Darstellung zu suchen, die uns in eine bestimmte taktische Nachteilsposition bringen sollte. Da wir auch erfahrene Trapper und Fallensteller sind, haben wir gesagt, dass das keinen Sinn hat, so miteinander umzugehen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich habe dann öffentlich gehört, Sie hätten sozusagen die Beziehungen abgebrochen. Sei es, wie es sei. Es ging Ihnen so ähnlich, wie mir Herr Kollege Mittler dieser Tage von dem Mädchen in der Eifel erzählt hat, das zu ihrer Freundin gesagt hat: Mein Freund ist schon drei Monate nicht mehr gekommen. Jetzt habe ich mit ihm Schluss gemacht. – Ein bisschen geht es in diese Richtung.

Wir haben die Gespräche mit der CDU fortgesetzt. Ich glaube, dass dies zum Grundverständnis beigetragen hat. Erlauben Sie mir zu sagen, ohne irgendwelche Schärfen in diese Debatte zu bringen, dass ich vor diesem Hintergrund allerdings bestimmte Reaktionen schwer habe nachvollziehen können. Wie eng war das hinsichtlich der Analyse und der Urteile. Ich will gar nicht über das urteilen, was uns präsentiert worden ist. Das gehört sich nicht. Das mache ich auch nicht.

Herr Bracht, das, was ich in der Zeitung gelesen habe – ich habe es auch im Original nachgelesen –, ist Ihre Sache. Meinen Sie nicht, wir wären beleidigt. Ich habe es nur nicht verstanden. Wie heißt es so schön: Winkeladvokat bleibt Winkeladvokat, Quacksalber und Schönwetterflieger.

Wenn ich mich an unsere Gespräche richtig erinnere, waren wir hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Instrumentarien – ohne die Oppositions- und Regierungsverantwortung zu verwischen – so dicht beisammen, dass eine solche Wortwahl hinterher für mich nicht erklärbar ist. Vielleicht resultiert sie aus der Verzweiflung, keine eigenständige Position entwickeln zu können. Ich weiß es nicht. Ich fand es zumindest bemerkenswert.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube nach wie vor, dass das Haushaltswerk, das wir Ihnen mit den Daten, die darin stehen, vorgelegt haben, aus bestem Wissen und Gewissen heraus diesen notwendigen Impulsen in die gesamtwirtschaftliche Situation gerecht wird und das, was wir selbst steuern können, im Ausgabenbereich von zwei Grundüberzeugungen geprägt ist.

Auch in unserer Zeit, vielleicht gerade in unserer Zeit, kommt es darauf an, politische Schwerpunkte durchzuhalten, auch wenn man sie nicht immer finanziell so ausstatten kann, wie man dies in den Zuwächsen gern täte. Die Schwerpunkte im Bereich Kinderbetreuung,

Schule, Ausbildung und Bildung an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen bleiben. Die Schwerpunkte im Bereich Mobilität bleiben.

Frau Thomas, ich sage dies ausdrücklich nach Ihrer Rede, die Sie vorhin gehalten haben. Es ist schlicht und einfach aus meiner Überzeugung falsch, dass dieses Land Rheinland-Pfalz nicht weitere Initiativen im Bereich der Verbesserung der Mobilität braucht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich auch nicht in Abrede gestellt!)

 Doch, Sie haben gesagt, wer nach wie vor auf Straßenbau setzt, der sei sozusagen an den tatsächlichen heutigen Erkenntnissen vorbeigegangen. Wenn ich es nicht falsch verstanden habe, war das der Tenor Ihrer Aussage.

Ich widerspreche, insbesondere weil wir alles andere als Straßenbaufetischisten sind. Es gibt kein Land in Deutschland, das einen so intensiven Schienenregionalverkehr hat und ihn auf der Straße durch Busse unterstützt, wie dies Rheinland-Pfalz tut.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe es sehr bedauert, dass in die Streichungslisten im Zuge der Vermittlungsausschussverfahren auch die Regionalisierungsmittel mit einbezogen worden sind. Dank unserer Intervention und dank auch der geschickten Verhandlungsleitung in diesem Bereich und des Kollegen Mittler sind am Ende nur zwei Prozent Kürzung einmalig herausgekommen. Wir haben uns aber entschieden – dies beinhaltet der Haushalt, der Ihnen heute vorliegt –, dass wir diese zehn Millionen Euro im Haushalt ausgleichen, um diese Schwerpunktaufgabe, die für mich zentral etwas mit der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zu tun hat, auch in Zukunft weiter verlässlich vorantreiben zu können und verlässliche Verträge abschließen zu können, was zwischenzeitlich bis 2014 geschah.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich ist es so, dass wir nicht die Welt mit Straßen zupflastern wollen. Wir wissen aber, dass wir noch Bedarfe im Bereich von Umgehungsstraßen bei Bundes-, teilweise auch bei Landesstraßen haben. Ich höre dann immer Leute, die über solche Umgehungsstraßen reden, die anderswo wohnen. Dann kann man so schöne Szenarien, wie in meiner engeren südpfälzischen Heimat, hören. Dann wird ein Ort wie Pleisweiler jetzt umgangen. Ich rate Ihnen einmal, durch diesen schönen Ort zu fahren. Er wird jetzt immer schöner, nachdem der Durchgangsverkehr vorbei geht. Auch im Nachbarort Klingenmünster ist diese Umgehung noch notwendig. Jetzt lese ich, wir würden eine Weinstraßenautobahn bauen.

Diese Maßlosigkeit, die in solchen Gegenargumentationen steckt – ich respektiere, dass es Leute gibt, die sagen, für mich ist das Erhalten des Landschaftsbilds im Gesamten wichtiger als die Interessenlage derjenigen, die in diesem Dorf wohnen; diese Abwägung kann man haben, das ist nicht meine, aber das muss man in einer

freien Gesellschaft respektieren –, mit der dann mit solchen Dingen umgegangen wird, bringt uns immer weiter auseinander. Es gibt noch solche Bedarfe, auch im Bereich von Bundesautobahnen.

Es kann doch nicht übersehen werden, dass vier Jahrzehnte Teilung Deutschlands und Europas zu einer Ausrichtung der großen Verkehrsverbindungen auf der Schiene und der Straße von Nord nach Süd geführt haben und wir insoweit noch Bedarfe haben, nicht nur bei der unmittelbaren Grenzüberschreitung zwischen westlichen und östlichen Bundesländer, sondern insgesamt in Deutschland und in Europa, diese Ost-West-Verbindungen zu stärken. Wir liegen nun einmal im Herzen Europas, wir als Rheinland-Pfälzer noch ein bisschen mehr als manch anderes Land in Deutschland.

Jetzt kann ich natürlich sagen: Wie kommen wir dazu, uns mit Durchgangsverkehr zu befassen? – Ich stimme allen zu, die sagen: Wir müssen das Binnenschiff stärken, wir müssen die Schiene stärken, was Transporte angeht – völlig einvernehmlich. Dann kann sicher noch das eine oder andere insgesamt auf Bundes- und europäischer Ebene stärker geschehen als bisher – völlig einverstanden.

Aber dann zu sagen: Wir entziehen uns dann dieser Aufgabe, mit Verlaub, unsere Chance, gerade auch in Rheinland-Pfalz, hat auch etwas mit der europäischen Einbindung zu tun. Wir sind das Land – so haben wir uns, glaube ich, auch immer verstanden –, das Deutschland und Westeuropa miteinander verzahnt und verknüpft. Das ist weit über den Verkehrsbereich hinausreichend, was ich sage. Das möchte ich nicht durcheinandergebracht haben. Aber der Verkehrsbereich kann nicht völlig außen vor sein, nach dem Motto: Was uns nicht passt, das machen wir nicht, und die anderen Teile, die nehmen wir natürlich sehr gern, in Verbindung mit Luxemburg, Frankreich, Belgien, mit den Benelux-Staaten insgesamt, usw. in Anspruch. – Das wird nicht funktionieren.

Insoweit möchte ich noch einmal deutlich sagen dürfen: Wir haben, auch was diese Fragen angeht, eine doch recht vernünftige Weichenstellung. Deshalb bleibt es neben der Kinderbetreuung, neben der Bildung und der Hochschulausbildung auch bei dem Schwerpunkt "Mobilität", nicht, weil der eine oder andere gern Bänder durchschneidet, wenn Straßen eröffnet werden, sondern weil diese Gesamtzusammenhänge natürlich verbal bestritten werden können, aber aus meiner Sicht nicht ernsthaft argumentativ untermauert bestritten werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will auf andere Punkte, die wir wegen dieser beiden eindeutig herausragenden Schwerpunkte nicht vernachlässigen, nachher noch kommen und dies auch mit Zahlen untermauern. Schließlich haben wir Haushaltsberatungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie die Gesamteinnahmen sehen, dann werden Sie nach uns eren Prognosen um 0,3 % – die bereinigten Gesamteinnahmen – steigen. Dass wir damit keine großen Sprünge machen können, wissen wir auch. Dass wir aber

diese Ansätze, von denen ich gesprochen habe, und ihre gesamtwirtschaftliche Wirkung nicht einfach dadurch zunichte machen können, dass wir mit dem großen Rotstift einfach darüber gehen, glaube ich, erschließt sich auch, wenn man diese Gesamtverantwortung wirklich ernst nimmt und weiß, dass das auch etwas mit einzelnen Ausgabenpositionen zu tun hat.

Wenn ich dann einmal auf die Ausgaben schaue und wir gemeinsam kritisch schauen, ist das, was er sagt, auch in den Zahlen wiederfindbar, dann haben wir Ihnen einen Ansatz vorgelegt, der in den Personalausgaben eine Reduktion von 1,6 % vorsieht. Das sind konsumtive Ausgaben. Ich weiß sehr wohl, dass wir damit auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes einiges zumuten. Ich fand es vorhin schon fast belustigend, wie kurz unser Gedächtnis ist. Wir hatten doch im letzten Jahr keine einzige Sitzung des Landtags, bei der nicht draußen eine Gruppe protestiert hat, bis hin zu Galgen, die aufgestellt worden sind, an denen imaginäre Einsparungspuppen hingen. Das war doch so. Jetzt wird hier heute gesagt: Ihr macht euch einen schlanken Fuß, ihr habt keinen Mut, zu sparen. Ich habe jedenfalls eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen immer bei denen gesehen, die in jedem Einzelfall protestiert haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist das Schöne an einer Parlamentsdebatte, dass man wirklich argumentieren kann. Ich finde, das macht Freude.

Der zweite Punkt betrifft die sächlichen Verwaltungsausgaben. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten auch dort ein Minuszeichen hingebracht. Es gibt aber natürlich, was Modernisierung in diesem Bereich angeht, teilweise Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, dass man Effizienzgewinne nur bei den Personalausgaben erreichen kann, wenn man die Ausstattung usw. deutlich verbessert. Insoweit mussten wir uns mit plus 0,2 % – das ist gemessen an der Preissteigerungsrate, die erwartet wird, eigentlich auch ein reales Minus – zurechtfinden.

Dann kommen wir zu der viel diskutierten Frage der Zuschüsse und der Zuweisungen. Da sind 81,2 Millionen Euro gegenüber dem Nachtragshaushaltsansatz für das Jahr 2003 zurückgeführt. Man kann auch sagen: Das könnte mehr sein. – Meine Damen und Herren, dann rate ich allerdings zu Vorschlägen. Ich sage Ihnen sehr offen: Ein Vorschlag in diesem Bereich, beispielsweise das gesamte Feld der arbeitsplatzbegleitenden Maßnahmen aus dem Arbeitsministerium zusammenzustreichen, hielte ich für einen schwerwiegenden Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen nur eine Zahl nennen. Durch die Bemühungen, die Frau Kollegin Dreyer und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenwirken mit vielen Initiativen und vielen anderen gemacht haben, ist die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz um ein Viertel gesunken. Ich finde, das Iohnt die Anstrengung.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin überzeugt, das rechnet sich sogar volkswirtschaftlich. Wenn ich die menschlichen Schicksale der Leute sehe, die sonst kaum ohne solche Hilfen noch einmal hineinkommen könnten, dann ist dies ein richtiger Ansatz, glaube ich. Er geht in jeder Hinsicht auf.

Ich weiß sehr wohl – man muss mir das nicht sagen –, dass der zweite Arbeitsmarkt und diese unterstützten Arbeitsmärkte nicht die Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur und damit des ersten Arbeitsmarkts ersetzen.

Ich spreche bewusst von einer Nische, von einem Bereich, in dem der erste Arbeitsmarkt ohne diese Unterstützung nicht greifen und nicht helfen würde. Deshalb glaube ich, dass das gut begründete Ansätze sind.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt nennen. Das ist auch in den CDU-Kürzungen mit enthalten: Ackerrandstreifenprogramm, Frau Conrad, Herr Bauckhage.

Reden wir nicht darüber. Sie haben es sich ein bisschen leicht gemacht. Immer, wenn es dann nicht mehr aufgegangen ist, kamen ein paar Millionen zusammen. Wenn es dann nicht mehr weitergegangen ist – man brauchte viel Geld –, dann hat man gesagt, jetzt noch eine kräftige globale Minderausgabe obendrauf.

Was haben Sie uns schon wegen globaler Minderausgaben gescholten. Aber sei es drum.

(Dr. Weiland, CDU: Wenn Sie das machen können, können wir das auch!)

 Ja gut, Sie haben es in viel größeren Dimensionen gemacht.

Ich will nur einmal ein Beispiel untersuchen.

(Dr. Weiland, CDU: Was Ihnen recht ist, ist uns billig!)

Sie haben in jedem Bereich draufgeschlagen. Wenn Ihnen in der Sache nichts mehr eingefallen ist, haben Sie es global gemacht.

(Dr. Weiland, CDU: So wie bei Ihnen! – Schweitzer, SPD: Das ist nichts Neues!)

Ich nehme es einfach einmal hin. Ich untersuche es nur, so wie ich meine Zahlen untersuche. Wir haben bei Frau Conrad kräftig zugelangt. Erst einmal mit ein paar Geschichten im Einzelnen.

(Dr. Weiland, CDU: Noch zu wenig!)

 Sie sagen, "noch zu wenig". Ich sage, wir werden, hoffentlich nicht, aber nicht ausschließen können, dass wir wieder eine Hochwasserdebatte haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Dann bin ich einmal gespannt, wenn Aktion "Blau" und all diese Dinge zusammengestrichen wären, was Sie uns sagen würden.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ja, Herr Billen. Ich versuche, jeden zu überzeugen.
 Bei Ihnen bin ich nicht sicher, ob ich es wirklich versuchen sollte, weil das schade wäre.

(Rösch, SPD: Das schafft keiner! – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

 Das ist nicht die Flucht nach vorn. Das ist einfach der Versuch, redlich mit dem umzugehen, was als Zahlen auf dem Tisch liegt.

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich sage nur noch einmal, bei Hochwasserdebatten zu rufen: "Es reicht nicht, passiven Hochwasserschutz zu machen, sondern da muss vorbeugend etwas getan werden". Einverstanden, diese Aussage war richtig. Herr Kollege Licht, sie war von Ihnen, und sie war richtig.

Wenn jetzt aber solche Anträge kommen, die zwangsläufig alles zusammenstreichen würden – von den Größenordnungen, die Sie beantragt haben, wäre alles zusammengestrichen, selbst Dinge, die schon in Auftrag gegeben sind, die man eigentlich gar nicht zusammenstreichen kann –, dann entlarven sich die CDU-Forderungen von selbst.

Ich will Ihnen nur sagen, das ist die Konsequenz von Haushaltsanträgen. Als Opposition – wir haben das vielleicht früher auch gemacht – kann man sich darüber hinwegsetzen. Die Regierung kann sich nicht darüber hinwegsetzen. Sie würde von Ihnen zu Recht zu einem anderen Zeitpunkt verdammt werden, wenn sie es täte.

(Beifall der SPD und der FDP – Licht, CDU: Was haben Sie in den ersten Jahren gemacht? – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Man kann natürlich immer sagen, wir streichen noch für 100 Millionen Zuweisungen zusammen, aber das ist die Folge.

(Licht, CDU: In den letzten Jahren haben Sie genau das gemacht!)

 Herr Licht, ich hätte jetzt damit aufgehört, aber wenn es denn sein soll – –

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Sie haben beispielsweise ein Geschäft vorgeschlagen, nämlich die Komplementärfinanzierung in einer ganzen Reihe von Punkten. Das haben die GRÜNEN auch gemacht. Die GRÜNEN waren noch cleverer und haben die einzelbetriebliche Förderung herausgenommen, weil der Ärger dann nicht so groß ist und weil sie mit ihren

Ökolandwirten keinen Streit bekommen wollten. Man muss immer sehen, was dahinter steckt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie haben "reingehauen". Das haben Sie uns als Einsparung verkauft. Das ist ein absolutes Nullsummengeschäft. Diesen Ausgaben stehen entweder Einnahmen gegenüber, oder die Ausgaben werden nicht getätigt. Das wissen Sie doch so gut wie wir.

(Zuruf von der FDP: So ist das!)

Sie haben schon versucht, uns ein X für ein U vorzumachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Lewentz, SPD – Zuruf von der CDU)

- Gut, dann gern noch einen Punkt.

Ich erinnere mich an eine gute Debatte, die wir bei uns eren Gesprächen um die Frage hatten, wie wir mit der Wohnungsbauförderung der Zukunft umgehen. Eine wichtige Frage. Wir werden im Zuge der Demographie, im Zuge der notwendigen Anpassung auch von Baukapazitäten, der Entwicklung unserer Dörfer und Städte über diese Dinge in der Zukunft intensive Diskussionen haben.

Diesbezüglich hat niemand den Stein des Weisen. Wir haben auch eine unterschiedliche Bedarfssituation in verschiedenen Teilen des Landes, teilweise Deckung, manchmal sogar schon Überdeckung, teilweise Bedarf an Wohnraum. Keine Frage, eine schwierige Situation.

Ich sage dort die Zahlen, weil sie, wie mir berichtet worden ist, auch im Haushaltsausschuss, also in einer zugänglichen Sitzung, aufgefallen sind, nicht nur in uns eren internen Gesprächen. Herr Kollege Deubel, dort stehen 40 Millionen, wenn ich es richtig sehe. 40 Millionen für den Bereich des Eigenheimwohnungsbaus.

(Zuruf von der CDU: Förderung!)

Es kam die Frage: "Kann man dort umsteuern?" – Eine politisch völlig gerechtfertigte Fragestellung, wie ich finde

Wir haben uns die Sache gemeinsam angeschaut. Da es um revolvierende Mittel geht, haben wir festgestellt, dass an disponiblen Mitteln, also an solchen, die im Jahr 2004 wirklich bewegt werden könnten, nur 5 Millionen Euro drinstecken. Das andere ist gebunden, zugesagt etc., weil die Menschen über mehrere Jahre bauen und dann die Rückzahlung beginnt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

 Nein, das war die nachgewiesene Zahl. Machen wir uns doch nichts vor. Wir haben uns Auge in Auge gegenübergesessen. Jetzt kommt ein Antrag, 15 Millionen zu streichen. Das kann man alles wollen, aber das hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun, lieber Herr Kollege Bracht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie können sagen, die Menschen dürfen ihr Dach nicht mehr anbringen, wenn sie schon den Rohbau stehen haben. Entschuldigung, Sie sind angetreten. Sie haben gestern in einem solchen Maß zugeschlagen, dass sich noch nicht einmal jemand darüber geärgert hat.

Manchmal – das gebe ich zu – ärgert man sich schon, wenn man einen "reingewürgt" bekommt. Aber das war gestern mit diesem Plastikschneemann so daneben, lassen wir es einmal sein.

Wenn man so zuschlägt, dann muss man damit rechnen, dass man an einer Reihe von Punkten – ich könnte noch eine halbe Stunde so weitermachen – auch enttarnt wird. Sie haben Vorschläge gemacht, die eindeutig rechtswidrig sind in den Streichungen, die Sie vorgeschlagen haben. Abwasserabschlag ist ein solches Beispiel, eindeutig rechtswidrig.

(Beifall der SPD – Itzek, SPD: Ja!)

Sei es Ihnen nachgesehen. Wir machen unseren Kurs. Ich habe nur gedacht, wir könnten über die Dinge, über die wir miteinander unter 6, 8 oder 12, 14 Augen geredet haben, zumindest Einverständnis erzielt haben. Aber dann kommt wieder so ein Antrag, und wir werden noch beschimpft, weil wir das nicht machen.

Das ist nicht machbar. Zwei Drittel von dem, was Sie vorgeschlagen haben, ist politisch, rechtlich und wegen gebundener Mittel nicht machbar, meine Damen und Herren. Ganz schlicht und einfach.

(Beifall der SPD)

Da sind wir nicht an der Ecke. Ich sehe zumindest nicht, dass man diesen Ansatz von 81 Millionen, die wir dort an Zuweisungen und Zuschüssen zurückgefahren laben, maßgeblich erweitern kann. Auf dem von Ihnen vorgeschlagenen Weg geht es nur an einigen Punkten.

Man kann politisch unterschiedlicher Meinung sein, aber zwei Drittel dessen, was Sie vorgeschlagen haben, gehen schlicht und einfach nicht, zumindest nicht für 2004, manches auf der Zeitschiene, auch wachsend schon, aber nicht für 2004. Damit kann man sie auch nicht als Gegenrechnung nehmen.

Weiterer Punkt: Ich messe uns immer an den Maßstäben, die ich einleitend angesprochen habe: Investitionen. Wir haben eine Steigerung im Investitionsbereich in der Größenordnung von 77,5 Millionen im Bereich des Kernhaushalts der Hauptgruppen 7 und 8.

Ich denke, da könnte man natürlich wünschen, dass es mehr wäre, aber wenn ich den zweiten Maßstab der Solidität dazunehme, glaube ich, dass es nicht ernsthaft geht. Ich habe auch nicht sehr viele Anträge gesehen, die jetzt vorliegen, die in diese Richtung führen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über das Maß an Nettokreditaufnahme und die Entwicklung der Investitionen ist gesprochen worden. Ich muss die Zahlen, die Herr Mertes und Herr Kuhn angesprochen haben, nicht wiederholen. Ich will noch einmal darauf hinweisen: In diesem Haushalt steckt ein Gesamteinsparvolumen von 386,3 Millionen Euro.

Ich hatte darum gebeten – da waren wir uns einig –, wenn Vorschläge auf den Tisch kommen, dass wir sie würdigen. Ich bin vorhin auf einige eingegangen, aber dieses Angebot steht über den einzelnen Haushalt hinaus ausdrücklich. Ich sage Ihnen nicht zu, wir machen alles, was Sie uns vorschlagen. Dann könnte man gerade einen Brei machen. Sie würden auch nie in allem zustimmen, was wir vorschlagen, was ich auch respektiere und akzeptiere.

Die politische Schwerpunktbildung wird immer noch bleiben, aber es ist uns allen nicht benommen, voneinander zu lernen und etwas zu sehen, was unter Umständen auf der Seite des hohen Hauses nicht gesehen wird

Also insoweit: Dieses Angebot steht. Sie werden auch erleben, dass wir ernsthaft mit den Dingen umgehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zu einigen Punkten, die angesprochen worden sind, auch noch eine kurze Betrachtung. Ich möchte zunächst darauf eingehen, wie sich dieser Haushalt und die Haushaltsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich ausnimmt. Dies möchte ich an Zahlen belegen und biete gern an, Ihnen diese Zahlen zur Verfügung zu stellen. Es sind allgemein zugängliche Zahlen, die nachprüfbar sind.

Es wurde behauptet, wir seien diejenigen, die am mesten Schulden machen. Ich stimme der Aussage ausdrücklich zu, dass wir insgesamt alle zu viel Schulden machen. Aber wenn die Relationen gegen uns bemüht worden sind, möchte ich sie anhand der Zahlen, die mir vorliegen, aus meiner Sicht zurechtrücken dürfen.

Die Zahlen stammen vom Dezember und geben die Kreditmarktschulden der Länder in der Bundesrepublik Deutschland wieder. Ich habe fairerweise aber nur die alten Flächenländer miteinander verglichen.

Wir liegen in der Entwicklung zwischen Dezember 2002 und November 2003 im Verhältnis bei einer Steigerung von 4,4 %, Schleswig-Holstein von 6 %, Niedersachsen von 7,6 %, Hessen von 3,9 %, Baden-Württemberg bei einer niedrigeren Ausgangsbasis von 6,9 %, was die Zuwächse angeht, Bayern von 6,6 %, Saarland von 8,2 % und Nordrhein-Westfalen von 4,5 %. Wenn man so muntere Behauptungen darüber aufstellt, wie katastrophal wir im Vergleich seien, wäre ich dankbar, wenn man auch diese Zahlen zur Kenntnis nehmen würde.

Herr Kollege Dr. Böhr hat behauptet – ich weiß nicht, woher er die Zahlen hat; ich fürchte, Herr Bracht hat sie ihm aufgeschrieben –,

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

das Jahr 2003 habe mit über 2 Milliarden Euro die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes eingebracht. 500 Millionen Euro mehr als im bisherigen Rekordjahr steht in der entsprechenden Tischvorlage zu der Pressekonferenz, die gestern stattgefunden hat. Wenn Sie sich überall um solche Größenordnungen verrechnen, wundere ich mich nicht, dass es zu einem solchen Katastrophenszenario kommt, wie Sie es heute Morgen vorgetragen haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe den Finanzminister gebeten, die Zahlen zsammenzustellen und sie in seiner Rede im Laufe des Tages vorzustellen. Frau Thomas, wir werden, auch Ihrem Wunsch folgend, die Zahlen für 2003 zusammenstellen.

Die Nettokreditaufnahme für 2003 einschließlich des LSV und des LBB beläuft sich auf 1,4965 Millionen Euro und für das Jahr 2002 auf 1,716 Millionen Euro, ——

(Zurufe von der CDU: Milliarden!)

- Milliarden Euro, Pardon!

(Licht, CDU: So kann man sich verrechnen! – Jullien, CDU: Das passiert auch Ihnen!)

Ich bitte um Entschuldigung.

Im Kernhaushalt sind dies 1,2783 Milliarden Euro, und 2002 waren es 1,518 Milliarden Euro.

Herr Kollege Dr. Böhr, Sie haben behauptet, wir würden mit der Nettokreditaufnahme von 2003 über der Nettokreditaufnahme von 2002 liegen. Sie liegen exakt um 500 Millionen Euro daneben. 500 Millionen Euro!

(Itzek, SPD: Das sind 25 %!)

Ich rate Ihnen zu einem Zweiten: Sie haben von der Zins- oder Schuldenfalle gesprochen. Ich denke, die Zahlen wird der Finanzminister noch im Einzelnen darlegen. Wenn ich richtig zugehört habe – ich will bei einer langen Rede nicht ganz ausschließen, dass man sich einmal verhört, aber ich wäre erstaunt –, haben Sie von einer Größenordnung in der mittelfristigen Finanzplanung von bis zu 2 Milliarden Euro an Zinsschulden geredet. Es werden deutlich unter 1,2 Milliarden sein. Lieber Herr Kollege Dr. Böhr, das sind 800 Millionen Euro Unterschied.

(Böhr, CDU: Es sind nicht meine Zahlen!)

Es sind nicht Ihre Zahlen! – Aber Sie haben sie vorgetragen, und sie waren falsch! Sie waren um 800 Millionen Euro - das sind schätzungsweise 35 % - falsch! So haben Sie heute Morgen Ihr Katastrophenszenario begründet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte Ihnen gern noch einige weitere Punkte nennen, ohne meine gesamte Rede in Zahlen untergehen lassen zu wollen. Ich bitte den Herrn Finanzminister, in seiner Rede darauf einzugehen. Auch Ihre Behauptung, die Verschuldung des Landes je Einwohner liege bei 2.338 Euro, ist unzutreffend, schlicht und einfach unzutreffend! Wir liegen deutlich darunter. Die einzelnen Zahlen können nachher genannt werden. So kann man dieses Zahlenwerk, das Sie uns vorgetragen haben, fortsetzen. – Entschuldigung, es ist alles nachvollziehbar. Ich biete noch einmal an, es nachzurechnen.

In diesen Betrachtungen sind auch Fragen der Gegenrechnung dessen noch nicht enthalten, was wir an Guthaben über den Pensionsfonds haben. Von daher wäre ich dankbar, wenn man nicht in solchen Größenordnungen eine Risikoeinschätzung vornimmt und daraus Ableitungen trifft, die dann in jedem Fall in diese katastrophale Betrachtung münden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, über die Frage, ob wir uns im Verhältnis zu den Kommunen angemessen verhalten oder nicht, wird es in einem Parlament immer Diskussionen geben. Ich bin sicher, dies ist in anderen Landtagen nicht anders als bei uns. Wir sind der Überzeugung, dass wir uns gegenüber den Kommunen anständig, partnerschaftlich und solidarisch verhalten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Verbundsatz ist im Land Rheinland-Pfalz in dieser Legislaturperiode stabil und verlässlich. Dies war schon einmal anders in diesem Land.

(Schmitt, CDU: Aber auf einem weit anderen Niveau!)

 Ja, heute auf einem viel höheren Niveau, da haben Sie Recht. Auf einem ungleich höheren Niveau. Ich danke Ihnen für diesen Zwischenruf.

(Schmitt, CDU: Die Verbundmasse!)

– Die Verbundmasse ist in diesem Jahr, wenn ich es richtig im Kopf habe, um etwa 6 Millionen bei über 1,5 Milliarden niedriger als vorher. Es hilft nichts, wenn Sie mir dazwischenrufen, dass Ihre Verbundsatzlösung, die teilweise bei 19,5 % gelegen hat, den Kommunen besser getan hätte als unsere 21 %. Das können Sie vorrechnen, wem Sie wollen.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe der Abg. Schmitt und Schnabel, CDU)

Ich bin in eine Schule gegangen, in der man dies noch zusammenrechnen konnte. Das muss man sagen. Wenn er nicht dazwischengerufen hätte, hätte ich ihm das erspart.

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Frage des Verstetigungsdarlehens. Wir könnten uns einfach einen schlanken Fuß machen. Herr Kollege Mertes hat dies deutlich gemacht. Wir könnten uns so verhalten wie andere Länder auch und könnten schlicht und einfach die Größenordnungen, die verrechenbar sind, verrechnen. Ich hielte dies jedoch für eine nicht verantwortbare Position, und dies nicht nur, weil es die Kommunen – zumindest ein großer Teil davon – wirklich schwer haben; das ist völlig unbestritten. Aber die Maßstäbe,

von denen ich einleitend geredet habe, einen Beitrag zu einer guten konjunkturellen Entwicklung leisten zu wollen, sind nur dann erfüllt, wenn auch die Kommunen Bewegungsspielräume erhalten. Mich wundert es ein wenig, wenn von erfahrenen Kommunalpolitikerinnen und -politikern gesagt wird, eine solche Zuwendung, die nicht ausdrücklich investiv gebunden sei, habe nichts mit der Investitionsfähigkeit der Kommunen zu tun. Wenn das richtig wäre, muss ich sagen, habe ich einen Großteil meines Lebens falsch Kommunalpolitik betrieben.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Ja, ja, Herr Schnabel!

Wir waren uns immer darüber einig und sollten insoweit auch dabei bleiben, dass die Investitionsschlüsselzuweisung in diesem Land immer das Ziel hatte, die Investitionsfähigkeit und das Vertrauen in die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen zu stärken und sie insoweit nicht auf die Vermögenshaushalte zu binden. Das ist doch kein Beweis dafür, dass solche Zuwendungen nicht überwiegend investiv sind. Im Gegenteil, wenn ich investieren will, muss ich Spielräume im Verwaltungshaushalt haben, sonst kann ich die Vermögenshaushalte doch nicht mit neuen Krediten entsprechend belasten. Drehen Sie mir doch die Dinge nicht im Mund herum!

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe der Abg. Schmitt und Schnabel, CDU)

Wenn Sie alle Maßstäbe unserer bisherigen Politik in Rheinland-Pfalz auch zu Ihren Zeiten umdrehen wollen, dann müssen Sie weiter so argumentieren.

> (Schmitt, CDU: Darum geht es gar nicht! – Schnabel, SPD: Sie sind schon lange nicht mehr in der Kommunalpolitik gewesen!)

– Ja, ja. Manche Sachen vergisst man nie im Leben wie Schwimmen und Rad fahren. So ist es auch, wenn man einmal kommunalpolitisch Verantwortung hatte. Heute war der Tag der Ortsbürgermeister. Ich war auch einer. Alle, die Ortsbürgermeister sind, wissen, da kann man nicht irgendjemanden rufen, das muss man selbst machen. Das geht Ihnen allen so.

(Schmitt, CDU: Das sollte man auch anderen zugestehen!)

Ich möchte dann noch einmal deutlich machen, dass im Haushaltsgrundsätzegesetz, was den Ansatz und die Berechnung von Darlehen angeht, eine unmissverständliche Regelung steht. Ich möchte es zitieren, und zwar § 10 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes. Dort steht unter anderem – ich zitiere –: "Ausgaben für Investitionen sind die Ausgaben für a) Baumaßnahmen, b) Erwerb von beweglichen Sachen, c) Erwerb von unbeweglichen Sachen, d) Erwerb von Beteiligungen, e) Darlehen." Man kann es nachlesen, damit die Mär, die ständig verbreitet wird, wir hätten irgendetwas erfunden oder es wäre etwas getrickst worden, wie ich es gelesen habe, aufhört. Wie anders als nach dem Haushalts-

grundsätzegesetz verankert man denn eine solche Darlehensgebung?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht doch um die Spitzabrechnung!)

- Verehrte Frau Thomas, es geht nicht um die Spitzabrechnung. Sie wollen den Weg verschließen. Wenn wir diesen Darlehensweg gehen, dann, mit Verlaub, müssen es die Kommunen auch wieder zurückzahlen. Das ist uns vorhin zum Vorwurf gemacht worden. Das ist aber in der Tat so. Das ist doch ein Guthaben. Warum sollen wir dieses Guthaben nicht auf das Gesamtguthaben und damit auf das Gesamtvermögen dieses Landes Rheinland-Pfalz anrechnen dürfen? Das müssen Sie mir einmal sagen.

Natürlich hat dies auch mit der Erhöhung der Kreditgrenze zu tun. Aber ich halte dies für einen gerechtfertigten Weg, ein Weg, der im Übrigen einfach zu durchbrechen wäre – ich sage es noch einmal –, wenn wir diese Hilfe nicht gäben. Dann hätten wir natürlich auch im investiven Bereich sehr deutliche Einbrüche bei den Kommunen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird bei diesem verlässlichen Weg bleiben. Wir bieten den Kommunen ausdrücklich an, diesen Beistandspakt in die Zukunft hinein fortzuschreiben, weil Sie so gut wie ich wissen – das war doch ein zentraler Punkt der Gewerbesteuerdiskussion der letzten Jahre –, dass die Verlässlichkeit der Einnahmen auch ein ganz wichtiger Baustein kommunaler Entscheidungen und kommunaler Haushaltspolitik sind. So weit wir es beeinflussen können, werden wir hier Verstetigung schaffen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in den munteren Vorschlägen und Debatten auch gehört, dass wir nicht so heftig wie andere sparen würden. Ich möchte jetzt nicht noch einmal aufzählen, wie viele Länder die Nettokreditaufnahmegrenze reißen, beispielsweise unsere Nachbarn in Hessen, was ich ihnen gar nicht vorwerfe, jeder muss seine Politik machen. Bei Hessen sind es 255 Millionen Euro. Ich möchte Sie aber noch einmal daran erinnern dürfen, dass sich das, was wir in diesem Land Rheinland-Pfalz an Einsparmaßnahmen beschlossen haben – nicht das, was wir noch überlegen und was vielleicht kommt oder nicht -, bis Ablauf der mittelfristigen Finanzplanung, wobei 2008 eingerechnet ist, auf eine Dimension 1,020 Milliarden Euro pro Jahr belaufen wird. Vergleichen Sie die Zahlen, die von Bayern und anderswo genannt werden. Gemessen an unseren Haushaltsdmensionen ist das eine durchaus vergleichbare Größenordnung. Im Unterschied zu anderen haben wir diese Dinge beschlossen und nicht als Absicht in der Pipeline.

Dass die Umsetzung im Alltag und bei jeder Haushaltsberatung noch einmal eine mühsame sein wird, da habe ich keine Illusionen, weil sich natürlich Bedarfe verändern, weil Erwartungen im Verlauf der Zeiten geweckt werden und man dann an den Größenordnungen und den Linien zumindest festhalten muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Ihnen jetzt noch einmal das sagen zu wollen, was ich schon wiederholt gesagt habe, so habe ich eines aber dem Herrn Kollegen Bracht versprochen. Immer dann, wenn die Behauptung kommt, wir wären Schuldenmacher und in der Zeit meiner Regierungsverantwortung bzw. der Zeit der sozialliberalen Koalition wäre es mit dem Schuldenmachen in Rheinland-Pfalz losgegangen, werde ich Ihnen mit Zahlen antworten. Ich lasse mir das nicht nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich lasse es mir nicht nehmen, diesem zu widersprechen. Ich habe es schon zweimal von diesem Pult aus gesagt, ich kann es aber auch siebenmal sagen. Das ist überhaupt kein Problem. Diese Mär werde ich nicht unwidersprochen in die Welt setzen lassen.

Ich erinnere Sie an Folgendes: In den Jahren von 1980 bis 1991 sind die Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz im Schnitt des Jahres um 6,4 % gestiegen. Die bereinigten Gesamtausgaben sind um 6,2 % gestiegen. Die Vorgabe des Finanzplanungsrates war in all diesen Jahren immer 3 %. Sie haben sie gedoppelt, dies immer im Schnitt. Es waren auch andere Jahre darunter, dann wurde es zum Teil sogar verdreifacht. Sie haben es also verdoppelt.

Wenn ich die Kreditfinanzierungsquote nehme, so lag sie in den zehn Jahren Ihrer Verantwortung – ich vergleiche dann die nächsten zehn Jahre – bei 9,3 %. Die Nettokreditaufnahme gemessen an der Steuerkraft des Landes, an den Steuereinnahmen, lag bei 13,5 %. Ich sage Ihnen, im Ergebnis von 1992 bis 2004 – 1991, als wir gekommen sind, war der Haushalt schon aufgestellt; es ändert sich aber auch nichts, wenn ich 1991 hineinnehme, vielleicht um 0,1 % – gab es eine Steigerung der durchschnittlichen Einnahmen des Landes um 2,3 %, bereinigte Gesamtausgaben 2,3 %, Kreditfinanzierungsquote 8,2 %, also 1,1 % niedriger als im Schnitt bei Ihnen in den zehn Jahren vorher.

Die Nettokreditaufnahme im Vergleich zu den Steuereinnahmen lag zu Ihrer Zeit bei 13,5 %, zu Zeiten meiner Verantwortung und der des Kollegen Scharping bei 11.8 %.

Ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass im Jahr 1994 und in den Folgejahren mit dem Solidarpakt in Deutschland auf die Länder und die Kommunen sowie auf die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft eine notwendige Belastung zugekommen ist, wie sie in irgendeinem Volk in Europa oder der Welt ihresgleichen sucht. Das möchte ich doch noch einmal sagen dürfen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich wäre dankbar, wenn man das zur Kenntnis nehmen würde.

Ich habe mich darüber gefreut, wobei Herr Kollege Bracht und Herr Jullien noch kommen werden, insoweit weiß man es noch nicht, dass bis jetzt auf jeden Fall die Personalkostensteigerung noch nicht nach dem Motto gekommen ist: Der Beck hat sich mit Personal an der Spitze der Staatskanzlei aufgebläht. An der Spitze der Ministerien war es das Gleiche. Da war doch ein beliebtes Argument.

(Jullien, CDU: Aber Ihre Lernfähigkeit haben Sie doch bewiesen! Ehrenamtliche Verbraucherschutzbeauftragte! Wo ist die Dame?)

 Ja ja, lieber Herr Kollege Jullien. Sie oder einer Ihrer Kollegen hat schon einmal von 270 Stellen gesprochen, die ich für was weiß ich für Leute verbraten hätte, was immer sie auch machen sollten, Tanzlehrer oder was auch immer.

(Jullien, CDU: Staatskanzlei!)

– Ja, Staatskanzlei. Wir haben Ihnen doch persönlich ein Papier in die Hand gegeben. In diesem Papier steht, dass seit 1994, seitdem ich die Verantwortung habe, bis zum jetzigen Zeitpunkt 85 Stellen in den Ministerien in der Oberleiste, die Sie immer kritisiert haben, und bei der Staatskanzlei abgebaut worden sind. Das sind minus 4 %. Nur das zu dieser Mär, die ständig verbreitet wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zu dem, wie Sie einen Teil Ihrer Haushaltsansätze mit den 450 Stellen, die zusammengestrichen werden sollen, decken, hat Herr Kollege Mertes das Notwendige gesagt. Dies ist schlicht und einfach unmöglich. Wie gesagt, es sei denn, Sie entlassen von heute auf morgen Leute, was nach unserem Recht nicht geht. Von den sozialen Gesichtspunkten muss man gar nicht reden.

Man kann doch sagen, was ich Ihnen abnehmen würde: Wir haben die Kraft, 450 Leute über die Jahre hinweg abzubauen.

(Jullien, CDU: Das haben wir doch gar nicht gefordert!)

- Das steht doch in Ihren Haushaltsanträgen.

(Jullien, CDU: Aber doch nicht in diesem Jahr!)

– Wenn Sie es nicht in diesem Jahr wollen, dann können Sie es doch nicht als Deckungsvorschläge gegenrechnen, was Sie einsparen, verehrter Herr Kollege.

(Beifall der SPD und der FDP – Jullien, CDU: Lesen Sie den Antrag doch einmal!)

Das gefällt Ihnen vielleicht nicht. Ich sage einmal ehrlich, einem Geschäftsführer dürfte so etwas auch nicht passieren.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Nach Ihren Haushaltsanträgen müssten wir die sogar rückwirkend zum 1. Januar 2004 entlassen, weil die alle schon Geld gekostet haben. Nur so viel zur Seriosität solcher Anträge, verehrter Herr Kollege. Das kann man machen, wenn niemand da ist, der es nachrechnet und

nachprüft, aber wir haben es nun einmal nachgerechnet und nachgeprüft.

(Jullien, CDU: Es geht um 250 Stellen!)

Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gefragt worden, wo die Besonderheiten in diesem Land Rheinland-Pfalz sind. Ich gebe zu, in der steuerlichen Entwicklung geht es uns nicht anders als anderen westlichen Flächenländern auch. Da wollen wir auch gar keine Extrawurst. Den Saarländern und den Bremern geht es traditionell noch ein Stück schlechter. Bremen ist zwar kein Flächenland, aber man muss es dazu nennen. Über die Berliner mit ihrer Sonderaufgabe muss man nicht reden, aber dass wir im Bereich der Konversion eine Aufgabe hatten, die sich wirklich von allen anderen unterscheidet, vielleicht ansatzweise, was die Flächenkonversion angeht, von Brandenburg mit der großen russischen Stationierung noch erreicht wird – aber dort haben die russischen Truppen natürlich nie im Wirtschaftsgeschehen eine Rolle gespielt –, ist auch zu sehen.

Wir haben bis Ablauf des Jahres 2003 – die Ansätze des Jahres 2004 kommen hinzu – 1,4574 Milliarden Euro für diese Aufgabe aufgewendet. Wenn jemand sagt, das war keine zusätzliche Aufgabe, dann ist zu sagen, wir haben 560 militärische Liegenschaften in der Vermarktung. Wir haben eine Fläche zu vermarkten, die in ihrer Gänze größer ist als alles, was Rheinland-Pfalz an Gewerbe- und Industrieflächen bis dahin hatte. Wer sagt, das sei doch kein Sonderfaktor und das dürfe man sich doch nicht anrechnen lassen auf die wirtschaftliche und Haushaltssituation, wie sie ist, den darf man sicher darauf aufmerksam machen, dass das doch Dimensionen, Größenordnungen, sind, die gewaltig sind.

Sie alle wissen, dass diese Aufgabe geballt erst Mitte der 90er-Jahre begonnen hat. Wir haben angefangen mit ersten Maßnahmen 1992, damals mit 82 Millionen, die wir im Haushalt hatten. Zweibrücken war diese Vorläufergeschichte. Das hat sich dann auf Größenordnungen im Schnitt von über 200 Millionen – teilweise weit über 200 Millionen in Euro umgerechnet – pro Jahr gesteigert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir das auch miteinander weiterhin zur Kenntnis nehmen würden, weil es natürlich für dieses Land noch weiterhin eine Aufgabe ist und weil ich glaube, dass wir auch gegenüber all denjenigen, die beteiligt waren in unserem Land Rheinland-Pfalz, dieses Licht nicht unter den Scheffel stellen sollten.

Was ich bisher vermisst habe, ist – ich möchte es deshalb einfach noch einmal in Erinnerung rufen; vielleicht bleibt es dann bei diesem Vermisstenstand –, dass die Öffentlichkeitsarbeit dieser Landesregierung, die so schrecklich teuer ist, gegeißelt wird. Das kommt wahrscheinlich alles noch, deshalb möchte ich es ansprechen

dürfen. Auch dazu haben wir Ihnen ganz persönlich die Zahlen gegeben.

(Zuruf von der SPD: Das ist der Schneemanneffekt!)

– Ja, bei uns sind die Schneemänner aus Schnee. Aber wie auch immer, meine Damen und Herren, wir haben, was diese Aufgaben angeht, auf der Bundesebene die Flächenländer miteinander verglichen. Wir haben dort umgerechnet pro tausend Einwohner folgende Ausgaben für Öffentlichkeisarbeit:

Im Saarland 2.250 Euro – die Zahlen hinter dem Komma lasse ich jetzt einmal weg –, in Bayern 1.695 Euro, in Nordrhein-Westfalen 1.456 Euro, in Thüringen 1.949 Euro, in Sachsen 1.756 Euro, in Hessen 1.057 Euro, in Brandenburg 1.272 Euro, in Niedersachsen 934 Euro, und wir haben 1.297 Euro. Wir liegen also am unteren Ende dieser Skala.

Meine Damen und Herren, wir liegen mit 3,9 % deutlich unter dem Länderdurchschnitt. Also insoweit von solchen Behauptungen auszugehen, kann man sich einfach ersparen. Da ist nicht viel zu holen. Das muss man ganz einfach sagen.

Ich sage Ihnen aber auch offen – weil es bundesweit momentan in ist, über Berater zu reden, vielleicht ist es demnächst in, das haben andere auch schon leidvoll erfahren, über Werbemaßnahmen zu reden –, eine Landesregierung muss sich auch darstellen können. Wir haben auch eine Pflicht den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, das, was wir machen, zu präsentieren. Ich will nicht jede Broschüre, die gemacht wird, verteidigen. Das will ich ausdrücklich nicht, aber es ist oft auch nötig, Fachzusammenhänge in einer angemessenen Weise darzulegen, um die Menschen aufzuklären und zu informieren, was es an Angeboten gibt, weil wir immer nur etwas bewegen können, wenn wir Leute auf diesem Weg dabei haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will ausdrücklich für diesen Haushalt behaupten, dass eine Begründung für seine Ablehnung in mangelnder Sparbemühung oder in leichtfertiger Einstellung zum Umgang mit Geld und mit Steuermitteln nicht zu rechtfertigen ist. Wenn das so ist – ich glaube, es ist so –, dann darf man auch einmal fragen, wie die Ergebnisse dieser Politik sind

Der Kollege Mertes hat eine Gesamtschau, die Bertelsmann in Auftrag gegeben hatte, zitiert. Ich will einige Daten noch einmal in Ihre Erinnerung rufen. Da mag man wieder sagen, das sei schönfärberisch. Es ist nicht schönfärberisch, sondern schlicht und einfach die Realität. Ich behaupte nie und nimmer und habe das noch nie getan, das alles an Positivem sei nur auf dem Buckel der Landesregierung dann abzuladen. Da haben viele mitgewirkt. Wenn wir aber im Vergleich zu anderen eine teilweise deutlich günstigere Entwicklung nehmen, dann lasse ich mir auch nicht einreden, wir hätten alles falsch gemacht, und deshalb sei es zu dieser deutlich besseren Situation gekommen.

(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Bruttoinlandsprodukt:

2002: Rheinland-Pfalz 1 % Wachstum, bundesweit 0,2 % Wachstum.

Erstes Halbjahr 2003 Bruttoinlandsprodukt Rheinland-Pfalz plus 0,3 %, bundesweit minus 0,1 %.

Die Jahresabschlusszahlen wird es erst im Februar geben.

Exportquote:

2002: Rheinland-Pfalz 43,6 %, deutschlandweit 38 %. Im ersten Halbjahr 2003 ist die Exportquote auf 45,8 % gestiegen, bundesweit 38,2 %.

Auftragseingänge:

Rheinland-Pfalz plus 0,9 % im ersten Halbjahr 2003, bundesweit minus 0,9 %.

Lassen Sie mich auch zu den Standortbedingungen etwas sagen. Wir waren, was die Entwicklung des Wirtschaftswachstums angeht – ich habe es eben betont –, in einer guten Position. Ich denke, dass dies auch mit Standortfaktoren zu tun hat. Beispielsweise darf man einmal nennen, dass die Gewerbesteuer in Rheinland-Pfalz im Schnitt um 20 Punkte niedriger ist, als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 2002 -die Zahlen für das Jahr 2003 gibt es noch nicht – lag die Zahl der Gründungen von Unternehmen um 20 % höher als die Zahl der Betriebsaufgaben. Auch das ist eine Geschichte, die immer anders herum dargestellt wird. Natürlich treibt uns um - Herrn Kollegen Bauckhage und alle Mitglieder dieser Regierung und mich natürlich auch -, wenn es Betriebe gibt, die insolvent werden, oft nicht aus eigener Schuld, sondern weil die Marktbedingungen so sind oder jemand in Zahlungsverzug kommt und man dann das Unternehmen nicht mehr halten kann. Das ist überhaupt keine Frage. Aber es ist doch auch nicht so, dass wir nichts über die Investitions- und Strukturbank und über das Bürgschaftsgeschäft tun. Diese Zahlen zumindest sagen für mich nicht, dass wir in diesem Bereich säumig sind, sondern sie zeigen, dass es in diesem Land in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation der letzten Jahre immer noch eine positive Entwicklung und den Mut zur Gründung von Unternehmen gibt. Ich glaube, das ist das Wichtige, was man bei einer solchen Feststellung hervorheben muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verweise noch einmal auf die Arbeitsmarktdaten, die Herr Kollege Mertes angesprochen hat: 7,7 % – deutschlandweit 10,5 % – im Jahr 2003. – Was mir noch wichtiger ist in dieser nicht einfachen arbeitsmarktpolitischen Lage, ist, wie denn die Entwicklungen sind, wie denn die Linien sind. Wir haben in der Zeit von 2002 auf 2003 eine Steigerung –leider – der Arbeitslosigkeit von 0,5 % verzeichnet. Deutschlandweit sind es 0,7 %.

Wenn ich sehe, wer vor uns liegt, wer am Arbeitsmarkt günstiger ist: Baden-Württemberg hat eine Steigerung von 0,8 %, Bayern hat eine Steigerung von 0,9 %, und

das hinter uns liegende Hessen hat eine Steigerung von 1 %. Ich sage das nicht, um mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern um zu dokumentieren, dass es nicht nur punktuelle Ergebnisse sind, über die wir reden. Offensichtlich ist es eine nicht zuletzt auf die mittelständische Struktur unseres Landes gestützte Arbeitsmarktsituation, die erstaunlich stabil ist, obwohl wir in Teilen des Landes von der Bau-, Steine- und Erdenindustrie und vom Handwerk überdurchschnittlich geprägt sind. Das wollte ich noch hinzufügen.

Da wir vor Weihnachten über Ausbildungsplätze diskutiert haben, will ich an dieser Stelle, um das nicht zu wiederholen, sagen, dass ich sehr dankbar bin um die Bemühungen, die vom ovalen Tisch ausgehend von Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung geleistet werden.

Frau Kollegin Ahnen, ich will ausdrücklich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere in den berufsbildenden Schulen Dankeschön sagen. Das, was dort an Flexibilität geleistet wird, aufzunehmen, was am Ausbildungsmarkt derzeit nicht erfolgreich einen Platz findet, ist in der Tat eine herausragende Leistung im Unterschied zu dem, was häufig über den öffentlichen Dienst gesagt wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will es mit diesen Punkten bis auf einen bewenden lassen. Es gäbe neben der Bertelsmann-Studie noch eine Reihe von Studien, die die Entwicklung des Landes beleuchten. Aber ich konnte es mir nicht verkneifen, nach dieser – wie hat Herr Kollege Kuhn gesagt – "Depressionsrede" des Oppositionsführers noch eines herauszusuchen.

Die Zeitschrift "Capital", sicherlich nicht des "Ballonmützensozialismus" verdächtig, hat am 27. November 2003, also vor zwei Monaten, eine Untersuchung der Länder hinsichtlich der Steigerung des Wohlstands in den letzten Jahren, von 1991 bis 2003, vorgelegt. An der Spitze liegt Bremen. Nach Bremen folgt Rheinland-Pfalz mit einer Wohlstandssteigerung von 56 %, das damit vor allen anderen Flächenländern liegt.

Ich weiß, dass es trotz dieser Durchschnittszahl Menschen gibt, leider viel zu viele, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Deshalb wird es entscheidend darauf ankommen, dass wir unsere Politik so ausrichten, solche Entwicklungen dankend zur Kenntnis zu nehmen und an ihrer positiven weiteren Fortsetzung zu arbeiten, wir aber auch immer die Kraft behalten sollten zu wissen, dass es darunter Leute gibt, denen geholfen werden muss und die unterstützt werden müssen, die auf die soziale Verantwortung einer Gesellschaft angewiesen sind. Auch dafür wird diese Landesregierung stehen. Dafür werden wir kämpfen, und auch darum werden wir ringen. Dies ist in diesem Haushalt 2004 nicht zu kurz gekommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer deutlichen Betonung der politischen Schwerpunkte schließen, die in diesem Haushalt zum Ausdruck kommen und die in den kommenden Jahren unsere Arbeit mit prägen werden.

Ganz deutlich und eindeutig gilt für den Bereich der Inneren Sicherheit Priorität. Trotz dieser "Einzelgeschichten", die berichtet worden sind, möchte ich daran erinnern dürfen, dass im Vergleich von 1990 zu 2004, also diesen Haushalt, über den wir beraten, eingerechnet, die Mittel für die Innere Sicherheit von 310,9 Millionen Euro auf 511,5 Millionen Euro gesteigert worden sind. Es sage mir niemand, die Preissteigerung und die Steigerung der Gehälter und Löhne hätten 200 Millionen Euro ausgemacht.

Zweiter Bereich, Verkehr, Personalwesen herausgerechnet, also die echte Aufgabe: 1990 Aufwand in Rheinland-Pfalz 279,6 Millionen Euro, 2004 709.2 Millionen Euro.

Schwerpunkt Kindertagesstätten und Schulen:

Kindertagesstätten: 60,5 Millionen im Jahr 1990, 197,9 Millionen im Jahr 2004.

Schulen: 1,159 Milliarden Euro im Jahr 1990, 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2004.

Hochwasserschutz: 1990 9,4 Millionen Euro, 2004 29,1 Millionen Euro.

Hochschulen, ohne Hochschulbau; man könnte sagen, es sind ein paar teure Dinge enthalten: 661 Millionen Euro im Jahr 1990 und 867 Millionen Euro im Jahr 2004

Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass der Anteil für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen am Brutto-inlandsprodukt gesteigert werden muss. Darüber besteht auch in der Koalition Einvernehmen. Über die Zahlen und Fakten im Einzelnen wird man miteinander reden müssen. Das hängt auch vom Mut unserer Umgestaltungskraft in der Zukunft ab. Jedenfalls kurzfristig – da hat Herr Kollege Kuhn Recht – sind solche Dimensionen nicht umzusetzen, also beispielsweise im Haushalt für das Jahr 2004.

Das Stichwort "Konversion" habe ich angesprochen. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang will ich noch eine Bemerkung zum Thema "Solidität" auch vor dem Hintergrund des Schwerpunkts, uns auf die demographische Veränderung einzustellen, machen. Es ist doch nicht nur so – so ernst dies in der Republik insgesamt ist –, dass wir jeweils eine zu hohe Kreditaufnahme und einen zu hohen Schuldenstand insgesamt haben, auch wenn dies relativ betrachtet viel besser ist, als versucht worden ist, dies uns für Rheinland-Pfalz unterzuschieben.

(Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, aber wir haben auch etwas auf der hohen Kante, wenn ich das einmal so sagen darf. Ich will nicht nur den Pensionsfonds nennen. Aber das sind doch mit zwischenzeitlich rund 323 Millionen Euro zukunftsvorsorgende Mittel, über die

wir verfügen. Übrigens: Kein anderes Bundesland und auch nicht der Bund haben sich dieser Aufgabe unterzogen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, da kommen die Versorgungsrücklagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz, das seit einigen Jahren gilt, mit rund 66 Millionen Euro hinzu. Diese sind zu addieren, sodass wir zum jetzigen Zeitpunkt 2004 in der Nähe von 400 Millionen Euro Vorsorge in diesem Bereich liegen.

Gestatten Sie mir auch, dass ich über Vermögen rede, das wir im Sinn von Immobilien haben. Der LBB hat nach seinen Grundlagen ein Vermögen von 1,1105 Milliarden Euro. Der LSV hat ein Vermögen von 4,238 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, ich sage dies nicht im Willen, mich zurücklehnen und mit einer Neuverschuldung abgeben zu wollen, die wir – daran werden wir alle Kraft setzen –, soweit dies immer nur geht, zurückschreiben werden. Aber ich sage es, damit wir den Menschen auch nicht für die Zukunft vormachen, wir wären ein Land, das knapp am Bankrott steht oder wir wären in der Bundesrepublik in einer Situation, dass man im Grunde genommen sich nur vor dem Tode retten könnte, indem man Selbstmord begeht. So ist es weiß Gott nicht. Die Situation sieht anders aus. Ich rechne mich damit nicht glücklich und schön. Das, was ich sage, wird unsere Anstrengungen in keiner Weise vermindern. Aber es hat etwas mit der Realität zu tun.

Wenn in Deutschland solche Realitäten ab und zu einmal gesagt würden, dann müsste man nicht in Depressionen versinken, sondern daraus könnte die Kraft erwachsen, das Notwendige an Reformen zu tun und etwas hinzunehmen und nicht über alles und jede Entscheidung zu klagen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist doch so, Herr Kollege Billen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Das ist genau Ihre Argumentation. Man wird immer ein Loch in einer Landesstraße finden. Dann wird behauptet werden, es müsse mehr gespart und weniger ausgegeben werden, es müsse mehr für die Hochschulen und die Polizei ausgegeben werden, während vor Ort nur über das Loch in der Landesstraße geredet wird. Es ist ein gutes Recht jedes Einzelnen, solche Politik zu machen. Aber für verantwortlich halte ich das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Sie erkennen an dem, was wir Ihnen vorgelegt haben, dass wir Ihnen nicht in idealer Weise einen Haushaltsentwurf vorlegen können, der alle zufrieden stellt. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht möglich. Wahrscheinlich wird es nie möglich sein.

Unter diesen Umständen ist dies aber ein Haushalt, den man nicht nur verantworten kann, sondern zu dem man mit gutem Gewissen Ja sagen kann. Ich bedanke mich sehr dafür, dass die Koalitionsfraktionen das deutlich gemacht haben.

Ich bitte alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die direkt oder indirekt für das Land arbeiten, auch in den Kommunen, sich nicht kirre machen zu lassen. Deutschland ist Exportweltmeister geworden. Wir tun aber so, als müssten wir mit den Kirchenmäusen um die Armut konkurrieren. Wir können und wollen es schaffen. Dieser Haushalt leistet einen Beitrag dazu.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Kollege Bracht.

(Pörksen, SPD: Fünf Erbsen und fünf Erbsen!)

Abg. Bracht, CDU:

Meine Damen und Herren! In acht Minuten all das zu widerlegen, was der Herr Ministerpräsident nach unserer Auffassung alles an Falschem dargestellt hat, ist mir schlichtweg unmöglich. Daher will ich versuchen, mich auf einige Dinge zu konzentrieren. Weitere Dinge werden wir in den weiteren Beratungen der nächsten beiden Tage widerlegen.

(Hartloff, SPD: Das würde Ihnen in zwei Stunden nicht gelingen!)

Herr Ministerpräsident, Ihre Behauptung, bei den gemeinsamen Gesprächen hätten wir bei nahezu allen Punkten beieinander gelegen, ist falsch. Sie mag allenfalls bei Einzelpunkten zutreffen. Unser Eindruck war aber ein völlig anderer. Ein Beleg dafür ist, dass wir uns auf nichts haben verständigen können, was wir hätten gemeinsam unternehmen können. Der Grundunterschied zwischen Ihnen und uns bestand und besteht darin, dass Sie gesagt haben, es gebe keine Einsparmöglichkeiten mehr, während wir der Meinung waren und sind, dass es in diesem Haushalt nach wie vor erhebliche Einsparmöglichkeiten gibt. Außerdem haben wir eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Das ist der entscheidende Unterschied, der bis heute geblieben ist.

(Frau Schmitt, SPD: Luftnummer!)

Betreffend der Einstufung und Bewertung des Verstetgungsdarlehens als Investition sind wir weit auseinander. Sie rechnen dies als Investition, obwohl dies keine ist. Wir halten das für falsch. Es ist in Ordnung, wenn Sie sich auf das Haushaltsgrundsätzegesetz beziehen. In Wahrheit ist es aber keine Investition.

Keine Kommune ist heute noch in der Lage, die Investitionsschlüsselzuweisungen für Investitionen zu verwenden, die das Land ausdrücklich für Investitionen vorgesehen hat. Noch viel weniger sind die Kommunen in der Lage, die Schlüsselzuweisungen für Investitionen zu

verwenden. Deshalb ist das in der Realität falsch. Rechtlich mögen Sie Recht haben, aber in der Realität ist das völlig daneben.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, an einer Stelle haben Sie sich verraten, indem Sie gesagt haben, dass aus Ihrer Sicht nichts mehr zu sparen sei und Sie sich rechtlich und politisch gebunden hätten. Davon wollten Sie nicht abweichen. Das ist ein Problem. Sie haben sich politisch an vielen Stellen so sehr gebunden, dass Sie nicht glauben, davon wegkommen zu können. An diesem Problem müssen Sie ansetzen. Rechtliche Probleme kann man durch Änderung des Rechts angehen. Im politischen Bereich ist es noch viel leichter, dies zu tun. Aber selbst dies tun Sie nicht. Dazu sind Sie nicht bereit.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben von einem Einsparvolumen in Höhe von 368 Millionen Euro gesprochen. Damit täuschen Sie die Öffentlichkeit darüber hinweg, dass Sie mit diesem Haushalt keinen einzigen Euro neu einsparen. Das ist alles im vergangenen Jahr geschehen. Das war Bestandteil des Nachtragshaushalts im Jahr 2003. In diesem Haushalt ist aber nichts Neues dabei. Das ist falsch. Sie sollten die Bürgerschaft nicht derart täuschen, dass Sie mit diesem Haushalt neue Sparbemühungen angestrengt hätten. Das ist bereits alles im vergangenen Jahr geschehen. Selbst das ist noch nicht einmal korrekt; denn 368 Millionen Euro sind auch nicht im vergangenen Jahr eingespart worden. Davon muss man noch abziehen, dass Sie Eigenkapital aus den Gesellschaften herausgezogen haben. Außerdem müssen die Rücklagen, die Sie in Anspruch genommen haben, abgezogen werden. All das haben Sie in Anspruch genommen und mitgerechnet. Deshalb ist Ihre Aussage meines Erachtens in diesem Punkt doppelt unrichtia.

Sie haben vorhin Zahlen zur Nettokreditaufnahme des vergangenen Jahres vorgetragen und behauptet, dass die Zahlen der CDU falsch seien, die wir gestern und heute kommuniziert haben, nämlich dass die Neuverschuldung im vergangenen Jahr um rund 2 Millionen Euro gestiegen ist.

Lieber Herr Ministerpräsident, die Zahlen, die wir verwendet haben, stammen aus den Unterlagen Ihrer Landesregierung und von niemand anders. Sie sind nicht von uns erdacht worden. Ich kann Ihnen die Quellen genau benennen: Schuldenstand im Jahr 2002: Ist: 20,858 Milliarden Euro; Quelle: Finanzplan 2003 bis 2007, Seite 37 sowie Vorlage 14/2625. Diese Unterlagen haben Sie dem Landtag zur Verfügung gestellt.

(Ministerpräsident Beck: Haushalt muss man lesen können!)

Schuldenstand im Jahr 2003: Ist: 22,735 Milliarden Euro; Quelle: Vorlage der Landesregierung an den Landtag – Drucksache 14/2887 –. Die Differenz ist zugleich die Neuverschuldung des Kernhaushalts im Jahr 2003: 1,877 Milliarden Euro. Hinzuzurechnen sind die Werte für die Landesbetriebe. Dazu liegen uns keine abschlie-

ßenden Zahlen vor. Dazu liegen uns nur Zahlen über die Kreditermächtigung aus dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 vor. Diese Zahlen haben wir hinzugerechnet. Das kann ein bisschen variieren. Wir gehen aber davon aus, dass die Landesbetriebe die Kreditermächtigungen weitgehend in Anspruch genommen haben. Das waren beim LBB 24 Millionen Euro und beim LSV 164 Millionen Euro. Das ergibt in der Summe 188 Millionen Euro und eine Gesamtneuverschuldung im Jahr 2003 von 2,065 Milliarden Euro.

Herr Ministerpräsident, das alles sind Zahlen, die sich aus den Zahlen errechnen, die Sie dem Landtag zur Verfügung gestellt haben.

(Ministerpräsident Beck: Sie lesen Sie falsch! Herr Mittler wird es Ihnen gleich erklären!)

– Wenn Sie sagen, das sei falsch, dann müssen Sie das zugeben. Dann haben Sie uns etwas Falsches zur Verfügung gestellt. Entweder ist das falsch, was Sie uns zur Verfügung gestellt haben, oder das, was Sie heute gesagt haben. Nur eines kann davon richtig sein.

(Beifall der CDU)

Ich halte es im Übrigen für einen sehr unfairen Stil, dass Sie uns diese Zahlen an die Hand geben und uns heute in der abschließenden Debatte mit völlig anderen Zahlen konfrontieren. Das ist kein fairer Stil im Umgang miteinander. Sie hätten fairerweise zumindest vorher darauf hinweisen können, dass es andere Zahlen gibt.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie den Pensionsfonds als Kapital des Landes darstellen und sich damit brüsten, dann sagen Sie doch fairerweise auch, dass das ein Stock ist, bei dem Sie buchungstechnisch Kapital angesammelt haben, dieses Geld aber wieder im Landeshaushalt verwenden. Sie haben sich das Geld selbst zurückgeliehen. Sie aber brüsten sich damit, dass Sie diesen Pensionsfonds haben. Wenn Sie ihn nicht hätten, müssten Sie Kapital am Kapitalmarkt aufnehmen. Deshalb ist es so nicht in Ordnung, wie Sie es dargestellt haben.

Herr Kollege Mertes hat sich zu Steuerfragen geäußert. Ich habe schon andere anständigere Reden von ihm gehört als die, die er heute gehalten hat. Wenn er sich schon zu Steuerfragen äußert, dann sollte er dies wenigstens korrekt tun, aber nicht die Bürgerschaft täuschen.

Herr Kollege Mertes hat unredlich argumentiert, weil er nur die negativen Dinge dieser Steuerreform genannt hat und die positiven Aspekte völlig außen vor gelassen hat. Er hat nichts zu den Freibeträgen von 8.000 Euro pro Einwohner gesagt, die in dem Steuerkonzept der CDU enthalten sind. Bei einer vierköpfigen Familie, von der einer arbeitet, ergibt sich daraus, dass 33.000 Euro steuerfrei bleiben. Es bleiben 33.000 Euro steuerfrei! Diese Menschen interessiert überhaupt nicht das, was Herr Kollege Mertes zuvor angesprochen hat, was auf der anderen Seite als Belastung hinzukommt. Das interessiert sie überhaupt nicht, weil die Entlastung um ein

Vielfaches höher ist. Deshalb ist das, was er gesagt hat, unkorrekt und unredlich.

(Jullien, CDU: Weil er einen Sachverstand wie ein Bierdeckel hat! – Unruhe bei der SPD)

Entscheidender Unterschied ist, dass wir eine radikale Steuerreform und eine Nettoentlastung wollen. Wir wollen eine Rückführung des Staates. Wir wollen deshalb sparen. Sie wollen das nicht. Das ist auch unser aller Problem bei diesem Haushalt.

(Glocke der Präsidentin)

– Meine Redezeit ist leider schon zu Ende. Frau Präsidentin, darf ich noch einen Schlussaspekt ansprechen, der heute so schön passt? Ich will das ganz kurz machen und habe deshalb ein Sparschwein mitgebracht.

(Abg. Bracht hält ein Sparschwein hoch)

Der VdK hat den Abgeordneten gestern dieses Sparschwein in die Fächer legen lassen. Dafür sollten wir uns meiner Meinung nach bedanken. Ich verstehe die Überreichung dieses Sparschweins vor den Haushaltsberatungen als Ermunterung, zu einem vernünftigen Sparen zu kommen, nämlich zu einem Sparen zu kommen, das die Einnahmen und die Ausgaben in einen Gleichklang bringt, und bei dem das Sparen so nachhaltig ist, dass nicht unsere Kinder für unsere heutigen Verschwendungen aufkommen müssen. Leider ist dieses Land aus unserer Sicht davon weit entfernt.

Ich will meine Rede mit einer Frage an die Regierung und die Regierungsfraktionen beenden. Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren der Regierung und der Regierungsfraktionen, kennen Sie den Unterschied zwischen diesem neuen Sparschwein und der Regierung und Ihnen? – Den kennen Sie natürlich nicht. Den können Sie auch nicht kennen. Ich kann Ihnen aber diesen Unterschied sagen. In diesem neuen Sparschwein ist die Luft noch drin; bei Ihnen ist sie längst raus. Das werden wir in den nächsten Tagen hier auch nachweisen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU – Unruhe bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ramsauer das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Lieber Herr Kollege Bracht, ich habe Sie auch schon mit intelligenteren Gags erlebt. Das, was zur Luft zu sagen ist, ist heute Morgen schon gesagt worden. Ich will das aber noch einmal wiederholen: Zu dieser Kampagne fällt einem wirklich nur ein: Nix Fußball, nix Schneemann, nur heiße Luft. – Das haben wir auch heute den ganzen Tag gehört.

Meine Damen und Herren, wenn ich in diesem Saal auf meinem Platz gegenüber der Fensterreihe sitze, bin ich bei bestimmten Reden versucht, zum Fenster hinauszuschauen. Wenn ich durch diese Fenster hinausschaue, sehe ich ein gelobtes Land. Hessen! Das hat unter anderem drei Unterschiede zu uns: Erstens hat es mehr Einnahmen, zweitens wird es von der CDU regiert, und drittens hat es keinen verfassungsgemäßen Haushalt.

Meine Damen und Herren, weshalb sage ich das mit den Fenstern? Weil ich heute Morgen mindestens eine dieser Fensterreden gehört habe, nämlich die des Herrn Kollegen Böhr. Herr Böhr stellt sich an dieses Pult und redet vom Aufgalopp in die Verschuldung, verlangt dann aber massiv mehr Polizei, mehr Lehrer, mehr Geld für die Universitäten und mehr Geld für die Kommunen. Er fordert das, obwohl er ganz genau weiß, wie stark dieser Landeshaushalt von den Personalkosten abhängig ist. Er weiß ganz genau, dass sich Einsparungen in der Tat immer auf die Personalkosten massiv auswirken müssen. Da ist es nur ein populistisches Alibi, wenn gleichzeitig in der Verwaltung 250 Stellen eingespart werden sollen. Wir haben heute schon gehört, wie unmöglich das ist. Meine Damen und Herren, das ist purer Populismus; das hat nichts mit einer klugen Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, der kluge Haushälter tritt nicht nur auf die Bremse, sondern er erkennt, in welchen Bereichen er Impulse setzen muss und wo er einschneiden kann. Der kluge Haushälter weiß, dass der Staat auch in der Zukunft seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum und zu einer gerechten Gesellschaft leisten muss.

Es gibt einige zentrale Fragen, die uns, die Koalitionsfraktionen bewegen. Wie können wir die Qualität der Bildung und der Wissenschaft in unserem Land unter den obwaltenden Finanzbedingungen verbessern? Wie und welche Infrastruktur können wir verbessern, und welche Infrastruktur benötigen wir unter veränderten Rahmenbedingungen? Welche Auswirkungen hat die Erweiterung der Europäischen Union? Wie stark wird sich der demographische Wandel auch auf unsere Kassen auswirken? Wie sieht eine gute Mischung von Freiheit und sozialer Sicherheit aus; denn Freiheit kann den wirtschaftlichen Bereich auch schnell so gestalten, dass es ausschließlich eine Freiheit der wirtschaftlich Starken wird. Welche Folgen - heute ist schon über das Hochwasser geredet worden – wird der Klimawandel für uns haben? Wie müssen wir uns anpassen? Welche Maßnahmen sollten wir unbedingt treffen, um diese Probleme abzufedern?

Die Antwort auf jede dieser Fragen wird mit Sicherheit nicht darin bestehen können, dass sich der Staat aus allen Feldern zurückzieht, privatisiert und einige wenige Rahmenbedingungen für sich behält. Der Staat wird in den Gesellschaften Europas auch weiter ein Akteur sein, der mitgestalten muss. Es geht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Zeit um Sparen und Gestalten in schwieriger Zeit. Wir wollen dort sparen, wo das nötig ist, aber dort gestalten, wo das erforderlich ist.

(Beifall der SPD)

Wer jetzt um des kurzfristigen Erfolgs willen an der falschen Stelle zu radikal einschneidet, radikal streicht und Einrichtungen gefährdet, greift zu kurz. Die rheinlandpfälzische CDU hat sich in der Diskussion in den letzten Wochen und Monate auch auf die angeblichen Sparerfolge der CDU in Hessen, Bayern und Niedersachsen bezogen. Können diese Länder wirklich Vorbild für uns sein? Für uns sind diese Beispiele abschreckend. Wer Universitäten finanziell enthauptet, die Forschungsförderung drastisch abbaut, die Förderung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern im Sport abschaffen will, Frauenhäuser und Frauennotrufe schließen lässt oder Schuldnerberatungen abschafft, der setzt die falschen Signale.

(Beifall der SPD und bei der FDP – Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Lassen Sie mich das konkretisieren. Wir müssen trotz aller Bemühungen um Ausgabenverzicht die soziale Infrastruktur erhalten.

(Zuruf des Abg. Bracht)

Beruhigen Sie sich. Zahlen haben wir genug, aber die richtigen.

Die Dienstleistungen in diesem Bereich sind nur durch eine Unterstützung von Ehrenamtlichen möglich, die eine professionelle Begleitung durch hauptamtliche Kräfte einschließt. Nur so können die Qualität und das Engagement gesichert werden. Freiwillige und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind ein ungeheurer Reichtum unserer Gesellschaft. Anders als in CDUregierten Ländern wollen wir dieses Netz der Menschlichkeit nicht zerstören, sondern fördern. In diesem Zusammenhang ist auch unser Vorschlag zur Versicherung der Ehrenamtlichen zu sehen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Auch unsere Universitäten müssen sparen. Das ist wohl wahr. Das war noch nie einfach. Wir haben aber ekannt, dass trotz der schwierigen Finanzlage hier Handlungsbedarf besteht. Konkret unterstützen wir die Lehrer an unseren Hochschulen durch unsere Anträge auf zusätzliche Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro zunächst in diesem Haushalt.

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das, was in Hessen, Niedersachsen und Bayern geschieht, ist ein Kahlschlag im Hochschulbereich. Der Protest der Studierenden spricht Bände. Alle konservativen Reden zur Hochschulpolitik werden angesichts dieser Einschnitte zu Lippenbekenntnissen.

(Schweitzer, SPD: Deshalb können die Bayern auch kein Deutsch!)

Die Haushalts- und Finanzpolitik der CDU ist widersprüchlich. Wochenlang haben Sie den Eindruck erweckt, als wären weitere drastische Steuerentlastungen möglich, wenn man sie nur wolle. Es müsse halt gespart werden. Natürlich wolle man Subventionen reduzieren und Personal abbauen. Lassen wir uns das noch einmal auf der Zunge zergehen, und betrachten wir das genauer.

Die CDU will angeblich Subventionen abbauen, dies natürlich radikal. Wie soll das bei einer solchen Partei anders sein? Wir sprechen von der gleichen CDU, von der gleichen Partei, die sich bisher gegen alle Einschnitte in diesem Bereich gewehrt hat, dies zum Teil mit uns zusammen bei der Eigenheimzulage oder bei der Pendlerpauschale. Wenn man sich aber die Zahlen betrachtet und einmal nachschaut, wo die großen Brocken der Subventionen stehen, ist die Situation so. Zum Vergleich: Die Steuerbefreiung der Zuschläge zur Nachtarbeit macht 2004 voraussichtlich 2 Milliarden Euro aus. Die Eigenheimzulage schlägt mit etwa 11 Milliarden zu Buche. Allein die Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur" bindet 545 Millionen Euro.

Auf die Vielzahl von weiteren Finanzhilfen für die Landwirtschaft will ich überhaupt nicht eingehen. Welche Finanzhilfen sollen es denn sein, die Sie kürzen wollen? Das Schauspiel haben wir heute wiederholt erlebt. Herr Böhr und auch Herr Bracht scheuen sich wie immer, konkrete Vorschläge zu machen.

Ein besonderer Freund von Herrn Böhr macht es konkreter. Ich habe ihn schon ein paarmal angesprochen. Ich habe nie eine Antwort gehört. Es handelt sich um den Koblenzer Bundestagsabgeordneten, Herrn Fuchs. Er will die Privatschulen, die Kindertagesstätten und die Kultur anständig rasieren und richtig einschneiden. Ich habe noch nie eine Reaktion der Landes-CDU gehört. Anscheinend wird das je nach Publikum unterschiedlich verkündet.

(Zuruf von der SPD: Die nehmen sich gegenseitig nicht ernst!)

Meine Damen und Herren, so weit zu den schlüssigen Konzepten der CDU.

Den ersten Hauptsatz der Steuer- und Haushaltspolitik der CDU muss man wohl wie folgt zusammenfassen: Verlange von den andern, bei Subventionen zu kürzen, verhindere aber die Kürzung, wenn es konkret wird.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU will oder wollte bis vor wenigen Tagen die Steuern noch weiter senken. Keine Rolle spielte bei diesen Vorschlägen, dass der Gesamtstaat in Deutschland einschließlich der CDU-regierten Länder seit dem Versprechen der blühenden Landschaften mit einer Zahl, die man sich kaum vorstellen kann, nämlich mit 1,3 Billionen Euro in der Kreide steht.

Selbstverständlich sagen wir: Vor allem darum müssen schnell die Stabilitätskriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten werden. Vor allem darum müssen wir uns alle bemühen, alle öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Natürlich brauchen wir dazu wirtschaftliche Impulse, die durch Steuersenkungen ausgelöst werden können. Zentral für unsere Volkswirtschaft ist aber auch ein besseres Bildungssystem, qualitativ hochwertige Forschung und Entwicklung und mehr

ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für uns ere Kinder, damit sich die Quote der erwerbstätigen Frauen erhöht und die demographische Entwicklung stabilisiert werden kann.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wir brauchen eine gute Verkehrsinfrastruktur und die Einsicht, dass es eine Belastungsgrenze der öffentlichen Haushalte gibt, die wir im Begriff sind, erreicht zu haben. Mehr Entlastung können wir uns aktuell aber nicht leisten. Ihre Vorstellungen sind irreal. Das wissen Sie auch.

Fassen wir noch einmal zusammen, was wir in den letzten Wochen über die CDU gelernt haben. Der zweite Hauptsatz der Steuer- und Haushaltspolitik der CDU lautet: Behaupte, du seist der Retter des Stabilitätspakts, mache aber Vorschläge, die genau das Gegenteil bewirken, wie wir es heute wieder erlebt haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Welche Auswirkungen hätten die CDU-Vorschläge auf unser Land? Lassen Sie uns die finanziellen Folgen kurz nachrechnen. Herr Mertes hat es heute Morgen vorgerechnet. Ich denke, die Rechnung ist so wichtig, dass man sie auch wiederholen darf, damit sie in den Köpfen bleibt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Herr Merz hat einen Vorschlag gemacht, der nach Ihren Berechnungen 24 Milliarden Euro kosten soll. Genau können wir es gar nicht berechnen, weil Herr Merz oft gar nicht konkret ist. Bleiben wir bei den 24 Milliarden. Es bleiben 12 Milliarden auf der Länderebene, 5 % für Rheinland-Pfalz. Das macht 600 Millionen, die wir zu all unseren Anstrengungen noch einsparen müssten.

Meine Damen und Herren, niemand hat eine Idee, bei der CDU schon gar nicht, wie jetzt so etwas noch geschehen könnte, nachdem der Haushalt schon so eng geschnürt ist. Ich kann Ihnen sagen, in welcher Größenordnung das wäre. Man könnte zum Beispiel alle Universitäten und Fachhochschulen schließen. Dann hätte man diese 600 Millionen Euro immer noch nicht. Dann wären es nur 528 Millionen Euro. Wenn man alle Ausgaben für Ordnung und Polizei streichen würde, hätten wir ungefähr diesen Betrag.

Meine Damen und Herren wir müssen wissen, in welchen Dimensionen wir reden und wie unverantwortlich es ist, durch die Lande zu ziehen und davon zu sprechen, dass wir zu den beschlossenen Steuersenkungen noch weitere große Steuersenkungsprogramme brauchen. Wir könnten sie für die Menschen nicht mehr finanzieren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, der dritte Hauptsatz der CDU-Steuer- und -Haushaltspolitik: Mache Steuervorschläge und wisse, dass sie völlig unfinanzierbar sind und werfe der Regierung dann vor, dass sie nicht darauf eingeht. – Das Problem Ihrer haushalts- und finanzpoliti-

schen Vorstellungen ist, dass sie völlig unlogisch und verworren sind. Deshalb sind wir froh, dass die CDU nicht regiert.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nähern wir uns den angeblich konkreten Vorschlägen der CDU zum Haushalt 2004. Konturlos ist dafür ein schwaches Wort, wenn wir über das Profil der Anträge sprechen. Erneut hören wir uns an, wie außergewöhnlich hoch der Schuldenstand ist, wie extrem die Neuverschuldung und wie gering die Ausgabendisziplin sei. Unabhängig davon, dass diese Zustandsbeschreibung falsch ist, bleibt die Frage, was die CDU anders machen würde.

Ihre Anträge, nicht die Fensterreden des heutigen Vormittags, betreffen rund 1 % des Ausgabenvolumens des Haushalts. Selbst bei diesen Vorschlägen vermeiden Sie eines besonders intensiv, nämlich eine klare sachliche Festlegung. Angeblich wollen Sie die Verwaltung modernisieren. Ein Konzept fehlt bisher vollständig. Nun müssen wieder die Beschäftigten der Ministerien und der Staatskanzlei herhalten, um davon abzulenken; denn sonst fällt Ihnen nichts ein, als ausgerechnet dort 250 Stellen einzusparen, von denen wir wissen und heute mehrfach gehört haben, dass das nicht geht. Ist das etwa die durchgreifende Verwaltungsreform, die Sie mehrfach angekündigt haben?

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wie stehen Sie mittlerweile eigentlich zur Modernisierung der allgemeinen Landesverwaltung, nachdem auch Niedersachsen die Abschaffung der Bezirksregierungen plant?

(Keller, CDU: Diese machen es aber richtig!)

– Warten Sie einmal ab. Unsere Reform ist richtiger, als viele behaupten. Reden Sie einmal mit den Betroffenen, dann werden Sie anderes hören, als Sie am Anfang gehört haben!

(Keller, CDU: Eben nicht!)

Meine Damen und Herren, die CDU will beim Wohnungsbau sparen und vergisst – das hat Herr Bracht stolz verkünden wollen –, dass von uns im Jahr 2003 schon deutlich eingeschnitten worden ist. Zur Abwicklung der alten Programme werden ebenso Barmittel benötigt, wie wir für deutlich reduzierte neue Programme noch etwas brauchen. Eine einfache Rückfrage im Fachausschuss hätte Ihnen diese Information geben können.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Bei den Mitteln für die Wirtschaftsförderung und die Landwirtschaft soll nach Ihrem Willen allgemein gespart werden. Sie verraten uns nichts. Hier hilft auch Ihr Gegröle nicht weiter. Ich höre Ihnen einmal zu. Vielleicht verraten Sie es doch. Sie verraten uns nämlich überhaupt nicht, wo dies konkret geschehen soll. Was bisher vorliegt, nämlich Vorschläge auf pauschale Kürzungen,

ist ein wenig einfach gestrickt. Nach dem, was man heute hört, muss man sagen, dass überhaupt nichts gestrickt ist.

Meine Damen und Herren, viel interessanter als die gestellten Anträge sind die Anträge, die Sie nicht gestellt haben. Herr Baldauf, ein junger aufstrebender Politiker, der justizpolitischer Sprecher der Union ist, hat im letzten Jahr nicht nur einmal, sondern mehrfach erklärt, wie viele zusätzliche Richter benötigt werden und wie schlimm die Situation sei. Er hat mehrfach Gerichte besucht und dort verkündet, dass die CDU hier etwas tun wird. Es liegt aber kein Antrag vor. Vielleicht ist er mir durchgegangen. Ich habe keinen Antrag gesehen, was die Ausstattung der Justiz angeht.

So weit einige Einzelheiten. Sie lassen uns weiter rätseln, wo Sie Ihre Prioritäten setzen würden. Wir müssen weiter im Nebel stochern, wenn wir Ihre wahren Absichten erkennen wollen. Das ist für Sie sehr bequem; denn so kann man im Alltag ständig neue Forderungen in allen Politikfeldern und überall im Land aufstellen und gleichzeitig die haushaltspolitische Kassandra spielen.

Meine Damen und Herren, so langsam ist es abgewirtschaftet und abgeschmackt. So langsam merken die Leute, dass man nicht immer jedem vorwerfen kann, er würde nicht sparen und gleichzeitig ungedeckte Schecks im Land verteilen will. Ihr Verhalten wirft gleichzeitig ein interessantes Licht auf Ihre Binnenstruktur. Tennisspieler, Bezirksvorsitzende, Landwirtschaftspolitiker, Innenpolitikerinnen und Haushälter – das sieht man in allen Anträgen – konnten sich wieder einmal nicht einigen. Sie haben keine inhaltliche Blaupause und keinen Grundriss für Ihre Politik.

(Ministerpräsident Beck: Schneemänner nicht vergessen!)

Jeder Architekt hätte schon lange aufgegeben, mit Ihnen ein Haus zu planen. Sie kennen nicht einmal die Anzahl der Zimmer, die Sie errichten wollen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Zerstritten, inhaltlich blank und mit einem wenig durchsetzungsfähigen Vorsitzenden vergisst die größte Oppositionspartei in Rheinland-Pfalz, was ihre eigentliche Aufgabe ist, nämlich eine Alternative zu sein. Wenn Herr Keller hier herumflegelt, kann man sich vorstellen, wie eine solche Alternative wäre.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dieser Haushalt 2004 wächst gegenüber den Ansätzen des Vorjahres um 0,8 %. Meine Damen und Herren, kein Datum macht deutlicher, wenn man weiß, wie die zwangsläufig erfolgten Steigerungen im Personalbereich sind, wie intensiv die Ausgabendisziplin eingehalten werden soll, wie intensiv diese Koalition auch darauf achten will, dass Ausgabendisziplin gehalten wird und weiter fortgesetzt wird.

Die Nettokreditaufnahme konnte während der Haushaltsberatungen auf unter 1 Milliarde im Kernhaushalt gedrückt werden. Ursache dafür sind natürlich die ver-

änderten Einnahmenerwartungen, die das Ergebnis der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss widerspiegeln. Aber auch das wollen wir betont wissen und mit einem ausdrücklichen Dank an den Finanzminister und seinen Staatssekretär verbinden. Kein Land war so weitsichtig und hat in dem Entwurf bereits berücksichtigt, dass es Veränderungen geben wird. Wäre das nicht berücksichtigt gewesen, hätten wir uns sehr viel schwerer getan. Deshalb herzlichen Dank für diese gute Voraussetzung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, erneut macht sich dies positiv bemerkbar. Während andere zurückrudern müssen, können wir mit den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss ausgesprochen zufrieden sein. Herr Böhr und Frau Thomas haben sich verkalkuliert.

(Dr. Schmitz, FDP: So ist es!)

Anders als von Ihnen erhofft, sind die bereinigten Investitionsausgaben jetzt höher als die Nettokreditaufnahme. Die Nettokreditaufnahme wurde um rund 150 Millionen Euro verringert. Nicht zu Unrecht fällt es Ihnen jetzt schwer, Ihren Kurs deutlich zu machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Erneut fabulieren Sie in Ihrem komischen Schneemanngebäude von einem Verfassungsbruch. Davon kann keine Rede sein, meine Damen und Herren. Im Übrigen hätte auch keine Rede davon sein können, wenn die Verhältnisse in Berlin anders geklärt worden wären.

Wir wollen uns aber nichts vormachen: Auf der Einnahmenseite bestehen erhebliche Probleme. Auch in einigen Ausgabenbereichen spüren wir die Last der Æbeitslosigkeit und das geringe Wachstum. Das magische Viereck ist an zwei Stellen aus den Fugen. Sowohl die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit als auch das geringe wirtschaftliche Wachstum sprechen eindeutig weiter für eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wenn es uns nicht gelingt, den Rückenwind, der aus den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses gekommen ist, tatsächlich umzusetzen.

Wir betonen dies auch in dem vorliegenden Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Gerade deshalb, weil das so ist, sind wir mit den Beschlüssen der Agenda 2010, mit den begonnenen Strukturreformen für den heutigen Tag zufrieden und sehen, wie wichtig diese Reformen für unser Land sind.

Wir halten weiter an dem Garantiebetrag für die Kommunen im Finanzausgleich fest. Auch das wollen wir unterstreichen; denn dieses Instrument – dann kann Herr Bracht lange versuchen, das kleinzureden – ist bundesweit einmalig und vorbildlich. Die Kämmerer wissen, womit sie kalkulieren können, und die Kämmerer wissen, dass das ein Weg ist, der uns nicht leicht gefallen ist, weil er schwer zu finanzieren ist und wir es dennoch getan haben, weil wir wissen und anerkennen,

dass die Gemeinden in schwieriger Zeit in schwierigen finanziellen Situationen sind.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wir stabilisieren aber über den kommunalen Finanzausgleich einen wichtigen Teil der Einnahmen der Kommunen, damit sie ihre Investitionskraft tatsächlich auch entfalten können.

Meine Damen und Herren, die Opposition spielt erneut mit einem gefährlichen Vorurteil. Angeblich wird in Rheinland-Pfalz nicht ausreichend gespart, und die CDU setzt Vergesslichkeit der Öffentlichkeit voraus. Haben Sie eigentlich vergessen, was wir uns in den Jahren 2002 und 2003 von Ihnen anhören mussten? Haben Sie vergessen, wie die Regierungskoalition im November 2002 ein mittelfristiges Sparkonzept aus einem Guss vorgelegt hat? Haben Sie vergessen, dass wir auf der Basis eines Benchmarks, eines Ländervergleichs, Kürzungen beschlossen haben, die uns nicht leicht gefallen sind, für die wir auch öffentlich Prügel bezogen haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und nie vorgelegt!)

Die CDU ist draußen herumgereist und hat ihre Klientel bedient, indem sie beklagt hat, was gekürzt werden musste, was wir gekürzt haben, was Sie uns heute als nicht ausreichend vorhalten, nämlich Kürzungen beim Sport, bei der Investitionsförderung für Krankenhäuser, durch die Forststrukturreform, durch die Umgestaltung des Landesblindengeldes, durch die Kostenbeteiligung bei der Beihilfe, geringere Leistungen bei der Erziehungshilfe oder Kürzungen bei den Mitteln für die Kultur. Nichts war den Herren Böhr und Jullien recht. Sie haben es sich wieder einmal einfach gemacht, kein konstruktiver Vorschlag damals. Heute wollen Sie uns erzählen, wir hätten nicht gespart.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Rund 350 Millionen Euro wurden durch diese Maßnahmen mittel- und langfristig eingespart und die Budgets entsprechend den damaligen Planungen in diesem Haushalt fortgeschrieben, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Hinzu kommen die zusätzlichen Einsparungen durch die Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgelds, was uns wahrlich nicht leicht gefallen ist und was sicherlich für uns kein besonderes Imageprogramm war. Das wussten wir von Anfang an. Aber was notwendig ist, musste getan werden. Wenn wir hinüberschauen in eines der gelobten Länder, dann wissen wir, was man anders auch noch machen kann, wie man Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes noch stärker belasten kann.

Meine Damen und Herren, aber das sind brutto immerhin 103 Millionen Euro. Anders als in Hessen und Baden-Württemberg wird bei uns nicht mit Pseudoeinsparungen gearbeitet, sondern wir haben uns frühzeitig auf ein umfassendes Konzept eingelassen. Bei uns regiert nicht der Rasenmäher, sondern wir setzen politische Prioritäten, auch wenn wir uns dafür mit vielen Interessengruppen anlegen müssen.

Rheinland-Pfalz ist auf vielen Gebieten Vorbild für die Modernisierung der Verwaltung. Das jüngste Beispiel ist die Diskussion um eine Vorsorge für die Alterssicherung der Beamtinnen und Beamten. Herr Bracht, wenn ich noch acht Minuten gehabt hätte, dann hätte ich die Zeit nicht an dieses Argument für den Pensionsfonds verschwendet.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir sind wirklich stolz, dass wir ihn haben. Wir sind froh, dass wir ihn haben. Die Beamten des Landes können daran sehen, dass wir verantwortlich mit ihrer Zukunft umgehen. Wir sind froh, dass dieses Modell nun auch vom Bund übernommen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vorbildcharakter hat auch die Neuorganisation der allgemeinen Landesverwaltung. Wenn Herr Keller davon ausgeht, dass das in Niedersachsen besser gemacht wird, dann wollen wir das einmal abwarten. Jedenfalls hat sich die CDU in Niedersachsen an unserem Modell orientiert und klar gesagt, wie sie vorgehen will. Dazu haben wir auch ein schönes Zitat einer Kollegin, einer Frau Mechthild Ross-Luttmann, Landtagsabgeordnete aus Niedersachsen. Sie sagt: Ob es um Naturschutz oder um Heimaufsicht geht, vieles wird doppelt und dreifach erledigt. Daher gehe es den dortigen Koalitionsfraktionen bei der Verwaltungsreform darum, Doppelarbeiten zu vermeiden und die Aufbaustrukturen insgesamt übersichtlicher und wirtschaftlicher zu gestalten. Das ist bei der ADD, bei der SGD bei uns ganz genauso geschehen. Deswegen wollen wir einmal sehen, wie die Zukunft ist.

Die Gründung von LBB, LSV und LOA und in Kürze die Zusammenlegung des Landesamts für Wasserwirtschaft und des Landesamts für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht zu einer Fachbehörde sind zukunftsweisende Schritte auf dem Weg einer guten Verwaltungsreform.

Meine Damen und Herren, oft – ich habe es eben schon einmal gesagt – bilden unsere Konzepte die Vorlage für andere. An einigen Stellen werden wir bewusst das, was andere machen, nicht machen. Zum Beispiel werden wir den Weg der CSU nicht mitgehen, die die Forstverwaltung in eine GmbH überführen möchte. Ich könnte mir vorstellen, dass der Kollege Licht von der Union sicher auch seine Probleme hätte, wenn der Wald dann in der Hand einer privatrechtlichen Organisation wäre.

Es ist klar, dass wir den Weg der Verwaltungsreform fortsetzen müssen. Auf allen Gebieten ist die Gestaltungskraft der Politik gefragt. Wenn wir aufhören, gestalten zu wollen, trotz der Sparnotwendigkeiten, wenn wir aus dem Ziel verlieren, das die Menschen von uns erwarten, dass ihre Bedürfnisse in der Politik auch in finanziell schwierigen Zeiten aufgenommen werden, dann ist das das Ende der Politik, meine Damen und Herren. Der Staat würde dann nur noch verwalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist mit uns nicht zu machen. Wir stehen für Konsolidierung und Gestaltung. Wir stehen für eine gute Zukunft auf diesem Weg für unser Land Rheinland-Pfalz. Deswegen sind wir unter den gegebenen Finanzverhältnissen sehr zufrieden mit dem Haushalt 2004.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention erteile ich zunächst Herrn Kollegen Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gäbe auf eine große Vielzahl von Dingen, die Herr Ramsauer gesagt hat, eine Reaktion zu machen. Ich will es begrenzen. Er hat versucht, deutlich zu machen, von der CDU gäbe es keine Konzepte, keine Anträge, keine Initiative und keine Vorschläge.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Das wiederholt sich in jeder Beratung, die er macht. Ich will das noch einmal deutlich sagen. Das ist Unsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Wir haben bei jeder Haushaltsberatung zum Teil eine Vielzahl von ganz konkreten Anträgen vorgelegt.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben diese regelmäßig vom Tisch gewischt, ohne sie sich anzusehen. Das ist das Unverschämte. Wahrscheinlich haben Sie sie gar nicht bemerkt, weil Sie nicht bereit waren, sich das anzusehen.

(Pörksen, SPD: Das ist eine Unterstellung!)

Das ist unredlich, was Sie sagen. Deshalb will ich das auch so darstellen.

Bei der Nachtragsberatung haben wir erstmals zwei, drei kleine Dinge gemeinsam gemacht. Dazu waren Sie bereit, aber nur bei zwei kleinen Dingen. Diesmal sind Sie offensichtlich nicht bereit, irgendetwas von den sehr weitgehenden Vorschlägen mitzumachen, die wir gemacht haben, was vorhin auch bezüglich Personal gesagt wurde, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

- Ich habe noch eine Minute.

(Schweitzer, SPD: Was hat das mit der Kurzintervention zu tun? – Schwarz, SPD: Nichts!) Ich darf als Reaktion auf das reagieren, was die Vorredner gesagt haben oder der Vorredner gesagt hat. Er hat zum Personal gesprochen, Herr Kollege Schwarz. Wenn Sie das nicht zulassen wollen, dann – –

Von dem Vorredner ist gesagt worden, die CDU wolle, um mit ihren Vorschlägen in der Gesamtverwaltung 450 Stellen einzusparen, Mitarbeiter entlassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Das ist doch Unsinn.

Es ist völlig klar, wir wollen Polizei, Justiz, Lehrer und Hochschulen aussparen. Das ist ein großer Batzen der rund 80.000 Beschäftigten, aber es bleiben noch gut 20.000 übrig, die komplette Verwaltung. Da 450 Stellen einzusparen, bedeutet gerade einmal 2 %.

(Hartloff, SPD: In einem Jahr gegengerechnet, unseriös!)

Da soll mir einer sagen, das geht nicht. Wir haben eine jährliche Fluktuation, die höher ist. Sie bräuchten sich noch nicht einmal anzustrengen dafür. Selbst dazu sind Sie nicht bereit, weil Sie nicht sparen wollen, weil Sie nicht an die Reformen herangehen wollen. Das ist Ihr Problem. Das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall der CDU – Frau Schmitt, SPD: Dann nennen Sie sie doch!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer weiteren Kurzintervention hat Frau Kollegin Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich will nur zu einem Punkt etwas sagen, weil Sie ihn angesprochen haben, Herr Raumsauer. Ich rege mich auch nicht so auf, weil das vorhin von Herrn Kuhn kam. Der Pensionsfonds, für den Sie sich so loben.

Ich habe noch einmal nachgeschaut. Als das Gesetz entschieden wurde, waren Sie noch nicht im Landtag, ich auch noch nicht.

(Pörksen, SPD: Das waren noch schöne Zeiten!)

Damals hat sich Professor Lüder in der Anhörung dazu geäußert. Er hat gefragt, was das für einen Sinn mache – er sagt, der Pensionsfonds sei ein interner Kredit, der aufgebaut werde – und ob es auf den ersten Blick einsichtig sei, dass die Errichtung eines Pensionsfonds vorteilhaft sein solle, wenn das Land in der Ansparphase dort einzahle, aber gleichzeitig das Geld wieder entziehe. Es ruht nicht. Das Land gibt dafür Schuldscheine, und sie bekommen das Geld wieder zurück.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dann sagt er, das mache eigentlich keinen Sinn. Es mache nur Sinn, wenn man den Pensionsfonds nutze, um konsumtive Ausgaben in investive Ausgaben umzulenken, das heißt, wenn Sie die Einzahlung in den Pensionsfonds tatsächlich bei den Personalausgaben oder bei den sächlichen Mitteln einsparen und über den Umweg des internen Kredits wieder in Investitionen umwandeln.

Aber das macht nur Sinn – das will ich Ihnen auch noch einmal sagen –, wenn tatsächlich Ihre Investitionen höher sind als das, was Sie an Krediten aufnehmen.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

 Nein, ich will nur einmal erklären, wo der Hinkefuß sitzt, weil es immer wie eine Monstranz hochgehalten wird.

(Zurufe der Abg. Schweitzer und Itzek, SPD)

In dem Fall ist es schlicht egal, ob Sie den Kredit heute aufnehmen oder in zehn Jahren, weil Sie dem Haushalt keine zusätzlichen Einsparungen entziehen, sondern Sie nehmen heute den Kredit auf, damit Sie ihn das nächste Mal nicht aufnehmen müssen.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht. Wir haben realistisch veranschlagt! – Schweitzer, SPD: Das stimmt doch gar nicht!) –

- Doch, es stimmt.

(Bracht, CDU: Genauso ist es!)

Es ist keine einfache Konstruktion. Überlegen Sie es sich noch einmal und gehen Sie in sich. Ich habe auch zweimal überlegen müssen.

Wenn Ihre Nettokreditaufnahme höher ist als das, was Sie investieren – – Das, was Sie als internen Kredit aus dem Pensionsfonds nehmen, ist Teil der Nettokreditaufnahme. Wir machen diese Umlenkung nur dann sinnvoll, wenn Sie die Nettokreditaufnahme nicht über die Investition schieben. Das machen Sie wahrscheinlich in diesem Jahr zum dritten Mal.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht!)

- Doch, natürlich.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Ich habe es im Wissen darum gesagt, dass es kompliziert ist. Ich finde, es muss gesagt werden, weil das, was Sie zum Pensionsfonds sagen, dass Sie heute quasi Vorsorge auf der Basis von Krediten für die Zeit treffen, in denen Sie die Pensionen zahlen, —— Punktum.

(Schweitzer, SPD: Das ist nicht wahr!)

Das ist der Knackpunkt. Dann muss Herr Ramsauer vielleicht etwas dazu sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwiderung hat Herr Abgeordneter Ramsauer das Wort

Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal nur ein oder zwei Sätze zum Pensionsfonds sagen.

Frau Thomas, Sie haben an einem Punkt recht, das ist sehr kompliziert. Es ist nicht richtig, wie Sie es darstellten, was die Kredite und Investitionen angeht. Aber eines ist richtig und uns wichtig: Dass dokumentiert ist, dass der Staat Vorsorge für seine Pensionslasten und für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trifft, das ist uns wichtig.

(Beifall der SPD – Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den Kollegen Bracht angeht, auch wenn Sie noch so schreien, wenn Sie sich noch so echauffieren, wird es nicht wahrer, dass konkrete Einsparvorschläge nicht so aussehen können, dass man einmal sagt, wir bauen 450 Stellen – das sind gerade 2 % – in den Ministerien und in der Staatskanzlei ab.

Dann können wir auch sagen, wir bauen 800 Stellen ab, dann sind es 4 % oder wie viel. Wir können sagen, wir bauen einen Ministerpräsidenten ab, dann sind es 0 %.

Es muss sachlich geprüft sein. Dann muss man auch sagen wo. Ich wollte Sie einmal hören, wenn wir tatsächlich in den Fachabteilungen der Ministerien nach Ihrem Vorschlag einschneiden müssten, wie dann das Geheul losginge.

Der Ministerpräsident hat heute Morgen gesagt, Herr Bischel würde es nicht überleben. Ich glaube, ganz andere würden es auch nicht überleben; denn dass, was uns auszeichnet, ist, dass wir eine solide Verwaltung haben, die nach dem Benchmarking, von dem ich vorhin geredet habe, im unteren Bereich im Durchschnitt mit anderen Ländern besetzt ist, aber im oberen Bereich ihre Leistung erbringt. Dabei soll es bleiben.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines ist doch unbestritten. Ich glaube, das haben nun fast alle Rednerinnen und Redner heute gesagt: Die Lage nicht nur in Rheinland-Pfalz, natürlich auch in der gesamten Bundesrepublik, in anderen Bundesländern, ist schon bedrohlich.

Die Lage in der Finanzsituation in unseren Ländern ist doch bedrohlich, wenn wir uns überlegen, dass spätestens im nächsten Jahr nach unseren Schätzungen doppelt so viele Schulden angehäuft sein werden, wie wir in einem Jahr Geld zur Verfügung haben.

Das heißt, auch wenn wir überhaupt nichts ausgeben würden, würden wir zwei Jahre voll und ganz brauchen, um die Schulden abzuzahlen. Natürlich laufen wir in die Schuldenfalle, weil die Zinsen steigen, weil die uns die Luft nehmen, auf die Ansprüche reagieren zu können, die wir haben, und die Anforderungen, die es in diesem Land gibt. Die Anforderungen werde ich noch nennen.

Es ist doch vollkommen klar – da sind wir uns einig –, dass wirklich große Kraftanstrengungen notwendig sind aus diesen Schulden herauszukommen und die Probleme der Zukunft lösen zu können.

Ich halte die Fragen, die heute Morgen Herr Mertes – ich sage einmal – etwas locker beantwortet hat, die von der CDU gestellt wurden, schon für Fragen, die man ernsthaft stellen musste. Zu den Antworten, die die CDU geleistet hat, möchte ich später noch kommen. Ich glaube, das sind nicht die richtigen Antworten.

Flapsig zu sagen, Schulden darf man nicht dämonisieren oder sollen nicht dämonisiert werden per se, so wie Herr Mertes, der SPD-Fraktionsvorsitzende es heute Morgen getan hat, ist mir doch als Antwort zu einfach.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Schulden soll man bestimmt nicht dämonisieren,

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

aber der Schuldenstand, der in diesem Bundesland erreicht worden ist, ist Anlass gegenzusteuern, und dieses Gegensteuern vermissen wir noch zu sehr, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, es ist wichtig zu sagen, dass wir Zukunftsaufgaben haben, die Ausgabensteigerungen erfordern. Deswegen haben wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in unseren Vorschlägen in dem einen oder anderen Bereich Ausgabensteigerungen vorgesehen. Aber wir brauchen nicht nur die Ausgabensteigerungen, sondern wir müssen Umschichtungen vornehmen und insgesamt einsparen. Das ist in unseren Vorschlägen zumindest berücksichtigt. Aber wir müssen auch sagen, wo wir konkret einsparen wollen.

Wenn ich den gestrigen Tag Revue passieren lasse, erinnere ich mich an die CDU mit ihrer relativ ideenlosen

Konstruktion eines Plastikschneemanns, dem die Luft ausgeht. Ich glaube, der CDU ist in der Opposition schon lange die Luft ausgegangen. Wir sehen, dass von Ihnen keine konkreten Vorschläge zu erwarten sind.

Aber vonseiten der Koalitionsfraktionen kam ein neuer Vorschlag, der uns überrascht hat. Herr Kuhn, dass Sie gestern plötzlich vom Geistesblitz getroffen wurden, hat uns schon überrascht. Sie sind direkt an die Öffentlichkeit gegangen und fordern, 100 Millionen Euro für Hochschulen auszugeben, während Sie es in diesem Haushalt mit einem gemeinsamen Antrag mit der SPD gerade einmal schaffen, 3 Millionen Euro festzulegen – man muss sich das vorstellen –, und im nächsten Doppelhaushalt fordern Sie 100 Millionen Euro. Dann frage ich mich: Wo bleibt die Seriosität?

(Dr. Schmitz, FDP: Herr Braun, finden Sie es gut oder schlecht?)

Wenn wir von einer Regierungsfraktion so unseriöse Diskussionsbeiträge hören, dann wird damit die Öffentlichkeit hinters Licht geführt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Herr Dr. Schmitz und Herr Kuhn, wir werden Sie daran messen, ob Sie im nächsten Doppelhaushalt 100 Millionen Euro mehr einstellen können und ob Sie dann nicht wieder durch Tricks in anderen Bereichen, in denen Etaterhöhungen natürlich genauso notwendig sind, gekürzt haben.

Wir machen den Vorschlag, momentan 13 Millionen Euro für die Hochschulen einzustellen, und ich glaube, dies ist eine realistische Zahl, die an den dringend notwendigen Bedürfnissen in diesem Jahr orientiert ist. Sie bleiben bei 3 Millionen Euro. Sie wollen die Hochschulen in diesem Jahr verkommen lassen und ihnen im nächsten Jahr Geld versprechen.

Aber dies war nicht der einzige Punkt, an dem Geld versprochen wurde. Auch im Umwelthaushalt wurde von SPD und FDP gemeinsam beantragt, 6,2 Millionen Euro für Hochwasserkarten einzustellen. Dies klingt nach einem richtig großen Batzen im Umwelthaushalt, also hätte man damit wirklich etwas Gutes getan. Aber es ist nicht für dieses Jahr geplant, es sind wiederum nur Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre. Es ist im Jahr 2004 zum ersten Mal etatisiert, und ich muss Ihnen sagen, es ist momentan nicht nachvollziehbar, weshalb Sie plötzlich so dringend einen Bedarf von 6,2 Millionen Euro im Umwelthaushalt sehen, die im Endeffekt dann doch nicht der Umwelt zur Verfügung stehen, sondern "nur" dem Hochwasserschutz. Es geht insbesondere um die Abgrenzung, wo man noch bauen darf und wo man nicht mehr bauen darf, wo wir doch genau wissen, wo es gefährlich ist zu bauen und wo die Wirtschaftsansiedlungen gefährdet sind, weil für den Rhein eine Hochwasserkarte schon vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, dies sind zwei Beispiele, die Sie letzte Woche im Haushalt vorgestellt haben, die aber in diesem Jahr überhaupt keine Auswirkungen mehr haben, also reine Luftnummern sind. Man muss sich schon fragen: Wird die Öffentlichkeit richtig und wahrhaft informiert? Gilt noch das Prinzip der Wahrheit und Klarheit im Haushalt, oder werden vonseiten der Regierungsfraktionen einige Tricks angewendet, die wir uns bieten lassen müssen?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben an anderer Stelle deutlich gemacht, dass der Haushalt in Rheinland-Pfalz natürlich auch von den bundesweiten Einnahmen und den bundesweiten Steuerergebnissen abhängt. Wir haben auch deutlich gemacht, dass wir im Bund entsprechende Subventionskürzungen benötigen, wenn wir eine Steuersenkung haben. Die FDP, die sich immer als Steuersenkungspartei ausgibt, hat nun kein Thema mehr, weil die CDU das Thema übernommen hat

(Kuhn, FDP: Sie wollen nicht mehr!)

und weil Sie realistischerweise nicht noch mehr fordern können als die CDU, weil sie mit ihrer Forderung schon jenseits der Ernsthaftigkeitsgrenze liegt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher ist klar, dass wir – dies betrifft vor allem die CDU – die Bundespolitik in jedem Fall insoweit mit einbeziehen müssen, als eine ernsthafte Diskussion um Steuervereinfachungen stattfinden muss. In diesem Zusammenhang wird auch eine Steuerminderung diskutiert. Aber wenn man eine Steuerminderung verspricht, ohne auf der anderen Seite einen Subventionsabbau – beispielsweise bei der Eigenheimzulage, der Entfernungspauschale, der Wirtschaftsförderung oder der Kohle – vorzuschlagen, kann man sich auch nicht ernsthaft als Steuersenkungspartei verkaufen.

Man sollte noch einmal klar sagen, die CDU braucht ein Gesamtkonzept. Sie kann nicht im Land das eine und im Bund das andere und auf kommunaler Ebene ein Drittes verkünden. So wird kein Konzept entstehen, so wird höchstens ein Chaos befördert, das keinem hilft, meine Damen und Herren. Das sehen wir bei der CDU in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in unseren Vorschlägen zwei Schwerpunkte festgelegt. Wir haben Vorschläge im Bereich der Bildung für die Förderung der Hochschulen, der Ganztagsschulen und zum Ausbau der Gesamtschulen gemacht. Dies ist genau das, was aus den Untersuchungen und internationalen Vergleichen der PISA-Studie zu lernen ist und was wir in Rheinland-Pfalz umsetzen wollen. Dazu brauchen wir natürlich Geld.

Des Weiteren muss die Qualität und die Quantität der Kinderbetreuung erhöht werden. Dies gilt vor allem für die Kinder, die bis zu drei Jahre alt sind. Dies hat auch eindeutige Auswirkungen auf die Berufsausbildung. Es gilt insbesondere auch, die Integration der Migrantinnen und Migranten zu fördern. Dabei geht es nicht um eine kulturelle, sondern um eine sprachliche Integration, die

wir schon in den ersten Lebenjahren dringend brauchen, damit unser Schulsystem von solchen zusätzlichen Belastungen inhaltlicher Art entlastet wird. Es geht darum, dass wir später einen gerechten Zugang zu Beruf und Einkommen von Menschen haben, die eingewandert sind, von Menschen, deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind und die nun in der Bundesrepublik leben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen die Ungleichheit deutlich, wenn wir uns die derzeitigen Zahlen der Ausbildungsplätze vor Augen halten und wenn wir uns verdeutlichen, wer keinen Ausbildungsplatz erhält. Dies sind eben die benachteiligten Jugendlichen. Wir haben in Rheinland-Pfalz viel getan, und ich glaube, die Anstrengungen sind noch nicht abgeschlossen – Herr Ministerpräsident, Sie haben den ovalen Tisch erwähnt –, aber dennoch ist es nicht gelungen, alle, die ernsthaft einen Ausbildungsplatz suchen, zu vermitteln.

Nach dem Verfassungsgerichtsurteil müsste theoretisch bei 100 %, die einen Ausbildungsplatz suchen, mindestens ein Ausbildungsplatzangebot von 112,5 % vorliegen. Das heißt, wenn 10.000 Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz suchen, müssten 12.500 Ausbildungsplätze vorgehalten werden – davon sind wir noch weit entfernt –; denn es geht darum, ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot zu schaffen.

Herr Ministerpräsident, die berufsbildenden Schulen werden natürlich nun mehr belastet. Sie haben es erwähnt. Es ist nicht so, dass diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, nichts tun. Sie müssen ausbildungsfähig werden oder ausbildungsfähig bleiben. Deswegen müssen sie in der Berufsschule so genannte Ehrenrunden oder Warteschleifen drehen, was eine zusätzliche Belastung für die Berufsschulen darstellt. Wir haben an den Berufsschulen schon jetzt den höchsten Unterrichtsausfall an allen Schulen.

Das sind schon knapp 10 %. Wenn wir sehen, dass weitere Belastungen auf uns zukommen, dann müssen natürlich auch erhöhte finanzielle Anstrengungen gemacht werden, dass die Berufsschulen diese Lasten, die auf sie zukommen, tragen können. Entsprechende Anträge haben wir gestellt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jenseits der Bildungsdiskussion haben wir einen zweiten Schwerpunkt. Es ist für Sie nichts Neues, dass BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN einen Schwerpunkt in der Innovation im Energiesystem und in der Innovation in der Umweltpolitik setzt. Ich glaube aber, es ist für Rheinland-Pfalz wichtig zu sagen und zu wissen, dass wir Arbeitsplätze schaffen können, einen Rückenwind aus der Bundespolitik haben und in der Bundesrepublik Deutschland ein Erneuerbare-Energien-Gesetz haben, das andere Staaten im Moment kopieren.

Wir werden also in Europa eine Angleichung an Vergütungssätze haben, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Ich glaube, es ist wichtig, in Rheinland-Pfalz wirklich eine Aufbruchstimmung in

diesen Bereichen zu erzeugen. Das gilt nicht nur für die erneuerbare Energie, gegen die FDP und CDU immer zu Felde ziehen, nämlich die Windkraft.

> (Kuhn, FDP: Was? – Dr. Schmitz, FDP: Gegen die Windräder! Das ist etwas anderes! Nicht so pauschal!)

– Ich weiß, Sie sind gegen die Windmühlen unterwegs. Das kennen wir ja. Don Böhr und Sancho Kuhn reiten gemeinsam gegen die Windmühlen und erreichen zum Glück dort keinen Sieg, sondern holen sich eher eine blutige Nase im Kampf gegen die Windmühlen.

Ich meine auch die anderen Möglichkeiten der erneuerbaren Energien. Ich meine, dass die Geothermie mehr gefördert werden muss. Dies hat der Wirtschaftsminister in der Weihnachtspause oder kurz vor Weihnachten verkündet. Ich bin gespannt, wann diese Förderung ausgezahlt werden kann.

Ich möchte auch, dass die Solarenergie in Rheinland-Pfalz mehr gefördert wird und wir einen Schwerpunkt nicht auf dem Feld der erneuerbaren Energien, sondern auf dem Feld der Energieeinsparung und Energieeffizienz legen.

Alle sagen zu Recht seit Jahren, unsere Hauptenergiequelle in Deutschland ist die Energieeinsparung. Es wird noch viel zu viel Energie verschwendet. 50 % der Energie, die in Deutschland verbraucht wird, könnte eingespart werden. Dort haben wir die entscheidenden Potenziale.

Wir haben gelernt, dass es bei der landeseigenen Gebäudeverwaltung leider nicht so ist, dass sie Beispiel gebend ist. Deswegen haben wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechend Gelder beantragt, Modellprojekte zu fördern, aber auch solche Projekte umzusetzen, die tatsächlich Energie einsparen. Das wird auf jeden Fall für Rheinland-Pfalz ein finanzielles Plusgeschäft, weil wir dann in den nächsten Jahren Einsparungen haben werden. Wir haben auch die Möglichkeit, über Energieeffizienz Arbeitsplätze zu schaffen und gute Beispiele zu geben, sodass im Handwerk und auch in der Industrie neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz entstehen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon fatal, wenn wir sehen, dass Rheinland-Pfalz, ein Land, in dem ein Großanbieter beispielsweise Dämmstoffe anbietet – viele kleine Anbieter natürlich auch –, in dem beispielsweise die Brennstoffzelle im Moment weiterentwickelt wird, ein Land, in dem Arbeitsplätze im Chemiesektor in großem Umfang daran hängen, Innovationen gerade auch im Energiebereich durchzusetzen, nicht führend in dem Bereich ist, sondern dass andere Bundesländer Beispiel gebend sind. Ich nenne natürlich das Land Nordrhein-Westfalen, das ist klar, weil dort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Regierung mit beteiligt ist, und Schleswig-Holstein. Aber auch andere Bundesländer, in denen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mit in der Regierung ist, haben viel bessere Förderprogramme als Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz mit diesen hervorragenden Startpositionen im Bereich der erneuerbaren Energien und im Bereich der Energieeinsparung versäumt diese Chancen.

Wir lesen immer nur Pressemitteilungen aus dem Umweltministerium, wir vermissen Taten. Das Wirtschaftsministerium hat in diesem Bereich zu wenig getan. Herr Bauckhage, Sie können gleich etwas dazu sagen. Deswegen wollen wir auch im Wirtschaftsministerium die Mittel für erneuerbare Energien aufstocken, damit endlich einmal – wir sagen dies schon seit Jahren – eine Aufbruchstimmung erzeugt wird, die auch zu mehr Abeitsplätzen in Rheinland-Pfalz führt, Herr Bauckhage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe genannt, wo wir Schwerpunkte setzen und mehr Mittel ausgeben wollen. Sie werden natürlich zu Recht fragen, wo wir einsparen wollen.

(Bauckhage, FDP: Da haben wir es schon!)

Nachdem ich gehört habe, wie sehr die CDU einsparen möchte, bin ich überrascht, wenn ich lese, welche Anträge die CDU einbringt: Minus 13 Millionen Euro globale Minderausgabe, plus 13 Millionen Euro globale Mehreinnahme. Hinterher stellt sie sich dann hin und sagt, wir haben im Landeshaushalt 100 Millionen Euro eingespart.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ohne dass jemand protestiert!)

Wir sind darüber ein wenig neidisch. So locker würden wir das bei den GRÜNEN auch gern einmal machen. Dann hätten wir nicht einmal 10 % der Arbeit, die wir uns machen. Wir versuchen aber, tatsächlich auch ernsthaft immer nachzuweisen, dass wir – ich hätte fast gesagt auf Heller und Pfennig – auf Euro und Cent genau Gegenfinanzierungsvorschläge haben.

(Kuhn, FDP: Nur in die falsche Richtung!)

Diese Gegenfinanzierungsvorschläge liegen bestimmt auch in einem Bereich darin, dass man Personal einsparen könnte. Das kann man nicht von heute auf morgen. Das ist vollkommen klar. Das ist eine langfristige Geschichte. Ich glaube aber durchaus, dass es im Bereich der Ministerien möglich wäre.

Die Einsparungen liegen aber auch im Subventionsabbau, am einfachsten aber da, wo wir beim Straßenbau sparen können. Das ist bekannt, man kann es aber nicht oft genug sagen.

(Ministerpräsident Beck: Ach ja!)

Wir sind nun kein Entwicklungsland. Wir haben in manchen, natürlich nicht in allen Gebieten in Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz Deutschlands. Deutschland ist nun kein Land, das ein normalerweise sehr ausgedünntes Straßennetz hat. Rheinland-Pfalz ist führend.

Soweit ich weiß, ist in der Vorderpfalz das dichteste Straßennetz in Deutschland.

(Mertes, SPD: Bei uns nicht! – Rösch, CDU: Das gehört auch zu Rheinland-Pfalz!)

 Bei Ihnen nicht! Ich muss jetzt einmal sagen, seien Sie froh, dass Sie nicht das dichteste Straßennetz im Hunsrück haben. Das würde ganz schön schrecklich im Hunsrück aussehen.

(Mertes, SPD: Das Gegenteil ist der Fall!)

Ich stelle mir in dem Zusammenhang aber eine Frage. Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit der größten Autodichte in Deutschland, ein Bundesland, das also schon die größte Autodichte in Deutschland erreicht hat, ein Land, das keine weitere Steigerung in der Einwohnerzahl mehr erreichen wird, sondern in dem noch nicht im Moment, aber später die Einwohnerzahl rapide sinken wird. Jeder kann nur ein Auto fahren. Es ist noch nicht so weit, dass jeder zwei Autos fahren kann. Zwei Fernseher kann man haben, nicht aber zwei Autos gleichzeitig fahren. Das ist noch das Gute daran. Wenn man also diese Prognose sieht, dann ist es klar, dass irgendwann auch einmal im Straßenbau das Optimum dessen erreicht ist, was finanzierbar ist.

Natürlich kann man sich wünschen, alle Straßen vierspurig oder sechsspurig auszubauen. Momentan diskutieren wir in Rheinland-Pfalz darüber, dass Autobahnen, die vierspurig sind, sechsspurig ausgebaut werden schen. Wir diskutieren über Qualitätsverbesserungen – dies in Anführungszeichen – und Möglichkeiten, Zeit von wenigen Minuten zu sparen. Ich halte dies für eine Diskussion, die eine Diskussion von gestern und nicht eine für morgen ist. Für morgen ist die Bildungsdiskussion angesagt, nicht die Straßenbaudiskussion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Rheinland-Pfalz ein sehr gutes Netz im ÖPNV, das wir aber weiter ausbauen wollen, das natürlich bisher auch mit Landesmitteln unterstützt wird. Ich sage ganz offen, leider sind in diesem Bereich die Bundesmittel nicht so üppig, wie wir uns das gern wünschen würden. Wir haben eher mit Restriktionen und Kürzungen zu rechnen.

Es ist gut und wichtig, dass der ÖPNV in Rheinland-Pfalz weiterhin auf dem jetzigen Niveau stattfindet. Wir wollen aber auch einen Ausbau in der Fläche.

Wenn ich sehe, dass die Rheinschiene relativ gut bedient ist – Fernzüge sind gestrichen worden –, dann kann ich sagen, wenn ein gutes Netz besteht, dann habe ich auch die Chance, dass man sein Leben in vollen Zügen genießen kann. Die Züge sind in Rheinland-Pfalz dort, wo ein gutes Angebot vorhanden ist, voll. Dort haben wir auch die entsprechende Nachfrage und die Möglichkeit, Leute vom Auto auf den Zug und den öffentlichen Personennahverkehr, also in die Busse und in die Züge zu bekommen. Dort haben wir Chancen, zusätzlich noch einmal umweltpolitisch, aber auch von den

Arbeitsplätzen her zuzulegen. Auch im öffentlichen Personennahverkehr haben wir Arbeitsplatzeffekte.

Wir haben in der Innovation für die Zukunft im öffentlichen Nahverkehr und in der erneuerbaren Energie die Chancen, weltweit führend zu sein. Wenn wir weltweit führend sein können, wenn wir Marktführer sein können, dann haben wir die entsprechenden Exportchancen.

Meine Damen und Herren, zu diesen Maßnahmen, die wir vorschlagen, gehört natürlich auch eine Agrarwende. In einem Agrarland wie Rheinland-Pfalz, in einem Land, das den höchsten Waldanteil in der Bundesrepublik Deutschland hat, muss man sich nicht nur um Straßen auf dem flachen Land kümmern, sondern man muss sich auch darum kümmern, wo Arbeitsplätze entstehen und wo Arbeitsplätze im Bereich der Landwirtschaft und im Bereich der Forstwirtschaft gehalten werden können. Wir halten die ökologische Agrarwende für eine Maßnahme und für ein Projekt, das zusätzliche Arbeitsplätze schafft, das Arbeitsplätze im ländlichen Raum halten kann und das Arbeitsplätze in einer Struktur halten kann, die wir auch in Rheinland-Pfalz wollen, von der wir in Rheinland-Pfalz auch Vorteile haben, nämlich eine eher bäuerliche Landwirtschaftsstruktur und keine großindustrielle Landwirtschaftsstruktur. Die wollen wir auch nicht. Wenn wir die im Moment noch nicht haben, dann ist es doch gut, wenn wir überall, wo wir können, auch diese Landwirtschaft unterstützen.

Die ökologische Wende bietet da Chancen. Wir haben immer noch das Höfesterben. Wir müssen dagegen agieren und reagieren. Ich glaube, da ist die ökologische Wende und die Regionalisierung der Märkte eine gute Chance für alle, die aus der Landwirtschaft kommen und von der Landwirtschaft leben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Forstwirtschaft haben wir natürlich entsprechende Kürzungen hinnehmen müssen. Das Land gibt immer weniger Geld für Försterinnen und Förster aus. Das Land gibt immer weniger Geld für eine nachhaltige Waldwirtschaft aus. Wir haben entsprechende Anträge gestellt - wir werden die morgen im Einzelplan 14, also im Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Forsten, noch einmal näher vorstellen -, damit auch die Strukturen im Reviersystem erhalten bleiben können. Ich halte das für wichtig, dass man eine nachhaltige Waldwirtschaft mit einer Präsenz der Förster und Försterinnen vor Ort verknüpft. Dass die Leute ihren Wald kennen, die für den Wald zuständig sind, ermöglicht, dass man auf Schädlinge schneller reagiert. Das ermöglicht auch, den Holzverkauf vor Ort besser zu organisieren. Das hat also Vorteile, die auch in der Vermarktung liegen.

Meine Damen und Herren, deswegen wollen wir das Reviersystem bei der Waldwirtschaft erhalten. Wir haben manchmal hier den Eindruck, als wäre die Argumentation der CDU, die immer wieder gegen die Umweltpolitik argumentiert, eine eher verzweifelte Argumentation. Die CDU hat in ihren Haushaltsvorschlägen hauptsächlich Bereiche aus der Umweltpolitik streichen wollen, egal, ob das nun die Abwasservorsorge ist, egal, ob das nun das Bach- und Flussrandstreifenprogramm ist, egal, ob das die globalen Kürzungen sind, egal, ob es den Abfall

betrifft. Egal, wo Sie von der CDU ansetzen, es ist immer die Umweltpolitik, die Sie kürzen wollen. Ich glaube nicht, dass Sie sich damit als innovative Kraft dieses Landes verkaufen können. Ich glaube, da sind Sie rückwärts gewandt. Das wird man auch in Zukunft weiter erkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispielsweise Untersuchungen von importierten Spielzeugen - der Ministerpräsident hat es schon genanntfür Bürokratie oder Bürokratismus zu halten, halte ich für eine äußerst gefährliche Ansicht, die Sie hier vertreten. Wenn sich der CDU-Fraktionsvorsitzende hierher stellt und diesem Hasenthema, das er uns das letzte Mal schon zugemutet hat, diesem Osterhasenthema zehn Minuten seiner Redezeit widmet, dann glaube ich, setzt er darauf, dass unsere Gewerbetreibenden alle Angsthasen sind, die sich von solcher Diskussion dann auch abschrecken lassen. Wir wollen nicht, dass sich die Leute abschrecken lassen. Wir wollen, dass man in Rheinland-Pfalz investiert, und wir wollen aber auch, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt sind. Wir wollen das nicht gegeneinander ausspielen, so wie es die CDU tut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mertes, SPD: Das wollen wir auch nicht!)

Ich glaube, es war in den letzten Jahren nicht viel Innovation zu erkennen, und es war meines Erachtens auch bei der CDU nicht viel Innovation in den Gegenvorschlägen zu erkennen, aber im Moment haben wir vielleicht eine andere Situation als vor zwei oder drei Jahren, meine Damen und Herren. Wir haben das kleine Hoffnungspflänzchen Konjunktur. Wir haben das kleine Hoffnungspflänzchen, dass sich die Konjunktur nicht nur ins normale Wirtschaftswachstum entwickelt, sondern wir auch eine Qualität bei der Energieerzeugung und eine Qualität bei der Landwirtschaft erreichen, wie wir sie in Deutschland schon lange nicht erreicht haben. Wir müssen diesen grünen Zweig der Hoffnung ergreifen und dieses Pflänzchen der Hoffnung auch gießen und entsprechende Schwerpunkte im Haushalt setzen, dass wir eine ökologische und eine sozial gerechte Wende in Deutschland erfahren und erfahrbar machen. Darauf setzen wir. Darauf setzen wir auch für die zukünftigen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz, nicht nur für diesen, sondern auch für den nächsten Haushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Schluss muss ich doch noch eine Bemerkung machen. Wenn ich so sehe, wie die jetzige Regierungskoalition in Rheinland-Pfalz miteinander umgeht, dann glaube ich nicht, dass die CDU demnächst die Regierung hier übernehmen kann, weil sie keine ernsthaften Vorschläge haben, weiß aber, dass die FDP im Moment verzweifelt strampelt, um irgendwann einmal wieder vorzukommen, um irgendwann einmal wieder einen inhaltlichen Punkt zu ergattern. Herr Kuhn, Sie haben das gestern mit Ihrer Überraschungspressekonferenz gezeigt. Ich weiß auch, dass Sie mit der SPD im Moment so viel Kraft aneinander verbrauchen, um sich überhaupt noch einigen zu können, nicht nur für die

Bundesebene, sondern auch für die Landesebene, dass die Hoffnung besteht, dass sich in Rheinland-Pfalz bald etwas ändern kann, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Schmitz, FDP: Man muss auch verlieren können! – Mertes, SPD: Zuneigung, allenfalls Zuneigung, Herr Kollege! – Creutzmann, FDP: Sie träumen immer, Herr Braun!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zunächst begrüßen wir weitere Gäste hier im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Goethe-Schule Kaiserslautern. Herzlich willkommen hier im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Bauckhage das Wort.

Abg. Bauckhage, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, das ist jetzt die richtige Anrede. Ich wäre sehr geneigt, etwas zu Ihnen zu sagen, Herr Dr. Braun. Aber ich weiß natürlich, der Einzelplan 08 wird heute noch aufgerufen. Aus zeitökonomischen Gründen sollte man das bis dann zurückstellen.

Ich will etwas zum Haushaltsplan insgesamt sagen. Ich glaube, ich bin hier der letzte Redner der Abgeordneten in der Debatte.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal kann man festhalten, in dieses Bundesland Rheinland-Pfalz sind in den 90er-Jahren 5,8 % neue Menschen hinzugekommen. Wir hatten also einen Bevölkerungszuwachs, und zwar sind alle freiwillig nach Rheinland-Pfalz gekommen. Offensichtlich kann es nicht so schlecht in diesem Bundesland aussehen, sonst würden die Leute nicht freiwillig in dieses Land kommen. Wir waren eines der Länder, die den höchsten Bevölkerungszuwachs in den 90er-Jahren hatten. Das hat natürlich Ursachen, wie die Infrastruktur in einem Land, wie das Umfeld in einem Land, wie die Lebensqualität in einem Land ist. Das kann nicht so schlecht sein, wie es heute teilweise – insbesondere von Herrn Böhr, der eine depressive Stimmung zu erzeugen versuchte - dargestellt wird. Offensichtlich ist das Land besser, als es hier dargestellt wird.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das auch deshalb, weil man aufpassen muss, dass man sein eigenes Land nicht kaputtredet.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat einiges zum Ranking der Länder gesagt. Das will ich auch aus zeitökonomischen Gründen jetzt nicht wiederholen. Ich will aber eines sagen, Sie strapazieren ständig das Bruttoinlandsprodukt und versuchen, den Leuten etwas vorzuführen. Für die Leute, die das verstehen, es gibt übrigens andere Parameter - dazu werde ich nachher noch etwas sagen -, die wirklich die Qualität eines Standorts und wirklich die Politik eines Standorts sehr viel deutlicher machen als das Bruttoinlandsprodukt. Wir wissen, wir haben 240.000 Menschen, die in anderen Ländern arbeiten. Die werden infolgedessen auch bei anderen Ländern hinzugezählt. Deswegen ist diese Rechnung schlicht und einfach keine Vergleichsrechnung, die man ernsthaft machen kann. Das würde übrigens kein Ökonom machen, eine solche Rechnung aufzumachen.

Nun kommt noch eines hinzu: Bei 5,8 % Bevölkerungszuwachs schmälert natürlich jeder, der hier zuzieht, das Bruttoinlandsprodukt. Das muss man in aller Nüchternheit sehen. Deshalb ist diese Geschäftsgrundlage, die Sie auch vor dem Hintergrund Ihrer Haushaltsanträge darzustellen versuchen, einfach eine falsche Geschäftsgrundlage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin als Wirtschaftsminister dieses Landes sehr dankbar, dass die Landesregierung bei der Steuerpolitik immer Kurs gehalten hat.

Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Steuermodelle und die Gegenfinanzierung eingehen. Das würde jeden Rahmen sprengen. Dazu ließe sich sehr viel auch neutral sagen. Klar ist, dass diese Landesregierung den ersten Haushaltsentwurf so konzipiert hatte, dass wir einen verfassungskonformen Haushalt vorgelegt hätten. Gleichwohl wäre die Differenz zwischen Investition und Nettoneuverschuldung eine andere gewesen. Das ist keine Frage. Er wäre aber verfassungskonform gewesen, weil wir richtigerweise, und zwar vorausschauend, gesagt haben, die Steuerreform muss in vollem Umfang kommen. Darüber hinaus haben wir klar gesagt, wir wollen eine hohe Investitionsquote halten. Wir hatten die Gegenfinanzierung nicht eingerechnet. Von daher waren wir in einer Situation, jetzt einen sauberen Haushalt vorzulegen.

Meine Damen und Herren, ich sage das deshalb, weil es interessante Signale gegeben hat. Mein Kollege Mittler wird noch viel besser wissen, wie interessant die Signale waren: Einerseits steuerliche Entlastung, andererseits darf die Kreditfinanzierungsquote aber um Gottes willen insgesamt nicht steigen. Meine Damen und Herren, das ist die Quadratur des Kreises. Das waren immer diejenigen, die heute das Gleiche machen und sagen, die Kreditfinanzierungsquote ist zu hoch, aber gleichzeitig mehr Forderungen in den Raum stellen. Das ist ein Stück Quadratur des Kreises. Diese Politik funktioniert nicht.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

 Herr Schnabel, wissen Sie, ich bin gern gleich bereit, Ihnen 20 Millionen Euro EFRE-Mittel vorzurechnen und dass Sie dann ein Nullsummenspiel machen. Ich bin auch gern noch einmal bereit, was schon geschehen ist, die 17 Millionen Euro an Personaleinsparung vorzurechnen. Sie haben Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, die Schall und Rauch sind. Meine Damen und Herren, mit Schall und Rauch kann man in diesem Hause keine vernünftige und seriöse Haushaltspolitik machen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Man muss immer sehen, welcher Politikentwurf dahinter steckt. Eigentlich hätten die staunenden Bürgerinnen und Bürger verdient zu sehen, was die Opposition für einen Politikentwurf hat.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die große Oppositionspartei hat keinen. Sie beklagt die Schulden. Ich könnte Ihnen eine lange Liste herunterlesen. Ich tue es gleich anhand einiger Einzelbeispiele, wo vor Ort mehr gefordert wird. Das funktioniert nicht. Man kann nicht einerseits sagen, die Kreditfinanzierungsquote, die Verschuldung ist zu hoch, und andererseits stellt man mehr Forderungen in den Raum, ohne zu sagen, wo man dies exakt gegenfinanziert, und zwar ohne Kreditfinanzierung.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

– Herr Schnabel, Sie wissen so gut wie ich, dass 250 plus 200 Personalstellen aufgrund der beamtenrechtlichen Regelungen nicht von jetzt auf gleich einzusparen sind. Selbst wenn man das wollte, geht es nicht, weil anderes Recht dahinter steht. Also ist es eine Luftnummer, wie man besser keine buchen kann.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich sage Ihnen nachher noch etwas zu den 20 Millionen Euro EFRE-Mittel, die Sie zur Kürzung vorgeschlagen haben. Das ist die größte Luftnummer, die Sie gemacht haben. Ich werde es nachher noch näher erläutern

Meine Damen und Herren, das ist keine seriöse Gegenfinanzierung und keine seriöse Haushaltspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zu Ihnen, Herr Dr. Braun. Man muss wissen, und ich will nur einen Satz dazu sagen, es wäre völlig falsch, und zwar wegen der Perspektive der Menschen, mit der Leistungsfähigkeit des Landes Mobilität und Bildung gegeneinander auszuspielen.

> (Beifall der FDP und bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die völlig falsche Politik. Wir brauchen in einem Flächenstaat eine hohe Mobilität. Ich darf Ihnen sagen, eine gute Verkehrsinfrastruktur ist immer die Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung, und eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Beifall der FDP und der SPD – Creutzmann, FDP: Und mehr Bildung!)

Herr Creutzmann sagt dies richtig, eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist auch eine gute Voraussetzung, Bildung finanzieren zu können. Das ist doch gar keine Frage. Dafür braucht man auch eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb stehen für diese Landesregierung diese Schwerpunkte neben anderen. Einen Faktor darf man nicht unterschätzen. Ich hatte vorhin schon einmal den Eindruck — —

Ich will ein Beispiel erzählen. Ich war neulich wegen einer Bundesstraße im Westerwaldkreis.

Herr Schweitzer ist nicht hier. Es ist schade, er war dabei. Da kommt er gerade.

Herr Ministerpräsident, es war uns mit Mühe und Not gelungen, diese Ost-West-Verbindung, die B 255, mit einem zusätzlichen Abschnitt im Nachhinein in den Bundesverkehrswegeplan hineinzuheben. Zuvor wurde dies von dem Landrat des Landkreises immer gefordert.

Ich komme nachher noch auf Frau Schmidt zu sprechen, die auch interessante Forderungen stellt.

Jetzt hatten wir dies endlich hineinbekommen, da kam der Landrat und hatte etwas daran zu kritisieren. Ich habe den Landrat gefragt, habe ich ihnen das Spielzeug abgenommen? Ich habe heute bei ihren Reaktionen auf die bildungspolitischen Maßnahmen den Eindruck, wir haben ihnen das Spielzeug ein Stück weit abgenommen.

(Beifall der FDP und der SPD – Schweitzer, SPD: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von daher bin ich damit sehr glücklich.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Braun, im Übrigen müssen Sie sich keine Gedanken über die Sichtbarkeit der FDP machen. Diese ist in diesem Land gut sichtbar. Das kann man übrigens auch an den Umfragen und Wahlergebnissen ablesen. Darüber hinaus müssen Sie sich auch nicht unseren Kopf zerbrechen. Herr Dr. Braun, zum einen können wir das selbst, und zum anderen können Sie sich darauf verlassen, dass diese FDP ein verlässlicher Koalitionspartner ist und wir auf der Basis der Koalitionsvereinbarung in diesem Land Politik machen. Wir machen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land eine positive, eine konstruktive und eine gute Politik, sonst hätten wir auch nicht diese Bevölkerungszuwächse.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch etwas zu dieser etwas obskuren Verkehrspolitik sagen. Wir machen in diesem Land eine hochmoderne Verkehrspolitik, die Sie immer an-

kreiden. Sie sagen immer "obskur". Ich sage, wir machen eine hochmoderne Verkehrspolitik. Wir sind das einzige Bundesland – das kann Ihnen Herr Staatsminister Mittler gleich noch einmal bestätigen –, das die Regionalisierungsmittel voll ausschöpft.

(Beifall der FDP und der SPD)

Alle anderen Bundesländer hatten bei der Frage "Wo sparen wir, wo machen wir die Gegenfinanzierung, wo kann man Subventionen abbauen?" – – Man kann lang darüber streiten, ob Regionalisierungsmittel Subventionen sind oder nicht. Ich sage eindeutig, es sind keine Subventionen. Es ist die Verpflichtung des Bundes gegenüber den Ländern, als er seinerzeit die DB-Mittel den Ländern zugute kommen ließ. Sonst nichts. Uns hätte das schon getroffen, weil wir alle Mittel einsetzen. Andere hatten es da leichter. Das ist auch der Grund dafür, dass wir in der Lage sind, einen funktionierenden SPNV und ÖPNV anzubieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun kann man sagen, wir schauen einmal, ob man nicht innerhalb des Verkehrshaushalts umschichten kann. Das kann man alles machen.

Herr Dr. Braun, aber eines müssen Sie wissen: Es ist nicht die Frage, ob wir die Strecke Speyer – Kaiserslautern oder die Strecke Ludwigshafen – Mainz optimieren, sondern es wird die Frage sein, wie wir die ländlichen Räume von Rheinland-Pfalz erschließen können. Das sind ganz andere Qualitäten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich und wir, diese Landesregierung, wollen, dass die Menschen im ländlichen Raum, in ihrer Heimat eine Perspektive haben. Wir wollen ihnen die Perspektive nicht nehmen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollen aus dem ländlichen Raum heraus mobil sein, sonst haben sie keine Perspektive. Das ist die Architektur dieses Haushalts. Die Architektur dieses Haushalts ist der sichere Garant dafür, dass Rheinland-Pfalz weiterhin den Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive bietet und weiterhin im Länderranking eine gute Rolle spielen wird.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Bauckhage, Herr Abgeordneter Bauckhage, ich musste mich noch einmal zu Wort melden, weil Sie auf die gestrige Pressekonferenz des FDP-Fraktionsvorsitzenden Bezug genommen und diese sehr

verräterische Formulierung "Damit haben wir ihnen ein Spielzeug weggenommen" gebraucht haben.

(Kuhn, FDP: So tun Sie doch den ganzen Tag!)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Für mich ist eine solide Hochschulfinanzierung, die Sorge darum und auch der Weg, den wir darstellen, wie wir eine solche Finanzierung sicherstellen wollen, kein Spiel, sondern bitterer Ernst.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dann aber sagen, die FDP braucht eine Klausur der SPD in Weimar, um zu erkennen, wie wichtig Innovation und Hochschule ist, dann frage ich mich, wer eigentlich mit wem spielt.

(Zuruf von der FDP)

Herr Kuhn, Sie haben gestern bei der Diskussion an der Universität in Trier merken können, dass man Ihnen in dieser Frage überhaupt nichts glaubt. Man hat Sie in dieser Frage doch auseinander genommen. Sie sind gefragt worden, warum in diesem Jahr nichts kommt und wo Sie überhaupt die 100 Millionen Euro hernehmen. Die dritte Frage war, ob das überhaupt mit dem Koalitionspartner abgesprochen war und Sie einen Weg aufgezeigt haben.

Sie mussten doch zu allen drei Dingen Nein sagen. In diesem Jahr komme nichts mehr. Mit der Koalition sei das nicht abgesprochen, und einen Weg wüssten Sie auch nicht. Das ist doch die Tatsache. Es ist aber nicht so, dass Ihnen irgendjemand ein Thema wegnimmt. Sie sehen aber, dass Ihnen ein Thema wegläuft. Vor allen Dingen haben Sie in den vergangenen Wochen mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Hochschulen gesprochen, die Ihnen einmal gezeigt haben, was die Realität und die Auswirkung Ihrer Hochschulpolitik ist. Das haben Sie doch erst jetzt erkannt. Noch im Oktober haben Sie gesagt, die Bedingungen seien optimal. Allein Staatsminister Zöllner hat innerhalb der Landesregierung offen bekannt: Wir haben sie an den Rand gefahren, und sie kippen uns hinten herüber.

Wenn Sie mit dieser Thematik so umgehen, dann werden wir keine Gelegenheit auslassen, Ihre Scheinheiligkeit nach außen zu transportieren. Es geht nicht um ein Spiel, sondern um bitteren Ernst. Es geht um die Zukunft des Landes, die an die Zukunft der Hochschulen in diesem Land gekoppelt ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Mittler.

Mittler, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Beratung des Einzelplans 20 und des Haushalts des Ministe-

riums der Finanzen steht erst am Freitag auf der Tagesordnung. Das, was zum Haushalt 2004 aus der Sicht des Finanzministers zu sagen ist, werde ich also erst übermorgen sagen. Heute geht es darum, darzustellen, wie wir das Haushaltsjahr 2003 abgeschlossen haben. Dabei will ich bei dem beginnen, was mir das Wichtigste ist, nämlich bei der Neuverschuldung. Gestern hieß es im "Trierischen Volksfreund": "Droht Schuldenrekord?" Unter Bezugnahme auf die Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU-Fraktion ist dort zu lesen, dass die Verschuldung im vergangenen Jahr größer als 2 Milliarden Euro gewesen sei und damit die Rekorde der Vorjahre übertroffen worden seien.

Meine Damen und Herren, das ist falsch. Der Herr Ministerpräsident hat heute bereits erwähnt, dass die Nettokreditaufnahme im Haushalt 2003 einschließlich der Landesbetriebe 1.496,5 Millionen Euro ausmachte. Das sind 153,4 Millionen Euro weniger – nicht mehr – als im Jahr 2002.

Ich weiß auch, dass das zu hoch ist. Es geht mir aber darum, dass nicht Äpfel mit Birnen verwechselt werden. Genau das hat die Union aber getan.

Wir haben am 9. Januar dem Präsidenten des Landtags zum Zweck der Information den voraussichtlichen Schuldenstand zum Ende des Jahres 2003 mitgeteilt.

(Schweitzer, SPD: Die lesen doch nichts!)

Daraus ergeben sich die genannten 23,1 Milliarden Euro einschließlich der Landesbetriebe. Die CDU-Fraktion hat daraufhin diesem Wert den Betrag entgegengestellt, der sich zum 31. Dezember 2002 ergeben hat. Allerdings sind darin die Landesbetriebe nicht enthalten mit der Folge, dass Äpfel mit Birnen verwechselt wurden.

Mit einer solchen Fehlinformation – ich gehe nicht davon aus, dass das bewusst geschehen ist – nach außen zu gehen, nachdem wir in den vergangenen Jahren im Hinblick auf den Umgang mit Zahlen schon einige Bubenstückchen erlebt haben, das ist schon ein Ding. Daher kann ich dem Fraktionsvorsitzenden der Union, Herrn Dr. Böhr, aus persönlicher Sympathie nur nahe legen – ich sage das nicht ironisch, sondern sehr ernst –, einmal die Qualität seiner Zuarbeitung – um nicht zu sagen seiner Zuarbeiter – zu überprüfen. Das rege ich ernsthaft an, damit im Interesse einer objektiven Kommunikation nach außen nicht ein solcher Mist verbreitet wird, wie es erneut geschehen ist. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Kollege Bracht, Sie sind an diesen Informationen nicht unschuldig.

(Schweitzer, SPD: Er ist noch schlimmer!)

Das haben wir vorhin gehört. Das werden Sie auch nicht mit zehn persönlichen Erklärungen oder Kurzinterventionen aus der Welt schaffen können.

Meine Damen und Herren, im Laufe des Haushaltsjahres 2003 haben wir erkannt, dass wir Probleme auf der Einnahmenseite und auf der Ausgabenseite bekommen werden. Daher haben wir im September mit einer Haushaltssperre reagiert. Damals waren wir in Sorge, dass der gesamte Fehlbetrag um bis zu 550 Millionen Euro höher sein könnte, als wir ihn veranschlagt hatten. Bei den Steuereinnahmen haben wir ein Minus von 227 Millionen Euro zu verzeichnen. Die nicht steuerlichen Einnahmen sind 37 Millionen Euro hinter dem Haushaltsansatz zurück geblieben, was allerdings nahezu ausschließlich durch die Freistellung der Kommunen von ihrem Beitrag für die Flutopferhilfe verursacht worden ist. Es handelt sich um einen Betrag in der Größenordnung zwischen 34 Millionen Euro und 35 Millionen Euro. Bei den nicht steuerlichen Einnahmen haben wir also nahezu eine Punktlandung erreicht.

Zu den Ausgaben: Wir haben Mehrausgaben im konsumtiven Bereich von rund 120 Millionen Euro. Für Investitionen haben wir etwa 51 Millionen Euro mehr ausgegeben. Auf diese Entwicklung haben wir bei den investiven Ausgaben keinen Einfluss nehmen wollen, weil wir diese Entwicklung für sinnvoll erachtet haben.

Was die konsumtiven Ausgaben angeht, so haben wir es mit einigen wenigen Komponenten zu tun. Das Wohngeld beispielsweise ist um 48 Millionen Euro höher als veranschlagt. Das ist eine gesetzliche Verpflichtung, auf die wir keinen Einfluss nehmen konnten. Bei der Prozesskostenhilfe waren es 7 Millionen Euro mehr. Bei den Personalkostenzuschüssen für die Kindertagesstätten haben wir ein Mehr von 25 Millionen Euro zu verzeichnen. Bei den Drittmitteln für die Universitäten –denen natürlich entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen – haben wir einen Aufwuchs von 28 Millionen Euro zu verzeichnen. Beim Personal haben wir eine Ersparnis um 23 Millionen Euro erzielt. Das ist die Auswirkung der Maßnahmen, die wir im Spätsommer des vergangenen Jahres in Angriff genommen haben.

Meine Damen und Herren, wir schließen das Jahr 2003 mit einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 1.278 Millionen Euro im Kernhaushalt ab. Ich mache darauf aufmerksam, dass darin zwei Faktoren enthalten sind, mit denen wir uns im Gegensatz zu allen anderen Ländern freiwillig belasten. Wir dotieren den Pensionsfonds mit 111 Millionen Euro und das Beistandsdarlehen für die Kommunen mit 45 Millionen Euro. Lässt man dies außer Ansatz, dann beträgt die Nettokreditaufnahme rund 1,1 Milliarden Euro.

Der Finanzierungssaldo – ich muss auf diesen technischen Begriff kurz zu sprechen kommen – ist mit 1,215 Milliarden Euro negativ. Im vergangenen Jahr hatten wir nach ersten Schätzungen bei den Ländern insgesamt einen negativen Finanzierungssaldo von 33 Milliarden Euro.

Rechnerisch entfallen davon auf Rheinland-Pfalz etwas mehr als 1,6 Milliarden Euro. Dass wir aber 400 Millionen Euro unter diesem rechnerischen Anteil bleiben, mag ein Hinweis darauf sein, dass wir im vergangenen Jahr mit unserer Neuverschuldung beträchtlich hinter den übrigen Ländern, insbesondere auch hinter den alten Flächenländern, zurückgeblieben sind. Das hat mit

unserer Ausgabenentwicklung zu tun. Wir haben, dowohl geringer geplant – wobei der durchlaufende Posten Flutopferhilfe in Höhe von 130 Millionen Euro außen vor geblieben ist, damit das vergleichbar ist –, bei den Ausgaben einen Aufwuchs von 1,5 Prozentpunkten gehabt. Wir werden damit auch im Jahr 2003 nach den jetzt bekannten Zahlen unter dem Ausgabenzuwachs der westdeutschen Länder bleiben. In den vergangenen sieben Jahren sind wir insgesamt mit unserer durchschnittlich 0,8 % Ausgabenzuwachsrate pro Jahr sogar beträchtlich unter den Steigerungsraten der anderen Länder geblieben.

Die Union hat auch heute wieder durch ihren haushaltspolitischen Sprecher –auch in ihren Presseerklärungen – erklären lassen, dies sei durch die Ausgliederung in Landesbetriebe bedingt. Meine Damen und Herren, auch das ist falsch. Ich kann das jetzt im Rahmen meines Redebeitrags, da ich die Redezeit von 13 Minuten nicht überziehen will, nicht detailliert darstellen. Ich biete an, dass wir das einmal in einem offenen Dialog, dann aber auch bitte mit der Freundlichkeit, das aufnehmen zu wollen, erörtern,

(Beifall der SPD und der FDP)

und dass man in dieser Frage ein Stück weit bereit ist, sich dem Argument zu öffnen, auch wenn das dazu führt, dass man von seinem liebgewonnenen Vorurteil weggehen muss. Das wäre der Wunsch, den ich zum Abschluss meiner Ausführungen gern zum Ausdruck bringen wollte.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thomas für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nachdem ich heute Vormittag um diese Zahlen gebeten habe und weil ich der Meinung bin, dass man sie im Kontext mit den jetzt vorgelegten und diskutierten Zahlen besprechen muss, doch einige Anmerkungen von meiner Seite.

Herr Mittler, mutig, mutig, dass Sie sich mit den Zahlen heute so heraustrauen. Ich hatte vermutet, Sie präsentieren sie gegenüber der Presse und lassen noch einmal aus Ihrem Haus heraus erklären, wie es dazu gekommen ist. Sie haben heute doch Folgendes festgestellt:

- 1. Wir haben uns in den Ansätzen im Nachtragshaushalt 2003 ziemlich vergriffen. So lange ist das noch nicht her, dass wir ihn diskutiert haben. Acht Monate ist das her.
- 2. Ich habe auch nicht auf die Stimmen aus der Opposition gehört, die gesagt haben, es gibt in diesem Nachtragshaushalt Positionen, die deutlich unterveranschlagt sind. Herr Mittler, ich kann mich noch gut an unsere

Debatte erinnern, als wir über die Veranschlagung des Wohngelds gesprochen haben.

3. Sie haben das zwar nicht gesagt, aber es steht hinter dem, was Sie gesagt haben. Meine Haushaltssperre, die ich im September verhängt habe – wir GRÜNEN haben die schon im Mai eingefordert –, hat nicht funktioniert. Es ist mir nicht gelungen, den Anstieg von Ausgaben einzudämmen. Das hatte ich mir als Ziel gesetzt.

Schauen Sie sich das doch einmal an. Sie haben von einer Nettoneuverschuldung einschließlich der Landesbetriebe von rund 1,5 Milliarden Euro gesprochen. Nach dem Nachtragshaushalt waren rund 1 Milliarde Euro geplant. Das bedeutet, Sie haben 500 Millionen Euro mehr an Verschuldung in dem Haushaltsjahr eingefahren, für das Sie gerade den Abschluss machen. Sie haben sehr deutlich gesagt, dass davon "nur" 230 Millionen Euro einnahmenbedingt sind oder – in der Sprache der Regierungsfraktionen – ein Einnahmenproblem sind. Der größere Teil erstreckt sich also nicht auf das Einnahmenproblem, sondern auf Ihr Ausgabenproblem. Herr Mittler, es erstreckt sich vor allem auf Ihr Ausgabenproblem, weil Sie es nicht mit einer Haushaltssperre geschafft haben, von der Sie gesagt haben, dass sie sehr streng und strikt sein wird und Sie nur die Tür öffnen, wenn es um sinnige Investitionen geht, sie also streng und strikt sein wird, damit man die Ausgaben unter Kontrolle halten kann.

Ich bitte Sie noch einmal zu sagen, wie hoch Ihr Ausgabenwachstum im vergangenen Jahr war. Ich erinnere Sie noch einmal daran, dass Sie im Finanzplanungsrat bestimmte Größenordnungen mit abgesegnet haben. Sie haben nämlich gesagt, im Jahr 2003 sollten die Ausgaben nicht um mehr als 1 % steigen. Sie liegen deutlich darüber. Sie liegen auch in der Kombination mit dem Haushalt, den Sie uns heute vorschlagen zu verabschieden, über der 2%-Marke für die Jahre 2003 und 2004.

Ich sage noch einmal: Mutig, mutig. Wenn ich eine solche Bilanz vorlegen müsste, hätte ich das entweder verschämter getan oder klarer und deutlicher gesagt, wo das tatsächliche Versagen liegt. Er hat gesagt, wir sind noch prima im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

(Glocke der Präsidentin)

Herr Mittler, ich sage Ihnen das sehr klar und deutlich: Sie haben die Hand nicht darauf gehabt, und Ihnen laufen die Ausgaben auseinander, weil Sie die Haushaltssperre und die Ausgabenkontrolle in diesem Land nicht im Griff haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Burgard das Wort.

Abg. Burgard, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Ende der allgemeinen Aussprache

noch einige Ausführungen zu der bedeutenden Baumaßnahme machen, die wir alle gemeinsam tragen, die für die nächsten Jahre und auch für unsere gemeinsame Zukunft von Bedeutung ist. Es geht um den Bau einer Dokumentations- und Begegnungsstätte am ehemaligen SS-Sonderlager KZ Hinzert.

Am 25. Februar 1944, also fast genau vor 60 Jahren, standen 23 Luxemburger im Wald in Hinzert aneinandergekettet, nur mit einem Hemd bekleidet, an einer Grube und wurden nach und nach ohne Gerichtsurteil mit Schüssen in den Rücken erschossen. Es genügte, dass sie gegen die deutschen Besatzer protestierten und versuchten, einen Waffenbunker aufzubrechen. Der jüngste der Männer war 21 Jahre, der älteste 48 Jahre.

Vor zehn Jahren schrieb mir als Vorsitzendem des Fördervereins der Luxemburger Kulturminister Guy Dockendorf in einem Brief: Hinzert bedeutet ein friedloses, unfreies, in Angst und Ungewissheit gequältes Leben. Dies ganz persönlich für jeden einzelnen der über 13.000 Häftlinge.

Wir haben gemeinsam im Landtag im März 2002 einen Baustein für dieses gemeinsame Projekt gesetzt und einen grenzüberschreitenden Architektenwettbewerb ausgelobt, der nun im Sommer 2003 umgesetzt wurde. Die internationale Jury, darunter auch ehemalige Häftlinge, hat sich unter 28 Arbeiten aus der Großregion einstimmig für einen mutigen Entwurf des Architekturbüros Wandel, Höfer und Lorch entschieden. Es ist ein Entwurf mit eigenwilliger Konstruktion, der gleichwohl auch gut in die Landschaft passt.

Die Architekten, die bereits beim Neubau der Synagoge in Dresden mit dem Kritikerpreis für Architektur ausgezeichnet wurden und die derzeit auch das jüdische Kulturzentrum in München umsetzen, überzeugen durch eine eindringliche, funktional stimmige und ästhetisch herausragende Architektur. Die außergewöhnliche Hülle steht irritierend als Verwerfung in der idyllischen Landschaft.

Die Reaktionen auf das gemeinsame Projekt mit den zahlreichen Medienberichten zeigen aber auch die Betroffenheit vieler deutscher Familien. So rief mich an diesem Montag eine Frau aus Trier an, weil sie endlich das Schicksal ihres verschollenen Onkels erforschen will, der aus christlichem Widerstand heraus im KZ Hinzert war. Vor zwei Monaten schrieb mir ein Mann aus Kassel, weil er sich mit dem Leben seines Großvaters, der als SS-Mann in Hinzert eingesetzt war, schon seit Jahrzehnten beschäftigt und endlich Klarheit haben will.

Ehemalige Häftlinge aus Luxemburg und Hinzerter Bürger melden sich. Sie signalisieren, dass sie Gegenstände aus dem Lagerleben gern einem solchen Haus zur Verfügung stellen wollen.

60 Jahre nach der Befreiung der letzten Häftlinge sollten wir im kommenden Jahr den letzten Überlebenden und insbesondere auch den jungen Menschen in Europa, besonders in unseren Nachbarländern, ein Haus übergeben, wo Gedenken und Nachdenken einen besonderen Ort, einen Erinnerungsort, hat.

Robert Schuman, der große Europäer, in Luxemburg geboren und als Widerständler in der Pfalz in Haft, mahnte: Der Respekt vor dem anderen ist der Friede für alle.

Was würde Robert Schuman heute sagen, wenn er sieht, dass in den Wäldern um Hinzert bei Damflos wieder Militärfahrzeuge aus dem Dritten Reich herumfahren und diese Hakenkreuze mitführen? Er würde sagen: Wo ist der Respekt vor den Toten und den Überlebenden von Hinzert? – Wir alle sollten dies unerträglich finden. Ich danke der Polizei, die diesem schlimmen Spuk rasch ein Ende setzte.

Wenn wir Abgeordnete am 27. Januar landesweit zum nationalen Gedenktag in die Schulen gehen, sollten wir mit den jungen Menschen mit Blick auf die Jahre 1933 bis 1945 auf den Einsatz jedes Bürgers für Freiheit und Demokratie eingehen. Eine schuldlose Jugend soll keine ahnungslose Jugend sein. Die Expertenkommission der Bundesregierung hat die Bedeutung des Baus in Hinzert anerkannt und wird den Bau fördern. Wir rechnen mit 50 %

Ich danke nochmals allen Fraktionen für dieses gemeinsame Vorgehen, das Beachtung verdient. Es ist mehr als eine Pflicht. Es ist mehr als ein Haus. Wenn Professor Dostert dieser Tage aus Luxemburg schreibt und unseren Landtag lobt, so verbindet er damit die Hoffnung, dass noch viele Überlebende die Fertigstellung 2005 erleben dürfen. Setzen wir zügig einen Baustein auf den anderen, dass dieser Traum der Überlebenden und der Angehörigen der Getöteten Realität wird. Ich denke, 60 Jahre nach der Befreiung der letzten Häftlinge sind sie nicht vergessen. Wir setzen ein Zeichen für eine gemeinsame demokratische Zukunft. Wir schaffen Erinnerungsräume.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Damit sind wir am Ende der Grundsatzaussprache und die Aussprache zum Einzelplan 02.

Ich begrüße zunächst weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler des Sebastian-Münster-Gymnasiums Ingelheim, Schülerinnen und Schüler der Gehörlosenschule Vallendar sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft "Ausgaben-Budgetierung in öffentlichen Haushalten" der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Allen Gästen ein herzliches Willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zur Aussprache über den

Einzelplan 08

– Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 35 Minuten je Fraktion vereinbart.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 gestalten sich einerseits einfacher, als dies noch im Herbst des vergangenen Jahres zu erwarten war. Andererseits hat die im Rahmen des Steuerkompromisses erfolgte Besserstellung des Landes Rheinland-Pfalz dennoch nicht dazu geführt, dass wir auf stringente Sparmaßnahmen verzichten können und der Landeshaushalt nunmehr ohne Probleme wäre – im Gegenteil. Ein Haushaltsabschluss des Jahres 2003 mit einer erneut sehr hohen Neuverschuldung spricht eine deutliche Sprache, wobei ich die Zahlen offen lassen will. Es wird sich sicher klären, ob unsere Zahlen stimmen oder die von Herrn Finanzminister Mittler.

(Ministerpräsident Beck: Das ist geklärt!)

- Für uns ist es bis jetzt noch nicht geklärt.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang erscheinen allerdings die Äußerungen des Finanzministers, der es nach eigenem Bekunden lieber gesehen hätte, wenn die Steuerpläne der rotgrünen Bundesregierung in vollem Umfang Gültigkeit erlangt hätten, sehr unverständlich. Sie erscheinen vor diesem Hintergrund eher als nicht redlich.

Herr Minister Mittler, wo wären wir gelandet, wenn es nicht unter dem Zwang zur Einigung im Vermittlungs-ausschuss zu einer Lösung gekommen wäre, die unser Land vor noch Schlimmerem bewahrt hat? Nach unserer Überzeugung – damit stehen wir nicht allein – übersteigt der vorliegende Regierungsentwurf die Verfassungsgrenze um rund 100 Millionen Euro und ist damit nicht verfassungskonform. Da eine Haushaltskonsolidierung nicht nach dem Motto "Allen wohl und niemand weh" erfolgen kann, haben wir entsprechende Einsparanträge gestellt, die nach Lage der Dinge nicht ohne schmerzliche Einschnitte möglich sind und nicht am Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministers vorbeigehen können.

Der Haushalt für das Jahr 2004 führt uns deutlich vor Augen, dass wir in Rheinland-Pfalz eine Kernfrage lösen müssen, nämlich die, wie wir eine erfolgreiche Strukturförderung im Land künftig mit weniger anstatt mehr Haushaltsmitteln gestalten können.

Drei Zahlen dokumentieren, welche Aufgaben wir zu lösen haben.

- 1. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt in Rheinland-Pfalz noch immer einmal auf dem vorletzten und einmal auf dem letzten Platz und dem zweitletzten Platz der alten Bundesländer.
- 2. Das langjährige Wirtschaftswachstum Herr Ministerpräsident, ich widerspreche Ihnen nicht – für das Jahr 2002/2003 war sehr gut. Das hatte aber andere Ursachen. Das hatte die einzige Ursache, dass die Binnenkonjunktur in der gesamten Bundesrepublik am

Boden war und uns unsere drei großen exportstarken Firmen herausgerissen haben. Aufgrund dessen hatten wir ein sehr gutes Wirtschaftswachstum. Ich beklage das nicht. Ich freue mich darüber, dass es so ist. Wäre es für die anderen Jahre auch so, ständen wir besser da. Im langjährigen Mittel liegt Rheinland-Pfalz mit rund 8,8 % gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 10,2 % in der ganzen Liste der westlichen Bundesländer hinten.

3. Die Zahl der Arbeitsplätze ist mit 290 Arbeitsplätzen je 1.000 Einwohner nach wie vor die niedrigste aller westlichen Bundesländer. Deshalb müssen wir klare Prioritäten setzen. Diese Priorität heißt: Vorrang für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Forschung und Entwicklung. – Um auch mittelfristig Spielraum für die Finanzierung von neuen Prioritäten zu schaffen, müssen auch im Einzelplan 08 unserer Überzeugung nach Kürzungen vorgenommen werden.

(Beifall der CDU)

Dies ist nach unserer Auffassung – das wurde schon angesprochen – eine Erhöhung der globalen Minderausgabe um 3,5 Millionen Euro. Wir sind der Auffassung, dass die bereits bestehende globale Minderausgabe um den Betrag von diesen 3,5 Millionen Euro durch Einsparungen über alle Haushaltsansätze zusätzlich eingespart werden kann. Vordringlich sollten es Einsparungen im nicht investiven Bereich sein.

Für die Haushaltsansätze in Titel 346 01 – Einnahmen aus Erstattungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung –, so genannte EFRE-Mittel, beantragen wir eine Reduzierung um 5 Millionen Euro, weil wir der Auffassung sind, dass die extrem angespannte Haushaltslage eine Reduzierung dieses Ansatzes rechtfertigt und wir davon ausgehen, dass sich dieses EU-Programm künftig mehr auf die neuen Beitrittsländer der EU konzentrieren wird und von daher die Möglichkeiten der EU eingeschränkt werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die Hauptbeitragszahler der Europäischen Union sowohl nicht in der Lage als auch nicht willens sind, ihre Beitragszahlungen noch weiter auszuweiten,

(Dr. Schiffmann, SPD: Das ist doch frühestens 2007!)

wie dies in einem gemeinsamen Schreiben des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an die EU-Kommission deutlich wird.

Die EU-Kommission will bekanntlicherweise die Beiträge von 1 % auf 1, 23% des Bruttoinlandprodukts erhöhen, was naturgemäß den sofortigen Einspruch der Bundesregierung provozierte. Meine Damen und Herren, dies gilt ebenso für unseren Antrag zu Titel 892 04. Sonstige Investitionsvorhaben im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung: Hier fordern wir eine Reduzierung um 20 Millionen Euro aus dem gesamten Deckungskreis. Diese Ansätze sind im Übrigen durch die zusätzliche Besonderheit gekennzeichnet, dass auch unter Berücksichtigung der umfänglichen gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Haushaltsansätze im Einzelplan 08, wie auch in anderen Einzelplänen des Haushalts, per Oktober 2003 Haushaltsausgabenreste von

mehr als 40 Millionen Euro zu verzeichnen waren. Die sich unter Berücksichtigung dieser Reduzierung ergebenden neuen Ansätze entsprechen im Übrigen den Ist-Ausgaben des Jahres 2002.

Daher sind wir unter Würdigung dieser Umstände der Auffassung, dass diese Einsparungen nicht nur ohne Schaden für die rheinland-pfälzische Wirtschaft möglich, sondern auch durch die Finanzsituation unseres Landes absolut notwendig sind.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus - lassen Sie mich dies in diesem Zusammenhang auch sagen, Herr Minister Bauckhage müssen wir gerade in der letzten Zeit immer öfter zur Kenntnis nehmen, dass die Bereitschaft der Wirtschaft, solche EU-Programme in Anspruch zu nehmen, deutlich zurückgeht, weil der damit verbundene bürokratische Aufwand mittlerweile eine Größenordnung erreicht hat, der von den Betroffenen als unzumutbar empfunden wird. Hierzu habe ich auch einen passenden Vergleich gefunden – er lautet –: "Die 10 Gebote Gottes enthalten 279 Wörter, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung enthält 300 Wörter, aber die Verordnung der Europäischen Gemeinschaft über den Import von Karamellbonbons enthält exakt 25.911 Wörter". Meine Damen und Herren, dann muss man sich über nichts mehr wundern.

(Vereinzel Beifall bei der CDU)

Mein Kollege Thomas Weiner wird nachher noch näher auf die bürokratischen Hindernisse eingehen.

Meine Damen und Herren, wir haben ebenso eine Reduzierung der Kreditaufnahme des LSV um 10 Millionen Euro durch Einsparungen bei den Sach- und Personalkosten, nicht bei den Investitionen, beantragt. Dies sind rund 4 % der im Wirtschaftsplan veranschlagten Sach- und Personalkosten. Bei der von der Landesregierung immer verkündeten Notwendigkeit der Anwendung kaufmännischer Grundsätze ist diese Forderung gerade auch im kaufmännischen Sinn unabdingbar und nicht überzogen. Wir sind der Meinung, dass bei dem gebalten Sachverstand von drei Geschäftsführern dies eigentlich möglich sein müsste.

Meine Damen und Herren, im Übrigen wurde bei der Beratung der Umstrukturierung der Straßenverwaltung zu einem Landesbetrieb Straßen und Verkehr zu keiner Zeit davon gesprochen, dass dieses Modell erst im Jahr 2018 voll greift. Dies haben wir erst vor kurzem erfahren. Meine Damen und Herren, bemerkenswert ist, dass dies auch zur Überraschung einzelner Mitglieder der Regierungskoalition erfolgte.

Meine Damen und Herren, wir sind immer dafür eingetreten, dass für den Landesstraßenbau mehr Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf und die von dieser Koalition zu verantwortende Finanzsituation des Landes lässt ohne zusätzliche Neuverschuldung eine Ausweitung dieser Mittel in diesem Jahr leider nicht zu. Dies möchte ich hier deutlich machen, dass auch wir das anerkennen, um einer Legendenbildung vorzubeugen. Ich sage dies

auch vor dem Hintergrund eines vom LSV selbst festgestellten Investitionsrückstaus von 560 Millionen Euro allein bei den Landesstraßen.

Zum Bauprogramm Landesstraßen habe ich gerade in der letzten Plenarsitzung die Art und Weise der Veröffentlichung dieses Bauprogramms kritisiert. Diese Kritik halten wir in vollem Umfang aufrecht. Ich habe mich auch umfänglich zum Zustand der Landesstraßen geäußert. Daher möchte ich mich heute auf wenige wesentliche Bemerkungen beschränken.

Das vorgelegte Bauprogramm enthält zum großen Teil nur Projekte, die entweder aus Vorjahren in Teilstücken übernommen nach der so genannten Sarotti-Mohr-Methode "Hier ein Stückchen, da ein Stückchen" oder um längst fällige Maßnahmen, die zum größten Teil erst im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden sollen. Das kann auch erst im Dezember 2004 meinetwegen durch einen Spatenstich geschehen.

Woher der Wirtschaftsminister in diesem Zusammenhang dann den Mut aufbringt, von einem epochalen Programm zu sprechen, erschließt sich mir bis heute nicht. Neue Maßnahmen sind kaum auszumachen. Die von der Landesregierung noch im Spätsommer vergangenen Jahres euphorisch gefeierten Erfolge über die in diesem Jahr vorgesehen Baumaßnahmen im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans drohen sich nunmehr zu verflüchtigen. Die im Bundeshaushalt durch chaotisches Regierungshandeln fehlenden Mauteinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro sind auch ein ernstes Problem für unser Land, meine Damen und Herren.

Meine seinerzeitige Einschätzung zu den tatsächlichen Möglichkeiten und der Realisierbarkeit war leider realistisch, wie ich heute feststellen muss. Die Aussage von Ihnen, Herr Minister Bauckhage, dass dieser Bundesverkehrswegeplan realistisch durchfinanziert ist, ist nun Illusion. Was denn nun, Herr Bauckhage? Dem Vernehmen nach will Herr Stolpe die fehlenden 1,3 Milliarden Euro mit Krediten finanzieren. Hier passt wieder der Ausspruch von Mauriac, der sagte: "Die Finanzierung von Luftschlössern kostet nichts, aber ihre Zerstörung ist sehr teuer." Wie wahr.

Meine Damen und Herren, das Land muss sich wohl auch darauf einstellen, dass die Bahnreformmittel des Bundes mittelfristig rückläufig sind und dies weitere schmerzliche Konsequenzen für die künftigen Haushalte haben wird.

Es würde uns im Übrigen brennend interessieren, bis wann und mit welchen Mitteln die von der Landesregierung fest versprochene Hunsrückbahn gebaut werden soll. Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass wir für die Lösung schwieriger wirtschaftspolitischer Aufgaben weniger Mittel haben werden, fordert der FDP-Fraktionsvorsitzende – das ist auch schon angeklungen –, Herr Kollege Kuhn, dass für die Hochschulen in den kommenden Jahren jährlich 100 Millionen Euro mehr zu zahlen sind.

(Kuhn, FDP: Jährlich 50 Millionen! – Frau Morsblech, FDP: In zwei Jahren!)

– Das ist wieder relativiert. In Ordnung, also für zwei Jahre 100 Millionen. Auch das ist schon ein dicker Brocken. Diese Mittel, verehrter Herr Kollege Kuhn, können nur aus dem Gesamthaushalt aufgebracht werden. Das wird auch am Einzelplan 08 sicherlich nicht spurlos vorbeigehen können. Ich hoffe, das ist auch jedem bewusst; denn die Luft ist aus diesem Haushalt raus, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Mohr.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch die angespannte Haushaltslage im Jahr 2004 ist der freie Gestaltungsspielraum der Einzelpläne noch immer außergewöhnlich eng. Auch der Einzelplan 08, den wir nun beraten, der mit seinen 1,064 Milliarden Euro ein beachtliches Ausgabenvolumen aufweist, hat nur noch enge freie Gestaltungsspielräume zur Erfüllung seiner Aufgaben. Vieles erfolgt in vorgezeichneten Bahnen.

Wie gut dieser Haushalt aber dennoch sein muss, zeigt sich in der geringen Anzahl der Entschließungs- und Änderungsvorschläge, die von der CDU-Fraktion eingereicht wurden. Im reinen Wirtschaftsbereich und ohne den Verkehr sind es gerade einmal zwei Änderungs- und ein Entschließungsantrag.

Inhaltlich beziehen Sie sich auf die regionale Strukturförderung bzw. die Einnahmen und die Ausgaben im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, also der EFRE-Mittel.

Herr Wirz, ich muss Ihnen sagen, es hat mich fast umgehauen, als ich diesen Entschließungsantrag bzw. diesen Änderungsantrag gesehen habe. Ich habe meinen Augen nicht getraut; denn das ist – der Minister hat es schon angedeutet – eine totale Luftnummer, und zwar ist Ihnen doch wirklich unterlaufen, dass Sie bei den EFRE-Mitteln, bei den Einnahmen, 5 Millionen eingespart haben.

(Vizepräsidentin Frau Grützmacher übernimmt den Vorsitz)

Sie haben auf der anderen Seite aber auch bei den reinen Ausgaben der EFRE-Mittel 20 Millionen eingespart. Das heißt, Sie haben zwischendrin eine Luftnummer von 15 Millionen.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe mir lange Gedanken gemacht, wie Ihnen das eigentlich passieren konnte.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Ich kann mir das nur erklären, dass Sie meinen, das sei ein Mischtitel. Es handelt sich aber um einen reinen EFRE-Mittel-Titel. Das heißt, das, was sie gemacht haben, geht überhaupt nicht auf.

Herr Wirz, ich muss Ihnensagen, an und für sich hätten Sie sich Ihre Ausführungen schenken können. Sie haben nämlich in Ihrer Haushaltsrede von 2003 gefordert, die Mittel, die eingesetzt würden, müssten an ihrem wirtschaftlichen Ertrag in der Summe an der Leistungskraft der Wirtschaft unseres Landes gemessen werden.

Ich meine, ich brauche heute nur auf Presseveröffentlichungen der vergangenen Jahre oder des vergangenen Jahres zu verweisen, die unserem Land im Bundesvergleich eine mehr als ordentliche Position zugestehen. Herr Ministerpräsident Beck und Herr Minister Bauckhage haben darauf verwiesen.

Herr Wirz, Sie hätten heute eigentlich nur unsere Wirtschaftspolitik konsequenterweise loben müssen, sonst nichts. Das wäre von Ihnen konsequent gewesen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Einsparungsvorschläge der GRÜNEN sind da schon etwas diametraler. Bereits am 13. Januar war in vielen Tageszeitungen zu lesen, dass die GRÜNEN über 23 Millionen Euro mehr in Hochschulen, Schulen und erneuerbaren Energien investieren wollen und es tiefe Einschnitte bei den Subventionen geben soll.

Insgesamt könne der Etat um 36 Millionen Euro abgespeckt werden. Frau Thomas hat dann in der Presse – ich meine, das war mehr dramaturgisch – gefordert, dass Investitionen in die Bildung statt in den Beton fließen sollen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich ebenfalls eine dramaturgisch enge Auslegung mache. Ich frage dann: Wo sollen die gut ausgebildeten Schüler dann schließlich arbeiten? Wo sollen sie ihr Brot verdienen?

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Im Straßenbau!)

 Herr Dr. Braun, Sie wissen genau, diese Investitionen in Beton bedeuten auch Aufträge, Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter und Kaufkraft.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, ich muss Ihnen das nicht sagen.

(Zurufe von der FDP: Doch! – Zurufe von der SPD: Immer wieder!)

- Danke.

Frau Thomas, Frau Kiltz, Herr Dr. Braun, Sie wissen auch, dass wir in Rheinland-Pfalz gerade der Bildungspolitik einen sehr hohen Stellenwert beimessen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich kann auch diese kategorische Einstufung unserer Wirtschaftsförderprogramme in effektive und ineffektive nicht ganz nachvollziehen.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Ich halte das für ziemlich mutig, das so zu machen.

Auch wir wissen, dass nicht alle Fördermaßnahmen das erwartete Niveau gleich erreichen. Natürlich sind nicht immer alle Maßnahmen von überdauerndem Erfolg gekrönt. Nur wer nichts macht, macht auch keine Fehler, meine Damen und Herren.

(Staatsminister Zuber: Das ist schon ein Fehler!)

Auch wir sagen, dass eine Evaluierung der Maßnahmen stattfinden muss. Darin sind wir uns alle einig. Das besagt auch schon der Rechnungshofbericht.

Dennoch müssen auch die Oppositionsparteien zugeben, dass im Vergleich mit den anderen Bundesländern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Bundesland besonders in den letzten Jahren gestimmt haben müssen. Wo sonst kämen diese guten Werte her?

Meine Damen und Herren, in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz spielt eine gute Infrastruktur eine wichtige Rolle; denn es müssen nicht nur Reben und Rüben transportiert werden, wie Herr Mertes einmal gesagt hat, sondern es müssen viele Waren und Güter transportiert werden und auch die Beschäftigten müssen von einem Ort zum anderen gelangen.

Wer von seiner aktiven Bevölkerung Mobilität verlangt, muss dafür die Voraussetzungen schaffen. Deshalb werden wir die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, auch die der Straßen, auf einem angemessenen Niveau halten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden weiterhin angemessen in die Straßenunterhaltung und den Straßenbau investieren. Mein Kollege Herr Nink wird dazu genauere Ausführungen machen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik scheint es wirtschaftlich nach der Stagnationsphase wieder aufwärts zu gehen. Diese Signale für den Aufschwung sind den Zeitungen zu entnehmen. Viele erwarten den Aufschwung! Wir hoffen darauf! Auf Zahlenspekulationen möchte ich mich gar nicht erst einlassen.

Heute beraten wir im Einzelplan 08 einen Haushalt, der bei einem hohen Ausgabenvolumen aber auch eine hohe Investitionsquote von ungefähr 36 % aufweist. Die Finanzhilfen wurden bereinigt und gegenüber 2002 um ca. 8 % zurückgefahren.

Meine Damen und Herren, das Ausgabenvolumen dieses Haushalts wird aber auch signifikant – das muss man wissen – von einem Anstieg der Drittmittel geprägt.

Die Summe der Drittmittel erreicht mehr als 60 % der Ausgaben, und ein Großteil dieser Drittmittel entzieht sich des direkten Einspareffekts.

Verbunden mit den vielen Verpflichtungsermächtigungen, die es nun einmal in diesem Haushalt gibt, weil auch die Maßnahmen über längere Zeiträume laufen, ergibt sich trotz des großen Volumens ein relativ geringer Gestaltungsspielraum noch für den Haushalt 2004.

Aber ich muss sagen, obwohl die Gestaltungsspielräume enger geworden sind, sind auch in diesem Haushalt nicht der Blick und die Ausrichtung auf wichtige Positionen und Inhalte verloren gegangen.

Unser Bundesland wird sich auch weiterhin als ein Zukunftsstandort für die Industrie qualifizieren. Neben der Fortsetzung der Konversionsmaßnahmen, der Technologieförderung, der Förderung des Technologietransfers von unseren Technischen Hochschulen und Universitäten in die Betriebe stellen die Wirtschaftsförderung im Rahmen der Strukturhilfeprogramme und das Mittelstandsprogramm wesentliche Schwerpunkte im Haushalt dar

Meine Damen und Herren, diese genannten Strukturhilfeprogramme mit ihren ergänzenden Drittmitteln von Bund und EU bringen zusätzliches Kapital in unser Bundesland. Deshalb kann ich Ihren Änderungsantrag überhaupt nicht verstehen, Herr Wirz. Man kann nicht nachvollziehen, dass ein Kapital von – Sie müssen es umgekehrt addieren – 25 Millionen Euro verloren ginge.

Das versteht er wahrscheinlich nicht.

(Staatsminister Bauckhage: Das versteht er nicht, das hat keinen Zweck! – Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Ich glaube, ich habe es besser verstanden. Mir ist es nämlich aufgefallen, Herr Wirz.

Diese Drittmittel haben aber auch den Nachteil, dass sie, wenn sie nicht abgerufen werden, in andere Bundesländer fließen und dort zusätzlich Wettbewerbsvorteile schaffen, die uns dann verloren gehen.

(Staatsminister Bauckhage: So ist das!)

Meine Damen und Herren, rund 80 % unserer Mittel aus der Wirtschaftsförderung fließen in den privaten und öffentlichen Investitions- und Finanzierungsbedarf.

Sie haben moniert, dass in der letzten Zeit die Antragstellung sehr schleppend gewesen war. Sie haben das auf ein hohes Maß an Bürokratisierung zurückgeführt. Ich sage Ihnen, das war das Zeichen einer schwachen Konjunktur; denn man merkt jetzt – das hat sich auch gezeigt –, dass die Antragstellung angezogen hat.

Bislang sind 50 % der Fördermittel für 2004 – wenn ich von diesem jetzigen Zeitpunkt ausgehe – bereits eingesetzt worden. Es ist so nicht, wie Sie gesagt haben, dass es zu einem absoluten Stau kam.

Meine Damen und Herren, wir haben in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Wirtschaftsförderung durch die Einrichtung unserer Investitions- und Strukturbank (ISB) ein besonderes Instrumentarium, das unserem Land in der Wirtschaftsförderung ein ganz besonderes Profil verleiht.

Wir bekommen über die ISB eine Wirtschaftsförderung aus einer Hand, aus einem Verbund. Das erleichtert alle Vorgänge, sei es bei der Beratung, bei der Darlehensgewährung oder auch bei der Erstellung neuer Finanzierungsprogramme für die einzelnen Betriebe.

Meine Damen und Herren, ich meine, in diesem Zusammenhang ist es ganz wichtig, dass das Instrumentarium der ISB durch seine Schaffung die Investitions- und Wirtschaftsförderung unabhängig von den Haushaltsmitteln macht. Die ISB als eigenständige Bank ist in der Lage, eine "haushaltsfreie" Wirtschaftsförderung zu betreiben. Darin sehen wir große Vorteile.

Meine Damen und Herren, die Mittelbereitstellung im Haushalt 2004 wird vor allem in den Gebieten des Landes, die zur Förderkulisse der GA-Förderung, zu den EU-Fördergebieten – Ziel 2 – gehören, sowie in den Konversionsgebieten dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur dienen. Mehr als 4.500 Projekte wurden und werden weiterhin unterstützt, um die Wettbewerbsposition für die Wirtschaft zu halten. Die Förderungen und auch die Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung neuer Gewerbegebiete leisteten einen Beitrag, die Wirtschaftsstruktur besonders in den strukturschwachen Gebieten, von denen es in Rheinland-Pfalz viele gibt, weiterhin zu stärken und konkurrenzfähig zu machen. Ich könnte Ihnen gute Beispiele aus der Westund der Südwes tpfalz nennen.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch ewähnen, dass man auf die Vorratsplanung im Bereich der Gewerbe- und Industriegebiete verzichten sollte; denn wir haben noch sehr viele Gewerbe- und Industriegebiete zur Vermarktung frei liegen.

Ich möchte nicht versäumen, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, dass wir im Rahmen des Einzelplans 08 unseren Beitrag dazu geleistet haben, dass sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt dank der Bündelung vielfältiger Initiativen der Arbeitsverwaltung, der Kammern, der Gewerkschaften und mit Unterstützung der Landesregierung zum Jahresende besser entwickelt hat, als man noch vor einigen Monaten erwartet hätte. Der so genannte ovale Tisch unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und drei weiterer Ministerinnen und Minister hat zum Erfolg geführt und mit dazu beigetragen, dass 98,5 % der ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle antreten konnten. Ich glaube, dies ist ein schöner Erfolg, der rechtfertigt, dass dieses Sonderprogramm im Haushalt fortgesetzt wird, obwohl die allgemein schwierige Konjunkturlage auch in Rheinland-Pfalz eine Vermittlung von Ausbildungsplätzen eigentlich erschwert hätte.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sind in Rheinland-Pfalz auf einem guten und soliden wirtschaftlichen Weg. Dies soll aber nicht heißen, dass wir uns nun zurücklehnen können. Dazu besteht grundsätzlich nie ein

Grund. Ich meine aber, wir können von einem soliden Niveau aus weiterarbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wirz für eine Kurzintervention.

(Dr. Schiffmann, SPD: Erzählen Sie doch einmal etwas über EFRE!)

Abg. Wirz, CDU:

Frau Präsidentin! Frau Kollegin Mohr, ich habe nicht behauptet, dass es einen Stau gegeben hätte. Ich habe nur gesagt, dass wir davon ausgehen – dies ist unsere Einschätzung der Situation –, dass die EU in den nächsten Jahren nicht mehr die Mittel zur Verfügung haben wird, um die EFRE-Mittel so zu vergeben, wie dies bisher der Fall war.

(Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Darüber hinaus habe ich deutlich gemacht –das ist unsere Einschätzung, die auch belegt ist –, dass die Bereitschaft der Wirtschaft, diese Mittel in Anspruch zu nehmen, sehr stark rückläufig ist.

(Schwarz, SPD: Das stimmt auch nicht!)

Dies sind unsere Gründe, wohl wissend, dass es sich um Kofinanzierungsmittel handelt und wir mit den beantragten Kürzungen den Haushalt nur um 50 % entlasten. Aber gleichwohl sind wir der Auffassung, dass es keinen Sinn hat und auch nicht redlich ist, Haushaltsentwürfe zu veranschlagen, bei denen man im hohen Maße davon ausgehen muss, dass sie nicht in dieser Höhe zum Tragen kommen werden. Dies ist unsere Einschätzung, und daher diese Anträge.

(Beifall der CDU – Dr. Schiffmann, SPD: Das ist so etwas von hanebüchen! – Wirz, CDU: Sie sollten lieber von etwas reden, von dem Sie etwas verstehen!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zur Entgegnung hat Frau Abgeordnete Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Meine Damen und Herren! Herr Wirz, ich möchte nur darauf hinweisen, Sie wissen, dass diese Förderprogramme von 2000 bis 2006 laufen und für die Kernregionen sogar bis 2008, für die Übergangsregionen bis 2007, Anträge gestellt werden können.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Weiterhin muss man sagen, wenn ein Programm ab 2000 läuft, gibt es zu Beginn eine Latenzzeit, bis diese Dinge umgesetzt werden können. So war es auch in diesem Fall. Diese Dinge konnten an und für sich erst 2001, 2002 voll anlaufen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

- Ich mache Ihnen gar keinen Vorwurf.

Sie beziehen sich auf dieses Gutachten, das 2003 manifestiert wurde. Damals war aber noch nicht alles erfasst. Heute hat man 50 % der Mittel bereits zum Einsatz gebracht, Herr Wirz. Hören Sie doch einmal zu! Lassen Sie sich belehren, lesen Sie nach.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP – Staatsminister Bauckhage: Das sind nur seine Vorurteile!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich betonen, wir streichen nicht deswegen am meisten im Einzelplan 08 des Wirtschaftsministeriums, weil der Wirtschaftsminister von der FDP kommt. Wir streichen deswegen am meisten im Einzelplan 08, da dort am meisten gestrichen werden kann, ohne dass es Schäden verursacht, und weil dort am meisten ausgegeben wird, ohne dass es Effekte verursacht, meine Damen und Herren.

(Creutzmann, FDP: Das ist eine Behauptung von Ihnen!)

Wir hätten nämlich gern eine Wirtschaftsförderung, die nachweisliche Effekte hat. Wir haben viele Berichte. Herr Bauckhage, wir kennen sie alle, Sie müssen sie nachher nicht noch einmal alle aufzählen. Aber wir haben keine nachvollziehbaren, sondern nur geschätzte Effekte, wo Sie mit Ihren Fördermitteln Arbeitsplätze erhalten oder eventuell auch neue geschaffen haben.

Aber meine Damen und Herren, die Gezieltheit der Schaffung von Arbeitsplätzen auch im Mittelstandsprogramm, dessen Sie sich immer rühmen, hat deutlich abgenommen. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen durch diese Programme hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Dies schreiben Sie selbst in der Bilanz der Wirtschaftsförderung von 1997 bis zum Jahr 2002. Neuere Zahlen liegen uns nicht vor. Dort ist nachzulesen, dass im Jahr 2000 etwa 8.000 und im

Jahr 2002 nur noch 4.3000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, also die Hälfte der Arbeitsplätze, die Sie zumindest schätzen und angeben. Genau verfolgen lässt es sich leider nicht, in welchen Firmen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Deswegen sagen wir, wir können die Mittel, die wir vorschlagen einzusparen, gezielter einsetzen. Wir haben auch Haushaltstitel im Einzelplan 08 erhöht, beispielsweise bei der Förderung der Energiewirtschaft, also bei den erneuerbaren Energien, und auch bei der Förderung der Ausbildungsplatzsituation. Dort, wo es besonders eng ist und wo junge Leute Ausbildungsplätze suchen, können nach unserer Meinung mit gezielten Förderungen auch in Verbundlösungen neue und mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das ist uns wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Mohr, ich bedanke mich dafür, dass Sie uns verdächtigen, dass wir nicht wissen, dass Investitionen auch in Beton fließen.

(Frau Mohr, SPD: Dramaturgisch!)

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal vor einem Windkraftwerk standen. Ich will Sie informieren: Das ist nicht aus Jute und auch nicht aus nachwachsenden Rohstoffen. Derzeit wird erprobt, Windkraftwerke aus Holz herzustellen. Aber derzeit ist es nun einmal aus Stahl und Beton. Die Platte ist aus Beton, und der Turm oder das Gerüst sind meist aus Stahl, und das wissen wir sehr wohl. Meine Damen und Herren, aber dennoch wollen auch GRÜNE Investitionen in solchen Bereichen. Wir sprechen uns aber für solche Investitionen aus, die sich tragen und die auch effektiv sind.

(Staatsminister Bauckhage: Das entscheiden nur Sie, nicht die Wirtschaft! Sie entscheiden das, das ist klar!)

Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen. Soweit uns bekannt ist, hat das Land in Ziel-2-Gebieten, also in besonderen Fördergebieten, Biomasseanlagen gefördert. 2,16 Millionen Euro flossen insgesamt in diese Projekte.

Wir haben insgesamt den Effekt, dass wir aus diesen erneuerbaren Energieanlagen insgesamt 0,66 Megawatt Strom pro Stunde gewinnen können. Meine Damen und Herren, wenn die Anlagen auf die Dauer betrieben werden, ist das so viel wie das, was etwa aus drei oder vier großen Windkraftanlagen herauskommt. Diese müssen wir so nicht fördern, weil sie durch das EEG genug gefördert werden.

Jetzt besteht natürlich die Frage, wie wir die Biomasse auch in Rheinland-Pfalz fördern können. Wir sind nicht gegen eine Biomasseförderung, das ist vollkommen klar. Aber wir sind dagegen, dass Einzelprojekte zu hoch gefördert werden und andere dann nicht zur Realisierung kommen können. Es ist in der Vergangenheit auch bei der Solarkraft geschehen, dass manche Anlagen sehr deutlich gefördert wurden und dadurch die Anzahl

der Anlagen nicht so groß war, wie wir dies gern gehabt und in einem Förderprogramm festgelegt hätten.

Wir sagen Förderung ja, gezielt, aber auch auf die Effizienz ausgerichtet. Herr Bauckhage, ich glaube, da lässt sich in Ihrem Ministerium mit weniger Mitteln noch bedeutend mehr tun, als dies im Moment getan wird.

(Beifall der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch Vorschläge gemacht, in den Bereichen der Forschung Förderung abzubauen, beispielsweise im Bereich der Nanotechnologie. Dort gibt es das berühmte IMM, das Institut für Mikrotechnik in Mainz, das mittlerweile knapp 100 Millionen DM, also 50 Millionen Euro in den letzten Jahren verschlungen hat und immer noch nicht die entsprechenden Effekte zeigt.

Wir sagen, es ist richtig, Anfangsinvestitionen zu fördern. Es ist richtig, meinetwegen auch durch Bürgschaften Investitionen zu fördern. Aber dauerhafte Subventionen, egal in welchen Bereichen, die nicht zurückgefahren werden, sind weder wirtschaftlich noch erfolgreich und können deswegen auch nicht durch öffentliche Gelder gefördert werden. Am Ende sind dies Millionengräber, von denen wir leider in Rheinland-Pfalz zu viele haben.

(Beifall der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie nennen das immer einen Erfolg. Vielleicht gibt es auch den einen oder anderen Erfolg in der Konversion, das ist unbestritten. Aber in manchen Einzelbereichen, auch in der Konversion, muss man noch einmal überprüfen, wo viele Arbeitsplätze geschaffen werden, wo aber auf Dauer einfach Verluste ausgeglichen und nicht neue Investitionen gefördert werden. Ein solcher Bereich ist beispielsweise das MIT in Zweibrücken, bei dem mittlerweile vom Wirtschaftsministerium ein Verlust von 650.000 Euro allein in diesem Jahr ausgeglichen wurde. Ich bin nicht dagegen, dass in dem einen oder anderen Fall ausgeglichen wird. Das sind aber dauerhafte Verluste, die in den letzten Jahren immer wieder angefallen sind. Dann müssen wir doch darauf hinweisen, aus öffentlichen Mitteln, aus Steuergeldern einfach Firmen zu unterstützen, auch wenn sie nicht rentabel laufen, kann auf die Dauer nicht gut gehen. Das ist schädlich. Das ist vor allem Verschwendung von Geld, das man in anderen Bereichen besser nutzen könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe vorhin schon angedeutet, ich möchte Ihnen diese Bereiche noch einmal aufzählen. Wir wollen ein Sonderprogramm auflegen, das die Landwirtschaft mit der Energiewirtschaft verbindet, das also die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft befähigt, mehr in erneuerbare Energien und mehr in Anlagen zu investieren, die beispielsweise Grünpflanzen vergären und daraus Strom gewinnen, die beispielsweise Schwachholz verarbeiten können und daraus Strom gewinnen, dies in einer effektiven Art und Weise machen, beispielsweise Verbrennung von Holz in einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage.

Wir haben dadurch auch entsprechende Umwelt- und Arbeitsplatzeffekte durch diese Förderung, die wir machen. Die Förderung muss nicht sehr hoch sein, weil das Erneuerbare-Energien-Gesetz schon eine Grundförderung vorsieht. Aber sie kann in Rheinland-Pfalz gezielt eingesetzt werden und schafft und erhält deswegen Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Wir kürzen dagegen bei den Erschließungen von Gewerbegebieten, weil wir sagen, es gibt eine ganze Menge von Gewerbegebieten, die in Konkurrenz zueinander erschlossen werden. Wenn wir durch die Dörfer fahren oder laufen, sehen wir überall neue Gewerbegebiete, manchmal direkt nebeneinander. Diese Konkurrenz, die sich die Dörfer untereinander machen – ich weiß natürlich warum, um nämlich Gewerbesteuer für sich selbst akquirieren zu können –, ist natürlich nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch schädlich.

Wenn ich sehe, dass zum Beispiel für eine Gewerbeerschließung im Hunsrück drei Millionen Euro an Förderung gezahlt wird, was Sie in einer Presseerklärung erklärt haben, Herr Bauckhage, dann frage ich mich, ob diese Investition trägt. Ist diese Investition so sinnvoll? Wäre sie nicht auf andere Art und Weise möglich gewesen, wo überall Gewerbegebiete momentan leer stehen und nicht genutzt werden?

Zum Abschluss komme ich noch einmal zu den erneuerbaren Energien, weil wir sagen, dass dies die Zukunftsinvestition für dieses Land Rheinland-Pfalz ist. Wir sagen auch, es muss einen Energiemix geben. Es muss also nicht nur die Windkraft geben, sondern es muss auch die Geothermie geben. Diese muss künftig gefördert werden. Sie muss aber gefördert werden, bevor eine Anlage läuft, weil das Risiko sehr hoch ist, wenn man beispielsweise bei der Geothermie heiße Gesteinsmassen oder heißes Wasser sucht. Dort muss es ein Absicherungsprogramm geben. Es muss unserer Auffassung nach dann ein Programm der ISB geben, dass auch Risikobürgschaften in solchen Fällen vergeben werden.

Wenn ein solches Projekt erfolgreich ist, was wir einem solchen Projekt auch immer wünschen, dann würden wir alle Fördergelder zurückerhalten. Ich glaube, es ist gut, wenn wir ein solches Programm auflegen, da wir dann mit den zurückerhaltenen Fördergeldern das nächste Projekt wieder fördern könnten. Es sind also dann Bürgschaftsprogramme bei der ISB und nicht verlorene Zuschüsse.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben durchaus in Rheinland-Pfalz ein Wirtschaftsentwicklungspotenzial, das auch im ökologischen Bereich und im Bereich der Innovation liegt, so, wie wir uns das vorstellen, nicht nur so, wie es bisher in Rheinland-Pfalz praktiziert wurde.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liberale Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz ist auf ein Ziel hin ausgerichtet, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen. An diesem Hauptziel haben sich demzufolge auch die Einzelmaßnahmen im Einzelplan 08 in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr auszurichten.

Gerade in den letzten beiden Jahren haben unsere Unternehmen gezeigt, dass sie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen in der Lage sind, ihre Wettbewerbsposition zu behaupten. Der Zukunftsstandort Rheinland-Pfalz gehört im deutschlandweiten Vergleich nach einer Untersuchung von Ernst & Young und des Wirtschaftsmagazins "Impulse" zur Spitzengruppe der unternehmerfreundlichsten Bundesländer. Die Produktivität gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigem im verarbeitenden Gewerbe ist in keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik Deutschland so hoch wie bei uns.

Des Weiteren liegt unser Land auch bei der Exportquote auf einem Spitzenplatz. In der Arbeitslosenstatistik belegt Rheinland-Pfalz dank seiner liberalen Wirtschaftspolitik, was heute schon mehrfach erwähnt wurde, nach Baden-Württemberg und Bayern, aber noch vor Hessen einen beachtlichen dritten Platz, eine Zahl, die einmal mehr das Hauptziel liberaler Wirtschaftspolitik vorgibt, nämlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, Arbeitsplätze werden nicht durch staatliche Anordnungen geschaffen, sondern indem der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt. So bildet eine effiziente Struktur der Wirtschaftsförderung, wie wir sie in Rheinland-Pfalz geschaffen haben, die ideale Grundlage für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, was auch die Wirtschaftszahlen unseres Landes zeigen.

Im Jahr 2002 hatten wir unter allen Bundesländern das höchste Wirtschaftswachstum. Gegen den Bundestrend ist unsere Wirtschaft in Rheinland-Pfalz auch im ersten Halbjahr 2003 gewachsen. Das sind Erfolge, die wir vor allem unserer mittelständisch strukturierten Wirtschaft verdanken.

Das sind aber auch Erfolge, die wir einer Wirtschaftspolitik verdanken, die in den letzten Jahren in die Zukunft unseres Landes investiert hat und auch mit dem Haushalt 2004 weiter in die Zukunft unseres Landes investiert.

Herr Kollege Dr. Braun, aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion auch die Kürzungsvorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bereich der Wirtschaftsförderung entschieden ab. Gerade die Zuschüsse für Investitionen an gewerbliche Unternehmen um 1,1 Millionen Euro kürzen zu wollen, ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Lage völlig inakzeptabel und unverantwortlich den Menschen

gegenüber, die einen Arbeitsplatz suchen oder um ihren Arbeitsplatz bangen.

Meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn Sie die von Wirtschaftsminister Bauckhage präsentierte Bilanz der Wirtschaftsförderung 1997 bis 2002 gelesen hätten – Herr Dr. Braun hat sie eben zitiert –, würden Sie feststellen, dass im Berichtszeitraum mit öffentlichen Finanzierungsmitteln allein 41.000 Arbeitsplätze neu geschaffen und gut 50.000 Arbeitsplätze gesichert wurden.

Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage sind die Unternehmen in den letzten beiden Jahren jedoch zurückhaltender in ihren Investitionsentscheidungen geworden. Herr Kollege Dr. Braun, wenn Sie kritisieren, dass die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze nur noch 4.300 im Jahr 2002 betrug und nur noch 10.000 Arbeitsplätze gesichert wurden, wir also einen Rückgang zu verzeichnen haben, dann ist das zwar sicherlich bedauerlich, aber vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation bei den Investitionsentscheidungen verständlich.

Meine Damen und Herren, dennoch sind die Investitionshilfen, die wir geben - es sind nur Subsidiaritätszuschüsse, Herr Kollege -, richtig. Jeder Arbeitsplatz, den wir schaffen oder erhalten, ist ein Arbeitsplatz für Menschen in diesem Land. Das muss das Ziel dieser Wirtschaftspolitik sein. An diesem Ziel hält diese Landesægierung fest. Da gibt es auch keinen - das hat der Beitrag der Kollegin Mohr gezeigt – graduellen Unterschied in der Beurteilung, wofür wir sehr dankbar sind. Deshalb begrüßt es die FDP-Fraktion außerordentlich, die Wirtschaftsförderung auch im kommenden Haushalt für das Jahr 2004 auf dem Niveau von gut 81 Millionen Euro fortzuführen. Kürzungen in diesem Bereich wären aufgrund der angespannten gesamtwirtschaftlichen Lage arbeitsplatzvernichtend. Herr Kollege Braun, dies sollten Sie sich immer wieder vor Augen führen.

Einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes leistet auch die vom Wirtschaftsministerium gewährte Technologieförderung. Durch den Trend hin zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft müssen die mittelständisch strukturierten Unternehmen im Land in die Lage versetzt werden, an diesem "Mainstream" teilzuhaben. Durch die anwendungsorientierte Forschung wird der Technologietransfer zugunsten unserer kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz gewährleistet.

Herr Kollege Dr. Braun, ich muss Ihnen doch nicht sagen, welche Unternehmen Arbeitsplätze im Land abbauen, gerade in Ludwigshafen. Es ist aber natürlich nicht nur ein großes Unternehmen, das aufgrund der Globalisierung gezwungen ist, dies zu tun. Hätten wir nicht die mittelständisch strukturierte Wirtschaft, würde es viel schlechter um die Arbeitsplatzsituation aussehen, meine Damen und Herren. Wir haben mehr als 100.000 Abeitsplätze von großen Unternehmen aufgrund der Globalisierung in den letzten Jahren abgebaut, haben Sie aber durch unsere mittelständische Struktur wieder neu schaffen können. Deswegen ist es so wichtig, dass wir unsere mittelständischen Unternehmen unterstützen; denn zu einem guten und erfolgreichen Wirtschaftsstandort gehört auch, neue Forschungsergebnisse mög-

lichst rasch in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Durch die gezielten Fördermaßnahmen des Wirtschaftsministeriums ist es uns in Rheinland-Pfalz gelungen, eine gute anwenderorientierte Forschungsinfrastruktur aufzubauen, die über ein beachtliches Ansehen verfügt. Ich will noch einen Satz zu Ihrem Lieblingsthema, der Mikrotechnik "IMM" sagen. Sie versuchen immer wieder, dieses Institut durch Ihre Attacken, die ungerechtfertigt sind, in seinem Ansehen zu beschädigen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Attacken?)

– Frau Kiltz, aus diesem Institut sind allein 17 Ausgründungen hervorgegangen, mit denen 200 hoch qualifizierte und zukunftsorientierte Arbeitsplätze entstanden sind. Herr Kollege Braun, da gibt es eine Übereinstimmung. Wir müssen immer wieder schauen, ob diese Mittel zielgerichtet sind. Sie wurden auch beim IMM zurückgefahren. Das muss man ehrlicherweise sagen. Wir müssen uns bei diesen Zuschüssen natürlich anschauen, ob wir noch mehr Effizienz erreichen können. Da gibt es keinen Dissens. Aber gerade in der jetzigen Wirtschaftssituation verstehen wir den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht und werden ihm nicht zustimmen, die Förderung von Zukunftstechnologien in universitären und sonstigen Einrichtungen um insgesamt 3 Millionen Euro zu kürzen.

(Beifall bei der FDP)

Trotz aller Sparmaßnahmen, die die Landesregierung aufgrund knapper Kassen bei der Einbringung des Haushalts 2004 zu vollbringen hat – da will ich auch wieder einmal mit einer Mär aufräumen –, wird immer wieder gesagt, als würde die Landesregierung mit den Zuschüssen und Subventionen üppig umgehen. Der Finanzminister und der Ministerpräsident haben heute Morgen in ihren Beiträgen gesagt, um wie viel wir den Haushalt zurückgefahren haben, wie viel wir auch beim Wirtschaftsministerium bei den Zuschüssen kürzen.

Meine Damen und Herren, das ist gar keine Frage. Was wir begrüßen ist, dass wir an der Mittelausstattung in dem Bereich berufliche Bildung und Handwerk festhalten. Diese Förderung ist ebenfalls für die Zukunft der Arbeitsplätze von besonderer Bedeutung, sind doch die Handwerksbetriebe die Hauptausbilder in unserem Land.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, unserem Wirtschaftsminister recht herzlich Dank dafür zu sagen, der in der Arbeitsgruppe "Handwerksordnung" beim Reformkompromiss in Berlin ein sehr gutes Ergebnis erzielt hat.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Ich will auch dem Finanzminister herzlich für das danken, was er im Vermittlungsausschuss getan hat. Rheinland-Pfalz hat, obwohl von der Größe her nicht unbedingt ersichtlich, eine besondere Rolle im Vermittlungsausschuss gespielt. Ich danke auch dem Kollegen Dr. Böhr, der dies heute Morgen in seinem Redebeitrag anerkannt hat. Beide Minister haben für das Land bei der Finanzausstattung einen großen Beitrag geleistet, sodass wir auch in Zukunft noch hohe Investitionen in diesem Haushalt durchführen können. Beispielsweise ist das Land auch bereit, das, was der Bund im Vermittlungsausschuss zurückgefahren hat, bei den Regionalisierungsmitteln im vorliegenden Haushalt draufzusatteln, damit das hohe Niveau im ÖPNV weiterhin aufrecht erhalten werden kann, Frau Kollegin Kiltz.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir nicht Ihnen zu verdanken!)

Meine Damen und Herren, ich habe es erwähnt, dem Verhandlungsgeschick des Kollegen Bauckhage im Vermittlungsausschuss war es zu verdanken, dass gerade im Handwerksbereich die Kriterien Ausbildungsleistung und Verbraucherschutz - Frau Kollegin Kiltz, da müssten Sie doch jubeln, Sie sind doch immer dafür, dass der Verbraucherschutz hoch angesiedelt wird neben der Gefahrengeneigtheit Niederschlag bei der Novellierung der Handwerksordnung gefunden haben. So soll in Zukunft für rund 40 Berufe das Qualitätsmerkmal "Meisterbrief" bei der Existenzgründung erhalten bleiben, wovon insgesamt 90 % aller Betriebe im Handwerk betroffen sind. Konsequent ist es deshalb auch, dass das Land die Mittel im Bereich der Aus- und Fortbildung nochmals aufstockt, und zwar auf insgesamt 12 Millionen Euro. Auch diese Ausgaben schaffen Abeitsplätze für unsere Zukunft.

Meine Damen und Herren, neben einer bürgerfreundlichen Verwaltung und der Lage im Herzen Europas ist auch eine gute Verkehrsinfrastruktur ein Pfund, mit dem wir in Rheinland-Pfalz wuchern können. Dass das so ist, daran hat die FDP, aber ich würde sagen, auch die Landesregierung insgesamt Anteil. Ich bin dankbar für den Redebeitrag des Herrn Ministerpräsidenten von heute Morgen, der ausdrücklich – ich komme darauf noch zurück – diese dümmliche Art "Bildung statt Beton" einmal zurückgewiesen hat. Das eine ist so notwendig wie das andere. Ich komme darauf noch zurück.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerade für Rheinland-Pfalz ist eine gute Verkehrsinfrastruktur Voraussetzung für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Dass die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land hervorragend ist, belegt eine Umfrage der Industrie- und Handelskammern unter rheinhessischen Unternehmern. Diese setzten die Verkehrsinfrastruktur auf Platz 1 unter mehreren, einen guten Wirtschaftsstandort ausmachenden Faktoren

Frau Kollegin Kiltz, dass wir aber nicht einseitig sind, zeigt auch, dass wir neben Verkehrsinfrastruktur auf der Straße auch dem Schienenpersonennahverkehr eine bedeutende Rolle zumessen. Wir sind im Rheinland-Pfalz-Takt weiterhin deutschlandweit führend.

Meine Damen und Herren, wir wollen diese Führung auch erhalten und weiter ausbauen; denn aus einer

strukturschwachen Region wie der Eifel und dem Hunsrück oder der Westpfalz ist es natürlich wichtig, schnell in die Ballungsgebiete zu kommen. Dies wird jetzt auch getan mit der neuen S-Bahn im Rhein-Neckar-Raum. Ich will das ausdrücklich hier einmal erwähnen. Das ist eine Infrastrukturmaßnahme in den ÖPNV, aber es wird natürlich auch getan, damit es zu einer guten Verkehrsinfrastruktur insgesamt kommt.

Frau Kollegin Kiltz, ein gut ausgebautes Straßennetz dient auch der Umwelt, weil beispielsweise der CO2-Ausstoß geringer ist, als wenn die Autos Umwege fahren müssen oder im Stau stehen. Vor diesem Hintergrund ist die budgetäre Ausstattung im Verkehrsbereich ein weiteres positives Signal im Einzelplan 08. Hierdurch wird es weiterhin möglich sein, die ausgewogene Verkehrspolitik der vergangenen Jahre, die auf ein erfolgreiches Zusammenwirken von Schiene, Straße, Schifffahrt und Luftverkehr setzt, fortzusetzen.

Allein für den Schwerpunkt des öffentlichen Personennahverkehrs und Schienenpersonennahverkehrs sind im Haushalt 2004 fast 400 Millionen Euro vorgesehen. Ich habe es schon erwähnt, eine wahre Erfolgsstory ist der Rheinland-Pfalz-Takt. Hierdurch wurde eine breite Akzeptanz des Schienenpersonennahverkehrs in der Bevölkerung erzielt. Um diese Akzeptanz zu erhalten, muss das derzeit bestehende hohe Qualitätsniveau des Rheinland-Pfalz-Takts auch in Zukunft erhalten und fortgeschrieben werden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da muss man Geld reinstecken!)

Die FDP-Fraktion hat deshalb gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD den Antrag eingebracht, die im Bundesrat – ich habe es eben erwähnt – beschlossenen Kürzungen der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr in Höhe von 7,2 Millionen Euro durch Landesmittel auszugleichen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann müssen Sie auch sagen, dass die GRÜNEN das auch getan haben! Es gab einen gleichlautenden Antrag der GRÜNEN!)

– Frau Kollegin Thomas, gut. Es gibt selten eine Œmeinsamkeit. Aber wir begrüßen es, wenn es hier eine Gemeinsamkeit gibt, weil wir meinen, wir müssen alle Verkehrsträger, die es gibt, möglichst gleichmäßig fördern und das hohe Niveau beim Rheinland-Pfalz-Takt aufrechterhalten. Da gibt es eine gemeinsame Haltung. Dies begrüßen wir sehr.

Meine Damen und Herren, trotzdem – ich habe es schon einmal gesagt – legt ein Teil Ihrer Anträge – Frau Kollegin Thomas, was die Kürzungen anbelangt – die Axt an die Wurzel des Flächenlands Rheinland-Pfalz. Bei der Realisierung Ihrer Anträge würden nicht nur Arbeitsplätze in der Bauindustrie – Sie wollen die Straßenbaumittel streichen –, die in dieser wirtschaftlichen Situation auf diese Aufträge angewiesen ist, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen vernichten, für die eine gute Verkehrsinfrastruktur Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln ist. Die GRÜNEN müssen den Pendlern aus

Rheinland-Pfalz erklären, warum eine Fahrt mit dem Auto wesentlich länger dauert und damit mehr CO₂-Ausstoß verursacht, nur weil eine geplante Straßenbaumaßnahme aufgrund einer ideologisch eingefärbten Verkehrspolitik nicht durchgeführt werden kann.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Frau Kollegin Kiltz, das ist sowohl ökologischer als auch ökonomischer Unsinn.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist dummes Zeug!)

Auch müssen die GRÜNEN den Menschen in den Städten und Gemeinden erklären, warum der Omnibus oder das Auto nur noch von einem Schlagloch in das andere fährt, wenn man bei den GVFG-Mitteln eine hälftige Umverteilung weg vom kommunalen Straßenbau hin zu einem näher nicht konkretisierten Umweltverbund durchsetzen will.

Frau Kollegin Kiltz, fahren Sie doch einmal in der Hauptverkehrszeit auf der B9 durch Nierstein. Sie fahren immer mit der Bahn. Das ist das Problem.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist weiß Gott kein Problem!)

Meine Damen und Herren, wir bauen gar keine neuen Straßen mehr. Wir wollen aber weiterhin Ortsumgehungen bauen. Wir wollen die berühmten Schlaglöcher beseitigen und dort, wo es in der Verkehrsinfrastruktur Engpässe gibt, diese verbessern. Der liberale Gedanke gegenüber dieser mit ideologischen Scheuklappen geführten Verkehrspolitik, die anscheinend zur Postkutsche zurück will, ist eine klare Gegenposition.

Frau Kollegin Thomas, jetzt noch einmal zu diesem – ich sage es einmal so – dümmlichen Gerede von Bildung statt Beton. Ich kann dies langsam nicht mehr hören. Diese plakativ vorgetragene Alternative ist in Wahrheit gar keine. Vielmehr muss beides getan werden. Wir müssen in Bildung investieren, nach unserer Auffassung noch mehr, als in der Vergangenheit bereits auf hohem Niveau geschehen, um die Voraussetzungen für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bekommen. Wir müssen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur investieren, um die Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten, was gleichzeitig auch ein Erhalt unserer Kulturlandschaft ist.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin Kiltz, gerade Sie als agrarpolitische Sprecherin müssten mir dankbar sein, dass wir die Fläche in unserem flächengeprägten Land nicht veröden lassen und Menschen ansiedeln können, die schnell zu ihrem Arbeitsplatz kommen können, weil wir nicht überall im ländlichen Raum einen Arbeitsplatz vor der Haustür – so wünschenswert dies wäre – schaffen können. Wir müssen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur investieren – ich sagte es bereits –, um die Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten.

Noch ein paar Anmerkungen zu Herrn Kollegen Wirz und dem LSV.

Der Antrag, den Sie gestellt haben, zeigt erneut, dass Sie es immer noch nicht kapiert haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt kommt die Vorlesung!)

 Ich mache keine Vorlesung. Frau Thomas, Sie haben es schon kapiert. Mittlerweile sagen Sie nicht mehr, der Landesbetrieb Straßen und Verkehr sei undurchsichtig. Das ist auch richtig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich nie gesagt!)

Sie haben gesagt, wir verlagern in Schattenhaushalte.
 Wir wissen noch immer, was wir tun.

Die Schulden des LSV sind auch die Schulden dieses Landes.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, der Kolege Wirz ist leider nicht anwesend. Deswegen kann ich mir weitere Ausführungen schenken. Aber das ist das Problem. Ich probiere es im Ausschuss, ich probiere es immer im Plenum, aber Sie hören nicht zu, und dann stellen Sie solche Anträge im Parlament, die von der Sache her völlig falsch sind.

Meine Damen und Herren, ich will es dabei bewenden lassen.

Der LSV, um das noch einmal zu sagen, ist eine langfristig angelegte Strategie. Er wird nicht von heute auf morgen voll funktionieren. Das ist klar. Aber wir sind überzeugt, dass die Effizienzreserven, die im LSV stecken, realisiert werden können. Wir sind überzeugt, dass wir es wirtschaftlicher machen können. Wann immer Herr Kollege Braun sagt, die drei Geschäftsführer seien keine Veranstaltung auf Dauer, ist zu sagen, Herr Kollege Braun, wir werden sicher zu Ergebnissen kommen. Wir brauchen auf Dauer keine drei Geschäftsführer beim LSV. Das ist gar keine Frage.

Noch ein paar Anmerkungen zum Tourismus, der in unserem Land Gott sei Dank eine immer stärker werdende Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund sind die im Haushaltsentwurf für den Bereich des Fremdenverkehrs vorgesehenen 4,3 Millionen Euro eine sinnvolle Investition zur Stärkung der Wirtschaftsleistung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserem Land.

Wir werden darauf achten, dass die Mittel, die wir im Tourismusbereich einsetzen, effizient und auf Dauer kontinuierlich eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die Universität München hat errechnet, dass sich im Tourismus einschließlich des sekundären Bereichs das Umsatzvolumen mittlerweile auf jährlich 4,5 Milliarden Euro beläuft. Dies schafft Arbeitsplätze in unserem Land.

Meine Damen und Herren, dies ist das Wichtigste, was eine Landesregierung, diese Koalition, tun kann. Wir sind dort auf gutem Weg. Der Haushalt 08 leistet einen Beitrag.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weiner das Wort.

Abg. Weiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Kollege Walter Wirz hat Ihnen bereits angekündigt, dass ich zum Thema "Wirtschaftsförderung" und "EU-Programme" noch etwas Konkreteres vortrage.

Zunächst aber noch einmal zur Klarstellung unserer Linie. Unter dem Schlagwort "Weniger ist mehr" lässt sie sich zusammenfassen. Dies gilt besonders auch für die Wirtschaftsförderung: Weniger Programme, dafür aber mit einem leichteren Zugang sowie weniger bürokratische Hürden führen zu mehr Investitionen und Arbeitsplätzen.

Herr Minister Bauckhage, die rheinland-pfälzische Wirtschaftsförderung ist in diesem Punkt schlecht organisiert. Damit das klar wird: Wir führen keine Klage über die ISB, ganz im Gegenteil. Die ISB wird von Wirtschaftsförderern und den Firmen vielfach gelobt. Aber das von Ihrem Hause gewählte Konstrukt, dass Existenzgründer und Firmen über den Umweg der Banken an die Fördermittel aus Europa und des Landes herankommen, wirkt wie eine Investitionsbremse.

(Zuruf aus dem Hause)

In der Halbzeitanalyse, Gutachten im Auftrag der Landesregierung über die EU-Förderprogramme – dies ist vorhin schon erwähnt worden –, zeigt sich, Herr Creutzmann, es ist nicht nur die wirtschaftliche Situation, die allgemeine Konjunkturlage – –

Sie können das auf Seite 220 nachlesen. Da schreiben die Gutachter wörtlich: Auch der vielfach kritisierte – hören Sie gut zu – hohe bürokratische Aufwand bei der Beantragung und Durchführung der Förderung ist für die Zurückhaltung vieler kleiner und mittlerer Unternehmen verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, damit das Ganze nicht so abstrakt im Raum steht, habe ich Ihnen einen ganz konkreten Fall einer Pirmasenser Firma mitgebracht, die in unserem strukturschwachen Gebiet eine zweistellige Zahl von zusätzlichen Arbeitsplätzen schaffen will, aber an dieser Hürde der Bürokratie bislang gescheitert ist.

Die IHK hat die Geschäftsidee positiv beurteilt und unterstützt. Die ISB hat inzwischen der Firma einen Inves-

titionskostenzuschuss aus EU- und Landesmitteln in sechsstelliger Höhe bewilligt. Ihren Leidensweg als Bittsteller bei den Banken hat die Firma in dieser Dokumentation, die ich Ihnen nachher gebe, eindrucksvoll zusammengestellt.

(Staatsminister Bauckhage: Hätten Sie das früher geschickt, dann wäre das besser gewesen!)

 Ich habe es erst diese Woche bekommen. Sie werden gleich merken, warum. Die letzte Absage kam nämlich erst letzte Woche.

Der erste Versuch bei der – ich anonymisiere etwas – V-Bank – Zitat –: Bei der V-Bank wollte man nicht einmal den Zuschuss bei der ISB beantragen.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Man gab zunächst sogar vor, weder die KFW noch die ISB zu kennen.

(Schwarz, SPD: Dann reden Sie mit Ihrer V-Bank!)

Anschließend mussten mehrere Monate dafür aufgewendet werden, um die von der Bank geforderten Angebote und Analysen eines Steuerberaters einzuholen. Obwohl die Firma genau die Vorgaben der Bank einhielt und trotz des positiven Ergebnisses der Analysen bekam sie eine Ablehnung.

Zweiter Versuch bei der R-Bank:

Dort verlangte der Sachbearbeiter eine Übersicht nach anderen Kriterien wie bei der V-Bank. Wieder musste die Firma Zeit und Geld für steuerliche Beratung, Formularkrieg und Banktermine aufbringen.

(Schwarz, SPD: Was soll das?)

Jetzt kommt etwas, das sollte Sie sehr nachdenklich stimmen: Der Sachbearbeiter vertröstete die Firma über mehrere Wochen, füllte erst auf Drängen den Zuschussantrag für die ISB aus und sagte zu, diesen Antrag einem Mitarbeiter der ISB persönlich zu übergeben.

Jetzt zitiere ich wieder aus dieser Dokumentation: Wochen später teilte uns der Mitarbeiter der Bank mit, dass die ISB unseren Antrag abgelehnt hätte. Auf unsere Nachfrage bei Herrn Erbe, dem zuständigen Sachbearbeiter bei der ISB, stellte sich heraus, dass der Antrag von der R-Bank gar nicht an die ISB weitergegeben wurde.

(Ministerpräsident Beck: Daran ist Bauckhage schuld!)

Die Firma schildert noch zwei weitere Beispiele. Die C-Bank, eine der drei größten Banken Deutschlands, habe ihr im Januar abgesagt, ohne einen Grund zu nennen. Als die Firma um eine Begründung gebeten hat, antwortete der Banksachbearbeiter, es wäre "grundsätzlich nicht üblich, eine Absage zu erläutern".

Meine Damen und Herren, viele kleine und mittlere Unternehmen kommen über diese Hürde der Banken bei der Wirtschaftsförderung nicht hinweg. Der Bedarf ist durchaus gegeben und größer, Frau Mohr und Herr Creutzmann, als es die tatsächliche Bewilligung und Antragstellung ausdrückt. Die Firmen werden durch diese Sache eher abgeschreckt. Es kommt mir vor, als würde Hungernden eine Dose Pfirsiche hingestellt, aber kein Dosenöffner dazu geliefert.

Jetzt komme ich auf die EU-Förderprogramme zu sprechen. Hierbei liegt meines Erachtens die Hauptursache, weshalb die Mittel für das Ziel-2-Schwerpunktprogramm "Gewerbliche Wirtschaft" bei Halbzeit des Programms nicht zu 50 %, sondern erst zu 29,2 % bewilligt sind. Bewilligung heißt aber noch lange nicht, dass die Gelder geflossen sind. Die noch traurigere Meldung ist, dass erst 6,7 % tatsächlich ausgezahlt wurden. Das ist nicht einmal ein Viertel der bewilligten Summen.

Für Frau Kollegin Mohr noch einmal etwas konkreter: Wenn mehr als drei Viertel der Firmen, die eine Bewilligung in Händen halten, noch kein Geld haben, dann sind auch drei Viertel der möglichen Arbeitsplätze noch nicht entstanden.

(Beifall bei der CDU)

Das Ganze hat noch eine zweite Auswirkung. Wegen der mageren Inanspruchnahme der EU-Mittel denkt man in Europa verständlicherweise darüber nach, die Mittel in andere Schwerpunktprogramme zu verlagern. Für die strukturschwachen Gebiete ist das eine besondere Stuation. Die Diskussion ist voll entbrannt. Es droht ein Ende des Europäischen Sozialfonds. Zumindest im Rahmen der EU-Erweiterung wird diskutiert, ob rheinland-pfälzische strukturschwache Gebiete überhaupt noch eine Chance haben.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das hat doch nichts mit dem ESF zu tun!)

Herr Minister, die Kommunen in den strukturschwachen Gebieten machen sich große Sorgen, wie es mit der Regionalförderung in Rheinland-Pfalz nach dem Jahr 2006 weitergeht.

Um noch etwas Raum für die Kollegen von der Landwirtschaft zu lassen, will ich zum Thema "Bahn" nur so viel sagen: Angesichts der Erfahrungen, die wir im Land gemacht haben, zum Beispiel bei der zweitgrößten Schuhhandelsgesellschaft "Reno", der man kürzlich erst die Gleise demontiert hat, und angesichts des Verfahrens in Pirmasens am Hauptbahnhof, wo das Land und die Kommune in das Umfeld viel Geld investiert haben und die Bahn wortbrüchig geworden ist, haben wir zugegebenermaßen kaum Vertrauen in einen Vertrag mit der Bahn, der uns pikanterweise noch nicht einmal schriftlich vorgelegt wurde. Insofern fällt es schwer, Konkreteres dazu zu sagen.

Meine Damen und Herren, ob bei den Straßen, bei der Bahn, bei der mageren Entwicklung des Zweibrücker Flughafens oder der ungelösten Anbindung des Hahn: Die Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz geht genauso am Stock wie die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Herr

Minister, vom Einzelplan 08 gehen keine ausreichenden Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz aus. Auch aus dem gelben Ballon ist leider die Luft raus

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Schilderungen von Herrn Kollegen Weiner treffen in sehr vielen Fällen zu. Ich gehe davon aus, dass fast jeder der Kolleginnen und Kollegen irgendwann einen solchen Fall miterlebt hat, dass die Hausbank eines Unternehmens aus welchen Gründen auch immer ihren langjährigen Partner nicht begleiten will. Ich halte es für schwierig, wenn Sie heute eine Dokumentation mitbringen. Mein Verfahren und das Verfahren vieler Kolleginnen und Kollegen ist ein anderes. In dem Augenblick, in dem man davon erfährt, ist man sogar bereit, mit dieser Hausbank zusammen mit dem Unternehmen zu reden, aber nicht abzuwarten, bis es zweimal platt fährt. Sie haben ein Unternehmen zweimal plattfahren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wer eine Dokumentation mitbringt, bei dem gehe ich davon aus, dass er sie nicht vorhin bekommen hat. Sie haben gesagt, es fehle noch ein Brief. Sie hätten sich vorher darum kümmern können.

Sie müssen sich doch darüber im Klaren sein, in welch schwieriger Situation sich die ISB befinden würde, wenn sie auf die Bank zugeht und sagt: Bewegt euch. – Die Hausbank ist verpflichtet, das Darlehen durchzureichen und den Kreditnehmer zu begleiten. Die Hausbank prüft, wie kreditwürdig ein Kreditnehmer ist.

(Weiner, CDU: Schöne heile Welt!)

Wenn Sie Einfluss auf einen Verwaltungsrat einer Bank haben, dann sollten Sie mit dieser Bank darüber reden, wie man etwas verändern kann.

Die Landesregierung oder die ISB können eigentlich nur dann helfen, wenn ein Antrag vorliegt und ein Kreditinstitut bereit ist, den Kreditantrag zu unterstützen. Alles andere ist scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nink.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Betrachtet man die Auswirkungen der derzeitigen Finanzsituation im Bereich des Einzelplans 08 und insbesondere die Kapitel mit den verkehrsrelevanten Anteilen des Einzelplans, so muss man feststellen, dass seitens der Landesregierung sehr sorgsam darauf geachtet wurde, der Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz auch in schwierigen Zeiten und damit auch künftig den Stellenwert einzuräumen, der notwendig ist, um im heutigen Wettbewerb zu bestehen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Gute Verkehrsanbindungen zu Land, zu Wasser und in der Luft steigern die Attraktivität, stärken den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und unterstützen die Bemühungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Kurzum: Die Mobilität der Menschen in unserem Land ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben, denen wir uns stellen müssen, denen sich diese Landesregierung und die Koalitionsparteien stellen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle haben wir im vergangenen Jahr mehrmals über die Regionalisierungsmittel gesprochen. Wir haben alle gehofft, dass diese nicht bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss infrage gestellt werden. Wie wir alle wissen, war dies vergeblich; denn 2 % der Mittel werden einmalig gekürzt. Dennoch betonen die Koalitionsparteien in Rheinland-Pfalz nach wie vor die Notwendigkeit, den Rheinland-Pfalz-Takt weiterhin in der jetzigen Form beizubehalten und sinnvoll weiter auszubauen. Daher begrüßen wir die Maßnahme der Landesregierung ausdrücklich, den Wegfall von Regionalisierungsmitteln des Bundes durch Landesmittel aufzufangen. Dies ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die bestellten Verkehre fahren können. Herr Weiner, dies sollte insbesondere mit Blick auf den mittlerweile mit der Deutschen Bahn abgeschlossenen Vertrag auch in Zukunft gelingen.

Der ordnungsgemäße Einsatz von Regionalisierungsmitteln ist eine Investition in die Zukunft. Dies gilt in schwieriger Zeit auch für die Mittel, die für den Um- und Ausbau sowie den Neubau von Landesstraßen in erheblichem Maße zur Verfügung gestellt werden.

72,4 Millionen Euro für Um- und Ausbauten sowie 12,6 Millionen Euro für Neubauten sind im Jahr 2004 vorgesehen. Das ist eine Kraftanstrengung. Herr Kollege Wirz hat dies auch so gesehen. Das halte ich schon für bemerkenswert. Natürlich könnten es mehr Mittel sein, wenn sie denn zur Verfügung stünden. Das Ziel der Mobilität, dies nicht aus den Augen zu verlieren, sondern weiterhin anzustreben, wird weiter unterstützt.

Mit der Einführung des Landesbetriebs Straßen und Verkehr zum 1. Januar 2002 wurde ein entscheidender Schritt in die Zukunft eingeleitet.

Neben der Wahrnehmung von Aufgaben der Anhörungsund Planfeststellungsbehörden sowie der oberen Verkehrsbehörde bewirtschaften die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs mehr als 19.000 Straßenkilometer. Angelegenheiten des öffentlichen Personennahverkehrs, der Luftaufsicht, der Eisenbahn, der Schifffahrt und des Güterkraftverkehrs gehören ebenfalls zum Aufgabenbereich des Landesbetriebs.

Mit der gewählten Organisationsform, unterstützt durch betriebswirtschaftlich ausgerichtete Verfahren, hat der Landesbetrieb die Aufgabe, die Verkehrspolitik des Landes umzusetzen. Hiervor scheinen einige in diesem Parlament Angst zu haben. Wie sonst ist es wohl zu erklären, dass vom ersten Tag an diesem Landesbetrieb nicht die Möglichkeit gegeben werden soll, die von ihm geforderten Aufgaben – natürlich nach einer gewissen Zeit der Organisationsumstellung – umzusetzen.

In diese Richtung passt auch der vorliegende Änderungsantrag der CDU, Personal- und sonstigen betrieblichen Aufwand in der Größenordnung von 10 Millionen Euro zu vermindern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hatte heute Nachmittag Recht. Wer auf der einen Seite zu jedem Schlagloch in einer Landesstraße einen Geschäftsordnungsantrag in diesem Landtag stellt,

(Billen, CDU: Das ist doch Unsinn!)

gleichzeitig aber das Personal, das diese Schlaglöcher beseitigen kann, nach Hause schicken will, ohne auch nur ansatzweise eine Alternative aufzuzeigen, wie künftig diese Mängel beseitigt werden können,

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

bekundet doch nur sein Misstrauen gegenüber dem Landesbetrieb und sein Misstrauen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landesbetriebs

> (Billen, CDU: Dann verkaufen Sie doch einmal eine Landesstraße! Packen Sie sie ein und verkaufen Sie sie! 4 Milliarden Vermögen!)

- Ich gebe Ihnen Recht. Man kann die angedachte Dauer, bis der Landesbetrieb auf eigenen Beinen steht, kritisieren. Das war es dann aber auch schon. Lassen Sie dem Betrieb Zeit, überhaupt einmal in die Gänge zu kommen.

(Billen, CDU: Das war nicht das Problem! Verkaufen Sie einmal eine Landesstraße! 4,2 Milliarden Vermögen! Das ist lachhaft!)

Es ist wohl reine Zeitverschwendung, diese Zeit von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu verlangen; denn Ihre Überlegungen sind nur noch rein theoretischer Natur, meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN. Sie fordern auf der einen Seite Mittelkürzungen im Straßenbau, aber andererseits wollen Sie das Angebot – man höre und staune – im straßengebundenen ÖPNV des ländlichen Raums verbessert wissen. Bei allem Respekt, haben Sie sich einmal gefragt, wo in der

Zukunft dieser straßengebundene ÖPNV noch fahren soll?

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auf den Straßen!)

Auch die zweite Forderung haben Sie nicht ganz durchdacht. Ich stimme Ihnen noch zu, dass sich die Bahnhöfe und Buswartehallen teilweise in einem unattraktiven Zustand befinden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grauenvoll sind die zum Teil!)

Wer aber wie Sie den Straßenbau nur noch auf das Notwendigste beschränken will, der muss auch sagen, wie man dann die attraktiven Bahnhöfe und Buswartehallen künftig erreichen kann, wenn keine Straßen mehr befahrbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Menschen diese attraktiven Bahnhöfe nicht mehr erreichen können, nützen auch die von Ihnen vorgeschlagenen verstärkten Investitionsmittel in die Schiene niemandem mehr.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben wir vorgeschlagen, Straßen abzureißen?)

- Nein, aber den Ausbau drastisch einzuschränken.

Völlig unverständlich ist Ihre Forderung, das Verwaltungsabkommen zum Ausbau der Saar aufzukündigen. An dem derzeit vorliegenden aktualisierten Preisstand von rund 1,14 Milliarden Euro ist das Land Rheinland-Pfalz mit 76,2 Millionen Euro beteiligt. Davon sind bereits 71,3 Millionen Euro bewilligt bzw. veranschlagt, also nicht mehr diskutabel. Jetzt, wo sich der Restanteil nur noch auf 4,9 Millionen Euro beläuft, wovon etwas mehr als 1 Million Euro im Haushalt 2004 veranschlagt werden, wollen Sie das Projekt aufgeben.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben das schon immer gestrichen! Das war vor Ihrer Zeit!)

Wenn Sie in Ihrer Begründung behaupten, der Ausbau der Saar sei als ein verkehrspolitischer Fehlschlag zu werten, hat dies vorrangig nichts mit dem Ausbau der Saar, sondern viel mehr mit der drastisch veränderten wirtschaftlichen Entwicklung der saarländischen Industrie zu tun. Immerhin wurde das Verwaltungsabkommen bereits 1974 abgeschlossen.

Herr Kollege Schmitt wird mir wohl einmal ausnahmsweise zustimmen, wenn ich behaupte, dass der Saarausbau der Region insbesondere im touristischen Bereich Aufschwung gebracht hat. Hierzu dienen auch die Radwege, die links und rechts der Saar benutzt werden können.

> (Schmitt, CDU: Bei Straßen und Radwegen stimme ich dem immer zu, wenn das für die Region vernünftig ist!)

 Danke schön. Ab und zu braucht man auch einmal ein Erfolgserlebnis.

Das Gesagte gilt natürlich auch für die übrigen Wasserstraßen, deren Unterhaltung nicht nur unter dem Aspekt der Verkehrspolitik, sondern künftig auch verstärkt unter dem Aspekt des Fremdenverkehrs betrachtet werden muss.

Ein positives Zeichen habe ich bezüglich der Änderungswünsche der GRÜNEN aber auch gesehen. Die GRÜNEN haben offensichtlich ihre Flugangst überwunden. Einen ungewohnt bescheidenen Raum nehmen die Änderungsanträge zum Bereich der Landeplätze ein. Lediglich die Förderung der regionalen Flugplätze im Rhein-Neckar-Raum ist in die Kritik geraten. Zum Hahn gibt es keinerlei Vorbehalte. Ich kann das nicht glauben. Eine endgültige Bewertung werde ich allerdings erst dann abgeben, wenn Frau Kollegin Kiltz anschließend gesprochen hat.

(Ministerpräsident Beck: Eine späte Liebesbeziehung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs erwähnt, dass der Verkehrshaushalt für die heutigen, finanziell nicht gerade rosigen Zeiten einen deutlichen Hinweis darauf gibt, dass die Landesregierung nach wie vor bereit ist, Verbesserungen in der Mobilität in diesem Land zu erreichen. Mit der Stützung der Regionalisierungsmittel, mit weiteren Investitionen in die Schiene, mit der Bereitstellung von 85 Millionen Euro für den Landesstraßenbau, mit der Fortführung des Radwegeausbaus, mit der Unterstützung der Wasserstraßen, mit der Unterstützung der kleinen Flugplätze, die für die regionale Entwicklung von großer Bedeutung sind, sowie mit dem weiteren Engagement auf dem Flugplatz Hahn ist die Landesregierung, ist Rheinland-Pfalz mit dem vorgelegten Haushalt auf einem guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Nink, lassen Sie mich zu Beginn sagen, dass wir den Streichungsantrag zum Saarausbau schon sehr lange stellen. Wir haben den jetzt nicht zum ersten Mal gestellt. Das war, bevor Sie im Landtag saßen. Insofern können Sie das nicht wissen. Daher kläre ich Sie gern auf.

Nun aber zu meiner Rede: Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ist neben der Wirtschaftspolitik für zwei ganz elementare Bereiche im Leben der Menschen zuständig. Es ist erstens für die Ernährung zuständig, nämlich unter welchen Bedingungen in Rheinland-Pfalz Nahrungsmittel erzeugt, verar-

beitet und – mit Blick auf Frau Ministerin Conrad sage ich das – kontrolliert und in den Verkehr gebracht werden. Es ist zweitens für die Fortbewegung oder auch für die Mobilität, wie man sagt, zuständig, nämlich unter welchen Bedingungen Menschen und Güter auf welche Art und Weise in Rheinland-Pfalz unterwegs sind. Das fällt in Ihren Zuständigkeitsbereich, Herr Minister.

Das bedeutet viel Verantwortung für Sie und auch für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für den Alltag der Menschen in Rheinland-Pfalz und für die Zukunft der natürlichen Ressourcen zuständig sind. Beide Bereiche können nämlich auf schnelllebige und ressourcenverzehrende Art und Weise gestaltet werden oder unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit und der Ressourcenschonung organisiert werden, Herr Minister.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich behaupte, dass sowohl der Herr Minister als auch seine Verwaltung in ihren maßgeblichen Teilen nach unserer Auffassung Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung in Verantwortung für künftige Generationen noch nicht als Etikett ihrer Politik vor sich hertragen können. Da gilt es uns ererseits noch dicke Bretter zu bohren, bis die berühmte Lästigkeitsschwelle überschritten wird. Ich werde Ihnen das anhand von Beispielen aufzeigen.

Erlauben Sie mir aber vorweg noch einen Blick auf das Gender Mainstreaming in Ihrem Mammutressort oder besser auf die Lücke dort, wo Gender Mainstreaming in den genannten Elementarbereichen des Lebens stattfinden müsste. Frau Ministerin Ahnen, das geht auch ein bisschen in Ihr Ressort. Am Beispiel der Verkehrspolitik ist das ganz gut zu verdeutlichen.

Im Wesentlichen ist im Ressort von Herrn Bauckhage in den entscheidenden Positionen eine "gesellschaftliche Minderheit" am Werk, deren verkehrspolitisches Leitbild in vielen Fällen über die Bedürfnisse der Mehrheit der Gesellschaft hinweg definiert wird. Ich rufe die Merkmale dieser "gesellschaftlichen Minderheit" in Erinnerung. Herr Kollege Kuhn schaut schon ganz neugierig. Sie sind männlich, erwerbstätig, freigestellt von Haus- und Familienarbeit, im Besitz eines Führerscheins, im Besitz eines PKW und in der Regel nicht behindert. Sie können sich leicht ausrechnen, dass all diejenigen, die diese Kriterien nicht oder nicht in Gänze erfüllen, zusammengenommen die Mehrheit der Gesellschaft sind. Das gilt nicht nur für Rheinland-Pfalz.

Sie können sich genauso gut vorstellen, dass die Mobilitätsbedürfnisse einer 16-jährigen Schülerin auf dem platten Land – Herr Weiner, in Pirmasens oder sonstwo –, einer 30-jährigen Mutter, die versucht, Familienarbeit und eine Teilzeitbeschäftigung unter einen Hut zu bringen, oder eines 75-jährigen Rentners, dem das Autofahren wegen Sehschwierigkeiten untersagt wurde, nicht mit den Forderungen der Herren von der IHK oder der HWK im Land, der großen Zahl der Herren Landräte oder der Bauingenieure, die gern große beeindruckende Brückenbauwerke im Verlauf mehrspuriger Autobahnen oder Bundesstraßen planen und realisieren, identisch sind.

Auch ein Mensch, ob weiblich oder männlich, im Rollstuhl oder mit einer Gehhilfe – es war auch schon die Rede von dem Krückstock, an dem die Landesregierung geht – ist weit mehr an abgesenkten Bordsteinkanten und dem barrierefreien Zugang zu den Anlagen des ÖPNV als an einer weiteren Verdichtung des rheinlandpfälzischen Straßennetzes interessiert, egal ob in Form von Bundes-, Landes-, oder Kreisstraßen. Herr Bauckhage hat in einer schönen bunten Broschüre seines Hauses gesagt: Wir haben ein wunderbares Straßennetz. Es ist ganz dicht und wunderbar ausgebaut. – Ich frage mich, warum Sie überhaupt noch Neubau betreiben lassen wollen. Lassen Sie es doch sein! Sie haben doch alles.

(Frau Mohr, SPD: Die Ortsumgehungen! – Zurufe der Abg. Creutzmann und Dr. Schmitz, FDP)

 Die Ortsumgehungen im Landesstraßenbau gibt es nicht, von denen Herr Nink in der letzten Plenarsitzung geredet hat. Keine einzige ist darin zu finden. Sie werden sie mir zeigen.

Wenn Herr Dr. Langen – Herr Bauckhage kennt ihn gut – aus dem Verkehrsministerium im Hörfunk auf das fundamentale Recht auf Mobilität für diejenigen pocht, die auf dem Hahn mit Ryanair für einen Tag nach Pisa oder Montpellier fliegen wollen, dann klage ich dagegen das Recht für die Schülerin, den alten Rentner und die Oma in einem Hunsrückdorf ein. Ich wüsste nicht, dass es dort keine Straßen gibt, aber die Busse darauf fehlen.

Herr Kollege Nink, das Problem ist, dass die Busse selten fahren. Ich hoffe, ich konnte etwas deutlich machen, dass es unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse im Land gibt und sie im Schwerpunkt einseitig vom Verkehrsministerium bedacht werden.

Wenn Sie unseren Änderungsanträgen und unserer Verkehrsentschließung zustimmen, können Sie einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass ein breiteres Spektrum in der Bevölkerung seine Mobilitätsbedürfnisse befriedigt bekommt. Sie können einen Beitrag zum Gender Mainstreaming leisten, weil Sie hier im Vergleich zu anderen Ministerien ziemlich hinterherhinken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern deshalb den Ausstieg aus der Flugverkehrssubventionierung und die Konzentration der gekürzten Straßenbaumittel auf die Substanzerhaltung – wir wollen die Schlaglöcher zugestopft sehen – sowie die Umschichtung von 20 Millionen Euro zum Umweltverbund.

Zunächst zum Flugverkehr. Herr Kollege Nink hat schon danach gerufen, dass er etwas dazu hören will. Ich erläutere Ihnen gern noch einmal, was inzwischen dorthin geflossen ist. Wir haben inzwischen an Defizitausgleichen bei Flughafenbetreibergesellschaften 10,5 Millionen Euro auf dem Hahn. Bis Fraport eingestiegen ist, war das gängige Praxis. Wir haben in Zweibrücken bis 2002 12,5 Millionen Euro gehabt und von 2002 bis 2007 noch einmal 7,4 Millionen Euro zu erwarten.

Herr Kollege Mertes ist nicht anwesend. Nächstes Jahr läuft der Ergebnisabführungsvertrag mit Fraport aus. Ich habe mit ihm bei der Sendung "Ländersache – Politik in

Rheinland-Pfalz" gewettet, dass der Landesregierung kein Ergebnis abgeführt wird. Er hat sich nicht getraut, die Wette anzunehmen, weil er weiß, dass er sie verliert.

(Ministerpräsident Beck: Die Wette werden Sie verlieren!)

 Er verliert sie. Als zweite Investitionsförderung gab es auf dem Hahn – ich rede nur von der flugaffinen Infrastruktur –

(Staatsminister Bauckhage: Das ist mir klar!)

bis 2002 25,6 Millionen Euro. 2003 kam noch 1 Million Euro aus dem Ministerium von Herrn Zuber dazu. Das ist nicht flugaffin gewesen, nämlich Abwasser etc. Das, was ich aufgeführt habe, sind zusammen 56 Millionen Euro. Dazu kommen noch Kleinigkeiten aus dem Titel "Projekte und Maßnahmen im Bereich Verkehr" für den Verkehrslandeplatz Mainz-Finthen, für Pirmasens und Oppenheim sowie ein noch etwas dickerer Brocken für Speyer, nämlich 1,2 Millionen Euro für Grundstückserwerb und 0,5 Millionen Euro für Tankstellenmodernisierung und solche Sachen. Unter dem Strich haben wir in den letzten Jahren 57,9 Millionen Euro in den Flugverkehr gesteckt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich komme zu den indirekten Subventionen. Dahinter mache ich ein Fragezeichen. Herr Minister Bauckhage hat zu Beginn des Jahres in einem Beitrag von "Ländersache – Politik in Rheinland-Pfalz" erklärt, dass die Fluggesellschaft Ryanair, der Hoffnungsträger auf dem Hahn – hoffentlich bleibt er Ihnen erhalten –, Landesmittel für Incoming-Tourismus-Maßnahmen erhält. Sie hatten mir das auch schon einmal auf eine Kleine Anfrage geantwortet und gesagt: Wir machen gemeinsam ein paar Sachen mit Ryanair betreffend Incoming-Tourismus.

Sie haben gesagt, es gibt einen Link, der etwas kostet. Die Summe wollen Sie uns nicht nennen. Sie sei überschaubar.

Herr Minister, was ist für Sie ein überschaubarer Betrag? Es wäre gut, wenn Sie das etwas konkretisieren könnten. Beim Neujahrsempfang am Sonntag in meiner Heimatgemeinde hat der Ortsbürgermeister gesagt, dass ihm 55.000 Euro für den naturnahen Spielplatz fehlen, den alle wollen, der im Rahmen der Dorferneuerung entwickelt wurde. Ich frage Sie: Wie viele Spielplätze könnte man für einen überschaubaren Betrag nach Ihrer Definition gestalten, einen, zwei, zehn oder zwanzig? Ich wäre dankbar, wenn Sie mich aufklären könnten.

Ich komme zum nächsten Punkt. Wir wissen alle, dass der Chef von Ryanair mit harten Bandagen mit so genannten Provinzflughäfen um extrem gute Standortbedingungen kämpft. Für Lübeck sind ganz hanebüchene Forderungen bekannt. Mit Straßburg hat sich ein Gericht beschäftigt. Ich nenne die ganzen Standorte. Charleroi ist ein Wettbewerbsverzerrungsthema für die EU-Kommission geworden. In Wirtschaftsfachzeitschriften ist nachzulesen, dass es bei der Eröffnung neuer Flugli-

nien üblich ist, eine so genannte Entwicklungsförderung zu leisten. Es fällt auf, dass Ryanair in kurzen Abständen Fluglinien einstellt und neue eröffnet.

Auf dem Hahn soll es das alles nicht geben, was woanders diskutiert wird, wenn man den öffentlichen Verlautbarungen der Landesregierung Glauben schenken darf. Komisch ist, dass Mr. O'Leary bei einer Anhörung im irischen Parlament im März vergangenen Jahres erklärt hat, seine Kosten pro Passagier auf dem Hahn seien so niedrig, dass er sie nicht einmal seiner Mutter verraten würde. Bei der gleichen Gelegenheit erklärte er, in Dublin sei das alles mehr als zehnmal so teuer.

Herr Minister, meine Damen und Herren, bei mir tauchen ganz viele Fragezeichen auf. Ich werde nicht ruhen, bis wir sicher sein können, dass auf dem Hahn keine umweltschädlichen Subventionen mehr fließen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zum Landesstraßenbau nicht mehr viel sagen. Wir haben im letzten Plenum aus Anlass der Großen Anfrage der CDU breit darüber geredet.

Herr Creutzmann, ich will Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Sie vorhin den Finanzminister beleidigt haben, nämlich als Sie gesagt haben, es sei ein dümmlches Geschwätz, immer von Bildung statt vom Beton zu reden. Ich lese Ihnen einmal etwas vor. Wenn die Investitionen in das Humankapital bei insgesamt eng begrenztem Budget noch zunehmen sollen – das wollen wir alle –, müssen die Investitionen in Stein und Beton zurückgehen. Ich vermute, Sie werden sich beim Finanzminister dafür entschuldigen, dass Sie ihn der dümmlichen Aussage bezichtigt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie argumentieren, breite Straßen und mehr Spuren seien ökologisch, weil man Emissionen vermeiden könnte. Ich kann nur sagen: Hören Sie doch mit diesen dümmlichen Aussagen auf. Sie werden durch Wiederholungen nicht wahrer.

(Creutzmann, FDP: Wieso ist es dümmlich?)

Herr Minister, ich wiederhole noch einmal meinen Appell, was den Straßenbau angeht: Sehen Sie zu, dass das vorhandene Straßennetz von der Erblast Ihres Vorgängers – ich nenne ihn gern Brüderle Schlagloch – befreit wird, und lassen Sie neue Projekte so lange ruhen, bis Sie das aufgearbeitet haben! Es ist noch eine dreistellige Millionensumme nachzuarbeiten. Daran haben Sie noch einige Jahre zu tun.

Wir wollen natürlich in den SPNV umschichten. Im SPNV fehlt uns das Geld für sinnvolle Maßnahmen. Ich will mich auf ein Beispiel beschränken. Durch ein Versehen der DB wurde öffentlich – die Züge sind alle auf der CD-ROM "AFAS" enthalten, falls Sie, Herr Bauckhage, einmal hineinschauen, wenn Sie einmal mit dem Zug fahren wollen –, dass die trans regio und die DB als Gemeinschaftsproduktion die Einführung schneller Regionalexpresszüge von Kaiserslautern nach Koblenz im Berufsverkehr planten. Das Vorhaben, dort eine Nei-

Tech-Linie einzurichten, wie auf der Nahestrecke, die inzwischen läuft, liegt seit Jahren auf Eis.

Auch dieses Projekt – also die extrem abgespeckte Version einer Linie Kaiserslautern – Koblenz– kann offenkundig aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden. Die Liste der unerledigten Arbeiten im SPNV könnte fortgesetzt werden. Ich nenne die Hunsrückbahn, für die sich der Ministerpräsident gerade wieder stark gemacht hat, wobei fraglich ist, woher das Geld kommen soll, oder die Brexbachtalbahn. Es gibt also einiges zu tun.

Herr Ministerpräsident, natürlich ist es schön – Sie haben das auch heute Morgen gewürdigt, und noch jemand hat das gewürdigt –, dass die Regionalisierungsmittel durch Landesmittel ausgeglichen worden sind. Das war auch sinnvoll. Aber wir sehen, wenn wir genauer hinschauen, dass die Regionalisierungsmittel auch für Sachen verwendet werden, wofür sie ursprünglich nicht gedacht waren. Der hohe Anteil von Regionalisierungsmitteln beim Ausbildungsverkehr ist nicht in unserem Sinn und auch nicht im Sinn des Erfinders gewesen, als die Bahnreform gemacht wurde und die Regionalisierungsmittel eingerichtet wurden. Es ist zwar legal, wie das gemacht wird, aber eigentlich nicht im Sinn des Erfinders.

Wir müssen, wenn wir den Rheinland-Pfalz-Takt erhalten und ausbauen wollen – worüber wir uns fraktions- übergreifend einstimmig verständigt haben –, natürlich mehr Geld in die Hand nehmen und vor allen Dingen auf eine Vertaktung mit den Busverkehren achten. Perspektivisch muss die Landesregierung deshalb bei der überfälligen Reform des ÖPNV mitwirken. Es muss, bevor die Kosten weiter steigen, ohne dass erkennbare Verbesserungen im Angebot zu verzeichnen sind, diese Reform angepackt werden. Die Bahnreform kann ein ganz gutes Beispiel sein, weil man mehr Angebote und bessere Qualität vor allen Dingen dort erreicht, wo zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen klare vertragliche Grundlagen bestehen.

Ich will zum Schluss noch einmal darauf hinweisen, was wir in unseren Anträgen fordern und wofür wir um Zustimmung bitten. Wir denken, dass das das Notwendige ist, was in Rheinland-Pfalz zu tun ist, um eine Verkehrswende, die wir für dringend notwendig halten, einzuleiten, das heißt, eine neue Prioritätensetzung.

Wir haben die Streichung beim Landesstraßenbau gefordert. Wir wollen dem LSV weniger zur Verfügung stellen. Wir wollen 20 Millionen Euro in den ÖPNV investieren, in den Umweltverbund, Schiene, Bus und Fahrrad. Wir wollen auch, dass die Verkehrspolitik demokratisiert wird. Wir wollen die Fahrgastgruppen der unterschiedlichsten Art an der Verkehrsplanung, an Verkehrsentscheidungen beteiligen. Wir wollen ferner, dass die Forschung und die Gutachten im Verkehrsbereich auf nachhaltige, umweltverträgliche Verkehrspolitik ausgerichtet werden.

Ich kann Sie nur auffordern: Stimmen Sie unseren Anträgen zu.

Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist das Land – das ist im Verlauf der Debatte schon gesagt worden –, welches 2002 das höchste Wirtschaftswachstum hatte, das im Jahr 2003 auch wieder über dem Bundesdurchschnitt liegen wird, das Land, welches an drittgünstigster Stelle bei der Arbeitslosenstatistik liegt. Es fällt mir immer schwer "drittgünstigste Stelle" zu sagen, weil ich natürlich weiß, dass hinter jedem Prozent arbeitslose Menschen stehen. Trotzdem muss man das, wenn man wirtschaftliche Parameter beleuchtet, erwähnen.

Rheinland-Pfalz ist das Land, welches nach einer Studie von Ernst & Young die höchste Produktivität hat. Rheinland-Pfalz ist das Land, welches nach einer Kapitalstudie bei dem Bundesländer-Ranking an zweiter Stelle steht. Rheinland-Pfalz ist das Land, in dem fast 2.031 neue Existenzen gegründet wurden und darüber hinaus bis 2002 sich die Existenzgründerzahl in etwa bei 30.000 eingependelt hat. Rheinland-Pfalz ist das Land, in dem die Insolvenzen so um die 1.000 lagen. Bis 2002 lagen sie etwas höher, fast 1.500. Das hat natürlicherweise konjunkturelle Gründe. Rheinland-Pfalz ist das Land, in dem die Landwirtschaft auch im Ranking der Einkommen relativ gut dasteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz bietet eigentlich für die Wirtschaft und für die Menschen in diesem Land eine gute Geschäftsgrundlage und gibt den Menschen eine gute Perspektive in einer schwierigen Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist immer eingebettet in eine Gesamtwirtschaftslage hinein. Wir leben nicht auf der Insel der Glückseligen, aber wir sind eingebettet in die Gesamtwirtschaftslage in Deutschland, in das europäische Geflecht und in eine Weltwirtschaft. Ich glaube, man kann sagen, diese Politik und dieser Haushalt ist die richtige Anwort auf die Fragen der Zeit. Ich sage das deshalb, weil man, wenn man meinen Haushalt 08 beleuchtet, dann die Rahmenbedingungen sehen muss. Man muss verständlicherweise sehen, wie der Status des Landes ist. Wir stehen im Ländervergleich mehr als gut da.

Das hat natürlich Hintergründe. Diese Hintergründe sind klar oder haben etwas damit zu tun, wie die Verkehrsin-

frastruktur in diesem Land ist und wie übrigens auch die Bildungsinfrastruktur in diesem Land ist. Sie ist gut. Man kann lange darüber diskutieren. Klar ist auch: Durch die Öffnung der Fachhochschulen und auch durch die seinerzeitige Entscheidung der Landesregierung, Fachhochschulen in der Fläche zu errichten, waren dies Schritte in die richtige Richtung. Das sind auch die Parameter, die maßgeblich für den Status sind, den wir heute zu beurteilen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat darüber hinaus auch etwas damit zu tun, wie die Kommunikationselektronik in diesem Land gegeben ist. Man kann sagen, auch im Ländervergleich haben wir gute Kommunikationswege, wir haben gute Datenautobahnen. Wir bewegen uns im Ländervergleich im vorderen Drittel. Auch das ist ein Parameter für den Status des Landes. Meine Damen und Herren, das hat natürlicherweise alles etwas damit zu tun, wenn ich die Verkehrsinfrastruktur erwähne, wie man mit den Verkehrswegen umgeht. Da haben wir natürlicherweise, Frau Kiltz, einen diametralen Unterschied. Ich sage: Wir brauchen Straßen und Schiene, SPNV und ÖPNV. Wir brauchen aber auch gute Verkehrswege insbesondere vor dem Hintergrund – ich habe das vorhin gesagt –, dass dieses Land im Wesentlichen aus so genanntem ländlichen Raum besteht. Dann können Sie so lange mit ÖPNV und SPNV erzählen, was Sie wollen.

Übrigens findet eine Demokratisierung täglich statt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden täglich, welches Verkehrsmittel sie nehmen. Dann muss man sagen, es ist nach wie vor notwendig, auch die Straßeninfrastruktur zu verbessern. Damit bin ich eigentlich bei einem wichtigen Punkt. Sie wissen, dass wir seinerzeit gesagt haben, wir wollen auch den Landesstraßenbau weiter nach vorn bringen, und zwar in einer Zeit, in der man einräumen muss, dass der Straßenbau insgesamt wegen öffentlicher Kassenlage - das ist der Hintergrund – etwas zurückgeblieben ist. Man kann sagen, dass wir jetzt in der Lage sind, uns jenseits der 100 Millionen Euro, in diesem Jahr veranschlagt, zu bewegen. Das ist ein Datum. Wir haben nach der Gründung des LSV 300 Projekte angestoßen. Ich glaube, das ist auch ein Datum, das sich im Vergleich sehen lassen kann. Das ist in anderen Ländern ganz anders.

Normalerweise wollte ich auf Herrn Kollegen Wirz nicht antworten. Eine spannende Angelegenheit war natürlich, dass Herr Wirz sagte, das finanzieren Sie noch mit Krediten. Man muss mir natürlicherweise einmal sagen, wie man das anders finanzieren will. Die Opposition versucht heute schon den ganzen Tag die Quadratur des Kreises. Sie wird Ihnen nicht gelingen. Natürlicherweise finanzieren wir das mit Krediten. Das ist auch gerechtfertigt, weil das eine Investition in die Zukunft des Landes und der Menschen ist.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Beim SPNV sind wir dasjenige Bundesland, das auch außerhalb der Regionalisierungsmittel noch eigene Landesmittel einsetzt. SPNV und ÖPNV finden in diesem Land auf hohem Niveau statt, Frau Kiltz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Wirtschaftsförderung noch ein paar Sätze. 80 % unserer Wirtschaftsförderung sind Förderungen von Investitionen. Jetzt kann man natürlicherweise Dinge äußern, wie das vorhin Herr Kollege Weiner getan hat. Allerdings bleibt für mich und für diese Landesregierung eines klar, das Hausbanksystem wird nicht ausgehebelt; denn dann würden wir eine Wettbewerbsverzerrung erreichen. Deswegen wundert es mich, dass ausgerechnet aus Ihrer Ecke dieser Vorschlag kommt, das Hausbanks ystem auszuhebeln. Dann würden wir eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung betreiben. Das wäre nicht gut. Das wollen wir nicht, und das tun wir nicht.

Im Übrigen ist das Hausbankprinzip auch ein Stück Filter, nämlich der Businessplan muss zunächst einmal kreditwürdig erscheinen; denn keine Hausbank gibt einen Kredit. Es kann nicht so sein, dass die Haftung beim Staat liegt und alles andere bei anderen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das kann nicht so sein. Deshalb ist es notwendig, dass man zum einen persönlich haftet und zum anderen aber auch die Banken, das heißt die Hausbanken, die am Schluss auch Geld damit verdienen, mit in die Haftung hineinkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben insgesamt bei der Gewerbeerschließung und durch die Gewerbegebietserschließung in einem Fünfjahreszeitraum – das sind Zahlen, die sind nicht wegzuwischen – 41.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 50.000 gesichert, also rund 91.000 Arbeitsplätze sind in diesem Land durch die Wirtschaftsförderung des Landes in fünf Jahren gesichert und geschaffen worden. Das ist ein Erfolg, der sich mehr als sehen lassen kann.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, jeder neue Arbeitsplatz – das muss ich Ihnen nicht im Näheren erläutern – bedeutet nicht nur, dass man erwerbstätig ist. Der bedeutet auch ein Stück Selbstverwirklichung des Menschen. Deshalb haben wir gerade in einer schwierigen Zeit des Arbeitsmarkts alles dafür zu tun, den ersten Arbeitsmarkt entsprechend zu beleben. Das machen wir mit der Wirtschaftsförderung.

Wenn man dann die Wirtschaftsförderung kritisiert – – – Es wurde vorhin von irgendeinem Redner kritisiert, so wie wir mit Förderung Gewerbegebiete schaffen würden, schaffe man Konkurrenten. Ich glaube, Sie waren es, Herr Dr. Braun.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich will und kann das auch nicht dem einzelnen Unternehmen vorschreiben, wenn ich sage, wir haben noch Gewerbegebiete genug in Langenlonsheim, wenn er in Morbach bauen will, nach Langenlonsheim zu gehen.

(Pörksen, SPD: Obwohl das eine gute Alternative ist!)

 Das wäre es ohne Frage, allein weil Sie dort wohnen, Herr Kollege Pörksen.

Ich könnte auch sagen Niederfischbach oder Morbach. Man muss wissen, wir fördern nur Gewerbegebiete, wenn sie überregional sind und jenseits der 50 % belegt sind. Von daher glaube ich, ist unsere Förderungspolitik eine erfolgreiche, übrigens auch bei der Bewertung der EU als eine erfolgreiche Förderungspolitik bewertet worden.

Ich komme zur Frage der Umständlichkeit, die Sie angeschnitten haben, Herr Weiner. Eines muss klar sein. Wirtschaftsförderung kann nur, wenn es dann eine Förderung direkter Art ist, über die Hausbank funktionieren. Anders kann es nicht funktionieren. Im Übrigen wird uns auch weit bestätigt, dass unsere Wirtschaftsförderung effizient ist und auch sehr unbürokratisch und schnell geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Eines kann man nicht erwarten, dass man eine Förderung auf einem Blatt machen kann; denn es steht immer die Staatshaftung dahinter. Der Antrag muss schon seriös gestellt werden.

Nun hat die CDU-Fraktion einige Kürzungsanträge gestellt. Ich will mich ein Stück damit befassen, weil es mir einfach wichtig erscheint. Einmal – das sage ich schon im Vorhinein – bedeutet die Kürzung der Mittel, wie Sie sie vorschlagen, dass diese Mittel in andere Bundesländer fließen, Herr Kollege Jullien. Der Wettbewerb wird dann noch stärker werden.

Um es in aller Klarheit zu sagen: Es gibt bei diesem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau keine Ausgabenreste über 1 Million Euro. Alles das, was Sie mit 40 Millionen Euro oder 38 Millionen Euro sagen, ist schlicht falsch. Es liegt ein Stück an den EU-Mitteln. Nur ist das Problem bei den EU-Mitteln Folgendes: Ich glaube, Herr Kollege Weiner war es, der sagte, es seien nur 23 % ausgezahlt – Stand März vorigen Jahres.

Wenn schon, sollten Sie up to date sein, dann muss man heute die Zahlen haben. Weit jenseits der 50 %. Das sind Fördermittel, die hängen nicht am Jährlichkeitsprinzip, sondern die hängen über einen ganzen Förderzeitraum hinweg. Von daher hat das eine andere Qualität, und von daher muss man dieser Legendenbildung vorbeugen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es ist schlicht falsch, dass die Landesregierung Haushaltsausgabenreste in der angesprochenen Größenordnung hat. Die Landesregierung hat nur dadurch ein Stück Ausgabenrest, wenn die Fördermittel von der EU aus unterschiedlichen Gründen nicht sofort abfließen können.

Die EU hat eine Verpflichtung bei ihren Förderungsmitteln, es müssen nämlich erst die Rechnungen vorgelegt werden. Das heißt also, die Maßnahme muss quasi fertig sein, dann erst fördert die EU. Von daher kommen diese Zeitverzögerungen. Man muss sich ein Stück mit Ihrem Antrag befassen, Herr Jullien, Herr Dr. Böhr.

Mit der Reduzierung der EU-Einnahmen um fünf Millionen Euro verbinden Sie offensichtlich für den Landeshaushalt dahin gehend einen Entlastungseffekt. Dass dann zwangsläufig die Notwendigkeit der Kofinanzierung durch Landesmittel entfällt und dann ebenfalls fünf Millionen eingespart werden können, ist der Hintergrund Ihrer Sache. Ob das allerdings bei der aktuellen Wirtschaftslage ein durchdachter Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von Rheinland-Pfalz ist, ist dann sehr fragwürdig. Wir würden einmal auf EU-Mittel verzichten und können zweitens Wirtschaftsförderung nicht in dem Sinne betreiben, wie wir sie jetzt betreiben.

Das würde bedeuten, dass man zehn Millionen Euro zum Zweck der Wirtschaftsförderung völlig aufgeben würde. Meine Damen und Herren, aber das ist noch nicht der Punkt. Der entscheidende Punkt ist, neben dieser Einnahmenkürzung soll ein weiterer Titel, der ausschließlich EU-Mittel enthält, um 20 Millionen gekürzt werden

Nun frage ich einmal, wo dabei der Einspareffekt liegt. Wenn ich 20 Millionen EU-Mittel kürze, dann verzichte ich darauf, aber ich habe keinen Einspareffekt. Das kann man auch nicht zur Gegenfinanzierung nehmen, weil ich schlicht den Einspareffekt nicht habe.

Man kann sagen, wir verzichten gottlob darauf, werden diese dann natürlich in anderen Ländern einsetzen. Der Länderwettbewerb wird noch schärfer werden. Da muss einmal jemand sagen, wo wir dann verzichten.

Ich sage Ihnen eines – das ist hochinteressant; Herr Dr. Böhr ist nicht anwesend, aber Herr Jullien –, Sie sollten vielleicht ein Stück bei der Organisation Ihrer Fraktion einmal darauf achten, dass Sie hier und in der Fläche mit einer Stimme reden.

Ich habe kurz vor Weihnachten drei Kleine Anfragen der Abgeordneten Frau Schmidt bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schweitzer, der Tenor ist immer der gleiche. Tenor: Ulla Schmidt, CDU. Sie ist normalerweise eine sehr charmante Frau. Sie ist übrigens eine Westerwälderin. Das spricht allein dafür, dass sie charmant sein muss.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Herr Jullien, wenn man so argumentiert, dann muss man in der Argumentation schlüssig sein. Dann kann man nicht einerseits fordern und das auch noch publizieren, inwieweit vom Land alle EU-Mittel ausgeschöpft werden und fragen, ob das Land Kofinanzierungsmittel zur Verfügung stellt. Damit suggeriert man, das Land würde das nicht machen.

Meine Damen und Herren, dann exakt dort zu kürzen, das ist ein wenig unglaubwürdig. Das muss man schon einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf der Abg. Billen und Jullien, CDU)

- Ich komme nachher noch zur Landwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss auch wissen — — Ich will zunächst etwas zur Technologiepolitik dieses Landes sagen und auch zur Technologiepolitik meines Hauses. Ich war neulich schon ein wenig überrascht. Ich hatte mich noch einmal zum wiederholten Male zum Institut für Mikrotechnik Mainz (IMM) geäußert. Herr Dr. Braun, wir können lange streiten, welche Technologie zukunftsfähig ist und welche nicht.

Ich will das nicht par ordre du mufti bestimmen. Ich will das dem Markt überlassen. Sie wollen das bestimmen. Das ist der Unterschied zwischen mir und Ihnen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Mensch kann bestreiten, dass gerade die Nanound Mikrotechnologie eine riesige Zukunft hat. Es gibt kein Forschungsinstitut auf der ganzen Welt, welches ohne staatliche Zuschüsse arbeiten kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Frau Thomas – wir wollen versuchen, das seriös zu machen –, Sie fordern sogar noch für den Betrieb von Kraftwerken direkte Subventionen.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach so, und wie ist das mit den Atomkraftwerken?)

Wir können lange über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) streiten. Wenn der Preis beim EEG keine Subvention ist, dann müssen Sie mir sagen, was er ist – ich habe kein Problem damit –, nur damit man sauber argumentiert. Subventionen aus Steuermitteln oder aus Beitragsmitteln sind Subventionen von Bürgern.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas)

- Frau Thomas, ich will nur exakt mit Ihnen argumentieren. Deshalb muss man das auch ehrlicherweise sagen.

Ich komme jetzt noch einmal zum IMM zurück. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das eine Zukunftstechnologie ist, darüber sind wir uns wohl einig. Ich sage das deshalb, weil ich mich schützend vor die Mitarbeiter, wie hoch qualifizierte Ingenieure und Techniker, stellen will.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Es ist einfach unerträglich, wenn man ständig darüber redet, ohne zu wissen, wovon man redet.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Herr Creutzmann hat es gesagt. Es sind mittlerweile 17 Ausgründungen getätigt, 200 Arbeitsplätze geschaffen, 800 Kooperationsprojekte gemacht und über 1.000 Mitarbeiter anderer Unternehmen geschult worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Zahlen muss man einmal wissen. Wenn man dann die Rechnung macht, 200 neue Arbeitsplätze und Finanzhilfe X, dann ist das eine große Lücke.

Aber man muss auch wissen, das sind in der Regel Dauerarbeitsplätze, aus denen wiederum neue Arbeitsplätze entstehen. Gleiches gilt für Ausgründungen. Auch in anderen Unternehmen sind somit neue Arbeitsplätze entstanden. Deshalb kann man nicht sagen, es werde eine Milchmädchenrechnung aufgestellt, sondern man muss seriös rechnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Die Technologiepolitik des Landes ist hoch erfolgreich, und dabei bleibe ich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dies kann man übrigens insgesamt an den Taten erkennen, die wir vollbracht haben. Ich habe neulich zwei Unternehmen in der Biotechnik ansiedeln können. In der Biotechnik stellen sich Probleme an der einen oder anderen Stelle, aber zwei Unternehmen, die unmittelbar mit der Universität Mainz zusammenhängen, hoch erfolgreich arbeiten und durch unsere geschickte Technologiepolitik auch im Wettbewerb mit anderen Ländern erfolgreich waren, konnten wir in diesem Bereich ansiedeln. Andere Bundesländer rissen sich geradezu um diese Unternehmen, die im Übrigen von Kapitalgesellschaften aus Amerika entsprechend unterlegt waren. Dies ist eine fortschrittliche Technologiepolitik, die auch zukunftsfähig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt ist dieser Haushalt für diese zukunftsweisenden Felder entsprechend finanziell ausgestattet. Lassen Sie mich nun noch ein Wort zur Ausbildung sagen, da auch dieser Bereich ein Problem darstellt. Man kann lange über Verfassungsgerichtsurteile streiten, ob ein Ausbildungsangebot von 112 % oder 113 % zur Verfügung gestellt werden muss. Jedenfalls ist es der Wirtschaft und uns durch unsere Politik gelungen, ein Verhältnis von 98 % oder 99 % der Plätze zu erzielen. Es gibt noch viele Ausbildungsplätze, die unbesetzt sind.

Ich weiß natürlich, dass sich auch Jugendliche in Maßnahmen befinden. Daher haben wir gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung ein Programm aufgelegt, das Ausbildungsplätze in Maßnahmen vom Arbeitsamt entsprechend fördert. Dies ist eine vernünftige Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Bei der Verbundausbildung werden wir die Kooperation mit Ausbildungsinstitutionen und der Wirtschaft verstärken. Das ist ein Weg in die richtige Richtung. Dabei ist allerdings auch die Zahl der Abbrecher innerhalb der ersten beiden Monate zu berücksichtigen. Dies ist bundesweit eine erschreckende Zahl. Daher unterstütze ich unser ISB-Programm, durch das 1.300 neue Ausbildungsplätze geschaffen wurden. Dies ist ein vernünftiges Programm, das mit entsprechenden Kriterien wieder aufgelegt wird. Beispielsweise wurde das Kriterium neu hinzugefügt, Auszubildenden, die aus Insolvenzfirmen kommen, auch weiterhin eine Chance zu geben. Dies ist ein richtiger Schritt. Man sollte jungen Menschen, die unverschuldet ihren Ausbildungsplatz verlieren, helfen, auch weiterhin eine Perspektive zu haben.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend, zum Bundesverkehrswegeplan zu sprechen, weil er vorhin eine Rolle gespielt hat. Ich könnte auch noch viel zu den Einnahmenausfällen bei der Maut sagen. Ich war unmittelbar dabei, bevor das Problem mit der Maut im Bundesrat behoben werden konnte.

Der Verkehrswegeplan von 1992 war schlicht und ergreifend ein Wunschplan, in dem alle gewünschten Maßnahmen platziert wurden und der maßlos unterfinanziert war. Man konnte würfeln, welche Straße gebaut werden konnte und welche nicht.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das derzeitige Investitionsvolumen in einem Zeitraum von zwölf Jahren beläuft sich auf 150 Milliarden Euro. Das bedeutet etwas über 10 Milliarden Euro pro Jahr. Das Investitionsvolumen des alten Bundesverkehrswegeplans belief sich auf 7,8 Milliarden Euro. Damals waren wir wie auch Sie an der Regierung, und man muss die Zahlen fair nebeneinander stellen.

Deswegen verstand ich die Einwürfe von heute Morgen nicht, die zum Bundesverkehrswegeplan eingebracht wurden. Ich füge hinzu, dass wir in Rheinland-Pfalz beim Bundesverkehrswegeplan besonders gut abgeschnitten haben. Ich war zusammen mit Herrn Ministerpräsidenten Beck bei Herrn Stolpe, um mit ihm zu verhandeln, und wir haben ein Ergebnis erzielt, das ungefähr 8 % über der Länderquote liegt. Der Plan sollte vorher ganz anders, nämlich nach den Zuständen der Straße, konzediert werden. Es wäre interessant gewesen, wo dann die westlichen Länder gestanden hätten. Nun hat man sich auf die Länderquote verständigt, und daher lagen wir knapp 10 % darüber. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wurde die richtige Verkehrspolitik eingeleitet, auch mit dem Schwerpunkt Straße und Schiene.

Ich habe auch viel Verständnis für eine direkte Verbindung von Kaiserslautern nach Koblenz auf der Schiene, aber auch dies muss finanziert werden, unter Umständen auch vor dem Hintergrund, dass damit nur ein Gewinn von einigen Minuten Fahrzeit erreicht wird. Man kann schließlich von Kaiserslautern nach Koblenz fahren, aber man muss umsteigen. Ich bitte, dies vor die-

sem Hintergrund zu betrachten. Auch möchte ich darauf hinweisen, den ländlichen Raum kann man nicht ohne weiteres mit der Bahn erschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte einmal wissen, wie dies im Westerwald, in der Eifel oder im Hunsrück funktionieren soll.

(Billen, CDU: Indem man anständige Straßen baut! – Beifall bei FDP und SPD)

 Herr Billen, wir haben einmal mit Ihnen zusammen regiert, aber es war nicht viel mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun zum Flughafen Hahn. Der Hahn funktioniert nicht nur, sondern dort florieren Verkehre. Frau Kiltz, dafür, dass das nicht in Ihr Bild passt, habe ich sogar Verständnis. Aber wir müssen den Menschen im Hunsrück klar machen, wie wir die Konversion dort schultern wollen. Der Hahn ist das erfolgreichste Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz überhaupt.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Beck hat heute Morgen erläutert, was das Land Rheinland-Pfalz insgesamt ohne Bundesmittel für die Konversion geleistet hat. Frau Kiltz hat dies beanstandet. Es ist mir klar, dass sie etwas gegen Mobilität und gegen die Freiheit des Menschen hat.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

Unter Umständen kann man vor dem Hintergrund sozialer Unterschiede darüber diskutieren, wer fliegen kann und wer nicht. Darüber kann man reden. Aber 2,4 Millionen Passagiere sprechen für sich. Der Hahn zählt zu den Top-Ten-Flughäfen Deutschlands und im Frachtverkehr, der sehr wichtig ist, zu den Top-Five-Flughäfen Deutschlands, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dort wurden weit über 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich kann mir kein Projekt vorstellen, das bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze in dieser oder einer darüber liegenden Größenordnung die gleichen Erfolge zu verzeichnen hat. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die Potenziale genutzt hätten, die man dort nutzen muss.

Ich komme nun zu der Frage, die Sie geradezu auswalzen: Wie sieht es mit den Bedingungen für diejenigen aus, die am Hahn fliegen oder nicht?

Zum Ersten hat jede Fluggesellschaft die gleichen Bedingungen. Ich lade jede Fluggesellschaft ein, am Hahn zu landen und zu starten.

Zum Zweiten ist der Betreiber des Flughafens Hahn nicht das Land, sondern ein Profi, nämlich die Fraport. Zum Dritten gibt es keine Subvention außer einer gemeinsamen Incoming-Tourismus-Werbung. Ich war früher einmal Unternehmer und könnte natürlich auch sagen: Sie drucken die Zeitung sowieso, dann können Sie darin für mich auch umsonst Werbung machen. Das ist doch Ihre Argumentation. Die Fluggesellschaften fliegen sowieso und drucken sowieso Werbebroschüren für ihre Flugreisen, warum drucken sie dann nicht auch Werbebroschüren für die schöne Mosel oder den Mittelrhein? – Das könnte man sagen.

Dies tun sie natürlich nicht, und das würden Sie auch nicht tun. Dies ist also eine Leistung gegen eine andere Leistung, und sonst gar nichts.

Nun kommt der spannende Punkt, der Sie sehr interessiert. Ich sage Ihnen noch einmal, die Kosten sind darstellbar, aber ich sage sie Ihnen nie. Ich will Ihnen auch sagen, warum ich es nicht tue: Der Vertragspartner ist ein Privatunternehmen. Wenn der Staat alle Verträge, die er mit Privatunternehmen schließt, öffentlich macht, gibt es kein Privatunternehmen mehr, welches einen Vertrag mit dem Staat abschließt. So einfach ist das ganze Spiel.

(Beifall der FDP und der SPD)

So einfach ist das ganze Spiel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einige kurze Sätze zu wichtigen Teilen der Landwirtschaftspolitik in meinem Hause sagen. Zunächst einmal möchte ich an den Anfang stellen – ich komme nachher auch noch gern auf den Wechsel in der Agrarpolitik zurück –, es war heute Morgen interessant, Herrn Böhr zu hören, der sagte: Dann muss man auch einmal prüfen, welche EU-Programme man nicht in Anspruch nehmen möchte und muss unter Umständen darauf verzichten. In diesem Zusammenhang fiel mir die breite Landwirtschaftspolitik ein. Herr Billen, das könnte man einmal mit der Landwirtschaft kommunizieren.

(Billen, CDU: Dann müsste man mit denen reden!)

– Das kann ich gern machen. Herr Billen, ich rede mit niemandem so viel wie mit der Landwirtschaft. Übrigens sind gerade meine Staatssekretäre Günter Eymael und Harald Glahn anwesend. Wir reden mit keinem Berußstand so oft wie mit der Landwirtschaft. In der Regel haben wir selten große Differenzen.

In der Flurbereinigung liegt das Verhältnis bei 1 zu 3, also das Dreifache an Landesmitteln sind EU-Mittel. Jetzt kann man natürlich sagen, wir verzichten darauf.

(Billen, CDU: Nein!)

 Das ist doch klar, Herr Billen, nur dort nicht, aber bei anderen. Das ist doch ganz logisch. Wenn man sagt, man verzichtet auf EU-Mittel, dann muss man auch sagen, auf welche man verzichtet.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich möchte das Beispiel nur einmal anführen. Ich halte es für wichtig und richtig. Die Flurbereinigung ist gerade für die Zukunft der Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Im Gegensatz zur Politik der GRÜNEN sage ich Ihnen, wir beide brauchen darüber nicht zu diskutieren.

(Schmitt, CDU: Dann darf man nur nicht kürzen!)

– Nein, man darf nirgendwo kürzen. Man darf nur die Verschuldung beklagen. Nein, eines ist doch völlig klar: Herr Schmitt, es wird nirgendwo gekürzt, aber die Verschuldung wird beklagt. Das ist doch völlig logisch. Das begleitet mich heute schon den ganzen Tag. Nirgends kürzen, aber die Verschuldung beklagen. Im Gegenteil, mehr ausgeben und die Verschuldung beklagen. Sie werfen ein Szenario an die Wand, ein Horrorgebilde. Dann hat man schon Angst. Herr Kuhn hatte Recht. Man müsste sich eigentlich ein schwarzes Tuch über den Kopf hängen und sagen: Mein Gott, lebst du in diesem Land?

Es wird übrigens auch keinen Unternehmer geben, der sich in einem solchen Land, das so kaputtgeredet wird, ansiedeln möchte. Das ist doch klar.

(Creutzmann, FDP: So ist es! – Schmitt, CDU: Unsinn!)

Wer soll denn von Baden-Württemberg, von Hessen, von Belgien und Holland in dieses Land kommen, wenn Sie immer sagen, das Land taugt nichts? Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei FDP und SPD – Schmitt, CDU: Das ist doch ein Totschlagargument!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die investiven Maßnahmen der Landwirtschaft behalten für die rheinland-pfälzische Landwirtschaftspolitik höchste Priorität, dies auch mit dem ZIL-Programm, das europäisch genehmigt und europäisch kofinanziert ist. Wir wollen, dass die Landwirtschaft eine gute Existenzgrundlage bekommt. Wir kennen den Wettbewerb. Wir machen uns doch hier nichts vor. Wer glaubt, er könnte die Landwirtschaftspolitik, die die GRÜNEN hier vorschlagen, machen, dem kann ich heute schon sagen, dann ist die Landwirtschaft tot.

(Creutzmann, FDP: Jawohl! Natürlich!)

Es gibt natürlicherweise eine Nische. Immer aber entscheidet der Verbraucher an der Theke, welches Produkt er kauft. Verbraucherschutz, jawohl. Ich wehre mich aber dagegen, dass unterschwellig die Produkte von der Landwirtschaft in die Ecke gestellt werden. Es sind gesunde Lebensmittel.

(Beifall bei FDP und SPD)

Der Einsatz der Landesmittel bleibt primär auf die Kofinanzierung der Bundes- und EAGFL-Mittel konzentriert. Damit können wir im Interesse des Landes und der Landwirtschaft und des ländlichen Raums einen höchstmöglichen Wirkungsgrad erreichen.

Das zeigt sich übrigens im Haushalt 2004 sehr deutlich. Der Landesmitteleinsatz geht gegenüber 2003 zwar um 100.000 Euro zurück, die Drittmittel der EU steigen aber um 3,8 Millionen. Noch einmal so viel zur Problematik des Verzichtens auf EU-Gelder. Man muss dann sagen, auf welche man verzichtet. Ich habe Ihnen gesagt, bei der Wirtschaftsförderung ist es eine Luftnummer. Jetzt führe ich andere Beispiele an, da sagen Sie Nein, dort nicht. – Dann sagen Sie, wo man es machen soll.

(Beifall des Abg. Lewentz, SPD)

Ein Schwerpunkt bleibt auch die umweltgerechte Landbewirtschaftung. Unser Schwerpunkt bleibt auch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Das ist der entscheidende Punkt. Dabei bleibt auch die Flurbereinigung einer der entscheidenden Schwerpunkte. Ein weiterer Schwerpunkt bleiben auch die Einkommenshilfen in der Landwirtschaft.

Ich sage dies deshalb, weil wir vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung natürlicherweise einem anderen Wettbewerb als in der Vergangenheit ausgesetzt sein werden. Das ist gar keine Frage. Dann müssen wir uns entscheiden, wie wir heute die Weichen für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft stellen, dies vor dem Hintergrund der gemeinsamen Agrarpolitik, Frau Kiltz. Man muss sehen, dass bei der gemeinsamen Agrarpolitik, bei der Frau Künast sehr kooperativ in dieser einen Ecke ist, gerade die rheinland-pfälzische Landwirtschaft besonders gebeutelt wird, weil wir bei den Hektarzuschüssen weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die begleitenden Maßnahmen jetzt erhalten. Sonst ist die Landwirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig. Ich möchte aber eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft in diesem Bundesland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ansätze des Einzelplans 08 belegen, dass wir uns einerseits vor der gesamtstaatspolitischen Verantwortung nicht drücken, also einen Sparhaushalt fahren, andererseits aber die richtigen Akzente für die Wirtschaft und für den Mittelstand im Land setzen. Dieser hat für uns eine ganz besondere Bedeutung. Ich denke, auch für die Landwirtschaft sind die Weichen in diesem Land für die Zukunft gut gestellt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Bauckhage, wenn Sie es schon angreifen, wenn die CDU sagt, man muss über EU-Mittel reden, dann sollten Sie wissen, was in Ihrem Haus und im Landwirtschaftsausschuss gelaufen ist.

Wir haben im Landwirtschaftsausschuss im Dezember zusammengesessen. Es gab ein Angebot der Opposition, uns zusammenzusetzen und über die landwirtschaftlichen Fördermittel zu reden.

Es gab schon im November ein Angebot, als man über bestimmte Ausgaben geredet hat. Herr Staatssekretär Eymael wurde vom Ausschuss beauftragt, das überfraktionelle Gespräch zu koordinieren, was auch festgehalten ist, damit man darüber reden kann, was Sinn und was keinen Sinn im Rahmen eines Haushalts macht, der knapp ist. Ein größeres Angebot kann man eigentlich nicht machen, da wir sehr bereit waren, Verantwortung mitzutragen.

Das Endergebnis ist, es gab dieses Gesprächsangebot und den Beschluss im Ausschuss, aber es ist nichts passiert. Es gab kein Terminangebot, es gab auch kein Gespräch. Insofern denke ich, dass es unredlich ist, sich hier hinzustellen und dann ausgerechnet die Titel zu nennen, die im Ausschuss – klar definiert – nicht anzutasten sind, nämlich Flurbereinigung, einzelbetriebliche Investitionsförderung und Ausgleichszulage. Das waren die drei Titel, bei denen klar war, dass sie nicht angegriffen werden.

Um der Schau willen greifen Sie hier diese Titel heraus, bei denen Sie genau wissen, dass wir anderer Auffassung sind. Da sind sogar die GRÜNEN anderer Auffassung. Sie wollen zwar eine ökologische Flurbereinigung und Ähnliches, aber selbst Sie sind in dieser Frage auf einer anderen Seite. Insofern halte ich es nicht für richtig, wie Sie das machen. Ich halte es nicht für fair. Das wollte ich darstellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zur Erwiderung erteile ich Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte mich vor dem Hintergrund der Zeit nicht mehr zu Wort melden. Herr Billen, ich muss es aber doch einmal machen.

Ich möchte zunächst einmal etwas Grundsätzliches sagen. Man muss immer wissen, dass es einerseits eine Regierung und die sie tragenden Fraktionen gibt, andererseits eine Opposition. Frau Thomas hatte schon einmal den Versuch gemacht, die Politik der Regierung in den Ausschuss zu verlegen und dann anschließend die Politik so oder so zu bewerten. Wir legen einen Entwurf vor, dazu kann man dann Vorschläge machen.

Darüber hinaus weiß ich, dass gerade mit Ihnen von der CDU-Fraktion geredet worden ist. Eine offene Frage ist das FUL-Programm gewesen. Darüber kann man mit mir

weiter reden. Wir sind jedenfalls für jede Fraktion zu jeder Zeit für jedes Gespräch bereit.

(Billen, CDU: Das ist nicht wahr!)

Man muss nur eines aus dem Rollenverständnis eines Parlaments heraus wissen. Hier sitzen eine Regierung und die sie tragenden Parteien, dort sitzt eine Opposition. Die Regierung hat einen Politikentwurf. Den anderen Politikentwurf kann ich nicht so klar sehen, aber darüber kann man streiten.

Man muss darüber hinaus auch wissen, wir haben Haushaltsgespräche mit der CDU-Fraktion geführt. Dies hat die ganze Landesregierung gemacht, auch mit den GRÜNEN. Herr Dr. Weiland, natürlicherweis e redet man nicht über diese Gespräche, das mache ich auch nicht.

Nur wir beide können uns unter vier Augen über die Ergebnisse unterhalten. Das ist kein Problem. Man kann sich über die Ergebnisse unterhalten. Herr Eymael hat mit Ihnen gesprochen. Deshalb sage ich noch einmal: Jederzeit gesprächsbereit, nur klar muss sein, wir verantworten unsere Politik und verantworten nicht die Politik von anderen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Bauern sind bescheidene Leute. Wir nehmen die Zeit, die übrig geblieben ist und versuchen, unsere Reden entsprechend umzustellen.

(Staatsminister Bauckhage: Keine falsche Bescheidenheit!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute Morgen Karl Valentin, ein Münchner Urgestein, zitiert. Karl Valentin hat auch noch einen Satz gesagt: "Mögen haben wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut." – Zuweilen habe ich den Eindruck, wenn ich das sehe, was heute Morgen über Sparhaushalt diskutiert wurde, hätte Karl Valentin Folgendes zur Landesregierung sagen können: Wir haben uns nicht getraut, das umzusetzen, was wir gemeinsam erkennen.

(Staatsminister Zuber: Aber Ihr!)

Ich werde die Haushaltsrede jetzt nicht nur aufgrund der Zeit, sondern auch aufgrund dessen, was Sie, Herr Minister, eben gesagt haben, umstellen. Wenn wir in einer Situation sind, reden wir heute nicht nur über Geld. Das ist nicht mehr die Frage des Haushalts, jede einzelne Position durchzugehen – das konnten wir im Ausschuss tun –, sondern es geht um Schwerpunkte. Es geht dann auch darum, wie wir miteinander umgehen.

Ich glaube, es ist an der Zeit, nicht nur aus der Sicht der Bauern, nicht nur wegen dem Paradigmenwechsel, den wir wirklich haben, der Umstellung in eine Art, wie wir sie noch nicht hatten, dass das Regierungsverständnis und das Parlamentsverständnis und das Politikverständnis ein anderes wird, wenn es nicht gelingt, ein Angebot der Opposition aufzunehmen. Es war nicht gemeint, über den einen oder anderen Punkt zu diskutieren, was im Haushalt steht, sondern es war der Versuch, wirklich zu sparen und Prioritäten zu setzen. Dieses Parlament wird gefordert sein, in Zukunft bei weniger Geld Prioritäten zu setzen und zu sagen: Da machen wir gemeinsam mit. -Da können Sie uns beim Wort halten, dann machen wir das. Es war nicht das andere Haushaltsgespräch. Ich bin sehr daran interessiert. Eine Opposition tut das nicht ohne Not, aber wir wissen, dass es auch innerhalb der Landwirtschaft schwierig ist. Deshalb eine Kehrtwendung auch in der Einstellung dessen, was notwendig wäre. Wenn schon das Angebot vorhanden war und Sie vorhin gesagt haben, die CDU-Fraktion draußen fordert dieses oder jenes, hat es die SPD-Fraktion natürlich wesentlich schwieriger, weil sie gewaltig größer ist, in der Weise hier dasselbe zu sagen wie draußen.

Ich mache es an einem Beispiel fest. Ich werde nachher vier Punkte fordern, die ich als prioritär ansehe. Ich werde keinen Einzelantrag stellen. Diesen hat die CDU-Fraktion bewusst nicht gestellt. Es gibt weder Kürzungsnoch Einzelvorschläge im Haushalt der Landwirtschaft. Er ist fast deckungsgleich mit 2003. Ich will darüber nicht länger diskutieren. Es wäre auch unredlich, das zu tun. Es wäre auch unredlich – auch das tue ich heute nicht –, die einzelbetriebliche Förderung und Junglandwirteförderung zu kritisieren. Auch das ist in Ordnung. Aber wir wären dann trotzdem an einer Weichenstellung interessiert. Es heißt dann, neue Wege zu gehen, damit man Spuren hinterlässt und nicht nur Staub. Wir werden gezwungen sein, neue Wege gemeinsam zu gehen.

Ich bitte jetzt um Folgendes: Der erste Punkt ist die Wettbewerbsfähigkeit. Sie schreiben das auf die Fahnen: Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit stärken. –

Für mich sind vier Punkte wichtig:

- 1. Wettbewerbsfähigkeit stärken.
- 2. Die Zukunftsbetriebe sichern.
- 3. Erhaltung der Kulturlandschaft als eine intakte Kulturlandschaft und wenn Sie wollen –
- 4. Verbesserung der Marktposition als Nebenbereich.

Daran müssen wir all das messen, was wir heute diskutieren, und nicht nach dem Motto "Opposition geißelt alles" handeln. Wo sind wir hingekommen, wenn Kritik in diesem Hause immer als Totengräberstimmung bezeichnet wird und Schönfärberei von Ihnen als die heile Welt bezeichnet wird und gesagt wird, das sei in Ordnung?

(Beifall der CDU)

Es hilft uns nichts, wenn wir uns gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben. Wir werden dem nicht

gerecht, was die Bürger eigentlich verlangen. Wenn ich das von hier sage – Sie wissen, ich habe auch andere Reden von hier aus gehalten –, dann ist es notwendig, dass wir uns dabei zunächst einmal auf das Wesentliche besinnen. Die Situation der Bauern kennen Sie. Ich kann Ihnen auch sagen, Sie wären daran Schuld – das wäre aber auch unredlich –, dass die Bauern über 3.000 Euro weniger pro Haushalt haben als noch vor zwei Jahren, dass wir eine Spitzengruppe haben, die wohl hervorragend zurechtkommt, aber dass wir die Masse der Betriebe haben, die knapp über dem Existenzminimum liegen. Das ist auch keine Verteufelung oder Schwarzmalerei. Das sind einfach Fakten. Da muss man fragen: Was können wir als kleine Landespolitik leisten, weil wir dabei wirklich nur ein Rädchen sind?

Wenn Sie beim nächsten Haushalt diese ausgestreckte Hand, wobei wir wirklich sagen, wir sind bereit, uns auf diese Prioritäten mit einbinden zu lassen, nicht ergreifen, dann haben Sie etwas getan, was nicht nur dem Hause hier schadet, sondern was letztendlich den Bauern schadet. Unter diesem Gesichtspunkt bitte ich, folgende Überlegungen anzustellen:

- 1. Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe haben Sie haushaltsmäßig sogar zurückgefahren. Ich wäre dankbar dafür, wenn Sie dies auch haushaltsmäßig noch einmal entsprechend werten. Sie haben es immerhin um 16 Millionen Euro wenn ich die Zahlen richtig sehe gegenüber 2002 zurückgefahren.
- 2. Als einen zweiten Punkt haben Sie eben Flurbereinigung genannt. Sie haben es zurückgefahren. Über Ihre Agrarverwaltungsreform hatte die CDU ein Modell vorgelegt, das effizienter war und uns wesentlich mehr Kosten eingespart hätte.

(Staatsminister Bauckhage: Das sagen nur Sie!)

Dieses CDU-Modell hätte Geld eingespart. Wir hätten eine einzige Bündelungsstelle gehabt, und wir hätten hinterher nicht gesagt: 40 % Personal kürzen beim Kulturamt. – Wie wollen Sie diese Flurbereinigung denn auf Dauer machen – Sie wollen 40 % Personal in den nächsten Jahren kürzen – und auf der anderen Seite sagen "Wir wollen etwas zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen"? Das geht nicht auf. Da sollten Sie die Ehrlichkeit haben und sagen: Jawohl, wenn es ein Schwerpunkt ist, werden wir das auch haushaltsmäßig entsprechend machen.

Jetzt komme ich zu etwas, was gar kein Geld kostet. Ich habe auch einmal im Internet die Suchmaschine angestellt wie heute Morgen Herr Mertes. Jeder kann sie bedienen. Ich habe danach gefragt, wie viel Bürokratie – Gesetze, Verordnungen – wir in gewissen Bereichen mehr oder weniger haben. Da kommen wir zu dem Ergebnis, alle miteinander predigen wir weniger Bürokratie, wir haben aber allein in den letzten zehn Jahren eine Erhöhung um 120 % im Bereich von Landwirtschaft und Weinbau. Es glaubt uns kein Mensch mehr draußen vor Ort, wenn wir sagen: Weniger Bürokratie! – Es wird

täglich mehr. Ich nenne zum Beispiel den Dornfelder. Ich will das heute gar nicht lange diskutieren.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Da hatten Sie die Chance: Staat halte dich da raus, womit du nichts zu tun hast, was du auf Weinwirtschaftsräte verlagern kannst. –

Herr Staatssekretär, jetzt nehmen wir Sie beim Wort. Sie haben erklärt: Wir sind bereit – Weinbautag Mosel; Gott sei Dank ein Weinbautag – doch alles abzugeben an die Weinwirtschaftsräte. Warum sollen wir uns die Finger dreckig machen? Dafür habe ich volles Verständnis. Das würde ich auch so machen. Je näher es ist, desto besser können Sie es machen. Wir sind bereit, Ihnen die Kompetenzen zu geben. – Das war Ihre Aussage.

Dann erwarte ich, dass wir im Laufe dieses Jahres gemeinsam sagen, welche Kompetenzen – ich weiß, dass vieles nicht geht – auf die Weinwirtschaftsräte zu verlagern wären, weil wir dann nicht nur hier diskutieren werden, sondern dann müssen Sie es vor Ort regeln. Das wäre ein wichtiger Beitrag der Glaubwürdigkeit. Ich werde in einem Jahr oder wann auch immer hier erneut anfragen: Landesregierung, was hast du mit dieser Ankündigung gemacht? – Die Zeiten sind herum, wo wir ankündigen können und nichts in die Tat umsetzen. Das kostet kein Geld. Das wäre leicht realisierbar.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Dann kommt ein Lieblingsbeispiel von mir, weil ich nur Schwerpunkte nennen will. Sie wissen, dass ich vor zehn Jahren ein Kulturlandschaftsprogramm gefordert habe. Das habe ich in diesem Landtag gefordert. Diejenigen, die lange genug dabei sind, werden das wissen. Wir haben an der Mosel darüber diskutiert: Beginnen wir auch die Frage der Steillagen? - Mit der Steillagenförderung in der jetzigen Art retten wir nichts. Jeder von uns weiß um die Lebens- und Zukunftsqualität. Es geht nicht nur um die Winzer. Es geht um die Erhaltung ganzer Regionen. Sind wir nicht in der Lage, ein gesamtheitliches Kulturlandschaftsprogramm auf den Weg zu bringen, wie es die FDP in Trier gefordert hat? Es darf doch einem FDP-Minister nicht sonderlich schwer fallen, das, was seine Fraktion richtigerweise in Trier gefordert hat, dann auch umzusetzen. Auch das kostet nicht unbedingt mehr Geld, sondern das ist auch eine Frage des gesellschaftlichen Stellenwerts.

Lassen Sie uns auch da – das biete ich an, in einer Arbeitsgruppe oder wie auch immer – zusammenarbeiten. Auch da müssen wir vorankommen. Wir können nicht über Jahre den Leuten erzählen, wir haben ein Kulturlandschaftsprogramm, wir tun dies oder jenes, und wir stellen fest, täglich werden mehr Brachflächen in den Steilhängen anfallen. Das kann nicht sein, dass wir auf Dauer hinterher kommen und sagen, jetzt werden wir mit viel Geld, mit staatlichen Mitteln, hingehen, die früher bewirtschafteten Flächen, die wir für wichtig halten, zu versuchen, dann noch einmal zu bewirtschaften, wenn die Winzer längst mit den Füßen abgestimmt haben. Es ist meine Bitte, aus diesem Grund heraus dort auch einmal ein Pilotprojekt zu starten und mehr als das zu tun, was wir jetzt schon tun.

Ich rede das nicht klein. Dann hätten wir eine Perspektive aufgezeigt. Dann wären wir auf einem Weg.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Herr Minister, ich habe es Ihnen eben angeboten. Ich habe nicht gesagt, wir brauchen soundso viel Millionen. Ich habe bewusst eine absolut andere Rede gehalten, weil es mir auf ein paar Punkte ankommt. Es kommt mir nicht auf die kleinkarierte Diskussion an, in dem Haushalt da ein paar tausend Euro oder da tausend Euro mehr. Das ist diesem Stellenwert nicht mehr angemessen.

Wenn Sie zu diesen drei Punkten, die ich eben genannt habe, Ja sagen wollen, dann können wir gemeinsam etwas bewegen, gemeinsam etwas dort einbringen, dann wären wir einen Schritt weiter. Dann machen auch solche kleinen Haushaltsdebatten für einzelne Bereiche Sinn, weil sie ergebnisorientiert sind. Dann können wir nachher sagen, ob wir einen Schritt weitergekommen sind oder nicht.

Es wird den Bürger wenig interessieren, wie viel --- Er wird hören, wie viel Milliarden Schulden wir haben. Es wird ihn interessieren, was wir aus unseren Möglichkeiten machen. Hierzu die Aufforderung und die Bitte. Ich sage das heute in einem so zurückhaltenden Ton, wie ich hier noch nie gesprochen habe. Das ist allerdings die letzte Chance, dass die Opposition das anbietet.

Nehmen Sie es an, oder Sie verkennen das, wofür Sie Ihren Eid geleistet haben.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Frau Abgeordneter Ebli das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schmitt, Sie fordern neue Wege und hoffen, dass wir uns auf Ihre ausgetretenen Pfade begeben. Das passt nicht. Das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Creutzmann, FDP – Dr. Schiffmann, SPD: Sehr gut!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaft und Weinbau sind Teil der Volkswirtschaft in Rheinland-Pfalz und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Landwirtschaftsund weinbaulichen Unternehmen finden in Rheinland-Pfalz gute Bedingungen vor. Wenn ich von guten Bedingungen und einem günstigen Klima rede, dann meine ich damit nicht nur das gute Wetter, das wir in vielen Regionen im Land haben, gemeint sind damit auch die hervorragenden Bedingungen, die die Betriebe in uns erer Fraktion, in der Koalition und in der Landesregierung insgesamt vorfinden.

Auch wenn von den Zahlen her betrachtet nur noch verhältnismäßig wenig Menschen in der Landwirtschaft arbeiten, ist der Stellenwert in Wirtschaft und Gesellschaft ein wesentlich höherer, als die reinen Zahlen dies erscheinen lassen.

Wir können über eine Vielzahl von guten und zukunftsorientierten landwirtschaftlichen Unternehmen stolz sein, die sehr selbstbewusst hinter ihren Produkten stehen, ganz gleich, um welche es sich handelt, ob Gemüse, Weinbau oder Produkte aus der Tierhaltung.

Qualität ist zunehmend zur Selbstverständlichkeit geworden, ob mit oder ohne Gütesiegel. Viele Unternehmen bürgen für die Qualität mit ihrem Namen.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen in diesem Zusammenhang – Herr Kollege Schmitt, Sie sind ebenfalls darauf eingegangen – die landespflegerischen Maßnahmen, die von dem Berufsstand in der Landwirtschaft und auf den Steillagen zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft geleistet werden. Diese Leistung muss von der Allgemeinheit bezahlt und getragen werden. Diese Arbeit hat ihren Preis. Das ist für uns überhaupt keine Frage.

Das positive Urteil des Präsidenten des Deutschen Bauernverbands, Sonnleitner, der nicht in dem Verdacht steht, uns nahe zu stehen, zur Agrarentwicklung in Rheinland-Pfalz im Situationsbericht 2004 des Deutschen Bauernverbands bestätigt, dass wir in unserem Land genau auf dem richtigen Weg sind. Allerdings wissen wir auch, dass die Einkommenssituation unserer Betriebe bei einer Einzelbetrachtung sich natürlich relativieren lässt. Wenn man von einer Erhöhung der Einkommen von 7 % oder 29 % spricht, dann muss man die Zahlengrundlage sehen, ob es 24.000 Euro, 50.000 Euro oder 60.000 Euro sind. Das wissen wir und sehen wir auch sehr differenziert und mit großem Verantwortungsbewusstsein.

Was uns sehr freut, ist die Entwicklung junger Unternehmen, junger Landwirte, junger Winzerinnen und Winzer, die sich mit der Situation sehr kritisch auseinander setzen. Sie beobachten den Markt und stellen sich dem Markt, dem nationalen und auch dem europäischen Wettbewerb, indem sie mit großen Kraftanstrengungen ihre Betriebe und Produkte wettbewerbsfähig machen.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe ist es, genau diese Betriebe und den gesamten ländlichen Raum auf diesem Weg zu begleiten, fachlich und sachlich zu beraten und, wenn es angebracht ist, auch monetär.

Modern und zukunftsorientiert haben wir im vergangenen Jahr mit großer Kraftanstrengung eine Agrarverwaltungsreform auf den Weg gebracht.

Herr Staatssekretär – den Minister sehe ich nicht –, die Früchte dieser Saat brauchen ihre Zeit. Aber ich bin überzeugt, dass diese Frucht eine gute Ernte einbringen wird.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Bereich der Landwirtschaft und der knappen Finanzsituation ist Rheinland-Pfalz nicht außen vor geblieben. Von daher muss es erlaubt sein, beispielsweise die bisherige vertraute Förderpolitik zu hinterfragen. Ein Gießkannenprinzip wird es nicht mehr geben. Jedem ein bisschen, das geht nicht. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, die aber auch einer ständigen Überprüfung auf ihre Wirksamkeit hin unterzogen werden müssen.

Herr Kollege Schmitt, ich war auf die im Ausschuss angekündigten Vorschläge vonseiten der CDU zur Einsparung in unserem Haushalt sehr gespannt. Was finden wir vor: Streichung des Ackerrandstreifenprogramms.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Lieber Herr Kollege, in unserem Land werden 210 Hektar mit einem Aufwand von 147.000 Euro gefördert. Davon übernimmt die EU 50 %. Es verbleiben 73.000 Euro. Ich würde mich schämen.

Haben Sie denn vergessen, warum dieses Programm eingestellt wurde? Die Landwirte würden wenige Quadratmeter mehr bewirtschaften können. Oder glauben Sie oder sind Sie so blauäugig, dass es nach einer Streichung oder Kürzung dieses Programms zu einer freiwilligen Ackerrandstreifenpflege käme? Ich nicht. Ich fürchte, dass wir dann in unserer Landschaft keine Kornblumen und keinen Klatschmohn mehr sehen werden. Ich wäre sehr traurig, wenn ich zu diesen blühenden Zeiten die roten Flecken in unserer Landwirtschaftskultur vermissen müsste.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Große Ohren habe ich heute Morgen bei der Rede von Herrn Kollegen Böhr bekommen, als er sagte, wenn sparen, dann alles ausschöpfen. Herr Dr. Böhr, Sie haben gesagt, dann werden nicht alle Programme abgerufen. Es wundert mich nicht, dass Sie diese Aussage getätigt haben, wobei ich Zweifel habe, dass die Kolleginnen und Kollegen im Landwirtschaftsausschuss hinter dieser Aussage stehen. Aber Ihre Freunde in Berlin haben in der Tat beantragt, die GA-Mittel um 100 Millionen Euro auf 635 Millionen Euro zu kürzen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Von daher ist es zwangsläufig, dass man nicht mehr alles abbuchen kann, wenn man oben zu kürzen beantragt hat. Da müssen wir schon ehrlich miteinander umgehen.

Herr Dr. Böhr, ich habe von daher großes Verständnis für diese Aussage. Sollten die Damen und Herren der CDU im Ausschuss hinter der Aussage stehen, dann sind sie in kurzer Zeit vom Saulus zum Paulus geworden.

Herr Kollege Schmitt, ich kann mich noch gut an eine Ausschusssitzung erinnern, als von Ihrer Seite sehr kritisiert wurde, dass EU- oder Bundesmittel nicht abgerufen wurden. Diese heiße Diskussion haben wir nicht vergessen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Landwirte und Winzerbetriebe müssen investieren können. Wir wollen, dass sie investieren können, um den Wettbewerb bestehen und gegebenenfalls Auflagen, zum Beispiel im Tier-

schutz, erfüllen zu können, die von anderer Seite getätigt werden. Man muss entsprechend reagieren können.

Genauso wichtig ist es uns aber auch, die Junglandwirteförderung zu erhalten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Diese Förderung hilft natürlich dem einen oder anderen bei der Entscheidung, den elterlichen Betrieb zu übernehmen und weiterzuführen. Wir denken, dass das gut angelegtes Geld ist.

Darüber hinaus habe ich es als hochinteressant empfunden festzustellen, welche alternativen Einnahmenmöglichkeiten sich bei den Landwirten und Winzern selbst ergeben, wie kreativ und innovativ die Betriebe sind, sei es in der Vermarktung, im Tourismus oder im energetischen Bereich.

Zu diesem Thema haben wir an das Ministerium eine Kleine Anfrage gerichtet und sind auf die Antwort sehr gespannt. Daher muss ich gestehen, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Vom Landwirt zum Energiewirt" durchaus seine Berechtigung hat und es uns schwer fällt, diesem Antrag nicht zustimmen zu können, weil er nicht gegenfinanziert wird. Die Kürzungsvorschläge zur Gegenfinanzierung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können unsere Zustimmung leider nicht finden. Ich sage ganz bewusst, dass ich es nicht ausschließe, dass wir uns zu einem späteren Zeitpunkt erneut über dieses Thema unterhalten.

Ich komme zum Schluss. Mit diesem Haushalt stehen wir bei allen notwendigen Veränderungen nicht schlecht da. Ich selbst bin ein sehr positiv denkender Mensch und bin sicher, dass unsere landwirtschaftlichen und weinbaulichen Betriebe in Zukunft mindestens immer ein halb volles Glas haben werden.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich zur Agrarpolitik komme, möchte ich noch eine Replik zu Ihren Ausführungen machen, Herr Minister Bauckhage. Es ist eine Sache, sich inhaltlich zu streiten und differente Standpunkte auszutauschen. Eine andere Sache ist es, jahrelang immer wieder dieselben Unterstellungen und Vorurteile runterzubeten. Deswegen möchte ich noch einmal in aller Klarheit sagen, dass ich es begrüßen würde, wenn Sie in Zukunft zwei Aussagen über uns auf Ihrer Festplatte löschen würden.

(Zuruf von der SPD)

- Stimmt, darüber hat sich vorhin auch schon jemand beschwert. Soll ich es noch einmal sagen? - Ich wün-

sche mir, dass Herr Minister Bauckhage zwei Aussagen über uns auf seiner Festplatte löscht.

Falsch ist: Die GRÜNEN wollen weniger Mobilität und beschneiden die Freiheit. – Richtig ist: Die GRÜNEN wollen mehr Mobilität, aber mit Schwerpunkt auf umweltfreundliche Verkehrsträger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Falsch ist: Wenn die GRÜNEN für den Öko-Anbau sind, diffamieren sie damit die konventionelle Erzeugung. – Richtig ist: Die GRÜNEN halten die ökologische Wirtschaftsweise für die zukunftsfähigste, sind aber froh um jeden Betrieb, den es überhaupt noch gibt, und wünschen sich eine zunehmende Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, wenn ich beim zweiten Beispiel Ihrer Logik folgen würde, dann gilt der Vorwurf auch für Sie selbst. Lesen Sie doch einmal das Vorwort, das Sie in Ihrem Namen für die Broschüre zum Ökosommer haben schreiben lassen. Darin loben Sie den Ökoanbau. Ich habe noch nie den Vorwurf gehört, dass Sie damit den konventionellen Landbau diffamiert hätten. Also lassen Sie das dann auch bitte in Zukunft bei uns.

Unsere Agrarpolitik steht unter den Leitlinien "Ökologisierung der Landwirtschaft", "Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher" und "Verbraucherschutz". Ich will nur ein paar Stichpunkte anreißen, da wir schon sehr häufig über Agrarpolitik im Allgemeinen und im Besonderen gesprochen haben.

(Ministerpräsident Beck: Es ist aber immer wieder schön!)

Zur Weinbaupolitik ein verhaltenes Lob an die Landesregierung.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

 Ich wusste doch, dass ich Sie wecke, wenn ich Sie lobe.

(Dr. Schmitz, FDP: Frau Kiltz, haben Sie etwas getrunken?)

Mit der Dornfelder-Verordnung sind Sie einen ersten kleinen zaghaften richtigen Schritt gegangen. Bitte bleiben Sie dabei aber nicht stehen. Herr Minister, seien Sie endlich einmal mutig und packen Sie die Hektarhöchstertragsregelung an. Das ist wahrscheinlich eine Jahrhundertaufgabe. Umso wichtiger ist es, dass Sie sie angehen.

Hinsichtlich der Agrarverwaltungsreform kann ich mich dem Lob von Frau Ebli überhaupt nicht anschließen. Das können Sie in unserem Entschließungsantrag nachlesen. Wir haben die inhaltliche Ausrichtung nicht begrüßt. Ich will noch einmal sagen, was wir wollen. Wir wollen bei der Agrarverwaltungsreform Zukunftsaufgaben in den Mittelpunkt stellen. Bestimmte Dinge sind

aber ganz abgegeben worden, zum Beispiel die Beratung für die Diversifikation. Außerdem ist der ganze Hauswirtschaftsbereich abgegeben worden. Das wirft im Übrigen ein schönes Licht auf das Gender Mainstreaming in diesem Ministerium. Das ist so etwas von überhaupt nicht vorhanden. Das ist schrecklich. Dabei hätte man sehr schöne Aufgaben haben können. Man hätte zum Beispiel eine Kampagne "Qualität ist uns etwas wert" mit Geld von der Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale und mit anderen Akteuren machen können. Jedoch sind die Schwächsten als Erste vor die Tür gesetzt worden. Das war in diesem Fall die ländliche Hauswirtschaft.

Sie haben gesagt, dass Sie mit der Agrarverwaltungsreform viel Geld sparen wollen. Das findet sich natürlich in dem vorliegenden Haushaltsentwurf noch nicht wieder, weil Sie das noch nicht beziffern können.

In Kapitel 08 01 haben Sie eine globale Minderausgabe in Höhe von 7,5 Millionen Euro ausgewiesen und wollen sie mit der Agrarverwaltungsreform im Jahr 2004 erwirtschaften. Ich habe einen Bericht über die Umsetzung der Agrarverwaltungsreform gefordert. Ich bin gespannt zu hören, was Sie erreicht haben. Ich bezweifle, dass es 7,5 Millionen Euro sein werden.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Zur Überarbeitung des FUL. Jetzt muss ich Sie ein zweites Mal loben. Das war es dann aber auch. Nachdem der Wegfall der Anschlussförderung für die Ökobetriebe angekündigt wurde, haben wir – Verbände, einzelne MdL – viel gekämpft, bis die Ankündigung im vergangenen Jahr zurückgenommen werden musste. Ich bin froh darüber. Das begrüße ich, und das ist gut so.

Wir begrüßen außerdem, dass die Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt 2003 endlich etwas nachvollzogen hat, was wir schon ewig fordern, nämlich das FUL in die Gemeinschaftsaufgabe zu überführen. Herr Finanzminister, das erspart dem Land im Haushalt 2004 knapp 2,9 Millionen Euro, ein überschaubarer Betrag, wie der Herr Wirtschaftsminister sagen würde, aber immerhin. Das muss Sie doch freuen.

Wir haben weitere Forderungen hinsichtlich des FUL. Wir möchten einzelflächenbezogene Maßnahmen, die von allen Landwirtinnen und Landwirten genutzt werden können, so modifizieren, dass sie auch in die Gemeinschaftsaufgabe eingebracht werden können. Das heißt, dass sie unter dem Strich das Land auch weniger kosten

Die Mittel, die Rheinland-Pfalz im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zustehen, sollten an neue Konditionen gebunden werden, damit sie da reinpassen.

Ich hätte jetzt noch Kritik hinsichtlich des Mulchsaatverfahrens anzubringen. Das ist aber vielleicht zu differenziert. Außerdem läuft mir die Zeit davon. Ich bin froh, dass auch Herr Staatssekretär Eymael bemerkt hat, dass die umweltgerechte Landbewirtschaftung wenig – wenn überhaupt – über die gute fachliche Praxis hinausgeht. Auf dem "Obsttag" haben Sie gesagt, dass Sie

das deswegen nicht mehr fördern. Herzlichen Glückwunsch! Was lange währt, wird endlich gut.

(Glocke der Präsidentin)

Ich möchte noch drei Sätze zur Gentechnik sagen, wenn ich darf. Die Landesregierung fördert die grüne Gentechnik, weil sie nicht erkennt, – –

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Grünes Gentechnikzentrum Neustadt, Herr Kollege.
- dass grüne Gentechnik nur Risiko- und Rationalisierungstechnologie ist.

Herr Kollege, Sie bringt Ihnen in Ihrem Betrieb überhaupt nichts.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Im Übrigen gehen die Landwirte in den USA von der Gentechnik schon wieder ab.

(Billen, CDU: Wo gehen die hin?)

Wir fordern von der Landesregierung, dass sich Rheinland-Pfalz als gentechnikfreies Gebiet profiliert

(Creutzmann, FDP: Das ist doch Schwachsinn!)

und die Landwirte, die das auch wollen, darin unterstützt, sich damit zu verbinden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Kiltz hat mir das Stichwort gegeben. Frau Kollegin Kiltz, es gibt deutsche Unternehmen, die investieren sehr viel Geld in die Forschung zur Pflanzenbiotechnologie. Das ist Gentechnologie und nichts anderes.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein! Sie haben doch keine Ahnung! – Jullien, CDU: Setzen!)

Biotech nennen wir das. Daran sieht man, dass Sie keine Ahnung haben. Herr Dr. Braun, Sie waren doch dabei, als wir bei der BASF waren. Klären Sie doch einmal Ihre Kollegin auf.

Die BASF – nehmen wir dieses Beispiel – will gar nicht in genveränderte Produkte investieren, die die Menschen essen sollen, sondern sie will die Gentechnologie beispielsweise im Kartoffelanbau einsetzen, um mehr Stärke herauszubekommen. Herr Kollege Braun war

dabei und kann Ihnen das alles erzählen. Er hat das nämlich aufgenommen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich weiß das alles!)

Nun stehen Unternehmen wie beispielsweise die BASF vor der Frage, wo sie gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, wenn sie für viel Geld geforscht haben.

Frau Kollegin Kiltz, mit Ihrer Ideologie erreichen Sie nur, dass Unternehmen überlegen, — —

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht um die BASF. Die großen Unternehmen haben alle Möglichkeiten, Versuche im Ausland zu machen. Es gibt aber auch Unternehmen, die nicht globalisiert sind.

Frau Kollegin Kiltz, jetzt hören Sie einmal zu, damit Sie etwas lernen. Sie stellen sich an dieses Pult, beschimpfen die Regierung und fordern ein gentechnikfreies Rheinland-Pfalz, aber wenn man Ihnen sagt, dass Gentechnologie nichts anderes ist als die Erforschung der Natur, interessiert Sie das alles nicht.

Wenn wir den Anbau verbieten, gehen die Firmen auch mit der Forschung dorthin, wo sie anschließend anbauen können. Wissen Sie, was das für uns bedeutet? Tendenziell weniger Arbeitsplätze.

Herr Kollege Dr. Braun, Sie haben heute Morgen die Innovation beschrieen. Ich kann nur sagen, das ist reine Ideologie. Wenn Sie so Politik machen, machen Sie keine Politik für Rheinland-Pfalz, sondern gegen Rheinland-Pfalz. Sie machen keine Politik für die Menschen in Rheinland-Pfalz, sondern gegen die Menschen im Land.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile zur Erwiderung der Frau Abgeordneten Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Creutzmann, ich bin Ihnen selten dankbar, aber jetzt geben Sie mir die Möglichkeit, noch ein paar Worte zur grünen Gentechnik zu sagen.

(Ministerpräsident Beck: Das war zu befürchten!)

Zunächst einmal wiederhole ich den Zwischenruf: Sie haben wirklich keine Ahnung. Biotechnologie und Gentechnik sind nicht dasselbe, sondern die Gentechnik ist eine Untersparte der Biotechnologie. Zur Biotechnologie gehören auch Pheromone im Weinberg. Das wird von der Landesregierung im FUL-Programm gefördert, weil

das so umweltfreundlich ist. Sie sollten sich einmal kundig machen. Gerade weil Sie aus Ludwigshafen kommen, stünde Ihnen das gut an.

Bevor Sie mich der Ideologie bezichtigen, sollten Sie sich zunächst einmal schlau machen, worüber Sie überhaupt reden.

(Billen, CDU: Geredet haben Sie jetzt lange genug! Sagen Sie mal etwas!)

Die Gentechnik schafft natürlich Arbeitsplätze,

(Unruhe im Hause)

und zwar in den einschlägigen Chemiekonzernen und in Forschungseinrichtungen. Sie vernichtet aber Arbeitsplätze in der Landwirtschaft.

(Billen, CDU: Wieso das denn?)

Das ist so, weil das eine Rationalisierungstechnologie ist

(Unruhe im Hause)

Herr Kollege Billen, wenn Sie etwas leiser dazwischenrufen würden, müsste ich nicht so laut reden und Herr Kollege Kuhn müsste sich nicht die Ohren zuhalten. Insofern bitte ich um etwas Ruhe.

Ich sage noch einmal, Rheinland-Pfalz ist ein Land, das sich von der Struktur her bestens dadurch profilieren kann, dass es gentechnikfrei erzeugt. Sie wissen alle, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher den Kram nicht auf dem Teller und auch nicht in der Weinflasche haben wollen. Es bringt ihnen auch überhaupt nichts. Die Einzigen, die davon profitieren, sind die Konzerne.

Ich sage es noch einmal, in den USA ist es so, dass auch die Landwirte, die zunächst auf den Mais- und Sojaanbau geflogen sind, unter den Bedingungen längst davon abgehen, weil sie keine Vorteile mehr für sich sehen. Die Einzigen, die das propagieren, sind die Chemiekonzerne, Herr Kollege Creutzmann. In diese Reihe können Sie sich aber gern einreihen. Vielleicht ist das Ihre Berufung. Machen Sie das nur weiter.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte schon vorab um Verzeihung, da ich beabsichtige, meine Rede wie vorbereitet zu halten.

(Heiterkeit bei FDP und SPD)

Da ich mich den ganzen Tag darauf gefreut habe – zehn Stunden lang –, bin ich der Meinung, dass Sie mir das auch selbstverständlich zugestehen.

(Heiterkeit bei FDP und SPD)

Lassen Sie mich vorab noch Folgendes anmerken: Nach meinem Eindruck bedarf es zur Gentechnik eines längeren Seminars, damit wir alle auf dem gleichen Informationsstand sind. Die Informationen, wie sie derzeit weitergegeben werden, sind bei weitem nicht vollständig. Das reicht nur aus, um Ängste zu schüren oder Ähnliches. Ich habe das Gefühl, dass man genauso wie bei anderen Themen zunächst einmal dreißig Jahre gegen etwas ist und unser Land benachteiligt, dann aber die Kurve bekommt und dafür kämpft. Dafür gibt es genug Beispiele. Das dürfen wir nicht tun. Also bereiten wir uns sehr intensiv auf das Thema "Gentechnik" vor. Ich sehe in der Entwicklung sehr viel Positives. Das vorab.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, unsere Landwirtschaft und unser Weinbau haben nach wie vor einen hohen Stellenwert in unserem Land Rheinland-Pfalz. Neben der Produktion hochwertiger Nahrungsmittel – das muss künftig wieder deutlich betont werden – und hervorragender Weine leisten unsere Bauern und Winzer auch einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt und zur Pflege unserer Heimat. Es ist wesentlich, das vorwegzustellen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft und der Weinbau sind dank einer guten und zielgerichteten Agrarpolitik auf einem richtigen Weg. Die Landesregierung weiß um die prägende Bedeutung der Landwirtschaft und des Weinbaus gerade für den ländlichen Raum.

(Dr. Weiland, CDU: Bravo!)

Aus diesem Grund sind die Haushaltsmittel, die im Bereich Landwirtschaft und Weinbau weiter eingesetzt werden, ebenfalls Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall der FDP und der SPD – Jullien, CDU: Könnten Sie das noch einmal wiederholen?)

Jetzt komme ich auf die Schwerpunkte zu sprechen. Die Haushaltsmittel konnten im Schwerpunkt "Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus für das Jahr 2004" gegenüber dem Jahr 2003 fast konstant gehalten werden. Insgesamt stehen immer noch 33,2 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Vor allem den Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kommen vor dem Hintergrund sich verändernder nationaler, EU-weiter und sogar globaler Rahmenbedingungen entscheidende Bedeutung zu. Unsere Landwirte müssen sich langfristig auf einem liberalisierten Weltmarkt behaupten. Deshalb begrüßt es die FDP-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass das Agrainvestitionsförderprogramm und das Junglandwir-

teförderprogramm auf hohem Niveau gehalten werden. Schönen Dank dafür!

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, dank des hervorragenden Ausbildungsangebots unserer Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sowie der Fachhochschule Bingen kommt unseren Junglandwirten eine besondere Förderung zu. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist der wirtschaftliche Kern, auf den die gesamte Infrastruktur im ländlichen Raum aufbaut. Neben dem Agrarinvestitionsförderprogramm und dem Junglandwirteförderprogramm kommen vor allem den Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur entscheidende Bedeutung bei der Verbesserung des Wettbewerbs der heimischen Landwirtschaft zu.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Gerade im nachgeordneten Bereich der Vermarktung haben die deutschen und rheinland-pfälzischen Landwirte noch Defizite gegenüber ihren Kollegen in der Europäischen Union. Lassen Sie mich exemplarisch die Niederlande und Dänemark erwähnen.

Deshalb begrüße ich, dass der Haushaltsansatz in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde. Lassen Sie mich die Erfolge der zielgerichteten Marktstrukturpolitik in Rheinland-Pfalz an einem Beispiel aus meiner Heimat festmachen. Rückgrat der Landwirtschaft in der Eifel zum Beispiel ist die Milcherzeugung. Durch die von der Landesregierung aktiv geförderte, sehr gute Molkereistruktur in Rheinland-Pfalz gelingt es den heimischen Milchbauern nachweislich, überdurchschnittliche Milchpreise zu erwirtschaften und ihre Betriebe weiterzuentwickeln. Dessen bin ich sicher.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere heimische Landwirtschaft für die Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts fit machen. Die WTO-Verhandlungen bewegen sich durchaus wie ein Damoklesschwert über unseren Bauern, wenn diese unvorbereitet von den Ereignissen der Verhandlungen getroffen werden. Deshalb gilt es jetzt, zuallererst die Rahmenbedingungen, unter denen sie wirtschaften müssen, weiter zu verbessern. Von besonderer Bedeutung sind hier neben den Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit vor allen Dingen die Maßnahmen zur Förderung der Bodenordnung. Dies gilt sowohl in der Landwirtschaft als auch für das Flächenmanagement im Weinbau.

Meine Damen und Herren, trotz großer Anstrengungen des Landes sind wir in Rheinland-Pfalz immer noch weit von rationellen Flurstrukturen entfernt.

Frau Kiltz, Äcker mit vier Hektar Größe sind selbst im deutschen Vergleich weit vom Optimum entfernt. Noch nachteiliger wirken sich auf betrieblicher Ebene die kleinstrukturierten Flächen in den Grünlandgebieten aus. Ich darf einflechten, dass die Bodenordnung auch mit weniger Personal geht; denn wir haben weniger personalintensive Verfahren, beschleunigte Verfahren und

Nutzungstauschverfahren. Wir haben die Möglichkeit, nach der Reform der Dienstleistungszentren Bodenordnungsverfahren in erwünschtem größeren Maß durchzuführen.

Meine Damen und Herren, verehrte Frau Kiltz, die vorhandenen Wegenetze sind zum Teil nicht mehr für den Einsatz moderner und schlagkräftiger Großmaschinen tauglich.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Dr. Geisen ---

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Ich nehme Rücksicht auf Frau Kiltz. Aus diesem Grund stoßen die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die "Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung" um 1,5 Millionen Euro zu kürzen, sowie die "Zuschüsse zur Förderung des landwirtschaftlichen Wegebaus" um 750.000 Euro zu kappen, bei der FDP-Fraktion auf eindeutige Ablehnung.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Dr. Geisen, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Nein, im Moment nicht. Sowohl die Förderung der Flurbereinigung als auch die Förderung des landwirtschaftlichen Wegebaus sind Investitionen in die Zukunft uns eres Landes.

(Zurufe von der CDU)

- Ich kenne euch mittlerweile.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dafür ist mir mein Inhalt zu schade. Jeder, der hier ohne Maß aus ideologischen Gründen kürzen will, muss wissen, dass er sich an der Zukunftsfähigkeit unserer Bauern und Winzer versündigt.

(Beifall der FDP)

Ungeachtet der angeführten Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Verbesserung der Agrarstruktur sind unsere Landwirte in den Höhengebieten der Eifel, des Hunsrücks, des Westerwaldes und der Westpfalz – passen Sie auf, das ist auch interessant – zum Ausgleich ihrer naturgegebenen Bewirtschaftungserschwernisse auch weiterhin auf finanziellen Ausgleich angewiesen. Ich habe die Höhengebiete alle genannt. Es ist gut und von existenzieller Bedeutung, dass die Landesregierung von Rheinland-Pfalz weiterhin

die Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten nachhaltig durch die "Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in Berggebieten und anderen benachteiligten Gebieten" unterstützt, was ich als Eifeler Abgeordneter ausdrücklich begrüße.

(Beifall der FDP)

Die Bauern in den Höhengebieten von Rheinland-Pfalz haben es aufgrund der naturgegebenen Nachteile ungleich schwerer als ihre Berufskollegen in Gunstlagen, ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Deshalb ist es richtig, die landwirtschaftlichen Unternehmen in den Höhenlagen für ihre landeskulturellen Leistungen direkt zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige grundlegende Aussagen zur Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft.

(Dr. Weiland, CDU: Darauf haben wir gewartet!)

Auch hier nimmt die Landesregierung eine deutschlandweite Vorreiterrolle ein.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das Förderprogramm "Umweltschonende Landbewirtschaftung" (FUL) war EU-weit das erste Programm zur Umsetzung der flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform 1992.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Dr. Geisen, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Nein, im Moment nicht.

(Jullien, CDU: Lassen Sie doch einmal eine Zwischenfrage zu!)

Ich habe auf die Bedeutung des FUL-Programms hingewiesen. Auf die Ziele des FUL möchte ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht eingehen. Ich möchte jedoch anmerken, dass das Programm ausgewogen, ohne ideologische Schwerpunktbildung und ohne ideologische Scheuklappen sowohl den ökologischen Landbau als auch den integriert-kontrollierten Landbau fördert. Hierdurch ist es gelungen, viele umweltschonende Verfahren auf breiter Ebene in die landwirtschaftliche Praxis einzuführen. Insgesamt sind im zu verabschiedenden Haushalt 29,2 Millionen Euro für die Förderung der umweltgerechten Landwirtschaft veranschlagt.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen wird ebenfalls der Steil- und Steilstlagenweinbau entsprechend seiner Bedeutung für die Kulturlandschaft in vorbildlicher Weise von der Landesregierung unterstützt. Der Erhaltung des Weinbaus in Steil-, Steilst- und Terrassenlagen als dem wichtigsten landschaftsprägenden Element in den Flusstälern von Mosel, Mittelrhein, Nahe und Ahr kommt aus landeskulturellen Gründen eine sehr hohe Bedeutung zu. Aus diesem Grund wird sich die FDP-Fraktion auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die nicht am Markt abgegoltenen Leistungen der Steillagenwinzer entsprechend ihrer Leistung für die Gesamtgesellschaft honoriert werden.

(Beifall des Abg. Schmitt, CDU)

Wenn Sie diese Maßnahmen, die Einzelförderung und die Förderung für Tourismus, Radwege und Ähnlichem zusammenfassen, wissen Sie, dass bereits ein Programm in Sicht ist, das die Bezeichnung "Kulturlandschaftsprämie" beinhaltet.

(Schmitt, CDU: Das gibt es aber noch nicht!)

Dazu können wir ohne Weiteres stehen. Im Übrigen könnten wir, um die Bürokratie abzubauen, darüber nachdenken, in Zukunft Einzelprogramme auf den einen großen Nenner zusammenzubringen. Ähnliches habe ich auch auf einer Versammlung gesagt. Dazu stehe ich. Dementsprechend bilden gepflegte Kulturlandschaften auch einen entscheidenden Faktor für den Tourismus. Das wissen wir.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Hiervon profitieren natürlich auch aufgrund einer erfolgreichen Verbesserung des Weinimages neben den Flusstälern der genannten Regionen die Pfalz und Rheinhessen. Des Weiteren dienen sie auch als attraktive Wohnstandorte für unsere Bevölkerung. Es muss allen deutlich werden, dass die Rolle der Landwirtschaft und des Weinbaus als Bestandteil eines integrierten Gesamtkonzepts für den ländlichen Raum gesehen werden muss. Das muss von uns allen in die Bevölkerung hineingetragen werden.

Ich darf etwas zur Forderung sagen, Weinwirtschaftsräte einzuführen. Dieses Beispiel der Weinwirtschaftsräte gibt es seit langem in Frankreich. Hier sind diese Weinwirtschaftsräte mit Kompetenz und voller Verantwortung an Verbände gebunden. Dieses wurde in Rheinland-Pfalz vor ein paar Jahren vorgeschlagen, aber nicht von den Winzern und deren Vertretern akzeptiert. Das ist Ihnen auch bekannt.

Einer zukunftsfähigen und prosperierenden Landwirtschaft kommt somit auch eine strukturpolitische Bedeutung zu. Wenn man bedenkt, dass die aufgrund des Agrarinvestitionsprogramms eingesetzten Gelder Gesamtinvestitionen im ländlichen Raum auslösen, die den gewährten Betrag teilweise bis zum Siebenfachen übersteigen, sind diese Fördermaßnahmen vor allem in diesen ländlichen Bereichen gut und sinnvoll angelegt.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Durch die geförderten Baumaßnahmen profitieren vor allem auch die kleineren und mittleren Handwerks- und Gewerbebetriebe vor Ort.

In diesem Zusammenhang wird sowohl mit der Förderung des Landesstraßenbaus als auch mit der Förderung wettbewerbsfähiger Strukturen in der Landwirtschaft die Wirtschaftskraft und damit auch die Lebensqualität auf dem Land insgesamt erhöht. Dies ist auch eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei FDP und SPD)

Für das Flächenland Rheinland-Pfalz ist dies von besonderer Bedeutung, da die überwiegende Anzahl unserer Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum wohnen. Lassen Sie mich auch noch erwähnen, dass neue, von Ihnen, Frau Kiltz, geforderte Fördermaßnahmen auf jeden Fall nicht zulasten der eben genannten eingeführt werden dürfen. Dann können wir darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich zum Schluss meiner Rede komme und Herrn Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Bauckhage und seinen Mitarbeitern herzlich Dank sage im Namen der FDP-Fraktion für die geleistete Arbeit. Ich danke Ihnen herzlich. Ich bin sicher, dass wir im Land Rheinland-Pfalz mit dem heute zu verabschiedenden Haushalt im Bereich Landwirtschaft und Weinbau auch in Zukunft auf dem richtigen Weg sind.

Danke schön.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Debatte über den Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau – beendet.

Ich lade Sie ein zur 64. Plenarsitzung morgen, dem 22. Januar 2004, um 9:00 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19:22 Uhr.